

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes



JAHRBUCH

1998

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

JAHRBUCH 1998

Redaktion: Siegwald Ganglmair

© 1998 by Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes
(DÖW), Wien
Printed in Austria
Umschlaggestaltung: Atelier Fuhrherr, Wien
Redaktionelle Mitarbeit: Kerstin Schönfeld
Layout: Christine Schindler
Hersteller: Plöchl-Druckgesellschaft m. b. H. & KG, 4240 Freistadt
ISBN 3-901142-35-5



**UNIV.-DOZ. DR. HERBERT STEINER
VIZEPRÄSIDENT DES DÖW**

ZUM 75. GEBURTSTAG (3. 2. 1923)

DÖW-VIZEPRÄSIDENT UNIV.-DOZ. DR. HERBERT STEINER –
75 JAHRE

- 1923 am 3. Februar in Wien geboren
- 1933–1934 Kinderfreunde und Rote Falken
- ab 1933 Besuch der Realschule in Wien 9., Glasergasse
- 1937 Antifaschistische Tätigkeit im KJV
- 1938 Schulausschluß, im November Flucht über Holland nach England
- 1939 Schriftsetzerlehre; Mitglied in der Exilorganisation "Young Austria"
- 1940 nach Kriegsausbruch Internierung auf der Insel Man/Hutchinson Camp
- 1941 Sekretär von "Young Austria", Leiter des Exilverlages "Jugend voran", London, Sprecher bei der BBC, Schriftsetzer und Korrektor für Exilpublikationen
- 1943 Ermordung der Eltern durch das NS-Regime
- 1945–1952 Rückkehr nach Wien im November 1945, Bundessekretär der Freien Österreichischen Jugend (FÖJ), Vizepräsident des österreichischen Jugendherbergverbandes, Mitglied des Jugendbeirates im Bundesministerium für Unterricht; politische Tätigkeit in der KPÖ; schriftstellerische Tätigkeit; Wiener Korrespondent verschiedener Auslandszeitungen
- 1958–1963 Studium der Geschichte an der Karls-Universität Prag, CSc (als Dr. phil. an der Universität Wien nostrifiziert)
- 1963 Mitarbeiter des österreichischen Instituts für Zeitgeschichte
- 1963–1983 Wissenschaftlicher Leiter des DÖW
- 1964 Mitbegründer der "Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung"; Berufstitel Professor
- seit 1972 Mitgliedschaft in mehreren wissenschaftlichen Institutionen und Gesellschaften (Internationales Komitee für die Geschichte des 2. Weltkrieges, Paris; Mitglied der österreichischen UNESCO-Kommission; Projektgruppe im Bundesministerium für Wissenschaft u. Forschung)
- 1982 Habilitation aus Neuerer Geschichte an der Universität Wien
- 1982–1997 Lehrtätigkeit an der Universität Wien über Widerstand, Verfolgung und die österreichische Arbeiterbewegung
- 1992 mehrere Ehrendoktorate ausländischer Universitäten
Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien

HELMUT KONRAD

FESTVORTRAG ANLÄSSLICH DER JAHRESVERSAMMLUNG DES DÖW
IM ALTEN RATHAUS, WIEN, 11. MÄRZ 1997

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) feiert heuer seinen 34. Geburtstag. Dies ist kein rundes Jubiläum, regt aber zu einer Zahlenspielerlei an. Rechnet man nämlich vom Gründungsjahr 1963 die gleiche zeitliche Distanz zurück, so kommt man in das Jahr 1929, das wohl letzte Jahr, in dem die Demokratien der Zwischenkriegszeit eine Chance gehabt haben. Damals waren der Terror und die Gewalt der Folgejahre noch undenkbar, obwohl die Zeichen an der Wand standen, und die Wirtschaft durchlief gerade eine kurze Konjunktur, die allerdings im selben Jahr durch den *Schwarzen Freitag* dramatisch beendet wurde. Das Heer an Arbeitslosen, die Hoffnungslosigkeit und das Wegbrechen sozialer Netze führten zu Ausgrenzungen, Feindbildern, zur Sündenbocksuche und einer Verschärfung der politischen Auseinandersetzungen. In diesem Klima konnte der Nationalsozialismus gedeihen und für anderthalb Jahrzehnte als bestimmende politische Kraft seine Schreckensherrschaft vorbereiten, aufbauen und schließlich mit ganzer Brutalität in die Tat umsetzen.

Die 34 Jahre zwischen 1929 und 1963 sahen die letzten Jahre der Ersten Republik, die Ausschaltung des Parlaments, den österreichischen Bürgerkrieg, den austrofaschistischen Ständestaat, den "Anschluß" an das Dritte Reich, die nationalsozialistische Herrschaft mit Weltkrieg und Holocaust, das Kriegsende und das Wiedererstehen Österreichs, die Besatzungsmächte, den Staatsvertrag, das Wirtschaftswunder der Zweiten Republik. Daneben nimmt sich die Zeitspanne, in der das DÖW die wissenschaftliche Landschaft unseres Staates mitprägt, nachgerade statisch aus. Aber die Tatsache, daß keine entscheidenden historischen Bruchlinien diesen Zeitraum durchziehen, ist nur die eine Seite der Betrachtung. Wer den Versuch unternimmt, auch kontinuierliche Entwicklungen in ihrem Veränderungscharakter zu interpretieren, der kann sehen, welche Dynamik auch diese Jahre prägte und in welchem Ausmaß das DÖW dazu beigetragen hat, die Wissenschaftslandschaft zu verändern und den politischen Diskurs in unserem Lande eine bestimmte Richtung zu geben.

Ich selbst kenne das DÖW noch aus der Gründerzeit. Mit einiger Rührung blicke ich des öfteren auf ein Photo, das im *Jahrbuch 1993* erschienen ist und mich als Dissertanten, gemeinsam mit Willi Holzer, im Benutzerraum zeigt, der gerade von Kardinal König besucht wird, den der damalige DÖW-Präsident Bruno Marek, Vorstandsmitglied Ludwig Soswinski und der Wissenschaftliche Leiter Herbert Steiner begleiten. Es datierte in das Jahr 1971, aber damals waren Willi Holzer und

ich schon alte Hasen im Betrieb. Schon Jahre vorher, als ganz junge Studenten, waren wir von Paul Schärf in die Räume am Fleischmarkt geführt worden, und unsere ersten Seminararbeiten, etwa bei Professor Richard Plaschka, galten dem Widerstand. Und selbstverständlich blieben wir, bis wir unsere Studien beendet hatten, im DÖW, wo uns Friedrich Vogl als Archivar mit strenger Hilfsbereitschaft die Materialien zur Verfügung stellte und Herbert Steiner für manch anregendes Gespräch sowie für das Knüpfen nationaler und internationaler Kontakte zur Verfügung stand.

Die Übersiedlung ins Alte Rathaus war sicherlich eine ganz entscheidende Weichenstellung. Hier gab es für uns, die Benutzer, optimale Arbeitsbedingungen. Besonders wichtig war aber, daß wir auf das "andere Österreich" treffen konnten, auf jene Menschen, die alle ihre Erfahrungen mit dem Faschismus gemacht hatten und dabei auf der Seite der Opfer gestanden waren. Durch sie wurde für uns eine Perspektive auf die österreichische Geschichte dieses Jahrhunderts möglich, die uns weder Elternhaus noch Schule geboten hatten. Unsere Austragung des Generationskonflikts fand plötzlich Verbündete aus jener Generation, gegen deren Werte und Normen wir im Regelfall anliefen. Diese Erkenntnis machte uns in einer zusätzlichen Dimension "politisch".

Die Gründerzeit des DÖW fiel in eine Phase, in der sich auch die Universitäten umstrukturierten. In Wien war ein Institut für Zeitgeschichte gegründet worden, Linz folgte 1968. Es sollte zwar noch weitere fünfzehn Jahre dauern, bis alle einschlägigen österreichischen Universitäten Zeitgeschichte zumindest als Lehrkanzel etabliert hatten. Aber bei praktisch allen diesen Gründungen war das DÖW ein wichtiger Partner oder sogar ein Mitinitiator. Das Institut für Zeitgeschichte an der Universität Wien war von Beginn an mit Ludwig Jedlicka eng dem DÖW verbunden, und bis heute ist der Kontakt sehr ausgeprägt, wie die Lehrveranstaltungen und Forschungsprojekte zeigen: Herbert Steiner liest seit vielen Jahren mit großem studentischen Zulauf am Institut für Zeitgeschichte, Wolfgang Neugebauer ist nicht zuletzt durch die Bemühungen von Erika Weinzierl dort universitär verankert. Mit Linz, wo 1968 Karl Stadler nach dreißig Jahren Emigration die Zeitgeschichte aufzubauen begann, ergab sich die Verbindung ganz selbstverständlich. Und ich selbst verdanke meinen ersten akademischen Arbeitsplatz an der Universität in Linz nicht zuletzt dem Umstand, daß Wolfgang Neugebauer einer Einladung Karl Stadlers, bei ihm Assistent zu werden, aus privaten Gründen nicht Folge leisten konnte oder wollte. Seit mehr als drei Jahrzehnten obliegt dem Institut in Linz und dem DÖW die Organisation der ITH, der Internationalen Tagung der Historikerinnen und Historiker der Arbeiterbewegung, die jeden September weit über hundert Forscher in Linz zusammenführt. In Salzburg war Erika Weinzierl stets mit einschlägigen Themen befaßt, und sie nahm die Kontakte und auch die Themen nach ihrem Wechsel nach Wien mit. Ihr Nachfolger Gerhard Botz hat sich ganz besondere Verdienste um eine wissenschaftliche Präzisierung von Begrifflichkeit und Methoden der Faschis-

mus- und Widerstandsforschung erworben, und auch Ernst Hanisch ist hier, denke ich, ganz besonders profiliert. In Klagenfurt sitzt seit der Gründung des Instituts für Zeitgeschichte Willibald Ingo Holzer, der, wie erwähnt, aus dem DÖW kommt und mit diesem vor allem an der Einordnung des Rechtsextremismus sehr erfolgreich gearbeitet hat. Auch Norbert Schausberger ist anerkannt in der Nationalsozialismusforschung, und jüngere Mitarbeiter haben sich der Problematik der Minderheiten angenommen, eines in Österreich ganz besonders wichtigen Gegenstandes. Graz schließlich, wo ich seit dreizehn Jahren arbeite, pflegt mit dem DÖW enge personelle Verbindung, die auch in dieser heutigen Veranstaltung ihren Ausdruck findet. Ohne das DÖW würde also die Landschaft der akademischen Zeitgeschichte ganz anders aussehen und ohne jede Frage wesentlich ärmer sein.

Aber nicht nur über Personen und institutionelle Verknüpfungen, sondern auch über ganz konkrete Arbeitsprojekte ist das DÖW gewichtiger Teil der Zeitgeschichtsforschung. Am Beginn stand dabei die Serie *Widerstand und Verfolgung*, die jeweils einzelnen Bundesländern gewidmet war und die, obwohl noch immer unvollendet, weil auch wir in der Steiermark die Arbeit noch nicht abgeschlossen haben, Wissenschaftsgeschichte gemacht hat. Die ersten Bände über Wien erschienen schon 1975, also vor mehr als zwanzig Jahren, sind aber bis heute unverzichtbarer Teil zeitgeschichtlicher Dokumentation. Natürlich war es möglich, methodisch die Arbeit zu verfeinern, die Sichtweisen vor allem in den Bereichen des nichtorganisierten Widerstandes zu differenzieren und auszuweiten. Dennoch hält das Werk; es ist ein Klassiker, der nicht nur dokumentiert, sondern auch kommentiert und somit Quelle und wissenschaftlicher Text zugleich ist. Fast alle Personen, die in der Zeitgeschichtsforschung einen Namen haben, arbeiteten hier mit. Über die Grenzen zwischen Archiven und Universitäten, die manchmal sehr strikt gezogen sind, aber auch über die politischen Grenzen hinweg hat dieses große Forschungsprojekt die besten Köpfe zusammengeführt. Beachtlich ist auch, daß es gelungen ist, die Jahre von 1934 bis 1938 einzubeziehen, ohne daß daraus unüberwindliche Hürden in der Zusammenarbeit entstanden sind.

Ebenso unbestritten ist die wissenschaftliche Qualität des zweiten Großprojekts, der Reihe *Österreicher im Exil*. Wohl ist hier die Mitarbeit der Universitäten geringer, da es sich meist um Einzelarbeiten überwiegend jüngerer Historiker und Historikerinnen handelt. Das Arbeitsfeld ist weit, wenn man bedenkt, in welche Teile der Welt die dramatischen Ereignisse der dreißiger Jahre Österreicher verstreut haben und wie unterschiedlich die daraus resultierenden weiteren Lebens- und Integrationschancen gewesen sind. Moskau war anders als New York, Shanghai unterschied sich von Tel Aviv, Paris von Havanna. Die Exilforschung boomt, heute sind nicht nur Historiker, sondern auch Soziologen und Sozialpsychologen, Wissenschaftsgeschichtler, Mediziner, Sprachwissenschaftler und Pädagogen mit den unterschiedlichsten Instrumentarien auf den Spuren der Vertriebenen und analysieren deren Integration bzw. Reintegration, deren Verarbeitungsmuster, die

zweite Generation der Exilierten etc. Die genannte Reihe des DÖW bemüht sich darum, in den einzelnen Aufnahmeländern das Material mit dem größten Vollständigkeitsgrad zu erfassen und so die Grundlagen für alle weiteren Studien zu liefern. Der Begriff des Exils ist insgesamt ohne Zweifel leichter exakt zu definieren als der des Widerstandes, daher waren die methodischen Kontroversen, auch die methodischen Entwicklungen in diesen Bänden nicht so offensichtlich wie in der anderen Reihe. Denn die Unfreiwilligkeit des Verlassens des Landes ist ein relativ eindeutiges Merkmal, obwohl die Gründe vielfältig sein konnten. Ob Flucht oder Vertreibung ändert an der Unfreiwilligkeit nichts, so daß sich die Forschung auf die Fragen der Bedingungen, die die Exilierten vorfanden, konzentrieren konnte. Somit war dieses Thema auch politisch nicht übermäßig umstritten, zumindest was den innenpolitischen Teil betrifft.

Neben diesen genannten DÖW-Großprojekten gab und gibt es eine ganze Menge anderer Forschungsbereiche, wie etwa den Versuch, mündliche Quellen zu Widerstand und Verfolgung zu verschriftlichen und somit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Vor allem aber ist das DÖW jenseits der Forschungsarbeiten ein Archiv, und als solches ist es in den Jahren des Bestehens ständig gewachsen, hat in den Landesarchiven die Bestände gesichtet (die wiederum eine Grundlage für die Bände *Widerstand und Verfolgung* waren), sie kopiert und in die eigene Sammlung integriert, hat die Gendarmeriechroniken ausgewertet, die Justizakten gesammelt und zugänglich gemacht. Aus dem Ausland sind heute wohl die wichtigsten Bestände als Dubletten im DÖW, wobei natürlich mit der Auswertung der russischen Bestände ein gigantisches Arbeitsfeld vor den Mitarbeitern liegt. Die archivrischen Sammlungen des DÖW, in einmaliger Weise durch private Stiftungen, durch Berichte, durch Photos und andere Originale aufgewertet, sind heute ein Bestand von internationalem Rang. Wir, die wir vor dreißig Jahren im Benützerraum saßen und aus den damals einige wenige tausend Nummern umfassenden Aktenbeständen schöpften, können am besten beurteilen, in welchen Dimensionen sich das Archiv seither entwickelt hat. Hier liegt Material für jede Menge an Diplomarbeiten, Dissertationen oder auch Habilitationsschriften. Wenn man an die Spezialsammlung zum Spanischen Bürgerkrieg, die zahlreichen Originaldokumente von Flugschriften des Widerstandes und an anderes Propagandamaterial denkt, liegen noch immer nicht wirklich gehobene Schätze in den Regalen des DÖW. Dazu kommt die große Menge von Material in nichtschriftlicher Form, wie Tonbänder und ähnliches. Und die Bibliothek ist mehr als eine Spezialsammlung. Trotz räumlicher Beengung ist sie nämlich exzellent sortiert und damit eine ganz wichtige Ergänzung zu den Archivbeständen.

Bis hierher klingt die Geschichte des DÖW wie eine klassische Erfolgsstory. Sein Beitrag zur Entwicklung der zeithistorischen Forschung in unserem Land ist eindrucksvoll und unübersehbar. Und mit dem Aufgreifen der oben genannten Themen hat das DÖW wichtige Bausteine zum Selbstverständnis der Zweiten Republik gelie-

fert. Erst die Existenz des DÖW machte das "andere Österreich", das der Opfer der Jahre 1934 bis 1945, deutlich. Das war für den Staat von ganz großer Bedeutung. Da aber die Frage nach den Tätern im Rahmen der wissenschaftlichen Arbeit ebenfalls gestellt wurde, wurden auch Friktionslinien, die durch diese Republik laufen, anhand der Tätigkeit dieser Institution deutlich.

Besonders dramatisch kann dies am wohl populärsten Werk aus der Forschungsarbeit des DÖW gezeigt werden. Kaum ein anderes wissenschaftliches Werk aus den gesellschaftsbezogenen Forschungsfeldern Politikwissenschaft, Zeitgeschichte und Soziologie hat für Österreich solche Kontroversen ausgelöst wie das *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus* und dessen Vorläufer, die schon legendären Auflagen des Buches *Rechtsextremismus in Österreich nach 1945*. Dabei wurde streng nach den Regeln der genannten Fächer verfahren. Ein ministerieller Forschungsauftrag führte Spitzenkräfte aus den Universitätsinstituten zusammen, und mit einer peniblen wissenschaftlichen Einleitung von Willi Holzer wurde dargelegt, nach welchen Gesichtspunkten die Aufnahme in den Band erfolgte. Jahrelanges Recherchieren und umfassendes Sammeln von Material führten schließlich zu einem Werk, das allen wissenschaftlichen Ansprüchen genügt und das für all jene, denen die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ein politisches Anliegen ist, ein unverzichtbarer und verlässlicher Arbeitsbehelf geworden ist. Für jene aber, deren Namen oder deren Organisation Aufnahme in den empirischen Teil des Buches gefunden haben, war dieses Werk Zielscheibe für die wütendsten Angriffe. Mit dem Buch wurde zugleich auch das DÖW ins Schußfeld genommen. Dabei wurde und wird so getan, als sei dieses Institut eindeutig einer bestimmten politischen Richtung zuordenbar und damit instrumentalisiert in der österreichischen innenpolitischen Auseinandersetzung. Es wird nicht beachtet, daß die Konstruktion des DÖW dem Grundkonsens aus der Anfangszeit der Zweiten Republik verpflichtet ist und daß die Trennlinie ganz eindeutig zwischen dem demokratischen Grundmuster auf der einen und faschistischem, nationalsozialistischem oder rechtsextremem Gedankengut auf der anderen Seite läuft. Daß diese Auseinandersetzung in den letzten Jahren härter geworden ist, ist nicht die Schuld der Demokraten. Es ist doch eindeutig vielmehr so, daß in einer Phase neuer Unsicherheiten und am Ende einer langen ökonomischen Wachstumsperiode alte Antworten in neuer, modischer Verkleidung ein Bedrohungspotential für demokratische Grundwerte und somit für das Fundament der Zweiten Republik geworden sind. Diese politischen Konfliktlinien mit dem Instrumentarium der Wissenschaft deutlich gemacht zu haben ist das Verdienst des Teams, das sich im Rahmen des DÖW mit den aktuellen Fragestellungen beschäftigt. Daher sind auch die Angriffe auf diesen Teil der Gesamtarbeit so besonders heftig, daher werden auch Forscher und Forscherinnen wie Brigitte Bailer besonders ins Visier genommen, und daher reagiert man auch so heftig auf Wolfgang Neugebauer, der als Gesamtverantwortlicher mit seiner hohen wissenschaftlichen Reputation eine ganz wesentliche Schutzfunktion für diesen Arbeitsteil zu übernehmen hat.

Es muß hier mit allem Nachdruck betont werden, daß die wissenschaftliche Zunft in ihrer ganzen Breite hinter dieser Arbeit des Archivs ebenso steht wie hinter den anderen genannten Projekten. Daß ich selbst nicht Koautor der Rechtsextremismusarbeiten bin, hat nur mit meiner eigenen Schwerpunktsetzung der Forschung, die stärker zur Jahrhundertwende zurückgeht, zu tun und nicht mit einer inhaltlichen Distanzierung. Ganz im Gegenteil, bei zahllosen Veranstaltungen, die dem Rechtsextremismus gewidmet waren, gab es engste Kooperation zwischen dem DÖW und meiner Abteilung an der Universität in Graz. Ob es um Erwachsenenbildung, Schulaktionen oder Ausstellungen gegangen ist, war gleichgültig. Jene Historiker der Universitäten, die wie ich wenig zur aktiven Erforschung des Rechtsextremismus in unserem Land beigetragen haben oder beitragen konnten, waren zumindest in die Vermittlung der gewonnenen Erkenntnisse stark eingebunden. Und hier wird gleich eine weitere Dimension der Arbeit des DÖW deutlich: Es geht nicht nur um Sammlung, Bewahrung, Ordnung und Analyse, sondern immer auch um Vermittlung, verstanden als parteiübergreifender politischer Auftrag im Sinn der Grundwerte der Zweiten Republik. Gemeinsam haben wir, das DÖW und ich, die große Ausstellung *Wien 1938* gestaltet, und schon sehr viel weiter liegt die Kooperation zur Ausstellung *Österreicher im Exil* zurück. Eben tourt die Ausstellung zu den Kinderkonzentrationslagern durch die Steiermark, und die berühmte Wehrmachtsausstellung führt, wiewohl nicht vom DÖW entwickelt, viele von uns im gemeinsamen Bemühen um die Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse an eine breite Öffentlichkeit zusammen. In der emotional geführten Diskussion, die sich rund um diese Ausstellung in den letzten Jahren und Monaten entwickelt hat, wurde wieder einmal deutlich, wie tief die oft verdeckten Gräben zwischen jenen Menschen, die zumindest Teile der nationalsozialistischen Zeit positiv besetzen, auf der einen und dem sogenannten "anderen Österreich" sowie der Fachdisziplin Zeitgeschichte auf der anderen Seite noch sind. Die Aufklärungsarbeit hat also keinesfalls so gegriffen, wie wir es uns erhoffen. Wir erreichen in Schulen, in der Erwachsenenbildung, in Diskussionsveranstaltungen, mit Ausstellungen, mit Büchern, Broschüren etc. meist nur jene Menschen, die ohnedies unsere Sichtweisen teilen. Natürlich brauchen diese eine Fundierung ihrer Argumente, brauchen Bestätigung und Rückkoppelung, aber es wäre ganz wesentlich, darüber hinauszukommen, das Gespräch auch mit jenen führen zu können, die eine andere, gegenteilige Meinung haben.

Persönlich habe ich in den letzten Monaten erlebt, daß das Überschreiten der Grenzen durchaus Sinn macht. Im Gespräch mit dem Militärkommando Steiermark wird es vielleicht gelingen, zwei Wegmarken zu setzen: Das Denkmal, das das Ehepaar Gerz für den Feliferhof geschaffen hat, wird vielleicht doch realisiert, und wenn es gelingt, einen vernünftigen Termin zu finden, gibt es eine gute Chance, die Wehrmachtsausstellung in Graz unter Einbindung, und zwar im positiven Sinn, des Bundesheeres zu veranstalten. Das sind Zeichen der Ermutigung, die wir ganz dringend brauchen. Denn wir stehen an einer Zeitenwende: Jenes oft beschworene

"andere Österreich", jene Männer und Frauen, die aktiv persönlich gegen den Nationalsozialismus aufgestanden sind, ist natürlich nicht mehr jung. In der Steiermark können wir gerade noch hundert Opfer des Faschismus benennen, die wir rasch und umfassend in einem oral history-Projekt zu Wort kommen lassen, um ihre Lebensgeschichten dokumentarisch zu sichern. Als Zeitzeugen in Schulen können wir nur noch eine Handvoll vermitteln. Wenn die Verantwortung zur Gänze auf den Schultern der Nachgeborenen liegen wird, wird es noch viel schwieriger sein, die richtigen Antworten auf die wachsenden Herausforderungen zu finden, die sich im Generationswechsel gerade jetzt, in der Phase der neuen Unsicherheiten, ergeben. Und damit wird eine Institution wie das DÖW, das das Erbe bewahrt, es ordnet und es der politischen Bildung auf allen Ebenen und in den vielfältigsten Formen zur Verfügung stellt, unverzichtbarer denn je. Auf der Arbeit der bisherigen 34 Jahre und ohne Zweifel auch auf dem, was in den nächsten Jahren und Jahrzehnten geschehen wird, kann das demokratische Österreich auch in Zukunft aufbauen. Ich wünsche daher zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben die nötige politische Unterstützung, die gesellschaftliche Anerkennung und die persönlichen wissenschaftlichen Erfolge zu unser aller Nutzen.

GERHARD ROTH

ÜBERLEGUNGEN ZUM UMGANG MIT DER JÜNGSTEN VERGANGENHEIT - ANLÄSSLICH DER DÖW-JAHRESVERSAMMLUNG AM 11. MÄRZ 1997

Die kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wird von jenen, die sich ihr stellen, zumeist mit Mut und Engagement betrieben, mit Ernst, Genauigkeit und manchmal auch mit Polemik und einem Funken Ironie. Mitunter gibt man den Schriftstellern, die sich mit ihr befassen, zu verstehen, daß ihre ganze Arbeit "überholt" und "sinnlos" sei, mitunter wieder hält man sie für "destruktiv", "nestbeschmutzend" oder "modisch-schick". Man bezeichnet sie als "Links-Linke", als "korrumpierte, intellektuelle Kaste", aber gleichzeitig auch als "gnadenlos Gute", die in Wahrheit die Meinungsfreiheit knebeln wollen. Je nachdem, woher der Wind weht, vernimmt man ein "Grunzen am staatlichen Futtertrog" oder ein ewiges "Nazi-Nazi-Geblöke", bzw. sieht man in Wortmeldungen, aber auch im sogenannten "Lichtermeer" potentielle Brandstiftung oder kindisches Idealistentum.

Das kurze Resümee soll nicht der Pflege der eigenen Wehleidigkeit dienen, auch wird kein neues Märtyrertum angestrebt, es soll vielmehr zeigen, welche Wut, welches Unverständnis und schließlich welche Mißverständnisse der Versuch auslöst, ein Verbrechen aufzudecken, an dem weite Teile des Volkes - nicht alle - freiwillig, unfreiwillig oder mitlaufend beteiligt waren, und rechtzeitig etwas gegen politische Entwicklungen zu unternehmen, die vor allem aus einem Verschweigen dieses Verbrechens entstanden sind. Oft sind die Kritiker der Warner (in der Regel sogar die allerschärfsten) nicht automatisch Gegner in der Sache, sie glauben aber, daß die Situation im Land von den Warnern zu pessimistisch gezeichnet wird. Sie orten eine Lust am Anklagen, am Verurteilen und In-den-Schmutz-Ziehen, an der maßlosen Übertreibung - auch Hysterie oder Ehrgeiz von Profilierungssüchtigen. Ohne die bekannten Tatsachen wiederzukäuen, möchte ich doch auf das allgemeine Faktum hinweisen, daß sich die Wähler des Politikers, der sich selbst als rechts-extrem bezeichnet hat, in den letzten zehn Jahren verfünffacht haben und nach Meinungsumfragen bereits 25 Prozent ausmachen. Die Briefbombenserien (mit vier Toten und Schwerverletzten) und diverse verbale Entgleisungen in diesem Zeitraum betrachte ich nicht als Zufälle.

Es wäre daher zu begrüßen, wenn jene Kritiker, die in den Warnern in erster Linie Schwarzmalerei oder sonstige Übertreiber sehen, ihre Argusaugen mit der gleichen Eifrigkeit und in der Folge ihr Engagement mit der gleichen Eloquenz dem immer deutlicher lesbaren Menetekel zuwendeten und gelegentlich auch ein wenig Solidarität für die Sache, um die es geht, durchscheinen ließen.

Im selben Atemzug wird oft - das sei nebenbei erwähnt - die angebliche politische Ausgrenzung der rechtsextremen Kräfte als falsch bezeichnet. Als Argument

wird angeführt, daß sich diese Bewegung trotzdem oder gerade darum so rapide vergrößert habe. Ich will nicht näher darauf eingehen, daß die Ausgrenzung de facto eine Selbstausgrenzung ist, aber ich behaupte: Ohne klare *Ab*-Grenzung, um die es sich in Wirklichkeit handelt, wären diese Entwicklungen noch rapider vor sich gegangen, weil der Widerstand geringer gewesen wäre oder gar gefehlt hätte. Außerdem wurde dadurch ein Prozeß der Aufklärung in Gang gesetzt, so daß niemand mehr sagen kann, er habe von nichts gewußt.

Zurück zur kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit: Weshalb soll man sie überhaupt betreiben?

Es gibt ein ursprüngliches Wissenwollen einerseits, das Bedürfnis nach Gerechtigkeit andererseits und zugleich die Angst und die Wut vor der Entdeckung schon in der griechischen Tragödie und Mythologie. Sie sind etwas zutiefst mit dem Menschen Verbundenes.

Vor allem die Opfer, aber auch Handlanger von Tätern, Mitläufer und Getäuschte und deren Angehörige können von diesem existentiellen Wissenwollen gleichermaßen heimgesucht werden - wenn sie nicht bereit sind, sich mit dem lapidaren Schweigen und den aufgetischten Lebenslügen zu begnügen. Hier leistet das DÖW Pionier-, aber oft auch Sisyphusarbeit. Dafür kommt ein Umstand zum Tragen, der sich als immer wichtiger erweist: Die kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und das daraus resultierende Wissen sind mit der Möglichkeit verbunden, die politische Gegenwart präziser zu dechiffrieren. Und weiters trägt die Auseinandersetzung zur Ortung zukünftiger Aspekte bei, da sie in der Lage ist, bestimmte Parameter für künftige Entwicklungen zu liefern. Für jeden, der sich damit befaßt hat, war der Aufstieg der rechtsextremen Partei in Österreich voraussehbar.

So besehen ist das Dokumentationsarchiv nicht nur ein Archiv, in dem das Schweigen über die Vergangenheit zum Reden gebracht wird, sondern auch - in einem übertragenen Sinn - eine Institution, in der Gegenwarts- und Zukunftsanalysen ermöglicht werden, mit der Absicht, politische Prozesse und Entwicklungen transparenter zu machen. Das ist eine Leistung weit über die ursprüngliche Intention hinaus: Ein Verschweigen, ein Vergessen, ein Verdrängen oder sogar ein Retouchieren des Geschehenen zu verhindern, da diese einer Bestätigung und damit einer Akzeptanz der Verbrechen gleichkämen. Die Bemühungen des Dokumentationsarchivs gleichen in der österreichischen Gegenwartsgeschichte schon bald einer Ehrenrettung der Opfer, sie sind darüber hinaus Ausdruck des Respekts vor ihrem Leiden und haben die ersten notwendigen Schritte zu einer Versöhnung mit den noch lebenden Opfern und deren Angehörigen gesetzt.

In meiner Jugend - Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre - wurde ich, wie viele meiner damaligen Freunde, von Ideologien und Doktrinen würgend behindert, ein selbstgewähltes Leben zu führen.

Es war die Nachkriegszeit in Österreich, dem Schweigensreich, der Schweigensfestung, in der allerdings Redewendungen wie "Sonderbehandlung", "lange Haare

– kurzer Verstand", "bis zur Vergasung" und Wörter wie "Capo", "Pimpf" und "Weltverschwörung" durch die Sprache geisterten, wie Schloßgespenster, die keine Ruhe finden.

Und: Es war auch die Zeit des Kalten Krieges, des Aufeinanderprallens zweier feindlicher Ideologien.

Und nicht zuletzt auch eine Zeit, in der die katholische Kirche, statt uns zu lieben, versuchte, uns das Fürchten vor uns selbst zu lehren.

Damals wuchs für mich die Bedeutung des einzelnen – sozusagen als Notwehr gegen die erdrückende Meinungsmacht verschiedenster Kollektive.

Auch deshalb ist es für mich besonders bedrückend, daß sich so viele Österreicher wieder ein neues Volk im Volk geschaffen haben – die sogenannten "Ausländer". Die politische Situation hat sich mittlerweile derart zugespitzt, daß die unverblühte Ablehnung von "Ausländern" Erfolg bei Wahlen geradezu garantiert. Die Antwort darauf kann nicht ein Lavieren und Halbherzigkeit sein, die rasch in *Hart*herzigkeit umschlägt, sondern nur ein "Farbebekennen", ein Stehen zu den eigenen Prinzipien, sofern sie sich nicht nur im möglichst erfolgreichen Buhlen um die Wählergunst erschöpfen.

Denn ein Nachgeben provoziert geradezu die Frage, weshalb man dann nicht gleich den Urheber dieser Politik sozusagen im Original wählen soll. Und überdies rechtfertigt ein nachträgliches Modifizieren oder sogar Imitieren dieser Ideen die ansonsten bekämpften Politiker.

Zuletzt ist der Verlust an Glaubwürdigkeit unvermeidbar – jenes tödliche Gift für jede Partei, die ihre Orientierung zusehends verliert.

GERHARD BOTZ, DANIELA ELLMAUER, ALEXANDER PRENNINGER

MAUTHAUSEN ALS "ERINNERUNGSORT": PROBLEME DER "AUTHENTIZITÄT" UND DES ÖSTERREICHISCHEN "KOLLEKTIVEN GEDÄCHTNISSES"

Ein weithin – auch unter Historikern – bestehendes Mißverständnis schreibt den sogenannten "historischen Überresten" an sich schon den Charakter des "Authentischen" zu.¹ Dieses mache sowohl die einzigartige "Aura" als auch die unabweisbare Überzeugungskraft der historischen "Fakten" aus. Demgegenüber ist mit dem französischen Historiker Marc Bloch², der selbst der NS-Verfolgung zum Opfer fiel, zu betonen: "Auch die scheinbar klarsten und willfährigsten Texte oder archäologischen Materialien sprechen erst dann zu uns, wenn wir sie zu befragen wissen." Objekte, die von Vergangenen übriggeblieben sind, also "Überreste", sind an und für sich stumm, auch wenn in ihrer materiellen Struktur Spuren des Vergangenen eingeschrieben und festgehalten sind. Erst wenn diese gegenwärtigen Spuren hinsichtlich einer Vergangenheit entziffert und gelesen werden, werden sie zu Zeugnissen bestimmter Ereignisse dieser Vergangenheit.³ Es sind erst die geschichtswissenschaftlichen Fragestellungen und die Sichtweisen der jeweiligen Betrachter und Historiker, die die "Überreste" des Vergangenen zu Quellen unseres Wissens über Vergangenes machen. Dies ist der Ausgangspunkt unserer Überlegungen, die am Beispiel der Schaffung von "Authentischem" am Ort der Gedenkstätte Mauthausen zunächst dargelegt werden sollen.

Allerdings sind es in "Mauthausen" gerade auch die Darstellungen von überlebenden KZ-Häftlingen, ihre Berichte, Erzählungen und Erläuterungen bei Führungen – festgehalten in Schrift oder durch Bild- oder Tonaufzeichnungen –, die lange Zeit (und noch bis heute) ein wichtiges Moment der "Authentizität" des "Erinnerungsorts Mauthausen" ausgemacht haben. Auch darauf werden wir in der weiteren Folge unserer Überlegungen zurückkommen.

Wir sind uns im klaren, daß damit nicht die Komplexität einer KZ-Gedenkstätte erschöpfend beschrieben werden kann. Denn in ihr geht es immer auch um Gegensätze wie "Mahnmahl oder Baudenkmal, Interpretation oder Quelle, Deutung oder Relikt".⁴

¹ Wir folgen hier weitgehend unseren im Auftrag des Bundesministerium für Inneres ausgearbeiteten Vorschlägen: Gerhard Botz und Daniela Ellmauer (unter Mitarbeit von Oliver Wurzer und Alexander Prenninger), Gedenkstätten-Museum Mauthausen. Rahmenkonzept zur Neugestaltung der Gedenkstätte Konzentrationslager Mauthausen, Salzburg-Wien, 30. Juni 1997 (unveröffentlicht).

² Marc Bloch, *Apologie der Geschichte oder Der Beruf des Historikers*, Stuttgart 1992, S. 75.

³ Vgl. etwa Maoz Azaryahu, *From Remains to Relics. Authentic Monuments in the Israeli Landscape*, in: *History and Memory*, Jg. 5, Nr. 2 (1993), S. 82-103.

⁴ Günter Morsch, *Von der Erinnerung zum Monument – eine Einführung*, S. 12-25, hier 20.

Das sogenannte "Authentische"

Wie sehr von den Fragestellungen und Sichtweisen derer, die an Geschichtlichem interessiert sind, das sogenannte "Authentische" geprägt, ja konstruiert ist, illustriert die Frühgeschichte des heutigen Erscheinungsbildes der Gedenkstätte Mauthausen: Im April 1947 besuchte der damalige Leiter der Wiener Staatspolizei und ehemalige KZ-Häftling Dr. Heinrich Dürmayer Mauthausen, um dessen Übernahme durch die Österreichische Bundesregierung von den Sowjets vorzubereiten. Dabei stellte sich ihm der Zustand – zwei Jahre nach der Befreiung, nach der Aufgabe der Baracken durch die sowjetischen Besatzungstruppen und der weitgehenden "Ausschlachtung" des Lagers durch ehemalige Häftlinge und die Umland-Bevölkerung, die Souvenirs (sozusagen "Reliquien" ihres Leidens) mitgenommen bzw. zur Linderung ihrer Notlage Brauchbares entfernt hatten – folgendermaßen dar: "Ein Platz, der in jedem anderen Lande eine Weihstätte wäre, ist bei uns eine Mistgärten [...] und ein Kartoffelacker." Das Lager insgesamt befand sich in einem desolaten Zustand, vieles war verschwunden, der Abtransport des massenhaft herumliegenden Schutts und Mülls sei kaum möglich gewesen. Dürmayer berichtet weiter: "Vom Lager III steht kein einziger Bau. Von allen anderen Baracken fehlen alle Armaturen, Wasch- und Klosettmaschinen, viele Tür- und Fensterstöcke, Beleuchtungskörper, Leitungsdrähte desgl. Sanitätslager (Russen) ist ein wüster Trümmerhaufen und wird nur langsam geräumt. Das Räumpersonal hat nur Kübel zum Schutt- und Mülltransport."⁵

Schon ein halbes Jahr später beschloß die sich eben konstituierende "Lagergruppe Mauthausen" der überlebenden Häftlinge, welche der Überreste abzutragen und zu entfernen, welche zu erhalten und als historische Zeugen zu präsentieren seien. Als eine Art Leitlinie galt ihnen: "Die Steinbauten sind zu erhalten, normalmäßig instand zu setzen, so daß sie bei der Besichtigung als Schauobjekt einen richtigen und würdigen Eindruck machen." Weiters wurde damals beschlossen: "Die Verwendung der Räume nach Wunsch der einzelnen Nationen und Verbände zu historisch musealen Zwecken. Zu erhalten ist die gegenüberliegende Reihe der Baracken, damit das Bild der Lagerstraße gewahrt ist. [...] Erhalten werden muß das steinerne Verwaltungsgebäude vor dem Lager. Zu rekonstruieren sind Gaskammer [sic!]⁶, Zellen, Hinrichtungsstätte. [...] Das Lager ist einzufrieden, und zwar in der Art, wie Konzentra-

⁵ Zit. nach Florian Freund, Bertrand Perz, Karl Stuhlpfarrer, Historische Überreste von Tötungseinrichtungen im KZ Mauthausen, in: *Zeitgeschichte*, 22. Jg., Heft 9-10 (1995), S. 301.

⁶ Dies ist eine irreführende Bezeichnung, da nicht die Gaskammer, sondern technische Einrichtungen wie Gaseinfüllungsstutzen, Gasleitungsrohr und Ventilator von der SS, später auch die Türen von befreiten Häftlingen entfernt worden waren, siehe Florian Freund, Die Gaskammer von Mauthausen. Zur Leugnung der Morde im Konzentrationslager Mauthausen, in: *Annäherungen an Mauthausen. Beiträge zum Umgang mit einer Gedenkstätte*, Hrsg. Pädagogisches Institut des Bundes in Oberösterreich, o. O. 1997, S. 44-47; auch Hans Marsalek, Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen, 3. Aufl., Wien 1995, S. 196 ff.; siehe auch: Brigitte Bailer-Galanda, Das sogenannte Lachout-"Dokument", in: *Amoklauf gegen die Wirklichkeit. NS-Verbrechen und "revisionistische" Geschichtsschreibung*. Hrsg. DÖW, Bundesministerium für Unterricht und Kunst, Wien 1991, S. 75-82.

tionslager eingefriedet waren, bis Material vorhanden ist, mit nach elektrotechnischen Vorschriften hergestelltem, elektrisch geladenem Stacheldraht (rein optisch gesehen natürlich, ohne praktische Durchführung)."⁷

Damit wurde die Vielzahl unterschiedlicher materieller Reste unbewußt einer Bewertung nach ihrer historischen Brauchbarkeit unterzogen. Ein Teil wurde als unbrauchbar, ja störend eingeschätzt und als Müll abtransportiert, dem anderen Teil der Überreste wurde der Status von historischen Quellen zugeschrieben; sie wurden zu Zeugen einer bereits (bei den Überlebenden) damals schon sehr konkreten (kollektiven, typisierten) Vorstellung über ein Nazi-Konzentrationslager. Auch unsere heutigen Geschichtsbilder sind noch geprägt von dem, was ein Konzentrationslager ausmacht: vor allem Eingangstor, Steinbauten, Holzbaracken, Stacheldrahtzaun.⁸

Daher – und wegen des selbstverständlichen Wissens von der Existenz der Vergasungseinrichtung und des Schreckens des Konzentrationslagers bei den Überlebenden – erklärt sich auch die Leichtigkeit, ja Leichfertigkeit, mit der nun die unmittelbar nach 1945 entfernten gasdichten Türen (zur Gaskammer), ein Krematoriumsofen und die Eisentraversen in der Hinrichtungsstätte u. dgl. "rekonstruiert" bzw. erneuert wurden. Vieles, was nicht in das "Geschichtsbild" (der überlebenden NS-Opfer) der unmittelbaren Nachkriegszeit paßte, wurde achtlos abgeräumt. Jene Überreste, die erhalten blieben und nunmehr in der allgemeinen sie umgebenden Unordnung nicht mehr verdeckt wurden, wurden deutlicher sichtbar gemacht. Sie erlangten nun den Status von Zeugen des KZ-Lebens und -Schreckens und wurden mit einem besonderen Sinn, der sich den Besuchern vermittelte (oder vermitteln sollte), ausgestattet. Das "Authentische" mußte sozusagen erst herauspräpariert werden.

Die Überreste wurden damit zu "authentischen" Objekten, deren "Aura" nicht nur die emotionelle Betroffenheit des Gedenkens, sondern auch die Glaubwürdigkeit als historische Zeugen, eben "einen richtigen und würdigen Eindruck", vermitteln konnte – bei den damaligen wie heutigen Besuchern. Denn: "Eine Aura von Authentizität wird erzeugt, wenn ein Monument erfolgreich bei Besuchern die Überzeugung vermitteln kann, daß es mit ihnen die Vergangenheit gemeinsam hat, die es erfahren hat und für die es bürgt. Diese Aura wird durch glaubwürdige und verlässliche 'Augenzeugen', die als 'primäre Zeugen' der Vergangenheit dienen, hervorgerufen."⁹ "Authentizität" bzw. die "authentische Aura" entsteht erst durch das Zusammentreffen von Relikt und Wissen/Gedächtnis,¹⁰ durch die eingangs angesprochene Kommentierung der Überreste durch Zeitzeugen.

⁷ Freund, Perz, Stuhlpfarrer, Historische Überreste, S. 304.

⁸ Zur Architektur des Konzentrationslagers siehe Eduard Führ, Morphologie und Topographie eines Konzentrationslagers, in: Günter Morsch (Hrsg.), *Von der Erinnerung zum Monument. Die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen* (Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Bd. 8), Oranienburg 1996, S. 30-59, bes. 48 ff.

⁹ Azaryahu, *From Remains to Relics*, S. 87 (Übersetzung G. B.).

¹⁰ Thomas Lutz, *Historische Orte sichtbar machen. Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenschrift Das Parlament*, 1-2 (1995), S. 23.

Die "Aura des Authentischen" hält jedoch so lange an, als dieses einen Bezug zur Vergangenheit herzustellen vermag, auch wenn es sich dabei nicht um "Originale" handelt, etwa um schlechte Rekonstruktionen oder Imitationen, also wenn "Authentizität" geglaubt wird. Walter Benjamin definiert für Kunstwerke und für unser Problem analog die "Aura als 'einmalige Erscheinung einer Ferne, so nah sie sein mag', [sie] stellt nichts anderes dar als die Formulierung des Kultwerts des Kunstwerks in Kategorien der raum-zeitlichen Wahrnehmung."¹¹ Im säkularen Geschichtsbewußtsein spielt das "Authentische" etwa die Rolle einer Reliquie im Denken des traditionellen Katholizismus, es beglaubigt die Existenz von etwas, von einem "Heiligen", von einem vergangenen, daher nicht mehr greifbaren Ereignis.

Erst der Wandel der Geschichtsbilder und das Aufkommen der "revisionistischen" Geschichtslügen, nicht zuletzt auch um die Mauthausener Gaskammer, haben den Blick auf bisher als "authentisch" Angesehenes geschärft und verändert. Dennoch bleibt "Authentizität", sei es in "authentischen" Objekten, sei es am "authentischen" Ort, zentral für jedes KZ-Gedenkstätten-Museum. Selbst wenn alle heute sichtbaren Strukturen Rekonstruktionen wären, behielte der Ort seinen Charakter als einer, an dem sich die historischen Ereignisse zugetragen haben.¹² Auch bloß die bleibende "Aura des Ortes" könnte noch Interesse und Motivation bewirken, wenn nur noch Monumente vorhanden wären, die lediglich als "Marker der Wirklichkeit" an die schreckliche Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen dienen.

Dasselbe trifft auch auf die Gaskammer zu, selbst wenn sie sich nicht mehr in jenem Zustand, als in ihr Menschen ermordet wurden bzw. als das Lager befreit wurde, befindet. Selbst die nachträglich eingebauten, mit den ursprünglichen nur sehr entfernt ähnlichen Gaskammertüren verweisen auf den Ort des Schreckens und seine technischen und ökonomischen Bedingungen.

Doch an allem "Authentischen" "nagt der Zahn der Zeit" in einem sehr direkten Sinn. Ohne permanentes gestaltendes und pflegendes menschliches Eingreifen wächst Gras über die freigelegten Fundamente der verschwundenen Gebäude, zersetzt die Witterung Mauern und Dächer, zerfrißt Rost den Stacheldraht, überwuchert Wald die Hänge des Steinbruchs. Dies ist eines der größten praktischen Probleme zeitgeschichtlicher Freilichtmuseen, wie sie auch in den KZ-Gedenkstätten vorliegen.

Ironischerweise müssen die "authentischen" Objekte in permanenter Arbeit konserviert und erhalten werden, damit sie ihren "authentischen" Charakter bewahren können. Nur indem die Zeugen der Vergangenheit immer wieder verändert und manipuliert werden, kann ihr Zerfall aufgehalten, meist jedoch nur hinausgezögert werden.¹³

¹¹ Walter Benjamin, *Das Kunstwerk im Zeitalter seiner Reproduzierbarkeit*, 2. Fassung, in: ders.: *Gesammelte Schriften*, Bd. I. 2, Frankfurt/Main 1974, S. 480.

¹² Vgl. etwa Simon Schama, *Landscape and Memory*, London 1995.

¹³ Azaryahu, *From Remains to Relics*, S. 88.

Dabei stellt sich das für die Philosophie klassische Problem der Identität von "Theseus' Schiff"¹⁴, umgelegt auf die Häftlingsbaracken: An einer seit der NS-Zeit bestehenden Baracke werden, um den Verfall des Gebäudes zu verhindern, allmählich alle morschen Hölzer durch möglichst originalgetreue Nachbildungen (oder auch durch Reserveteile von anderen Baracken) ersetzt. Obwohl nach dem Ende dieses allmählichen Erneuerungsprozesses in der bleibenden Baracke kein Teil mehr derselbe ist wie in dem ursprünglichen Gebäude, wird dennoch von Philosophen, die sich seit Thomas Hobbes mit diesem Problem beschäftigt haben, der "neu-alten" Baracke (bzw. deren Struktur) Identität mit der alten, verschwundenen Baracke zugeschrieben. Würde man die angemorschten ursprünglichen Holzteile nicht wegwerfen, sondern neuerlich zu einer Baracke in der alten Form zusammengesetzt haben, so wäre diese dennoch nicht identisch mit ihrem ursprünglichen Zustand.

Daraus ergibt sich für jede praktische (Neu-)Gestaltungsarbeit von Gedenkstätten wie Mauthausen: Bei aller Zentralität der Originalbestände ist es – grundsätzlich gesehen – unseriös, umstandslos zu suggerieren, es gäbe überhaupt so etwas wie einen "authentischen Zustand" an sich, als könne, was als "authentisch" gilt, für sich selbst sprechen. Jeder mögliche "Originalzustand" privilegiert beispielsweise eine bestimmte Zeitphase und ein bestimmtes Interesse in bzw. an der Lagergeschichte und muß so unvermeidlich andere Phasen und Aspekte vernachlässigen. Einen uninterpretierten und unrekonstruierten "authentischen Zustand" gibt es grundsätzlich nicht!

Damit geht auch eine Inszenierung der "Überreste" und des "Authentischen" in einer vielfältigen Weise einher. Nicht nur die bewußte Zusammenstellung von Objekten ist inszenatorisch, sondern jede Auswahl, jede räumliche Festlegung – sogar ein völlig unregelmäßig erscheinender Besichtigungsablauf inszeniert die Ausstellung. "Wenn die meisten Gedenkstättenmitarbeiter auch Inszenierungen ablehnen, so stehen sie doch vor dem Problem, daß allein schon die Veränderung der Umgebung ein anderes Aussehen und eine andere Wahrnehmung der historischen Überreste mit sich bringt. Die schöne Natur wirkt im Unterschied zu überfüllten Baracken lieblich, nachwachsende Bäume verändern die Landschaft, und der Verfallszustand der Gebäude macht nur schwer nachvollziehbar, wie sie vor 50 Jahren gewirkt haben."¹⁵ Es wirkt also nicht nur der Eingriff (durch "Wiederherstellen des Originalzustandes"), sondern auch der Nicht-Eingriff als Inszenierung.

Ohne Betrachter/Besucher, der einen Überrest oder Ort in einen zeitübergreifend-historischen oder, in einem zeitgleich-kulturellen Zusammenhang, in seine (persönliche oder kollektive) Geschichte bzw. seine kulturell-politische Erfahrung einordnet, bleibt ein solcher historischer Überrest/Ort ohne Bedeutung. Er ist dann auch nicht "authentisch". Gerade deshalb ist "Mauthausen" multivalent, wie später noch ausgeführt wird.

¹⁴ E. J. Lowe, *Identity of Artifacts*, in: *The Journal of Philosophy*, 80. Jg., Nr. 4 (1983), S. 220-232.

¹⁵ Lutz, *Gedenkstätten*, S. 36.

Erlöschen des "kommunikativen Gedächtnisses"

KZ-Gedenkstätten wie jene in Mauthausen werden in absehbarer Zeit das leisten müssen, was heute (gerade noch) die wenigen Überlebenden leisten, indem sie die steinernen Überreste "zum Reden" bringen und zur Erzeugung der "Aura des Authentischen" beitragen. Ihr Personal wird bald (unter anderem) einen konkretisierenden, biographischen Ansatz zu bieten haben, der "unmittelbares", nachvollziehendes Verstehen der Geschichte des Konzentrationslagers ermöglicht. Auch die letzten Überlebenden sind sich dieser Tatsache bewußt, wenn sie heute betonen, daß es darum gehe, "mittels Video Führungen der Überlebenden aufzunehmen, da mit fortschreitendem Alter die Fähigkeit zu Artikulation abnehmen und in einigen Jahren das Bedürfnis nach Originalzeitzeugen sonst nicht mehr befriedigt werden kann".¹⁶

Mit dem Sterben der letzten Zeitzeugen geht eine grundlegende Änderung des "kollektiven Gedächtnisses" einher. Die Ablösung des sogenannten "kommunikativen Gedächtnisses" durch das "kulturelle Gedächtnis" (Aleida und Jan Assmann¹⁷), das persönlich vermittelte Erinnern wie das Nicht-Erinnern an das Nicht-Sagbare, steht unmittelbar bevor. "Das kommunikative Gedächtnis bezieht sich auf die rezente Vergangenheit. Es sind dies Erinnerungen, die der Mensch mit seinen Zeitgenossen teilt. Der typische Fall ist das Generationen-Gedächtnis. Dieses Gedächtnis wächst der Gruppe historisch zu; es entsteht in der Zeit und vergeht mit ihr, genauer: mit seinen Trägern. Wenn die Träger, die es verkörperten, gestorben sind, weicht es einem neuen Gedächtnis." Die Weitergabe der Erinnerung in Form direkt mitgeteilter Erfahrungen und Berichte der "Zeitzeugen" dieser Periode wird nicht mehr möglich sein. Das Sterben der Generation der Überlebenden des Konzentrationslagers bedeutet einen Verlust an Anschaulichkeit, Vielfalt und Emotionalität. Statt dessen werden in absehbarer Zeit die zwiespältigen Mechanismen des "kulturellen Gedächtnisses" mehr Bedeutung erlangen.

Einerseits werden emotionelle Inszenierung und Ritualisierung, Gestaltungen des Undarstellbaren in künstlerischen Formen in den Vordergrund treten. "Die psychische und soziale Unmöglichkeit, die Opfer der Massenvernichtung kollektiv und authentisch zu betrauern, erzwingt zusammen mit der moralischen Unverzichtbarkeit ihres Gedenkens den Übergang vom Ritual zur Kunst."¹⁸ Dies erklärt auch die in der gegenwärtigen Literatur, im Theater¹⁹ und in den bildenden Künsten so auffällige Beschäftigung mit Themen der Geschichte des Holocausts und des National-

¹⁶ Vorschläge des Vorstandes der Lagergemeinschaft Mauthausen zu einer Umgestaltung der Gedenkstätte, (unveröffentlichtes Typoskript 1994).

¹⁷ Aleida Assmann, Jan Assmann, Das Gestern im Heute. Medien und soziales Gedächtnis, in: Klaus Merten, Siegfried J. Schmidt, Siegfried Weischenberg (Hrsg.), Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft, Bonn 1994, S. 119.

¹⁸ Arno Gisinger, Vorwort, in: *Eikon 14/15: Darstellung des Undarstellbaren*, (1995), S. 8.

¹⁹ Siehe etwa George Tabori, Gerhard Botz, Daniela Ellmauer, Oliver Wurzer, Texte und Dokumente aus dem Konzentrationslager Mauthausen. "Der Steinbruch". "Die Zeit unseres Lebens zählten wir nach Wochen", Salzburg 1995 (LBIHS-Projektberichte 9).

sozialismus. So vertreten Literaturwissenschaftler wie Jean-Pierre Salgas und der Konzeptkünstler Christian Boltanski die These, "daß die bildende Kunst heute jener Ort ist, an dem die Erinnerung an den Holocaust am intensivsten wachgehalten und tradiert wird". Künstlerische Formen des Erinnerns und Gedenkens scheinen unter allen unzureichenden Formen des "kulturellen Gedächtnisses" noch am ehesten "der rituellen Vergewisserung des Unvorstellbaren" (A. Gisinger) adäquat zu sein.²⁰

Andererseits werden in dem zwiespältigen Charakterwandel des "kollektiven Gedächtnisses" die Tendenzen zu "Historisierung", Generalisierung und "distanzierter" Beschreibung mit den Mitteln der Geschichts- und Sozialwissenschaften noch stärker als bisher zunehmen.

Beide scheinbar einander ausschließende Trends sind jedoch die Kehrseiten ein und derselben Medaille. Daher und nicht wegen eines bloßen postmodernen Chics sind Kunst bzw. Inszenierung und Wissenschaft bzw. Dokumentalismus die Pole, zwischen denen auch die meisten der gegenwärtigen Museums- und Gedenkstätten-gestaltungen in Europa und in den USA zum Thema Holocaust zu positionieren sind.

Das Erlöschen des "kommunikativen Gedächtnisses" bewirkt auch, daß manche Elemente der bestehenden (für ihre Entstehungszeit durchaus beachtlichen) Ausstellungen und Gedenkstätten-gestaltungen heute als Mängel oder "schiefe" Interpretationen erscheinen. So war es in den Jahrzehnten des ungebrochenen Weiterlebens der NS-eigenen Erinnerung in der Populärtradition, der Tabuisierung der NS-Vergangenheit und der Nachholung eines österreichischen Nationsbildungsprozesses selbstverständlich, das Grauen der KZ-Welt, den Terror und überhaupt eine (als Faschismus erfolgende) Typisierung des Nationalsozialismus zu einem zentralen Thema der Ausstellung in Mauthausen zu machen. Auch das Übergewicht an Österreich-Bezügen und die Überbetonung des einheimischen Widerstands mögen in einer Umwelt, die noch kaum ihre deutschnationale Vergangenheit und die NS-Nostalgie überwunden hatte, funktional gewesen sein. Heute sind sie es nicht mehr, und sie sind apologetisch und das Gegenteil von Widerständigkeit, die dem antifaschistischen Pathos einmal (auch) zu eigen gewesen ist. Die in Mauthausen wie in vielen anderen KZ-Ausstellungen und Gedenkstätten der sechziger und siebziger Jahre deutlich werdende Tendenz zur Heroisierung und Monumentalisierung (etwa in Form übergroßer Szenen- und Porträtfotos)²¹ erscheint heute überzeichnend und erzielt gerade bei jüngeren Besuchern einen kontraproduktiven Effekt.²²

²⁰ Vgl. auch Micha Brumlik, Trauerrituale und politische Kultur nach der Shoah in der Bundesrepublik, in: Hanno Loewy (Hrsg.), Holocaust. Die Grenzen des Verstehens. Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte, Hamburg 1992, S. 207 f.

²¹ Vgl. Volkhard Knigge, Zur Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, in: Morsch (Hrsg.), Von der Erinnerung zum Monument, S. 101-114.

²² Vgl. Peter Gstettner, Lernort Mauthausen? Oder: Gelingt am Ort der Täter und Opfer die Rückholung des österreichischen Gedächtnisses?, in: Elke Renner, Josef Seiter und Johannes Zuber, Erinnerungskultur. Zur Rückholung des österreichischen Gedächtnisses, Wien 1997 (schulheft 86/1997), S. 9-25.

Die Bedeutung von Mauthausen

Denkmäler und Gedenkstätten in ehemaligen Konzentrationslagern und Vernichtungsstätten des Nationalsozialismus sind Orte, an denen die öffentliche Erinnerung an den Holocaust konstruiert wird. Sie strukturieren "die öffentliche Erinnerung an den Holocaust entsprechend einer bestimmten Sicht der Geschehnisse" und sind "das Produkt ihrer spezifischen Zeit und ihres Ortes, ihres historischen und politischen Kontextes".²³ So unveränderbar die Steine und Bauwerke von Monumenten und Gedenkstätten erscheinen mögen, so ist doch auch einem ständigen Wandel unterworfen, woran und wie sie erinnern und was sie "vergessen".²⁴

In der heutigen politischen Kultur Österreichs ist das ehemalige KZ Mauthausen *das* Kontrast- und Negativsymbol zur österreichischen Demokratie, und es dient wie kein anderer Erinnerungsort zur Veranschaulichung der Konsequenzen undemokratischer, totalitärer Entwicklungen, die zu überwinden die Zweite Republik von ihrem Selbstverständnis her aufgefordert ist. In der politischen Bildung, wie sie Ende der siebziger Jahre etabliert wurde, will die Gedenkstätte Konzentrationslager Mauthausen für Schulen und Erziehungsinstitutionen eines der wichtigsten Anschauungsobjekte zur Zeitgeschichte Österreichs sein; wie die Praxis aussieht, ist allerdings eine andere Frage, die noch einer eingehenden Untersuchung bedarf.

Dennoch steht fest: Es gibt in ganz Österreich keinen anderen Erinnerungsort²⁵, der in einer ähnlich überzeugenden und legitimen Weise die Verfolgungs- und Vernichtungspolitik der NS-Diktatur so eindrucksvoll symbolisieren könnte. An wohl keinem anderen Ort in Österreich geschah das Ende der NS-Diktatur so unübersehbar, so endgültig und (auch symbolisch) wirksam wie bei der Befreiung des Lagers Mauthausen und einiger seiner Nebenlager durch die Alliierten. Mauthausen dürfte einer der wenigen, wenn nicht überhaupt der einzige historische Ort sein, wo in der österreichischen Gesellschaft ein glatter Bruch mit dem NS-Regime möglich war, während sich überall sonst in Österreich der Übergang zur Nachkriegsdemokratie

²³ James E. Young, Die Zeitgeschichte der Gedenkstätten und Denkmäler des Holocaust, in: ders. (Hrsg.), Mahnmale des Holocaust. Motive, Rituale und Stätten des Gedenkens, München 1994, S. 19-40.

²⁴ Vgl. Ralph Samuel, Theatres of Memory. Bd. 1: Past and Present in Contemporary Culture, London 1994, S. X; siehe auch Harald Weinreich, Lethe – Kunst und Kritik des Vergessens, München 1997.

²⁵ Nach Aleida Assmann definiert sich ein "Erinnerungsort" – oft auch "Gedächtnisort" genannt – dadurch, daß hier "eine bestimmte Geschichte gerade nicht weitergegangen, sondern mehr oder weniger abrupt abgebrochen" ist. (Aleida Assmann, Erinnerungsorte und Gedächtnislandschaften, in: Hanno Loewy, Bernhard Moltmann (Hrsg.), Erlebnis – Gedächtnis – Sinn. Authentische und konstruierte Erinnerung, Frankfurt/Main 1996, S. 16). Diese Orte bedürfen der Erklärung, um Bedeutung zu erlangen. Pierre Nora unterscheidet in dieser Beziehung "milieux de mémoire" (Orte, an denen sich bestimmte Lebensformen stabilisieren) – und "lieux de mémoire" (Orte, die die Spuren eines zerstörten oder abgebrochenen Lebenszusammenhanges bergen). Für die Überlebenden des KZ Mauthausen und die unmittelbaren Nachkommen ist die Gedenkstätte demnach ein "milieu de mémoire", für die anderen Besucher ein "lieu de mémoire"; "...nicht mehr ganz das Leben und noch nicht ganz der Tod." (Pierre Nora, Zwischen Geschichte und Gedächtnis. Die Gedächtnisorte, in: ders. (Hrsg.), Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Berlin 1990, S. 18).

schmerzlich langsam, unzureichend und oft kaum wahrnehmbar vollzogen hat. Mauthausen wird, das zeigen auch die diversen dort stattfindenden Feiern und Rituale (etwa Angelobung der Präsenzdiener), von den Repräsentanten der politischen Kultur der Zweiten Republik als "sicherer Boden" verstanden, weil gerade hier die Zäsur zum Nationalsozialismus, die sonst eher schwach ausgeprägt ist, deutlich sichtbar gemacht werden kann. Es war daher staatspolitisch naheliegend, den 1997 eingeführten "Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus" auf den Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen zu legen. Dennoch ist Mauthausen für ein neueres österreichisches kritisch-demokratisches Verständnis auch ein "Ort der Schande" der Österreicher. Letztlich war ja in diesem Lager²⁶, ursprünglich für den erwarteten österreichischen Widerstand nach dem "Anschluß" geschaffen, nur eine Minderheit der Häftlinge tatsächlich Österreicher, die sich in irgendeiner Weise gegen das Terrorregime aufgelehnt hatten.

Jede Reduktion auf ein eindimensionales, dichotomes Opfer- oder Täterbild bezüglich Österreichs und dessen Bevölkerung in der NS-Zeit muß hier zu kurz greifen. Die Sichtweise der Überlebenden konzentriert sich naturgemäß auf die Leidensgeschichte der Opfer – und hier vor allem auf die der österreichischen Opfer. Die Sichtweise der jüngeren Generation, vor allem kritischer Wissenschaftler, Journalisten und Lehrer, erst recht auch vieler ausländischer Besucher, ermöglicht auch ein Bedenken der Täterschaft der damaligen Österreicher und deren Beteiligung an den Verbrechen des Nationalsozialismus. Aus der Tatsache, daß die Bewacher Deutsche und Österreicher waren, folgern daher heute kompetente Mauthausenforscher²⁷, daß "Mauthausen deshalb nur zu einem geringen Teil eine nationale Gedenkstätte sein [kann], die Österreich als Opfer des nationalsozialistischen Deutschland darstellt". Daraus leitet sich die Forderung ab, "Mauthausen als Gedenkstätte muß sich deshalb grundlegend von Gedenkstätten in den von der Deutschen Wehrmacht besetzten Ländern unterscheiden".²⁸ Dennoch sollte sich die Gedenkstätte in Mauthausen aber auch von vergleichbaren deutschen Gedenkstätten abheben. Die besondere Problematik österreichischen Gedenkens ergibt sich ja gerade daraus, daß Österreicher bzw. Österreich auf unterschiedliche Weise beides waren: Täter und Opfer, wenngleich in unterschiedlicher Gewichtung. Beide "Wirklichkeiten" können in Mauthausen (neben einer Vielzahl anderer Bedeutungen) präsent sein.²⁹

²⁶ Darauf deutet eine Aussage von Gauleiter Eigruber schon am 28. März 1938 hin (*The Times*, 30. 3. 1938, abgedruckt in: DÖW (Hrsg.), Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934–1945. Eine Dokumentation, Bd. 2, Wien 1982, S. 544).

²⁷ Siehe auch: Vorschläge der Sachverständigenkommission zur Gedenkstätte Konzentrationslager Mauthausen, in: *Zeitgeschichte*, 22. Jg., Heft 9/10 (1995), S. 357-371.

²⁸ Gottfried Fliedl, Florian Freund, Eduard Fuchs, Bertrand Perz, Gutachten über die zukünftige Entwicklung der Gedenkstätte Mauthausen im Auftrag des Bundeskanzleramts (unveröffentlichtes Typoskript), Wien 1991, S. 2.

²⁹ Zur zwiespältigen Erinnerung Österreichs nun auch deutsch: James E. Young, Formen des Erinnerns. Gedenkstätten des Holocaust, Wien 1997, S. 143 ff.

Aus nationalen/politischen/rassistischen Gründen Verfolgte und Ermordete aus ganz Europa wurden in Mauthausen vor allem durch deutsche und österreichische NS-Täter konfiniert, zusammengepfercht, ausgebeutet und ermordet. Die beinahe unübersehbare Vielfalt des Schmerz-Zufügens und Tötens im KZ und des Leidens der Häftlinge nimmt daher zu Recht in der bestehenden Konzeption der Gedenkstätte einen großen Raum ein. Eine ausschließliche Betonung der Täter-Dimensionen von Mauthausen würde diesen und allen KZ-Opfern gegenüber unangebracht und moralisches Unrecht sein.

Ungeschönt und unmißverständlich dargelegt werden können im heutigen Geschichtsverständnis aber auch die Ambivalenzen der Opfer- und Tätersituationen im KZ selbst. Dies betrifft die österreichischen politischen Häftlinge insgesamt, die zunächst in der Öffentlichkeit ausschließlich als Opfer vorgestellt worden waren, dann allerdings – manchmal überschießend – in den neunziger Jahren als "sekundäre Täter" entdeckt wurden. Die grundsätzliche und nicht zu reduzierende Multivalenz der KZ-Welt bezieht sich ja gerade auf die tragische Integration von Häftlingen in die Kontroll-, Ausbeutungs- und Vernichtungsapparate des Lagers, aber auch – in einer anderen Weise – selbst auf Tätergruppen wie "Volksdeutsche", "Ukrainer", Wehrmachtangehörige und die (im April 1945 als "Quasihäftlinge" nach Mauthausen verlegt und zu allerletzt als "Bewacher" fungierenden) Wiener Feuerwehrmänner. Die Diskussion der tragischen Funktionalisierung von KZ-Häftlingen in den Kontroll- und Unterdrückungsapparat ruft, wo immer sie geführt wird, höchst emotionale Aussagen und Abwehrhaltungen hervor, besonders kraß am Beispiel der "roten Kapos" von Buchenwald.³⁰

Natürlich stehen gerade die Organisationen der Überlebenden diesem Thema höchst ablehnend gegenüber, zum Teil auch deshalb, weil viele Überlebende ihren Opferstatus in der (österreichischen) Gesellschaft noch immer als ungefestigt, ja als abgeleugnet wahrnehmen. Auch in der wissenschaftlichen Diskussion sehen sie manchmal den Versuch, ihnen nachträglich das Opfer-gewesen-Sein abzuspochen oder ihnen gar eine Täterrolle zuzuweisen. Unserer Meinung nach ist jedoch gerade mit dem Übergang des "kommunikativen Gedächtnisses" zum "kulturellen" nicht nur eine wissenschaftlich-distanzierte, sondern auch eine demokratisch besser verankerte (jüngere) Sicht auf die NS-Vergangenheit notwendig. Sie ist wahrscheinlich eher imstande, die Problematik des Häftling-Seins und des Opfer-Status verstehend und verständnisvoll nachvollziehbar zu machen. Außerhalb der "geschichtsrevisionistischen" und NS-apologetischen Diskurse geht es bei dem Aufgreifen dieses derzeit großen Tabuthemas um die Suche nach einem neuen Verständnis der besonderen Inhumanität des nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungsapparats, der selbst viele Opfer als (Mit-)Täter involvierte. Nicht Schuldzuweisung an die in letzter Instanz immer Opfer bleibenden Internierten der Lager ist das Thema, son-

³⁰ Lutz Niethammer, Karin Hartewig (Hrsg.), *Der "gesäuberte" Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente*, Berlin 1994.

dern die Tragik der Häftlingssituation und die Erarbeitung eines tragfähigeren Erklärungsansatzes eines so differenzierten Terrorsystems wie des Nationalsozialismus.

In einer anderen Weise können von dieser Position aus auch auf der Seite der Täter neue Aspekte sichtbar gemacht werden. Auch hier sollte nicht nur vorsichtig differenziert, sondern auch der Kreis der Betrachtung vergrößert werden. Dies betrifft vor allem die umgebende Bevölkerung. Einerseits teilte sie die meisten Vorurteile und Wertungen, die im KZ-System zum Ausdruck kamen. Die Umwelt des Konzentrationslagers war höchst aktiv in den NS-Herrschaftskonsens eingebunden und trug als ein das System mehr oder weniger akzeptierender Faktor dessen Verfolgungsmaßnahmen mit, was bei der sogenannten "Mühlviertler Hasenjagd" im Februar 1945 besonders drastisch sichtbar wurde. Andererseits übte auf sie das (meist recht detaillierte) Wissen vom Schicksal der KZ-Insassen auch eine disziplinierende Wirkung aus. Allein schon die bedrohliche Herrschaftsarchitektur des Lagers legten Anpassung und, sofern noch erforderlich, Integration in die NS-Volksgemeinschaft nahe. Nicht nur aus der Innensicht und im Umfeld der Konzentrationslager, sondern auch in einer regimeweiten Dimension stehen die nationalsozialistischen Bauten zur Repräsentation und die Bauten zur Unterdrückung in einem – bisher nur selten untersuchten – komplementären Zusammenhang.³¹

Trotz aller notwendigen Differenzierung, das sei hier noch einmal betont, erscheint es uns dennoch schwer vorstellbar, daß angesichts der Toten von Mauthausen letzten Endes Täter-Aspekte und nicht doch Opfer-Aspekte im Vordergrund stehen könnten. Die Gedenkstätte Mauthausen heute ausschließlich oder in erster Linie als "Ort der Täter" darzustellen, machte die Opfer der Verfolgung und Vernichtung ein weiteres Mal zu Opfern – dieses Mal zu Opfern einer überzogenen Vergangenheits- und Geschichtspolitik der Nachkommen der vielen (österreichischen) NS-Täter und -Mittäter.

Multivalenz des Erinnerungsorts

Nicht zuletzt vor dem Problem der Opfer-Täter-Ambivalenzen und dem Faktum der Internationalität der Häftlingspopulation und des geringen Anteils der Österreicher und Deutschen im KZ Mauthausen³² stellt sich eine Frage mit aller Schärfe: Wem "gehört" das Leiden im Konzentrationslager Mauthausen geschichtskulturell und moralisch? Denen, die sich "freiwillig" durch politische, religiöse oder sonstige Willensentscheidungen in Situationen begeben oder Handlungen gesetzt haben, die mit KZ-Haft und Tod bedroht waren? Oder denjenigen, die aufgrund einer quasi-unentrinnbaren Merkmalszuschreibung durch die umgebende Gesellschaft und den Nationalsozialismus (basierend auf der biologischen Volksideologie) unent-

³¹ Wilfried Nerdinger (Hrsg.), *Bauen im Nationalsozialismus. Bayern 1933–1945*, München 1993, S. 21.

³² Den weitaus größten Anteil der Häftlinge stellten bekanntlich nach der Zuordnung von Hans Marsalek (Mauthausen, S. 138 ff.) Sowjetbürger, Ungarn, Polen, Franzosen und Tschechen.

rinnbar für das Konzentrationslager und die Vernichtung (durch Arbeit oder direkt) bestimmt waren?

Diese Frage ergibt sich vor allem für "Juden", "Zigeuner", "Asoziale", "Homosexuelle" und andere Häftlingskategorien, in gewisser Weise auch für sogenannte "Berufsverbrecher" in der NS-Terminologie. Unweigerlich aber stellt sich diese Frage in der Gegenüberstellung der wenigen Prozent Österreicher und Deutsche und der überwältigenden Mehrzahl der Angehörigen anderer Nationen unter den KZ-Häftlingen. Fast alle diese Gruppen sind in der gegenwärtig in der Gedenkstätte installierten historischen Ausstellung unterrepräsentiert, und gerade auf diesem Gebiet besteht ein unabweisbarer Bedarf nach Neukonzeption.

Der einzige Ausweg aus dem angeschnittenen Dilemma, das unter Vertretern der verschiedenen Häftlingskategorien gelegentlich zu heftigen Konflikten führt und durch die verbale Beschwörung der "internationalen Häftlingssolidarität" und die alljährlichen Befreiungsrituale nur überdeckt wird, liegt in der Akzeptanz der irreduziblen Vielschichtigkeit der symbolischen Bedeutungen des Konzentrationslagers. Diese Vielschichtigkeit ist jedoch nicht in dem Sinne zu verstehen (bzw. mißzuverstehen), daß sich für den einzelnen oder verschiedene Gruppen ein diffuses Ineinanderfließen der unterschiedlichen symbolischen Bedeutungen ergäbe. Vielmehr ist anzunehmen, daß sich für die unterschiedlichen Besucher und Besuchergruppen der Gedenkstätte ganz unterschiedliche Sinnbezüge herstellen.

Die Gedenkstätte Mauthausen hat in der Tat für unterschiedliche Besuchergruppen ganz unterschiedliche Bedeutungen. Dies gilt nicht nur für die verschiedenen Generationen und politischen Lager, denen die Besucher angehören, oder für deren familiären Hintergrund oder für Österreicher bzw. Ausländer. Eine Befragung von ausländischen Teilnehmern an den Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers hat ergeben,³³ daß die unterschiedlichen nationalen, nicht-deutschsprachigen Gruppen der Gedenkstätte verschiedenste Bedeutungen zuschreiben. Für französische, spanische und italienische Besucher etwa scheint eher der politische, antinazistische Symbolgehalt der Gedenkstätte im Vordergrund zu stehen, während etwa für die griechischen Besucher "Mauthausen" eher ein Symbol des (allgemeinen) Faschismus als des Nationalsozialismus sein dürfte. Bei den polnischen Besuchern dominiert wiederum eine nationale bzw. katholische Sichtweise. "Insgesamt überschneiden sich also in Mauthausen nicht nur österreichische politische und generationsspezifische, sondern auch nationale Bedeutungsgehalte unterschiedlichster Art."³⁴ Für Besucher, die nicht in ihrem Heimatland, sondern im

³³ Gerhard Botz u. a., KZ Mauthausen 1945–1995. 50 Jahre Befreiung. Dokumentation eines öffentlichen Erinnerungsrituals, Salzburg 1996 (LBIHS-Arbeitspapiere 16); eine Zusammenfassung der Ergebnisse befindet sich in Druckvorbereitung: Gerhard Botz, Alexander Prenninger, Riten des Erinnerns. Traditionsbildungen um die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen, in: Österreichische Zeitgeschichtstage 1997, Innsbruck.

³⁴ Botz u. a., KZ Mauthausen, S. 27 ff.

"Ausland" (meist in Österreich selbst) leben, ersetzt ein Besuch Mauthausens oft einen Friedhofsbesuch und das Totengedenken im Rahmen der Familie oder einer kleinen Gemeinschaft.

Wenn "Heimat" der Ort ist, wo man seine Toten begräbt bzw. selbst begraben sein will, also der Todes- und Begräbnisort von Vorfahren, auf die man sich bezieht, dann ist Mauthausen für viele Angehörige und Nachkommen von KZ-Opfern ein identitätsstiftender symbolischer Ort von großer Bedeutung. Umgekehrt kann sich für die Nachkommen der Tätergeneration, also für heutige Österreicher und Österreicherinnen, ein solcher Ort als identitätserschütternd erweisen. Sogar hinsichtlich der Gefühle einzelner ist Ambivalenz vis-à-vis einem Ort der Vernichtung und des Terrors wie einem ehemaligen Konzentrationslager denkbar. Dazu kommt noch, daß, wie schon Maurice Halbwachs an den legendären Stätten des "Heiligen Landes" beobachtet hat, der Topographie (von KZ-Gedenkstätten) selbst ein Fluktuieren von Bedeutungen, eine Multivalenz, geradezu eingeschrieben zu sein scheint.³⁵

Die verschiedenen Bedeutungen des Erinnerungsorts umfassen also nicht nur politische, nationale und allgemein weltanschauliche Dimensionen, sondern auch persönliches Trauern, Gedenken und Erinnern an Nahestehende. Bei den Überlebenden und deren Familienangehörigen ist es wohl immer auch ein Versuch, mit dem Tod von Freunden, mit dem eigenen Überleben, mit der Befreiung und der Situation danach zurecht zu kommen. Das Verhältnis zu Verfolgung und Widerstehen im Nationalsozialismus konstruiert sowohl die Identität als auch die Abgrenzung dieser Gruppen mit. Dies gilt natürlich auch für politische Parteien und für die österreichische Regierung, für die Mauthausen ein Ort der Legitimierung ihrer Politik und Herrschaftsansprüche sowie der staatlichen Repräsentation ist.³⁶ So problematisch dies sein mag, einer Absenz der österreichischen Politik in Mauthausen wäre vom neuen österreichischen Geschichtsbewußtsein und von demokratischen Standpunkten aus herbe Kritik sicher.

Mauthausen nimmt damit einen zentralen Stellenwert in der Konstruktion und Aufrechterhaltung langfristiger, temporärer, regionaler oder generationsspezifischer Gruppen-Identitäten ein, die natürlich bei den verschiedenen Nationen, bei nationalen Minderheiten in der Diaspora (Auslandsgriechen, Auslandspolen) und bei politischen Gruppen und Verbänden (griechische Kommunisten, französische Konservative und "linke" italienische Überlebende) ganz unterschiedlich sind. Mauthausen ist gerade durch seine Vieldeutigkeit ein Teil der jeweiligen Identitäten, insbesondere dann, wenn eine Identität als gefährdet empfunden ist. Für Homosexuelle, Roma und Sinti, Juden bzw. Israelis, Zeugen Jehovahs oder österreichische Kommunisten

³⁵ Claudia Coonz, *Between Memory and Oblivion. Concentration Camps in German Memory*, in: John R. Gillis (Hrsg.), *Commemorations. Politics of National Identity*, Princeton (NJ) 1994, S. 258–280.

³⁶ Dies beinhaltet auch erinnerungspolitische Chancen, siehe Gerhard Botz, *Wie 1995 den 50. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus begehen?*, in: DÖW. Jahrbuch 1995, Wien 1995, S. 76–88.

war und ist Mauthausen auch ein Symbol ihrer fragilen Bindung an die österreichische Gesellschaft.

Letzten Endes beziehen viele Überlebende aus dem Besuch der Stätte ihrer Verfolgung ihre "nachkonzentrationsäre" Identität; deshalb sind sie oft so tief verletzt, wenn das Bild ihrer eigenen KZ-Erfahrungen durch geschichtswissenschaftliche Forschungen, neue filmische Interpretationen oder Neugestaltungspläne der KZ-Gedenkstätte herausgefordert wird.

Gegenwartsbezüge

Das gegenwärtige Erscheinungsbild Mauthausens insgesamt legt, wie andere Gedenkstätten-Museen, die in den sechziger Jahren konzipiert wurden, großen Wert auf die drastische Darstellung und Aufzählung der verschiedensten Tötungs- und Foltermethoden. Durch eine Überbetonung des Schreckens des Konzentrationslagers besteht allerdings die Gefahr, daß bei wesentlichen (meist jüngeren) Gruppen von Besuchern die dargestellte "Wirklichkeit" des Konzentrationslagers völlig in das Unvorstellbare, ins Sakrale, Irrationale, ja Mythische gerückt wird.

Dies ist auch der zentrale Punkt einer seit 1945 in unterschiedlichen Formen geführten historiographischen, kunsttheoretischen und philosophischen Kontroverse über die Darstellbarkeit bzw. Undarstellbarkeit von Auschwitz. Adornos apodiktischer Satz, vielfach durch die Literaturgeschichte, nicht zuletzt durch Paul Celans "Todesfuge" relativiert, hat doch auch seine Gültigkeit, selbst wenn es sich "nur" um Mauthausen handelt: "nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben, ist barbarisch..."³⁷

KZ-Gedenkstätten sollten sich daher soweit wie möglich einer inszenatorischen Gestaltung enthalten, argumentieren manche. Der Massenmord und dessen Umstände unter dem Nationalsozialismus hätten auch das Scheitern jeder Wissenschaft und der Aufklärung offenkundig gemacht, sagen andere. "Alle Kultur nach Auschwitz, samt der dringlichen Kritik daran, ist Müll."³⁸ Ähnlich argumentieren von unterschiedlichen Positionen her Claude Lanzmann, der trotz seines theoretischen "Bilderverbots" über den direkten Massenmord, gebrochen in den Formen der gefilmten Erinnerung von Überlebenden, die Shoah nachdrücklicher nachvollziehbar machen kann als die schockierenden Leichenberge mancher Dokumentarfilme oder die allzu direkte Personalisierung in Steven Spielbergs "Schindlers Liste". Dennoch sind weder "Schweigen" noch die endlose Suche nach der angeblich einzig adäquaten Darstellung der "Realität" von Mauthausen angebracht. Über das Unsagbare dennoch das Sagbare zu suchen, trotz einer letzten historischen Unerklärbarkeit Auschwitz (und Mauthausen) doch zu erklären versuchen, dies mit den Mitteln der gestalteten Formen, d. h. gerade auch ästhetisch darstellbar zu machen, wäre auch am Erinnerungsort Mauthausen angebracht.

³⁷ Theodor W. Adorno, *Gesammelte Schriften*, Bd. 10, 1, Frankfurt/Main 1970–86, S. 30.

³⁸ Ebenda, Bd. 6, S. 359.

Obwohl die Dimensionen des unsagbaren Schreckens an den bedeutungsvollsten Orten – Gaskammer, Hinrichtungsstätte, Leichenraum, Todeswand im Steinbruch u. dgl. – in der Gedenkstättengestaltung weder heruntergespielt werden könnten noch sollten, ist doch auch Raum für rationale Erklärungsversuche und Ansätze zur Analyse des NS-Systems gegeben. Seit Hannah Arendt auf die "Banalität des Bösen" aufmerksam gemacht hat, ist auch bei einem Versuch, Mauthausen "verstehbar" zu machen, nicht mehr ohne die Einbeziehung der alltäglichen Erfahrungsräume der jeweiligen Besucher auszukommen. Gewisse Aspekte der KZ-Welt lassen eine – *nota bene*: vorsichtige – Inbezugsetzung zu bestimmten Eigenschaften der heutigen Gesellschaft zu. Ein "verstehendes" Nachvollziehen des Vergangenen ist nur von der Gegenwart her möglich, gleichzeitig können aus einem Bedenken und Bewußtmachen von Vergangenen politische Aufklärung und Gegenwartswirkung hervorgehen.

Eine politisch verantwortungsvolle Interpretation und die bereits überfällige Neugestaltung von Mauthausen werden hier wohl einen Mittelweg bzw. einen Weg des Kompromisses gehen müssen. Denn der NS-Terror und die KZ-Welt sind einmalig, sie haben weder einen Platz noch etwas Vergleichbares in unserer Gegenwart. Die einzelnen Elemente dieses Schreckens, das Leiden und Sterben einzelner, die Lebensbedingungen der Täter und Opfer sind jedoch nachvollziehbar und, wenn auch nicht unserem Alltag gleich, so doch strukturell in manchem vergleichbar. Gerade dieser Umstand erlaubt eine erinnernde und gedenkende Politisierung des konkreten Lebens und Sterbens im Konzentrationslager.

FELIX KREISSLER

ÖSTERREICHER IN BUCHENWALD

Vortrag in Weimar aus Anlaß des Symposiums *60 Jahre Buchenwald*,
3. – 5. Oktober 1997

Mein heutiger Beitrag zum Symposium bezieht sich auf eine spezifische Gemeinschaft: auf die Österreicher, die in den Jahren 1938 bis 1945 hier leben, leiden und sterben mußten, von denen aber auch viele überlebt haben. Ich bin heute hier anwesend als Mitglied der französischen Association Buchenwald, Dora und Kommandos, der anzugehören für mich sowohl eine Ehre wie auch eine Freude ist. Meine Situation als ehemaliger Buchenwald-Häftling bzw. Buchenwald-Deportierter ist in der Tat originell. Ich lebe in Frankreich, bin französischer Staatsangehöriger und habe in diesem Land eine akademische Laufbahn hinter mich gebracht. Als ich im März 1944 in Lyon von der Gestapo als Widerständler verhaftet und gefoltert wurde, war meine Situation nicht so eindeutig. Wohl hatte ich französische Identitätspapiere lautend auf den Namen Henri Lebrun, und da ich die Losung, bei Verhaftung weder einen Namen noch eine Adresse preiszugeben, auch auf mich selbst anwandte, widerstand ich den Folterungen und wurde so als der Franzose Henri Lebrun nach Buchenwald eingeliefert, wo ich die Matrikelnummer 51410 erhielt. Nur ganz wenige französische und ebensowenige österreichische Kameraden wußten, daß ich Österreicher war. Das hatte zur Folge, daß, als mein hier anwesender Kamerad Pierre Durand sein Buch über die Franzosen in Buchenwald schrieb, er mich darin nicht aufnahm, *weil er wußte*. Und als meine österreichischen Kameraden Erich Fein und Karl Flanner ihr Buch *Rot-weiß-rot in Buchenwald* (Wien 1987) schrieben, das mir heute als wichtigste Quelle dient, nahmen sie mich darin ebenfalls nicht auf, weil sie mich als Henri Lebrun Häftling F 51410 kannten und der Meinung waren, daß mich die Franzosen für sich reklamiert hatten.

Ich möchte die Gemeinschaft der Österreicher in Buchenwald im Hinblick auf vier tragende Pfeiler darstellen, nämlich auf deren *Identität*, *Pluralität*, *Solidarität* und *Internationalität*.

Die österreichische Identität

Das Dritte Reich ist mit Waffengewalt in Österreich eingedrungen und hat, wenn auch von einer Minderheit lauthals begrüßt, sofort alle noch bestehenden Freiheiten in diesem Land abgeschafft, die reichsdeutsche Gleichschaltung brutal durchgeführt und mit Massenverhaftungen begonnen, die alle des Nicht-Nationalsozialismus verdächtigen Personen und auch meist in erster Linie die jüdischen Bürger Österreichs betroffen haben.

Mit diesem Griff über die Grenze, mit der Besetzung und Annexion Österreichs hat das Dritte Reich das erstmal eine nicht-reichsdeutsche Bevölkerung unterjocht, dieser jedoch auch gleichzeitig – obwohl sie deutsch sprach – zum Bewußtsein ihrer spezifisch österreichischen Identität verholten. Die ersten Deportationen fanden am 1. April 1938 statt, die Anzahl der in den Wochen nach der Annexion durchgeführten Verhaftungen wurde auf 70.000 geschätzt.

Nach Buchenwald kamen die ersten Österreicher – 420 an der Zahl – am 25. September 1938. Als sie im Ankunftsverhör auf die Frage, woher sie kämen, ganz unschuldig und natürlich antworteten: aus Österreich, wurde ihnen mit brutalen Mißhandlungen klargemacht, daß diese Identifizierung mit ihrem Land im SS-Reich ein Verbrechen war.

Die nationalsozialistischen Ideologen reklamierten die Österreicher für sich als Deutsche, doch ihre SS-Schergen malträtierten sie als "Ostmarkschweine", die im KZ gängige Bezeichnung für die "Zugänge" aus Österreich. So bildeten also die Österreicher alsbald eine solidarische Gemeinschaft, deren nationale Bewußtwerdung sich bis 1945 immer weiter stärkte. In diesen Jahren entstand in Buchenwald wie in den anderen Konzentrationslagern des Dritten Reiches jener österreichische Geist der Lagerstraße, der es 1945 ermöglichte, die Zweite Republik als Antithese zum vormaligen Pangermanismus und zum Nationalsozialismus zu errichten.

Die Pluralität der österreichischen Lagergemeinschaft

Waren die Österreicher – insgesamt betrachtet – die ersten Ausländer, die gruppenweise ins KZ Buchenwald eingeliefert wurden, so präsentierten sie gleichzeitig auch eine andere Originalität: Von vornherein handelte es sich bei ihnen um keine homogene Gruppe, sondern es befanden sich unter ihnen so verschiedene Österreicher, wie es jene aus Wien oder aus Tirol, aus der Steiermark oder dem Burgenland, aus Kärnten oder Oberösterreich waren und zum Teil auch heute noch sind, wobei es beispielsweise noch einen weiten Abstand gab zwischen den zum Teil freidenkerischen Wienern und den nahezu hundertprozentig katholischen Tirolern. Die relevantesten Unterschiede bzw. Gegensätze bestanden jedoch in der politischen Herkunft und Überzeugung der österreichischen KZ-Insassen. Der nationalsozialistische Terrorstaat verfolgte und unterdrückte sowohl erzkonservative Katholiken, faschistoide Ständestaatspolitiker, bürgerliche Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten. Diese hatten sich aber sowohl in der demokratischen Republik bis 1934 wie im Ständestaat 1934–1938 energisch auseinandergesetzt, einander bekämpft und standen sich in der letzten Periode sogar vor Polizei und Gericht als unerbittliche Gegner gegenüber. Und nun befanden sie sich alle plötzlich in derselben Lage: als Häftlinge eines Terrorregimes, das ihnen allen das gleiche Schicksal zudachte. Besonders grausam verhielten sich die SS-Schergen gegenüber den inhaftierten Intellektuellen, die sie mit Berechtigung als Träger des Gegenpols ihrer antiintellektuellen Weltanschauung betrachteten. Noch dazu, weil sich unter den Intellektuel-

len ein verhältnismäßig großer Prozentsatz von Menschen jüdischer Herkunft befand. Der Buchenwalder Erich Fein, Kommunist jüdischer Herkunft, beurteilte das KZ-System wie folgt: "Es war die ganze Atmosphäre, der Zustand völliger Hilflosigkeit, in welchem man nie weiß, was plötzlich über einen hereinbrechen kann, die Unberechenbarkeit der SS-Mannschaften, die sich darin gefielen, einem das Gefühl der Menschenwürde gründlich auszutreiben, einem jede Minute vor Augen zu führen, daß man ein hilf- und wehrloses Nichts ist, mit dem man machen kann, was immer man will." (Fein/Flanner, 46) Und der katholische Demokrat Eugen Kogon ergänzte diese Beschreibung über den Zweck der Einlieferung ins KZ: "Absondern, diffamieren, entwürdigen, zerbrechen und vernichten – das waren die Formen, in denen der Terror in Wirksamkeit trat. [...] lieber zehn Unschuldige hinter Stacheldraht setzen, als einen wirklichen Gegner aus dem Auge verlieren." (Eugen Kogon, *Der SS-Staat*, Stockholm 1947, 25 f.)

Bevor ich ein paar Beispiele einzelner Persönlichkeiten anführe, hier noch eine kurze Darstellung verschiedener Gruppen, wie ich sie in dem Werk *Rot-weiß-rot in Buchenwald* gefunden habe, das, wie gesagt, die hauptsächliche Quelle meiner heutigen Mitteilung bildet. Mit Absicht stelle ich die folgenden Bemerkungen über die österreichischen Zigeuner in Buchenwald an die Spitze dieser Gruppenzusammenfassung. Allzulange sind sie dem Vergessen anheimgefallen. Im Jahre 1938, im Augenblick der Annexion Österreichs, lebten im Burgenland rund 8000 seßhafte Zigeuner, zu welchen noch rund 3000 in ganz Österreich nomadisierende kamen. Es waren hauptsächlich Roma und Sinti. Sofort nach der Annexion begannen die Verfolgungen und Unterdrückungen. Eine Konzentrationslagerähnliche Durchgangsstelle wurde in Lackenbach (Burgenland) errichtet, wo die eingewiesenen Zigeuner unter einem grausamen SS-Regime – Prügelstrafen, Exerzieren und Essensentzug – zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden. Durch das Lager Lackenbach wurden rund 4000 Zigeuner geschleust, die von dort in verschiedene Konzentrationslager verbracht wurden, die meisten in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Im Herbst 1939 kamen rund 1500 Zigeuner nach Buchenwald, wo sie durch die Schwerstarbeit und sonstigen Lebensbedingungen sehr bald erkrankten, an Hungerödemen starben oder durch tödliche Injektionen ermordet wurden. Ab 1941 wurden die Zigeuner aus Buchenwald abtransportiert. Ein Teil kam nach Mauthausen, die Mehrzahl nach Auschwitz. Von den ursprünglich 11.000 österreichischen Zigeunern konnten nur rund 4000 die Hitlerdiktatur überleben. Der Genozid, der an ihnen verbrochen wurde, hat jedoch den verbrecherischen Rassenhaß nicht beendet. Vor rund drei Jahren fielen in Oberwart (Burgenland) vier Roma einem Attentat zum Opfer. Auf der Tafel, die sie entfernen wollten und ihnen zum Verhängnis wurde, stand "Roma – zurück nach Indien". Nach wie vor werden sie von rechtsextremistischen Terrororganisationen beschimpft und gefährlich bedroht.

Eine zahlenmäßig kleine, doch symbolisch wichtige Gruppe war die der österreichischen katholischen Priester in Buchenwald. Auf religiöse Betätigung im KZ stand

die sofortige Todesstrafe. Dementsprechend gab es in Buchenwald keinerlei Einrichtungen für die Abhaltung von Gottesdiensten. Dennoch fanden sich katholische Häftlinge österreichischer Herkunft zu streng geheimen religiösen Veranstaltungen zusammen. Josef Karner berichtet, daß sich zu Ostern 1943 ein praktizierender Katholik an den Stubendienst des Blocks 36 mit dem Anliegen wandte, im Schlafsaal des Blocks eine Andacht abhalten zu dürfen. "Die illegale [offensichtlich kommunistische] Blockorganisation beriet über die Durchführungsmöglichkeit", schreibt Josef Karner, "und teilte dem Interessenten die Zustimmung mit dem Bemerkten mit, nicht zu singen, die Andacht auf eine Stunde zu beschränken und sie bei Gefahr sofort aufzulösen. Und so begab es sich, daß der störungsfreie Ablauf der religiösen Andacht von konfessionslosen Häftlingen – von Freidenkern! – gewährleistet wurde. In der Folge wurde eine solche Andacht zu Weihnachten und Ostern jeden Jahres wiederholt." (Fein/Flanner, 51) Wie gefährlich religiöse Betätigung in Buchenwald war, zeigt der Fall der beiden Priester Otto Neururer und Matthias Spannlang. Ein Provokateur hatte sich an den Tiroler Pfarrer Neururer und Matthias Spannlang. Ein Provokateur hatte sich an den Tiroler Pfarrer Neururer mit der Bitte gewandt, ihn mit der Kirche auszusöhnen, und nach der Beratung mit anderen Geistlichen erklärte sich Neururer damit einverstanden. Doch wenige Tage darauf wurden er und sein Priesterfreund Spannlang aus Oberösterreich in den Häftlingsbunker gesperrt und so lange gefoltert, bis sie den schweren Verletzungen erlagen.

Die zahlenmäßig größte als Gemeinschaft zu betrachtende Gruppe waren die österreichischen Juden in Buchenwald. Nach der Annexion traten die Nürnberger Gesetze am 24. Mai 1938 auch in Österreich in Kraft. Mit dem in dem oben zitierten Quellenbuch benutzten Titel "Die österreichischen Juden in Buchenwald" bin ich übrigens nicht einverstanden. Es wäre richtiger gewesen, von den "Österreichern jüdischer Herkunft" zu sprechen, um den nationalsozialistischen Rassengesetzen auch nicht die geringste Konzession zu machen. Denn sehr viele der unter dieser Gruppe befindlichen Inhaftierten waren nicht religiös, sondern politisch links und freidenkerisch orientiert. Eine kurze Aufzählung jener Menschen jüdischer Abstammung, die bereits am 1. April 1938 nach Dachau und später nach Buchenwald überstellt wurden, legt Zeugnis von der pluriellen Zusammensetzung allein dieser Gruppe ab. Es befanden sich unter ihnen "der ehemalige Parlamentsabgeordnete Dr. Robert Danneberg, der Gemeinderat der Stadt Wien Edmund Reismann, der Schriftsteller und Rechtsanwalt Dr. Heinrich Steinitz, alle Sozialdemokraten; der Rechtsanwalt Dr. Egon Schönhof, der Antifaschist Erich Fein, beide Kommunisten; der Jurist Dr. Erich Gerö, der Journalist Dr. Gustav Herzog, der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde von 1933–1938, Dr. Desider Friedmann; der junge kommunistische Schriftsteller Jura Soyfer, der Schriftsteller und Librettist des Komponisten Lehár, Dr. Fritz Beda-Löhner; der Kabarettist und Komponist bekannter Wiener Lieder, Hermann Leopoldi; der Kabarettist Fritz Grünbaum, der Schauspieler Paul Morgan, der österreichische Boxmeister Willi Kurz, der internationale Fußballspieler des Sportklubs Hakoah, Jakob Feldmann, und sein Klubkollege Kefler sowie an-

gesehene Bürger aus der Wirtschaft wie die Brüder Hamber, Schiffmann und Burstyn. Es ist für die Borniertheit und für die historische Unwissenheit der SS-Leute bezeichnend, daß sie den diesem Transport [nach Dachau] angehörenden Wirtschaftswissenschaftler und sozialdemokratischen Publizisten Dr. Benedikt Kautsky, Sohn des bekannten sozialdemokratischen Theoretikers Dr. Karl Kautsky, als Juden deklarierten und sich erst eines anderen belehren ließen, nachdem es seinen Angehörigen gelungen war, für ihn den Ariernachweis zu erbringen." (Fein/Flanner, 55)

Für die Machthaber des Dritten Reiches war jedes Ereignis ein Vorwand, eine große Anzahl jüdischer Menschen einzusperren, zu foltern und zu töten. Sie wurden zu den härtesten Arbeiten eingesetzt, erhielten noch geringere Essensrationen als ihre Mitgefangenen und wurden massenhaft erschossen, erschlagen oder durch Giftinjektionen ermordet. Die "Reichskristallnacht" im Gefolge des Attentats von Herschel Grynszpan auf einen deutschen Diplomaten in Paris am 7. November 1938 nahm in Wien und im übrigen Österreich besonders grausame Formen an. In Wien allein wurden an die 8000 jüdische Österreicher verhaftet, ihres Eigentums beraubt und in Konzentrationslager und Gefängnisse eingeliefert, wo sie durch verlängerte Arbeitszeit, Kürzung der Brotration und Verweigerung jeder ärztlichen Behandlung zu Tausenden in den Tod getrieben wurden. Hunderte erlitten dieses Schicksal in Buchenwald, andere wurden am 17. Oktober 1942 mit einem großen Transport nach Auschwitz gebracht, darunter die bereits Genannten Schönhof, Danneberg, Reismann, Beda-Löhner, Steinitz. Keiner von ihnen hat überlebt.

Um die Vielfalt der in Buchenwald inhaftierten Österreicher zu illustrieren, wird es notwendig sein, einige von ihnen wiederholt zu nennen und zu beschreiben. Den Persönlichkeiten des autoritären Ständestaates (1934–1938), also Österreichern konservativer Obedienz, waren die Nazi-Behörden besonders feindlich gesinnt, viele von ihnen wurden ermordet: u. a. der ehemalige Justizminister Robert Winterstein, der frühere Außenminister Egon Berger-Waldenegg, der Tiroler Heimwehrführer Richard Steidle. Der Oberstleutnant des österreichischen Bundesheeres Franz Heckenast hatte den Fahneneid auf Hitler verweigert – er fand in Buchenwald den Tod. Über das Schicksal Robert Wintersteins und des Direktors der Strafanstalt Stein an der Donau, Josef Trummer, berichtet als Augenzeuge Franz Meixner: "Ich bin im Jahre 1939 nach Buchenwald eingeliefert worden. Als Neuzugang wurde ich auf Block 42, Flügel B, gelegt und habe dort unter anderen Österreichern die beiden oben genannten kennengelernt. Beide waren in Arbeitskommandos innerhalb des Lagers beschäftigt, Winterstein in der Strumpfstopferei, Trummer in der Geldverwaltung. Beide haben es durch ihr kameradschaftliches Verhalten verstanden, sich die Achtung aller übrigen Kameraden zu erwerben. Besonders Winterstein hat mich mit den Lebensbedingungen und den Gepflogenheiten des Konzentrationslagers vertraut gemacht und mir manche wertvolle Hilfe geleistet. Im Frühjahr 1940 wurden beide von der SS mittels eines Zettels verständigt, daß sie am nächsten Morgen beim Arbeitskommando Steinbruch antreten müßten, wo ich selbst schon seit September

1939 arbeiten mußte. Mir war sofort klar, was diese Versetzung bedeutet." (Fein/Flanner, 103) Meixner irrte sich nicht. Beide Männer wurden am nächsten Tag auf besonders sadistische Weise ermordet; die Beschreibung dieser Morde durch den Augenzeugen ist schreckenerregend und illustriert das Mord- und Terrorsystem, das in Buchenwald herrschte. Neben den ehemaligen Würdenträgern des Ständestaates hatten es die SS-Leute besonders auf ehemalige bekannte sozialdemokratische Funktionäre abgesehen: Benedikt Kautsky (1894–1960) übte später in der Zweiten Republik wichtige Funktionen im Wirtschaftsleben aus und war auch Lehrer an der Wiener Universität, wo er Vorträge über den Marxismus hielt. (Er wird auch im Abschnitt *Solidarität* noch genannt werden, weil er darüber eindrucksvolle Sätze geschrieben hat.) Karl Maisel, in der Zweiten Republik Sozialminister (1945–1956); Karl Mantler, Vorsitzender des Illegalen Bundes der Freien Gewerkschaften von 1935–1938, nach 1945 Mitglied der Regierung von 1947–1949 und schließlich bis zu seinem Tod 1956 Präsident der Arbeiterkammer; Roman Felleis, Funktionär der Sozialistischen Arbeiterjugend und von 1934–1938 führendes Mitglied der Revolutionären Sozialisten, der dem Bombardement vom 24. August 1944 zum Opfer fiel; Karl Honay, nach dem Krieg Vizebürgermeister von Wien; Otto Horn (1905–1967), Mitglied der Exekutive der illegalen Freien Angestelltengewerkschaft 1934–1938, in der Zweiten Republik Zentralsekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten und führendes Mitglied der KPÖ; Friedrich Hillegeist, nach dem Krieg Mitglied des Bundesvorstandes des ÖGB; Hans Kunke, nach 1934 Mitglied des ZK der Revolutionären Sozialistischen Jugend, 1940 im KZ zugrundegegangen. Als Vertreter der christlichsozialen Richtung fungierten Kurt Gatnar und Eugen Kogon. Als Kommunisten wurden in Buchenwald eingeliefert: Hans Sündermann (1900–1966), der im Kommunistischen Jugendverband (KJV) seine politische Sozialisierung erlebt hatte, ebenso wie Erich Fein und Gustav Wegerer. Alle diese Persönlichkeiten spielten bei der Organisation der Solidarität und des illegalen Widerstandes in Buchenwald eine bedeutende Rolle, und von ihrer Aktion und manchen anderen wird berichtet werden. Zu jenen, die nicht parteipolitisch markiert waren, jedoch als Antifaschisten in die Hände der SS fielen, gehört in erster Linie der begabte Dichter Jura Soyfer. Vor knapp einem Jahr habe ich ihn in Buchenwald und Jena besonders gewürdigt und will daher jetzt nur ein paar Worte über seinen tragischen Tod in Buchenwald sagen. Jura Soyfer war beim Versuch, in die Schweiz zu entkommen, gemeinsam mit Hugo Ebner verhaftet und in das KZ Dachau deportiert worden. Dort hatte er zum Thema "Arbeit macht frei" das später berühmt gewordene "Dachau-Lied" gedichtet, dessen aufrüttelnde Schlußverse uns alle noch heute zutiefst erschüttern:

Denn wir haben die Losung von Dachau gelernt,
Und wir wurden stahlhart dabei.
Bleib ein Mensch, Kamerad,

Sei ein Mann, Kamerad,
 Mach ganze Arbeit, pack an, Kamerad:
 Denn Arbeit, denn Arbeit macht frei!

Noch 1938 wurde Jura Soyfer nach Buchenwald überstellt, wo er sich als Leichen-träger eine Typhusinfektion zugezogen hat. Sein Tod wurde von allen als besonders tragisch empfunden, da für ihn bereits ein Entlassungsschein eingetroffen war. Die Freiheit vor Augen verschlechterte sich plötzlich sein Zustand, und in der Nacht vom 15. zum 16. Februar 1939 starb Jura Soyfer, der heute, nahezu sechzig Jahre später, allgemein als genialer Dichter bezeichnet wird. Geradezu symmetrisch zum "Dachau-Lied" und zum Schicksal Jura Soyfers war die Leistung von zwei anderen Österreichern in Buchenwald: Im Dezember 1938 hatte der SS-Lagerführer Rödl am Appellplatz verkündet, er wolle ein Lagerlied haben. Nachdem einige Lieder abgelehnt worden waren, taten sich zwei Wiener Häftlinge zusammen, ein Komponist, Hermann Leopoldi, in Wien schon berühmt, und Fritz Beda-Löhner, Verfasser zahlreicher Lieder- und Operettentexte, und sie schufen in kongenialer Weise ein Lied, das "Buchenwald-Lied". Da beide Künstler Juden waren, mußte ein anderer Häftling als Autor fungieren, und der SS-Lagerführer genehmigte es, dessen letzte Strophe samt Refrain lautet:

Und die Nacht ist so kurz
 und der Tag so lang,
 doch ein Lied erklingt,
 das die Heimat sang.
 Wir lassen den Mut uns nicht rauben,
 halte Schritt, Kamerad,
 und verlier nicht den Mut,
 denn wir tragen den Willen zum Leben im Blut
 und im Herzen, im Herzen den Glauben.
 O Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen,
 weil du mein Schicksal bist.
 Wer dich verließ, der kann es erst ermessen,
 wie wundervoll die Freiheit ist.
 O Buchenwald, wir jammern nicht und klagen,
 und was auch unsere Zukunft sei,
 wir wollen trotzdem Ja zum Leben sagen,
 denn einmal kommt der Tag,
 dann sind wir frei.

Dieser Schlußvers wurde von den Deportierten jedesmal mit besonderem Nachdruck hinausgeschmettert – wie eine Forderung, deren Erfüllung sich in naher Zukunft verwirklichen mußte.

Natürlich ist mit dieser lückenhaften Darstellung der Vielfältigkeit der in Buchenwald eingesperrten Österreicher dieses Thema bei weitem nicht ausgeschöpft. Doch auch diese wenigen Beispiele lassen erkennen, wie die sich formende Identität – in der Vielfalt des gemeinsamen Schicksals Buchenwald – entgegen der Absicht der SS-Theoretiker und Schergen zu einem richtigen Melting-pot wurde, der es den dort Inhaftierten ermöglichte, ihre Pluralität und Individualität zu behalten und gleichzeitig zu einer solidarischen Gemeinschaft zu verschmelzen, die sich zuerst in einer wachsenden Solidarität und im weiteren Verlauf in Widerstand und internationalem Zusammenhalt kundtat.

Solidarität

Als ich mit meinen Schicksalsgefährten Mitte Mai 1944 aus dem Viehwaggon sprang, war ich über das Aussehen der anderen entsetzt. Sie waren in diesen drei Tagen und Nächten um zwanzig, dreißig Jahre älter geworden – mein Aussehen hat sie sicher ebenso in Schrecken versetzt. Die Kette junger SS-Männer, alle mit belenden Hunden an der Leine, trieb uns zum Laufschrift, und alle fragten sich, wohin der Weg gehe. Auf einem Schild las ich den Hinweis: Zum Lager Buchenwald. Mir fielen die Verse Dantes ein: Ihr, die Ihr hier eintretet, laßt alle Hoffnung fahren! Dann kamen wir zum Lagertor mit der Inschrift: Jedem das Seine. Sollte das bedeuten, daß in der Welt, in die wir nun eintraten, der Mensch dem Menschen ein Wolf sein mußte, daß nur im Kampf von jedem gegen jeden eine Hoffnung auf Überleben bestehen würde?

Im ersten Blick sah es wohl so aus, und ich will heute, sechzig Jahre später, kein idyllisches Bild dessen zeichnen, was uns erwartete. Es war alles eher denn idyllisch. Die Grausamkeit des Lagerlebens sprang uns an wie ein tollwütiger Hund. Hart, unaussprechlich hart war das System, das sich SD und SS ausgedacht hatten und zur Anwendung brachten. Dennoch ließ sich – selbst schon kurz nach der Ankunft – eine ordnende Kraft zumindest erraten, die sich bald als tatsächlich vorhanden kundtat. Es war die dem SS-Regime sich widersetzende Solidarität von Menschen gegenüber Menschen.

Vorerst eine persönliche Bemerkung: Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß ich Buchenwald nur dank der Solidarität österreichischer und französischer Kameraden überlebt habe. Dies vorausgeschickt, sollen die Komplexität und die großen Schwierigkeiten ausübender Solidarität, dank derer auf jeden Fall hunderte, ja tausende Menschenleben gerettet wurden, nicht verhehlt werden.

Diese Problematik hat der schon mehrfach genannte Benedikt Kautsky in seinem Erinnerungsbuch *Teufel und Verdammte* dialektisch zusammengefaßt: "Aber die sozialen Triebe des Menschen sind so stark, daß sie selbst in diesem Sumpf von Gemeinheit, Not und Elend nicht erstickt werden konnten. Es gab in allen Lagern und zu allen Zeiten leuchtende Beispiele wahrer Menschlichkeit, nicht eines weichen Philantropismus, der im Lager ganz fehl am Platz gewesen wäre, sondern der Be-

reitschaft, dem zu helfen, der fähig und würdig war, mit dieser Hilfe das Lager zu überdauern. Man konnte seine Sonne nicht über Gerechte und Ungerechte scheinen lassen; soviel hatte niemand im Lager zu vergeben." (Kautsky, Wien 1961, 175 f.)

Diese in ihrer Nacktheit schmerzende Feststellung hat allerdings mein Freund Karl Flanner, einer jener Österreicher, die mich heute noch als Henri Lebrun ansprechen und die diesem "Franzosen" tätige Solidarität entgegenbrachten, insofern korrigiert, als er in seinem Quellenbuch *Rot-weiß-rot in Buchenwald* folgende Bemerkungen anbrachte: "Es waren allerdings nicht ausschließlich die sozialen Triebe, die die leuchtenden Beispiele wahrer Solidarität hervorgebracht hatten. [...] Es war im hohen Maße die politische und weltanschauliche Grundsatztreue, die zu den Aktionen der Solidarität führte." (Fein/Flanner, 167) Und Flanner bezeichnet als die höchste Form der Solidarität die illegale Aktion des Internationalen Lagerkomitees, dessen helfende und schützende Hand im ganzen Lager fühlbar war. An den Solidaritätsaktionen beteiligten sich Deportierte aller in Buchenwald vertretenen Nationen, die ich hier nicht anführen kann, da dieser Beitrag den Österreichern allein gewidmet ist; auch von deren Aktionen kann ich hier nur eine kleine Auswahl vorbringen. Ein besonders gefährliches Kommando war der Steinbruch: Bei der Rückkehr ins Lager mußte jeder der dort Arbeitenden einen großen Steinbrocken mitnehmen. War der Felsbrocken zu klein und fiel dies einem SS-Mann auf, dann setzte eine Prügelei ein, die oft auch mit dem Tode endete. Karl Maisel beschreibt die Angst der Menschen, einen zu kleinen Stein zu finden, und versuchte, den Kameraden zu helfen, indem er die "richtigen" Steine zurechtlegte. Auch Erich Fein befand sich im Kommando Steinbruch, er schrieb darüber: "Manche Kameraden waren durch die lange Tagesarbeit völlig erschöpft und konnten den Stein über die lange Strecke nicht tragen. Da nahmen ihnen einige von uns, die noch jünger und widerstandsfähiger waren, den Stein ab, trugen ihn auf der zweiten Schulter und übergaben ihnen diesen etwa fünfzig Schritt vor dem Eingangstor, damit sie den dort kontrollierenden SS-Leuten keinen Anlaß zum Prügeln gaben." (Fein/Flanner, 169)

Und Flanner berichtet weiter: "Als im Verlaufe des Krieges viele ausländische Häftlinge ins Lager eingeliefert wurden, entwickelten die österreichischen, aber auch und vor allem die deutschen Funktionshäftlinge eine geschickte Strategie, um ausländische Kameraden in bessere Positionen zu bringen. Sie erklärten den SS-Leuten, daß ausländische Facharbeiter dringend benötigt würden und daß Häftlinge, die deren Sprache beherrschten, eher imstande wären, auf die Arbeitsleistung ihrer Landsleute positiv einzuwirken; so gelang es, ausländische Kameraden als Blockälteste, Kapos usw. zu bestellen. Damit konnten gleichzeitig auch viele "Grüne", also Berufsverbrecher, aus ihren Positionen verdrängt werden.

Für die politische Moral war es auch wichtig, Solidarität gegenüber den Juden im Lager zu üben, deren Situation besonders schwer und gefährlich war. Es war verboten, jüdische Häftlinge ärztlich zu betreuen. Ein ehemaliger Buchenwalder, Eric Walters, berichtet: "Und da erwies es sich, daß es unter den gefangenen Ärzten

Helden gab, deren beispiellose Opferwilligkeit selbst auf die SS-Leute ihren Eindruck nicht verfehlte. Das Behandlungsverbot bezog sich nämlich nicht nur auf den Lagerarzt, sondern auf jegliche Hilfeleistung, die die Häftlingsärzte ihren Kameraden angedeihen ließen. Aber die im Lager befindlichen Wiener Ärzte Dr. Kriess und Dr. Zipser ließen sich durch das Verbot nicht abschrecken und setzten ihre Hilfstätigkeit trotz wiederholter schwerer Bestrafung fort." (Fein/Flanner, 170)

Als im Dezember 1942 Häftlinge, die besonders schwere Arbeiten verrichten mußten, im Interesse der Kriegsproduktion eine nahrungsmäßige Schwerarbeiterzulage erhielten, kam es, wie Erich Fein berichtet, zu einer systematischen Solidaritätsaktion: "Damals arbeitete ich als Maurer in einem Baukommando. Wir – die politischen Kameraden – entschlossen uns, jede zweite Schwerarbeiterzulage dem Blockältesten zu geben, damit er sie an jene Kameraden verteile, welche in einem schweren Kommando ohne Zulage arbeiten mußten." (Fein/Flanner, 171) Auch was die Bekleidung betrifft, gelang es den in der Bekleidungskammer beschäftigten österreichischen Häftlingen den im Freien arbeitenden, von der Kälte gefährdeten Kameraden zusätzliche Kleidungsstücke zuzustecken.

Eine besondere Rolle spielte der Österreicher Karl Rauch, der als Kapo des Baukommandos III nicht nur vielen Häftlingen dadurch Hilfe gewährte, daß er sie in sein Kommando aufnahm und ihre Arbeit erleichterte, sondern der auch bei Bauarbeiten in bestimmten Geländen Fundamente ausheben ließ, die es ermöglichten, geheime Räume abzumauern, die gefährdeten Häftlingen Zufluchtstätten gaben, wie das auch eines Tages geschah, als die SS Razzien nach jüdischen politischen Häftlingen durchführte. So wurden dort anläßlich einer solchen Razzia die Österreicher Erich Fein und Eugen Schneider, der Deutsche Philippson und der Tscheche Dr. Paul Schnabel 24 Stunden versteckt gehalten, bis die unmittelbare Gefahr vorüber war. Das illegale Lagerkomitee hatte sich die Möglichkeit verschafft, gefährdete Kameraden verschiedener Nationen im Block 50 des sogenannten "Hygiene-Instituts" unterzubringen und dadurch zu retten, und zwar auf folgende Weise: Der Chef dieses "Instituts", Dr. Ding-Schuler, suchte im Jahre 1943 einen Häftling als Sekretär. Eben zu dieser Zeit sollte Dr. Eugen Kogon, vormals Leiter eines Büros der internationalen katholischen Bewegung in Wien, nach Auschwitz in den Tod transportiert werden. Doch dem Kommunisten Gustav Wegerer, Kapo der "Pathologie", gelang es, Ding-Schuler zu bewegen, Kogon als Sekretär anzunehmen. Kogon gelang es bald, den SS-Arzt davon zu überzeugen, daß der Krieg für Hitler verloren war und er seine zukünftige Lage nur dadurch verbessern könne, ab nun soviel wie möglich für die Häftlinge zu leisten. Tatsächlich wirkte Ding-Schuler in dieser Richtung, und er gewährte ab diesem Zeitpunkt verschiedenen Todeskandidaten Unterschlupf in seinem Block. So konnten auch die am 17. August 1944 ins KZ Buchenwald eingelieferten Angehörigen westlicher Geheimdienste, Eskadronkommandant Dodkin (Yeo-Thomas) von der Royal Air Force, der Engländer Captain Peuleve und der Leutnant Stephane Hessel vom gaullistischen Geheimdienst, mit Hilfe eines

Namensausaustausches gerettet werden. Stephane Hessel hat es bis zum "Ambassadeur de France" gebracht und setzt sich heute energisch für Immigranten in Frankreich ein. In den letzten kritischen Tagen ermöglichte es Ding-Schuler dem Österreicher Eugen Kogon, auf abenteuerliche Weise aus dem Lager zu entkommen; er gewährte ihm sogar Unterschlupf in seiner Weimarer Wohnung, von wo aus Kogon eine wichtige Mission für seine Buchenwalder Kameraden erfüllen konnte. Dazu schrieb Kogon folgenden traurigen Epilog: "Im September 1945 hat er [Dr. Ding-Schuler], als Kriegsverbrecher verhaftet, Selbstmord begangen, ohne mein gerechtes Zeugnis für ihn und die Stellungnahme der geretteten Geheimdienstoffiziere abzuwarten." (Kogon, 332)

Die Wirkung der vielfältigen Solidaritätsaktionen auf die Buchenwald-Inhaftierten führt mich zurück zum "Buchenwald-Lied", dessen ermutigender Ruf "Trotzdem Ja zum Leben sagen" der heute weltbekannte und jüngst verstorbene Logopäde Professor Viktor Frankl zum Titel eines Buches machte, in welchem er schrieb: "Und wenn die Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald in ihrem Lied gesungen haben: 'Wir wollen trotzdem Ja zum Leben sagen', dann haben sie es nicht nur gesungen, sondern vielfach auch geleistet: sie und viele von uns in den anderen Lagern ebenfalls." Frankl sagte 1947 dazu: "Der letzte Sinn war, es ihnen [der SS] zu zeigen, daß der Mensch trotzdem, trotz alledem: trotz Not und Tod, trotz Leiden an körperlicher oder seelischer Krankheit oder unter dem Schicksal des KZ Ja sagen kann zum Leben!"

Internationalität in Widerstand und Kampf

Es ist selbstverständlich, daß jede solidarische Tat gleichzeitig auch ein bewußter Akt des Widerstandes war, nicht nur weil Solidarität von seiten der SS-Bewacher als solcher gewertet und bestraft wurde, sondern weil jene, die Solidarität übten, bewußt darauf abzielten, so viele Menschen wie möglich am Leben zu erhalten und so das Ausrottungsprogramm der nationalsozialistischen Machthaber zu durchkreuzen.

Doch von Anbeginn trachteten die Eingeschlossenen, als bewußte Gegner des Nationalsozialismus, eine höhere Form des Widerstandes zu entwickeln, indem sie zunächst die Produktion, zu der sie in Form von Zwangsarbeit gezwungen waren, so weit wie möglich bremsten, also Sabotage betrieben, eine Aktion, die enorme Gefahren für das Leben der Saboteure in sich barg. Je mehr sich aber die Kriegslage gegen das Dritte Reich entwickelte und dessen Niederlage immer klarer ins Bewußtsein der Internierten, aber auch der Bewacher drang, umso weitreichender wurden Pläne erarbeitet, die bis zur Leistung bewaffneter Aktionen gegen die SS gehen sollten, die jedoch Organisationsfähigkeit, großen Mut und hohe internationale Kameradschaft erforderten. Denn durch die nationalsozialistische Expansion in der ersten Kriegsphase war Buchenwald - wie andere Lager des Dritten Reiches - eine internationale Gemeinschaft geworden. Eine große Gruppe bildeten die sowjetischen

Kriegsgefangenen, die besonderen Mißhandlungen ausgesetzt waren, mit der eindeutig verkündeten Absicht, so viele wie möglich zu töten. Von 1937 bis 1945 waren rund 240.000 Gefangene nach Buchenwald gebracht, viele von ihnen in andere Lager verschickt worden. Mehr als 56.000 sind dem Vernichtungssystem der SS-Schergen zum Opfer gefallen: ermordet oder infolge der mörderischen Lebensbedingungen im Lager gestorben.

Der Widerstand entwickelte sich in mehrere Richtungen. Da war der Kampf gegen die grünen Berufsverbrecher, um sie aus den Funktionen zu entfernen, die sie dazu benützt hatten, um innerhalb des Lagers das Terror- und Mordsystem der SS zu verstärken, wodurch viele hundert Tote zu beklagen waren. In enger Kameradschaft führten die Österreicher mit Deutschen diesen Kampf. Die politischen "Roten" hatten sich zu einer disziplinierten Organisation zusammengeschlossen. Viele Österreicher in Buchenwald kannten sich noch aus der Zeit vor 1934, aus der Sozialistischen Arbeiterjugend, dem KJV, dem Republikanischen Schutzbund, aus dem Spanischen Bürgerkrieg, wo sie sich als Interbrigadisten engagiert hatten, auch aus dem illegalen Kampf gegen das autoritäre Ständestaatsregime, von dem jedoch nicht wenige Vertreter nun selbst als Häftlinge in Buchenwald waren, und auch mit ihnen wurden großteils kameradschaftliche Beziehungen hergestellt (Winterstein, Kogon und andere). Es waren die Drangsalierungen bei der Arbeit, die ständige Todesgefahr und die Erkenntnis, daß der Hitlerfaschismus der ärgste Feind Österreichs war, die die Einigung der österreichischen Internierten und ihre Zusammenarbeit förderten, an der in leitenden Stellungen die schon oben genannten Persönlichkeiten (Franz Schuster, Hans Sündermann, Otto Horn für die KPÖ, Karl Mantler, Roman Felleis, Benedikt Kautsky für die SPÖ, Eugen Kogon und Kurt Gatnar für die Christlichsozialen) die gefährlichsten Verantwortlichkeiten ausübten. Ein weiterer Punkt der Widerstandstätigkeit hieß Information, Nachrichten, politische Bildung. Gemeinsam mit anderen Häftlingen organisierten die in der Lager-Elektrikerwerkstätte beschäftigten Österreicher Otto Horn, Ludwig Knöttig, Peter Kammerstätter, Anton Gutleiderer, Franz Schuster und Franz Rauscher mehrere Radioempfangsgeräte, womit Nachrichten von "Radio Moskau" und London abgehört und weitergegeben werden konnten. Außer der systematischen Nachrichtenübermittlung und der Erziehung zu antifaschistischem Bewußtsein organisierte das illegale Internationale Lagerkomitee, in welchem die wichtigsten Vertreter aller Nationen zusammenarbeiteten, auch Sabotageakte; man benützte dabei den Hang der SS-Gewaltigen zur Korruption, die von den qualifizierten Häftlingen forderten, für ihre privaten Zwecke Arbeiten zu machen und dabei wertvolles Material zu verschleudern. Dafür wurden, wie Eugen Kogon in seinem Buch *Der SS-Staat* berichtet, "Spezialhölzer, Kupfer und Bronze, Gold, Silber, alle Sorten von Schmiedeeisen und eine Fülle kriegswichtigen Rohmaterials [...] in großen Mengen laufend dem Bedarf der SS-Führer zugeleitet. Die Häftlinge machten die Praxis mit, zudem sie sich zwangsweise vollzog, zum anderen wurde sie aber auch gefördert, weil sie die

SS weiter korrumpierte und einen Beitrag zur Sabotage der Kriegswirtschaft darstellte." (Kogon, 300)

Ich möchte den internationalen Charakter der illegalen Organisation durch Nennung einiger Namen unterstreichen. Daß dabei die deutschen Häftlinge, da sie die längsten Lagererfahrungen besaßen, eine besonders wichtige Rolle spielten, versteht sich von selbst. Die Namen Albert Kurz, Walter Stoecker, Walter Bartel, Ernst Busse, Robert Siewert, Harry Kuhn (Kommunisten), Heinz Baumeister, Armin Walther, Hermann Brill (Sozialdemokraten) und Werner Hilpert (Zentrumspartei) sind in historischer Erinnerung. Von den Österreichern an verantwortlichen Stellen habe ich bereits mehrmals gesprochen. Für die Tschechen möchte ich Emil Hrsel, Alois Neumann, Jan Hübsch und vor allem Josef Frank erwähnen, der, wie so viele andere, auch in der ČSSR ein ungerechtes und grausames Schicksal erlitten hat. International bekannt wurde auch der polnische Vertreter im Internationalen Lagerkomitee, Jan Izydorczyk. Es würde aber zu weit führen, nun die Vertreter aller im Buchenwald-Komitee anwesenden Nationen, es waren deren elf, namentlich zu nennen, doch will ich es mir nicht versagen, auf die große Rolle hinzuweisen, die meine französischen Kameraden Marcel Paul, Oberst Manhès, André Leroy, Guy Duclonné, Roger Arnould, Pierre Durand, Louis Vauthier und Daniel Anker sowohl im Internationalen Lagerkomitee als auch in der Internationalen Militärorganisation gespielt haben. Die "Französische Brigade der Befreiungsaktion von Buchenwald", die Mitte 1944 entstand, umfaßte 22 Kampfgruppen mit etwa 2500 Mann.

An der Frage, ob es nun in Buchenwald einen bewaffneten Aufstand gegeben hat oder nicht, wird seit mehr als einem halben Jahrhundert herumgedeutelt, und die Frage wird meistens nicht historisch, sondern politisch beantwortet. Diejenigen, die dabei waren, bezeugen die bewaffnete Selbstbefreiungsaktion der international zusammengesetzten Kampfgruppen, andere, denen es nicht in ihren ideologischen Kram paßt, behaupten, auch oder gerade weil sie nicht dabei gewesen sind, daß es eine solche Aktion nicht hat geben können, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Ich selbst habe infolge meiner militärischen, physisch bedingten Untauglichkeit, und obwohl ich in die illegale Widerstandsbewegung in bezug auf Nachrichtenübermittlung und Schulung eingebaut war, keiner Kampfgruppe angehört, war aber in den entscheidenden Apriltagen auf einem besonderen Beobachtungsposten, nämlich im Krankenrevier, das an sich ein zentraler Knotenpunkt der Ereignisse war. Tatsache ist, daß schon im Winter 1942/43 mit der Bildung der illegalen Internationalen Militärorganisation (IMO) begonnen wurde, der sich mit der Zeit alle elf in Buchenwald anwesenden Nationen angliederten. Die IMO war nach Sprachgruppen organisiert. Für die militärische Ausbildung der Österreicher waren Alois Winkelhaus und Hugo Bergmann verantwortlich. Gediente Soldaten und Spanienkämpfer bildeten die Unerfahrenen theoretisch und praktisch aus.

Wie war eine praktische Ausbildung möglich? Darüber gibt ein Bericht des für die militärische Vorbereitung verantwortlichen Österreichers Franz Bera Aufschluß.

Bera war Vorarbeiter in der Waffenmeisterei und Waffenkammer der SS und hatte so Zugang zu verschiedenen Waffen und deren Bedienungsvorschriften. Er benützte jede Gelegenheit, sowohl Einzelteile als auch ganze Pistolen ins Lager zu schmuggeln, wofür der Fliegerangriff vom 24. August 1944 eine günstige Gelegenheit schuf. Andere Waffen wurden mit Hilfe von Einzelteilen innerhalb des Lagers hergestellt. Im Februar 1945 gelang es sogar, ein leichtes MG ins Lager zu schmuggeln, in dem auch unter Anweisung des Chemikers Gustav Wegerer Sprengsätze für Handgranaten hergestellt wurden.

So wurden bis zum 9. April 1945 107 Handgranaten und 1000 Brandflaschen (Molotowcocktails) angefertigt. Und am 11. April 1945 bestand das verborgene Waffenarsenal der IMO aus einem LMG, 96 Karabinern, 14 Pistolen, 16 deutschen Handgranaten, den erwähnten 107 von den Häftlingen selbst hergestellten Handgranaten und 1000 Brandflaschen sowie über 200 Hieb- und Stichwaffen.

Als am 8. April die SS mit der Evakuierung des Lagers begann, setzte das Internationale Lagerkomitee den SS-Anordnungen eine Strategie ständiger Verzögerung und Chaotisierung entgegen, wobei aber nicht zu verhindern war, daß tausende Buchenwalder zu Todesmärschen gezwungen wurden. Gleichzeitig wurde mit der illegalen Sendeanlage die 3. amerikanische Armee (Patton) zu Hilfe gerufen, die in einem Funkspruch diese Hilfe auch zusagte. Der entscheidende Tag war der 11. April 1945, an dem sich noch 21.000 Häftlinge im Lager befanden. Die SS konnte keine Evakuierung mehr vornehmen. Zwischen 10 und 11 Uhr verkündete die IMO Alarmstufe 2, und es begann die Ausgabe der Waffen an die verschiedenen Kampfgruppen. Um 11.50 Uhr gab die SS-Sirene Feindalarm, und um 12.10 Uhr hieß es durch den Lautsprecher: Sämtliche SS-Leute aus dem Lager! Um 14 Uhr verkündete die IMO Alarmstufe 3. Es herrschte eine verwirrende Situation, schon waren amerikanische Panzer in Sichtweite, und nun konnten um 14.30 Uhr die Kampfgruppen zum Angriff auf das Lagertor und die Wachtürme antreten. Das Haupttor wurde genommen, der Strom am Zaun ausgeschaltet und die weiße Flagge gehißt. Die SS zog sich in Richtung Weimar zurück, und die Häftlinge konnten zahlreiche Waffen erbeuten, so daß ihre Kampfstärke bedeutend anstieg. Am Abend des 11. April waren 120 SS-Leute gefangen, und am nächsten Tag kamen noch weitere hundert dazu.

"In der Nacht zum 12. April", berichtet der österreichische militärische Verantwortliche Franz Bera, "erschien ein amerikanischer Offizier. [...] Er bestätigte, daß nur eine Panzerspitze den SS-Bereich passiert hatte. Das Lager mußte deshalb mit eigenen Kräften [...] verteidigt werden." Ein 1985 von der Historikerin Paula Schwarz im National Archives in Washington D. C. aufgefundener Bericht der 3. US-Armee vom 11. April 1945 besagt: "Konzentrationslager Buchenwald mit 21.400 politischen Gefangenen [...] besondere Sturmtruppen waren organisiert worden und haben die Wachen überwältigt. Vor unserer Ankunft waren die Wachtürme erobert und 125 SS-Männer gefangengenommen worden. Sie sind noch im Gewahrsam des Lagers. Die Leitung des Lagers befindet sich in der Hand eines gut organi-

sierten Komitees, das alle im Lager befindlichen Nationalitäten umfaßt." (Fein/Flanner, 239) War also das, was sich in Buchenwald in den Tagen vom 8. bis 12. April 1945 abgespielt hat, ein bewaffneter Aufstand oder bloß eine mit dem amerikanischen Vormarsch gut abgestimmte Selbstbefreiungsaktion? Ich frage: Wo ist der Unterschied? Jedenfalls kann man den Buchenwalder Kampfgruppen nicht absprechen, an einer bewaffneten Aktion gegen das SS-Regime in erster Frontlinie teilgenommen zu haben, wodurch die Forderung nach offizieller Anerkennung der Eigenschaft von Frontkämpfern (also einer kämpfenden Truppe), die seit Jahren von den Überlebenden der französischen Befreiungsbrigade erhoben wird, ihre Berechtigung erhält. Nach mehr als einem halben Jahrhundert sollten nun auch die französischen Behörden dieser Tatsache Rechnung tragen.

Was die Besonderheit des Schicksals des Lagers Buchenwald betrifft, so liefert darüber der "Bericht der Österreicher an die Abteilung für psychologische Kriegsführung in der amerikanischen Armee", verfaßt von Otto Horn, eine bestimmende Erklärung: "Daß das Lager Buchenwald in den entscheidenden Tagen vor und nach der Vertreibung der SS eine solche solidarische Haltung, eine solche kämpferische Aktivität und eine solche organisierte Disziplin aufweisen konnte, ist die Folge der jahrelangen internationalen antifaschistischen Arbeit und ist der Bereitstellung der materiellen Grundlagen für diese Arbeiten durch die deutschen Antifaschisten zu danken. Die österreichischen Antifaschisten haben in jeder Phase dieses Kampfes ihren Beitrag geleistet. Die von allen Nationen zusammengesetzten, schon in den Zeiten der SS-Führung aufgestellten Bergungstrupps, Brandwache, Sanitätstrupps, Lagerschutz und Feuerwehr und ähnliches mehr, dienten dem Zweck, legale Basis für die antifaschistischen Kader zusammenzufassen und das gesamte Lager unter ihre Führung zu stellen. Daneben bestand aber auch immer die illegale politische und militärische Organisation mit dem verantwortlichen internationalen Zentrum an der Spitze. Auch an dieser legalen Organisation waren die österreichischen Antifaschisten zum Teil in führender Stellung beteiligt. [...] Es soll an dieser Stelle betont werden, daß sich das alles unter den denkbar größten Schwierigkeiten, unter dem ständigen Terror der SS und auch unter dem Unverständnis mancher Lagerinsassen abspielte. Buchenwald ist kein Phänomen oder Wunder, Buchenwald ist nur der Ausdruck und das Ergebnis des organisierten, gemeinsamen Kampfes der Antifaschisten aller Länder." (Fein/Flanner, 240)

Buchenwald war kein überirdisches Wunder! Es war nur das Wunder des internationalen Phänomens vom Zusammenwirken nationaler Identitäten, geistigen Pluralitäten, von übernationaler Solidarität und internationalem Widerstand und Kampf zur Bewahrung menschlicher Würde in einer Umwelt der Barbarei.

Uns Überlebenden obliegt es, in der heutigen Welt, in der Richtungslosigkeit, unerbittlicher Konkurrenzkampf und nationalistischer Wahnsinn bedrohliche Formen annehmen, das Erlebnis und die Lehren von Buchenwald zu illustrieren und weiterzugeben an die heutigen und zukünftigen Generationen, um jene Losung wahr zu

machen, die in den ersten Jahren nach der Niederwerfung des deutschen Nationalsozialismus und Imperialismus rund um die Welt ging: "Niemals wieder Krieg, niemals wieder Unmenschlichkeit und Barbarei, niemals wieder Verletzung oder Zerstörung der Menschenrechte, wie sie in der Erklärung von 1789 proklamiert wurden!"

WOLFGANG NEUGEBAUER

VOM EUROPÄISCHEN WIDERSTAND ZUR EUROPÄISCHEN UNION

Vortrag im Stadtschulrat für Wien, 11. Dezember 1997

Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie mich eingeladen haben, anlässlich der Eröffnung der Ausstellung über die Rolle des Widerstandes gegen den Totalitarismus und seine Bedeutung für die Einigung Europas ein Referat zu halten. Ich war mit der Thematik europäischer Widerstand und seine Wirkung auf Nachkriegseuropa Mitte der achtziger Jahre konfrontiert: Zum einen, als ich an einem von Ger van Roon aus Amsterdam initiierten Projekt über europäischen Widerstand im Vergleich mitwirkte; zum anderen durch einen Beitrag über Europa-pläne im österreichischen Widerstand für das monumentale Werk von Walter Lipgens, *Documents on the History of European Integration*, das in mehreren umfangreichen Bänden ab 1985 erschienen ist. Wer sich mit der Geschichte der europäischen Integration und deren historischen Wurzeln beschäftigt, stößt unweigerlich auf das leider früh zu Ende gegangene Lebenswerk von Walter Lipgens, der zuerst an der Universität des Saarlandes, dann am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz in wissenschaftlich-minutiöser und umfassender Weise diesen Prozeß dokumentiert und analysiert hat.

Wenn Sie nun von mir die Darstellung eines geraden Weges von den Europa-Ideen im europäischen Widerstand zur Europäischen Union in der heutigen Gestalt erwarten, muß ich Sie enttäuschen. Es ist wohl ein Gemeinplatz, wenn ich feststelle, daß historische Entwicklungen in der Regel nicht linear, problem- und konfliktfrei verlaufen, sondern komplizierte und komplexe Prozesse mit Windungen, Widersprüchlichkeiten, Hemmnissen und Rückschlägen darstellen, die sich einfachen Erklärungsmustern entziehen.

Der erst in den letzten Jahren große Fortschritte machende europäische Einigungsprozeß war eingebettet in eine welthistorische Entwicklung, die durch zwei Weltkriege, durch Aufstieg, Machtentfaltung und Untergang zweier totalitärer Systeme und durch den weltpolitischen Machtverlust Europas als wesentliche Faktoren gekennzeichnet ist. Die politischen Vorstellungen europäischer Widerstandskräfte waren eine wichtige Wurzel der europäischen Integration nach 1945, aber die Ideen dieser Vordenker wurden nicht sofort geschichtsmächtig, und keinesfalls alle Strömungen und Gruppierungen des europäischen Widerstandes verfochten europaorientierte Konzepte.

Nach dem für die europäischen Mächte und Völker zerstörerischen Ersten Weltkrieg, der Millionen Opfer auf dem Schlachtfeld, wirtschaftliche Stagnation, Krise und Verarmung in der Zwischenkriegszeit und die Einbuße der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Vormacht Europas in der Welt durch den Aufstieg der

späteren Supermächte USA und Sowjetunion gebracht hatte, war nationalstaatliches Denken keineswegs obsolet geworden. Die Pariser Friedensverträge bargen den Keim neuer Konflikte, und der Völkerbund erwies sich als untaugliches Mittel einer stabilen europäischen Friedensordnung. Die in den zwanziger Jahren einsetzenden Strömungen zur Zusammenarbeit und zum Zusammenschluß der europäischen Länder – wie sie die 1923 von dem Österreicher Richard Coudenhove-Kalergi gegründete Paneuropa-Bewegung repräsentierte – konnten sich gegen die nationalistischen und revanchistischen Kräfte nicht durchsetzen. Wohl hatten liberale und sozialdemokratische Parteitage erstmals für die "Bildung der Vereinigten Staaten von Europa" votiert, doch die "nationale Rechte" behauptete sich in allen Ländern. Der einzige Versuch, den Europagedanken auf die Ebene von Regierungsverhandlungen zu bringen, der Vorschlag des französischen Außenministers Briand über die "Organisation einer europäischen föderalen Union", wurde 1930 von Italien, Großbritannien und Deutschland abgelehnt. Die Weltwirtschaftskrise schwächte die Demokratien in Europa und bahnte faschistischen und totalitären Systemen den Weg. In Hitlers Deutschland wurden die Verbände der europäischen Einigung sofort 1933 verboten, und Richard Coudenhove-Kalergi wurde zum Feindbild der Nazis, wurde als "jüdisch-freimaurerischer" Exponent einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" diffamiert und mußte nach der Besetzung Österreichs 1938 in die Schweiz bzw. USA flüchten. In einer im Schweizer Exil 1938 erschienenen Publikation zog Coudenhove-Kalergi die Konsequenzen und erklärte, er ziehe es vor, "den europäischen Zusammenschluß auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, statt ihn in naher Zukunft unter der Gewaltherrschaft [Hitlers] verwirklicht zu sehen. [...] In Paneuropa kann es Monarchien neben Republiken geben. [...] Was es aber nicht geben kann, sind Staaten, die kein Menschenrecht anerkennen."

Hitler stürzte Europa in jenen verheerenden Krieg, den die Protagonisten der europäischen Einigung für den Fall des Scheiterns ihrer Bemühungen prognostiziert hatten, und führte den gewaltsamen Zusammenbruch fast aller kontinentaleuropäischen Nationalstaaten herbei. Obwohl der deutsche Faschismus die extremste Ausformung von nationalistischem Denken und Politik war und brutale Vorherrschaft über alle unterworfenen Staaten und Völker praktizierte, propagierte die NS-Propaganda Phrasen von einem neuen, einem germanischen Europa, das gegen den Ansturm des "asiatischen Bolschewismus" verteidigt werde. Die Geschichtsfälschungen, die den Angriffs- und Vernichtungskrieg Hitlerdeutschlands zum "Präventivkrieg" und zum "Verteidigungskampf Europas" umdeuten, werden übrigens bis heute in rechtsextremen und Veteranenkreisen gepflegt. Heinrich Himmlers Europa, verkörpert in den "germanischen Freiwilligen" der Waffen SS, dessen letzten Verfechtern FPÖ-Obmann Jörg Haider 1995 in Krumpendorf "Ehre und Anerkennung" zuteil werden ließ, war das Europa der Quislinge, der Kollaborateure und Landesverräter, der Unterstützer und Kämpfer für ein in der Geschichte beispielloses Unrechtssystem.

Der rasche militärisch-politische Zusammenbruch der europäischen Staaten 1939–1941 und die bald sichtbare barbarisch-totalitäre, rassistisch-hegemoniale Unterjochung und Ausplünderung praktizierende Herrschaftsweise der deutschen Okkupanten riefen den Widerstand der unterdrückten Völker hervor und begünstigten zugleich politische Vorstellungen, die auf die Überwindung des nationalstaatlichen Denkens und auf Zusammenarbeit und Zusammenschluß in einer europäischen Friedensordnung nach der Besiegung Hitlerdeutschlands abzielten. Im europäischen Widerstand gab es freilich sehr unterschiedliche Intentionen, Positionen und Programme für die Nachkriegsordnung und das zukünftige Aussehen Europas, die je nach politischem und ideologischem Standort divergierten und konfligierten. Auch war die Situation für den seit 1933 wirkenden deutschen und für den österreichischen Widerstand ab 1938 eine grundlegend andere als für die im Zuge des Zweiten Weltkriegs entstandenen Widerstandsgruppen in den besetzten Gebieten. An dieser Stelle kann selbstverständlich nur eine umrißhafte Skizze gegeben werden, und die näher Interessierten sind auf die schon erwähnten Werke von Walter Lippens zu verweisen.

Eine der politischen und militärischen Hauptkräfte im europäischen Widerstand, in einigen Ländern sogar dominierend, waren die Kommunisten. Obwohl von der ursprünglichen marxistisch-leninistischen Ideologie her internationalistisch orientiert, hatten sie in den dreißiger Jahren als Reaktion auf die faschistische Offensive in Europa das nationalstaatlich orientierte Konzept der Volksfront entwickelt. Die Volksfrontpolitik strebte den Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte gegen die Etablierung bzw. zum Sturz faschistischer Regimes an bzw. versuchte eine Mobilisierung aller nationalen Kräfte gegen die Fremdherrschaft. Der Widerstand gegen die deutsche Besetzung wurde als nationaler Befreiungskampf verstanden, der auf die Wiederherstellung der Souveränität und Unabhängigkeit abzielte. Der national-revolutionäre, antifaschistische bzw. später antiimperialistische Befreiungskampf, wie er sich im Partisanenkrieg in Jugoslawien, aber auch in China und anderen Ländern der Dritten Welt entwickelte, wurde zu einem neuen, zeitweise erfolgreichen Modell einer sozialistischen Revolution. Daß später die unter dem Schirm der sowjetischen Armee vollzogenen kommunistischen Machtergreifungen in Osteuropa als antifaschistisch-demokratische Umwälzungen qualifiziert wurden, diente der ideologischen Legitimation und propagandistischen Verschleierung und entsprach nicht dem realen Geschehen. In diesem national-revolutionären Konzept war jedenfalls kein Platz für die Vorstellung von einem auf demokratischen Entscheidungen der Völker beruhenden, nationale Souveränitätsrechte beschränkenden vereinten Europa; ein solches lief auch den außenpolitischen, auf Expansion gerichteten Interessen der Sowjetunion zuwider, für deren Durchsetzung die nationale Zersplitterung Europas in kleine Staaten bessere Voraussetzungen bildete. Aufgrund der Organisationsstruktur und Politikultur der Komintern war die Unterordnung der europäischen kommunistischen Parteien unter die Sowjetunion oberste Maxime

gemäß Stalins Diktum: Revolutionär ist, wer bedingungslos und ohne zu schwanken die Sowjetunion unterstützt. Diese Auffassungen setzten die Kommunisten auch in den von ihnen dominierten, zum Teil unter überparteilichem Anspruch auftretenden Widerstandsgruppen durch. Damit stand eine wesentliche Kraft des europäischen Widerstands allen Föderations- und Zusammenschlußbestrebungen total negativ gegenüber und propagierte nachdrücklich nationales Denken und nationalstaatliche Kategorien.

Die am Ausgang des Ersten Weltkriegs in Kommunisten und Sozialdemokraten gesplattene europäische Linke hatte sich zwar in der sogenannten Volksfrontpolitik, also im Abwehrkampf gegen den Faschismus, wieder angenähert, doch die in den Moskauer Schauprozessen sichtbar werdende stalinistische Entartung sowie der in weiten Linkskreisen als Verrat empfundene Hitler-Stalin-Pakt von 1939 vergrößerten wieder die Kluft; erst nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion ergaben sich fallweise wieder Kooperationen im Widerstand. Jedenfalls orientierte sich die nicht-kommunistische Linke nicht an der Sowjetunion, am sogenannten Sozialismus in einem Land, sondern an einem demokratischen Sozialismus in einem freien Europa. Insbesondere in den Programmen und Erklärungen sozialistischer Parteien und Widerstandsgruppen spielte die Vorstellung von einem vereinten Europa eine wichtige Rolle, und die Sozialdemokraten wurden zu den stärksten Verfechtern der Idee von Zusammenarbeit und Zusammenschluß in Europa.

Der mehrfache Ministerpräsident und Fraktionsführer der französischen Sozialisten Léon Blum, Häftling der KZ Buchenwald und Dachau, verfaßte 1941 im Gefängnis der Vichy-Regierung eine Schrift, die von einigem Einfluß auf die französische Résistance war. Die Nationalstaaten, hieß es darin, müßten "die Begrenzung oder die Unterordnung ihrer eigenen Souveränität in Kauf nehmen" und "sich integrieren in ein ordre européen oder – besser gesagt, da dieser Krieg den Platz Europas erneut einengen wird – in ein ordre universel". Den Vorschlägen Blums folgend wurde in der französischen sozialistischen Partei ein Manifest ausgearbeitet, das Daniel Mayer im Dezember 1943 dem Nationalrat der Résistance als Vorschlag für ein gemeinsames Programm vorlegte. Darin wurden "zuerst die Vereinigten Staaten von Europa" gefordert, "die sich dann vollenden zu den Vereinigten Staaten der Welt". Die französischen Kommunisten nahmen dagegen Stellung, weil der Vorschlag mit "der Unabhängigkeit und Grandeur Frankreichs unvereinbar" sei.

Jean Monnet, einer der großen Vorkämpfer Europas, später Autor des Schuman-Plans und erster Präsident der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), hatte als Mitglied des französischen Komitees der nationalen Befreiung und der Provisorischen Regierung unter de Gaulle in einer Note an das Komitee in Algier am 5. August 1943 vor nationaler Souveränität, Prestigepolitik, Wirtschaftsprotektionismus und dem Aufbau neuer riesiger Armeen gewarnt, die keinen Frieden in Europa zulassen werden. "Das Gewicht der Militäretats wird soziale Reformen verhindern oder verzögern. Europa wird sich erneut in Furcht organisieren." Ein-

dringlich appellierte Monnet an das Nationalkomitee: "Die Länder Europas sind zu klein, um ihren Völkern Wohlstand gewährleisten zu können. [...] Dieser Wohlstand und die unerläßlichen sozialen Entwicklungen setzen voraus, daß sich die Staaten Europas als Föderation oder als eine europäische Wesenseinheit formieren, die eine gemeinsame wirtschaftliche Einheit umfaßt." In einem Gespräch in Algier im Oktober 1943 entwickelte Monnet die Idee eines vollkommen vereinigten, aus gleichberechtigten Staaten bestehenden Europas. De Gaulle lehnte diese Vorstellungen ab, indem er sich auf die nationalen Traditionen berief: "Nie mehr", sagte er, "werden Sie nach diesem Krieg Franzosen und Deutsche an einen Tisch bringen." Europa sollte diese negative Einstellung zwanzig Jahre später schmerzlich verspüren.

Auch in der meist aus linkskatholischen Aktivisten Ende 1941 formierten wichtigen Widerstandsgruppe "Combat", unter ihnen der spätere Ministerpräsident Georges Bidault, wurde in einem im September 1942 beschlossenen Manifest die Forderung "Vereinigte Staaten von Europa" erhoben. Mitglieder südfranzösischer Widerstandsgruppen, unter ihnen Albert Camus vom "Combat", gründeten im Juni 1944 das "Comité Français pour la Fédération Européenne", in deren Erklärung es hieß: "Die europäische Föderation, eine Etappe zur Weltföderation, muß das unmittelbare Ziel der demokratischen, sozialistischen und kommunistischen Widerstandskämpfer sein."

Neben dem französischen Widerstand waren vor allem italienische Widerstandskämpfer Protagonisten der Europa-Ideen. Auf der Verbannunginsel Ventotone hatte eine Gruppe um Altiero Spinelli, Ernesto Rossi und Eugenio Colomi im Juli 1941 das Manifest von Ventotone formuliert, das zwei Jahre später zum Programm des "Movimento Federalista Europeo" wurde. In einer von Spinelli verfaßten Schrift vom Oktober 1941 mit dem Titel "Die Vereinigten Staaten von Europa und die verschiedenen politischen Tendenzen" wurden im Abschnitt "Die europäische Föderation" erstmals die Organe und die Kompetenzen, also Grundzüge der Verfassung, beschrieben. Die Kompetenzen der europäischen Verwaltung, wie alleinige Außenpolitik und Streitkräfte sowie direkte Steuerehebung, wären weit über die der jetzigen EU hinausgegangen, an deren Formulierung Spinelli in den achtziger Jahren mitwirkte. Eugenio Colomi, der als Chefredakteur der illegalen sozialistischen Parteizeitung *Avanti* im Untergrund wirkte und am 28. Mai 1944 von den Deutschen erschossen wurde, hatte in einem Artikel im August 1943 wesentliche Prinzipien einer europäischen Verfassung entworfen, u. a. die Schaffung einer europäischen Staatsbürgerschaft und ein direkt gewähltes Parlament.

Auch im katholischen Widerstand Italiens setzte sich der Gedanke an einen Zusammenschluß der europäischen Staaten früh durch. In der vom späteren Ministerpräsidenten Alcide de Gasperi im Juli 1943 verfaßten und nach Mussolinis Sturz verbreiteten Programmschrift "Rekonstruktion der christlichen Demokratie", eine Art Gründungsdokument der langjährigen staatstragenden Partei Italiens, wurde eine "neue internationale Gemeinschaft", beruhend auf Souveränitätsverzicht der Ein-

zelstaaten, mit übernationaler Legislative, Exekutive und Judikative gefordert. Fast zur gleichen Zeit, am 1. September 1943, trat der Turiner Wirtschaftsprofessor und Mit-Wiederbegründer der Liberalen Partei Italiens, Luigi Einaudi, von 1948–1955 Staatspräsident, mit einer Flugschrift "Für eine europäische wirtschaftliche Föderation" hervor, in der argumentiert wurde, daß der wirtschaftliche Zusammenschluß die Voraussetzung der Friedenssicherung in Europa sei.

Auch die verbotene Sozialistische Partei Belgiens verlangte in ihrem im Jänner 1944 beschlossenen Programm eine "Föderative Union demokratisch organisierter Völker" (ohne Präzisierung des geographischen Umfangs oder der Kompetenzen). Und einer ihrer führenden Politiker, Paul-Henri Spaak, der Außenminister der Exilregierung in London, präziserte, daß für "das Prinzip der Einstimmigkeit, das beim Völkerbund jede praktische Beschlußfassung verhinderte, [...] in der künftigen internationalen Körperschaft kein Platz" sein dürfe.

In den Niederlanden propagierten sowohl der sozialistische orientierte *Het Parool* als auch der progressiv-christliche *Vrij Nederland* ab 1942 das Ziel eines europäischen Zusammenschlusses. Der Holländer Willem A. Visser 't Hooft, seit 1938 Generalsekretär des "in Aufbau" befindlichen "Ökumenischen Weltkirchenrates" in Genf, formulierte nach Gesprächen, an denen auch der deutsche Widerstandskämpfer Pfarrer Dietrich Bonhoeffer teilnahm, im März 1941 "Erwägungen zur Nachkriegsordnung", deren Kernsatz lautete: "Kontinentaleuropa muß als eine Föderation konzipiert werden, deren Einheiten in Größe, politischer und wirtschaftlicher Macht einander ebenbürtig sein sollten."

Im polnischen Widerstand haben die Polnische Sozialistische Partei und die Bauernpartei im August 1941 die gemeinsame Erklärung "Programm Volkspolens" vorgeschlagen, deren einziger außenpolitischer Punkt eine "Föderation freier europäischer Völker" forderte. Die rechtsgerichteten Polnischen Nationaldemokraten lehnten im "Politischen Verständigungs-Komitee" dieses Programm ab.

Im deutschen Widerstand hatte der am 23. Jänner 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtete Graf Helmut James von Moltke für den seit Herbst 1940 operierenden Kreisauer Kreis im April 1941 ein Arbeitspapier ausgearbeitet, das eine Absage an Nationalismus, Rassismus und Staatsomnipotenz verkündete und eine kontinental-europäische Föderation vorsah. Die vom Kreisauer Kreis im August 1943 erarbeiteten "Grundsätze für die Neuordnung" verstanden sich als Programm für eine neue "Regierung des Deutschen Reiches" nach dem Sturz Hitlers und beinhalteten das Ziel einer "europäischen Völkergemeinschaft" unter Einschränkung der einzelstaatlichen Souveränität. Auch Carl Goerdeler, Vertreter der eher konservativen Kräfte in der Widerstandsaktion vom 20. Juli 1944, der als Reichskanzler vorgesehen war und am 2. Februar 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde, bekannte sich vorbehaltlos zu einer "europäischen Union". In die gleiche Richtung zielte die im Oktober 1943 von der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien abgegebene "Erklärung zur internationalen Ordnung", die eine "Föderation aller

europäischen Völker" forderte. Die sudetendeutsche Sozialdemokratie, also die deutschsprachigen Sozialdemokraten der ehemaligen ČSR, beschlossen schon am 10. März 1940 in London eine "Deklaration über die künftige Stellung des Sudetengebietes in einer demokratisch-föderalistischen Neuordnung Europas". An ihrem Wunsch, "Chauvinismus und Rassenhaß aus Europa zu verbannen und allen nationalen oder religiösen Minderheiten einen wirksamen und dauernden Schutz zu sichern", wird sichtbar, welche Konsequenzen in Nachkriegseuropa die Nichtverwirklichung dieser Ideen hatte.

Im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern kamen aus Österreich, der Heimat des Paneuropäers Coudenhove-Kalergi, relativ wenig konstruktive Vorschläge. Konservative und katholische Widerstandsgruppen hatten meist großösterreichische Vorstellungen, wie etwa eine Donauföderation unter Habsburgs Führung, Ideen, die auch von den sehr aktiven legitimistischen Gruppierungen sowie von Otto Habsburg im amerikanischen Exil verfochten wurden. Die KPÖ propagierte, der Komintern-Linie folgend, den nationalen Befreiungskampf und konzentrierte sich auf die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs; nur kleine isolierte kommunistische sowie andere linksradikale Gruppen forderten ein Sowjeteuropa bzw. ein Räteeuropa oder eine Union sozialistischer Staaten von Europa. Europa-Ideen wurden vor allem von österreichischen Sozialisten und Gewerkschaftern im Exil vertreten. Die in England während des Krieges nicht mehr aufrechtzuerhaltende Linie von der gesamtdeutschen sozialistischen Revolution wurde in die Losung einer europäischen Revolution umgeändert. In einer 1942 vom Londoner Büro der österreichischen Sozialisten und der Landesgruppe österreichischer Gewerkschafter in Großbritannien verbreiteten Erklärung hieß es: "[...] erstreben wir ein freies, autonomes, demokratisch-sozialistisches Österreich als Teil einer möglichst umfassenden demokratischen Föderation, die aus der antifaschistischen Revolution der europäischen Völker hervorgehen soll und die gegen kein einzelnes Land gerichtet sein darf." Letztere Versicherung richtete sich, wie Julius Deutsch in einem Artikel in der *Austrian Labor Information* in New York feststellte, an die Adresse Rußlands. Oscar Pollak meinte, daß auch die Sowjetunion in die europäische Gemeinschaft aufgenommen werden sollte, wenn sie den Stalinismus, die "bürokratisch, terroristische Diktatur", überwindet. Diese Konzeption wurde von den österreichischen Kommunisten in aller Schärfe als trotzkistisch, als Torpedierung des nationalen Befreiungskampfes und des Bündnisses der Alliierten abgelehnt.

Lassen Sie mich bitte in diesem Zusammenhang nur ein Wort zur Problematik des Begriffs Totalitarismus sagen, der hier nicht in der notwendigen differenzierten Weise diskutiert werden kann. So sehr Totalitarismus die gemeinsamen Züge menschenverachtender Gewaltherrschaften, im konkreten Fall Nationalsozialismus und Kommunismus, kennzeichnen kann, so wenig wird er den subjektiven Aspekten des einzelnen gerecht. Denn im Unterschied zur verbrecherischen Ideologie und Zielsetzung der Nationalsozialisten hatten viele Kommunisten nicht die Errichtung

einer massenmörderischen Diktatur und die Ausdehnung des Stalinismus über ganz Europa vor Augen, sondern kämpften für eine gerechte, klassenlose Gesellschaft, zu deren Schaffung der Sturz der faschistischen Fremdherrschaft durch den antifaschistischen Widerstand Voraussetzung war. Nicht zu übersehen ist allerdings, daß die vermeintliche Alternative Hitler oder Stalins Europa viele Antifaschisten für die im Namen des Sozialismus begangenen Verbrechen blind machte

Die paneuropäischen Tendenzen im Widerstand kulminierten in der Genfer Konferenz von Widerstandskämpfern im Zeitraum vom März bis Mai 1944, auf denen eine von Ernesto Rossi und Altiero Spinelli formulierte "Deklaration zugunsten europäischer Föderation" beschlossen wurde. Die europäische Föderation sollte die Menschenrechte, die persönlichen Freiheiten und die demokratischen Institutionen garantieren und eine den Völkern direkt verantwortliche Regierung, eine Streitmacht und einen Obersten Gerichtshof erhalten.

Auch der Internationale Gewerkschaftsbund, der damals seinen Sitz in London hatte, legte nach Befragung seiner Mitglieder am 30. März 1944 ein Programm vor, das einen Abschnitt "Die Vereinigten Staaten von Europa" umfaßte.

"Der Durchbruch der Einsicht, daß definitiver Frieden zwischen den europäischen Völkern, die Überwindung des Nationalismus und die Voraussetzungen ihrer Wohlfahrt nur durch die Föderation der europäischen Staaten gesichert werden können," schreibt Walter Lipgens resümierend, "erfolgte im Zweiten Weltkrieg in weiten Teilen der europäischen Intelligenz und hat die realen Integrationsbemühungen seither getragen." Diese Auffassungen kamen allerdings nach der Befreiung Europas vorerst nicht zum Tragen. In den ersten Nachkriegsjahren war jede Möglichkeit einer Verwirklichung von Europa-Konzeptionen blockiert durch die beiden siegreichen Weltmächte, die alle Fragen von Bedeutung entschieden und aus ihrer Nachkriegsplanung alle Vorstellungen eines europäischen Zusammenschlusses auf Wunsch der Sowjetunion eliminiert hatten. In seiner Europapolitik ging es Stalin nicht nur um die Sicherung eines möglichst großen sowjetischen Herrschaftsbereiches, sondern auch um die Bewahrung bzw. Wiederherstellung einer möglichst national-zersplitterten, differenzreichen Staatenwelt westlich der sowjetischen Grenze. Noch während des Krieges hatte die sowjetische Diplomatie energisch gegen jede Art von Gedanken an eine künftige Föderation der europäischen Staaten anzukämpfen begonnen, zumal Stalin schon 1930 den Briand-Plan abgelehnt und alle Föderationswünsche als "bourgeoise Bewegung zur Intervention gegen die Sowjetunion" abqualifiziert hatte.

Auf den von den USA und der UdSSR dominierten Konferenzen der Alliierten während des Krieges waren die Weichen gegen ein eigenständiges, geeintes Europa gestellt worden. Auf der Konferenz von Teheran im Dezember 1943 hatten Roosevelt, Churchill und Stalin eine globale Friedensordnung versprochen, die von den "vier Weltpolizisten" garantiert werden würde. Im Mai 1945 trafen die beiden neuen Weltmächte USA und Sowjetunion, von gegensätzlichen Ideen zur Gestaltung

der Welt geleitet, in der Mitte Europas zusammen, verfügten die Restauration seiner klein gewordenen Nationalstaaten und teilten den Kontinent de facto in Einflusssphären unter sich auf. Der Kalte Krieg vertiefte die Spaltung Europas in zwei antagonistische Blöcke, und diese Grundsituation war bis zum Zusammenbruch des europäischen Kommunismus 1989/90 gegeben.

Die im Zuge der Befreiung 1944 sich formierenden politischen Parteien, insbesondere die in Hitlers Europa verbotenen und verfolgt gewesenen sozialdemokratischen und christdemokratischen Parteien, haben in ihren ersten Programmen das in der Résistance-Zeit konzipierte Ziel der europäischen Föderation proklamiert. In Italien forderte das Gründungsprogramm der Democrazia Cristiana "eine Föderation der freiheitlichen europäischen Staaten [...] europäische Staatsbürgerschaft neben der nationalen Staatsangehörigkeit". Die sozialistische Partei Pietro Nenni beschloß auf ihrem ersten Parteikongreß nach der Befreiung Süd- und Mittelitaliens im November 1944 in ihrem Programm, sie werde für die "Bildung einer Föderation europäischer Nationen [...] eintreten, und zwar auf der Grundlage der Forderung der Völker, eine den Staaten und jeglicher Form nationaler Autarkie übergeordnete wirtschaftliche und politische Einheit zu schaffen". Zur gleichen Zeit sprachen sich die französischen Sozialisten auf ihrem ersten Parteitag nach der Befreiung in Paris, in Kenntnis, "daß die Sowjetunion ein Gegner regionaler Föderationen oder Blocks sei", gegen "Hegemonie einer oder mehrerer Großmächte" und für eine "Föderation freier Nationen" aus. In diesem Sinn erklärte sich auch die französische Assemblée gegen die "Formation antagonistischer Blöcke" und für eine Föderation und regionale Zusammenarbeit.

Diese Wünsche hatten jedoch angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und Kräfteverhältnisse keine Chance. Die Sowjetunion setzte 1945 kommunistisch dominierte Regierungen in Rumänien, Polen und Bulgarien ein, und die USA waren damals noch nicht bereit, das Bündnis mit der Sowjetunion aufs Spiel zu setzen. So resümierte der italienische Widerstandskämpfer und europäische Vordenker Altiero Spinelli Anfang 1946: "Unsere Vorhersage eines Europas, in dem alle staatlichen Strukturen zusammenbrechen, die Völker jedoch über ihr Schicksal frei entscheiden können, ist nicht eingetreten. Die Weltmächte haben – außer im Falle Deutschlands – die bisherigen staatlichen Strukturen aufrecht erhalten, aber zusammen haben sie den europäischen Völkern das Recht der Entscheidung über ihr Schicksal für den gesamten Bereich der internationalen Beziehungen, teilweise auch für den innerstaatlichen Bereich, genommen."

Erst im Zuge des beginnenden Ost-West-Konfliktes, als die USA sich bereitfanden, den europäischen Einigungsgedanken anzuerkennen und zu fördern, ergaben sich neue Möglichkeiten der Realisierung, aber nur für die Westeuropäer. Die europäische Einigungsbewegung wurde für die Dauer des Ost-West-Konfliktes zu einem funktionalen Bestandteil der westlichen Selbstbehauptung. Einen entscheidenden Markstein der neuen Entwicklung bildete der Marshallplan, die großzügige amerika-

nische Wirtschaftshilfe zur Rekonstruktion der darniederliegenden europäischen Volkswirtschaften. Zur Verwaltung der Marshallplanmittel wurde 1948 die zwischenstaatliche multilaterale "Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit" (OEEC) geschaffen.

Die Sowjetunion zwang die osteuropäischen Länder die bereits akzeptierte Teilnahme am Marshallplan abzulehnen; gleichzeitig wurden kommunistische Regime nun auch in Ungarn und in der Tschechoslowakei aufgerichtet, und die westeuropäischen kommunistischen Parteien wurden auf einen gegen die westeuropäische Integration gerichteten Nationalismus festgelegt.

Unter dem Eindruck der Blockade Berlins durch die Sowjetunion wurde 1949 der Nordatlantikpakt, die NATO, geschaffen, unter dessen Schutzdach der Zusammenschluß Westeuropas sich vollziehen konnte. Daß es trotz der dem europäischen Einigungsprozeß nicht gerade förderlichen internationalen Situation in den fünfziger Jahren zu Einigungsschritten gekommen ist, hatte seine Ursache nicht in großen politischen Entwürfen und Weichenstellungen; vielmehr setzte die Schaffung gemeinsamer wirtschaftlicher Strukturen den Integrationsmechanismus in Gang. Nicht der 1949 gegründete Europarat in Straßburg, dessen "Beratende Versammlung" aufgrund restriktiver britischer Vorschläge nur Empfehlungen ausgeben kann und daher zur Machtlosigkeit verurteilt ist, war die Keimzelle der Europäischen Union, sondern die 1951 von Frankreich, Deutschland, Italien und den Benelux-Staaten gebildete Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Der französische Außenminister Robert Schuman hatte am 9. Mai 1950 dazu aufgerufen, durch die Zusammenlegung der Grundindustrien "den ersten Grundstein einer europäischen Föderation zu bilden, die zur Bewahrung des Friedens unerlässlich ist". Hingegen scheiterte der 1952 von den EGKS-Mitgliedern unterzeichnete Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), der auch eine Europäische Politische Gemeinschaft vorgesehen hätte, bei der Ratifizierung in der französischen Nationalversammlung 1954.

Einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Europäischen Union bildeten die 1957 unterzeichneten Römischen Verträge, die mit Wirkung vom 1. Jänner 1958 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) schufen und die einen "immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker" verhießen. Die wirtschaftliche Integration eines Großmarktes für 180 Millionen Verbraucher entwickelte eine ungeheure Dynamik; sie sorgte für Wirtschaftswachstum und steigenden Wohlstand, der nicht nur einer kleinen Gruppe von Privilegierten zugute kam, sondern auch den breiten Massen der westeuropäischen Bevölkerung. Nicht zuletzt die wirtschaftliche Prosperität, verbunden mit Demokratie und Freiheitsrechten, verhalfen dem westlichen Teil Europas zu jener Überlegenheit in der Systemkonkurrenz mit dem osteuropäischen Realsozialismus, die zu dessen Untergang 1989/90 wesentlich beitrug.

Es war eine Tragik, daß eine der großen Gestalten des europäischen Widerstandes gegen Hitler, General Charles de Gaulle, der Führer des freien Frankreich, die

weiteren Fortschritte im europäischen Einigungsprozeß torpedierte. Mit seinem Veto gegen den Beitritt Großbritanniens zur EWG 1963 beschwor der französische Präsident eine Krise in der Europapolitik herauf. Sein Konzept vom "Europa der Völker" zielte auf eine bloße Kooperation auf Regierungsebene ab und nicht auf die Schaffung föderaler Strukturen und gemeinschaftlicher Organe. De Gaulle konnte das in seiner Generation so tief verankerte nationalstaatliche Denken nicht überwinden. Das "Europa der Völker" fand keinen Anklang bei den Völkern Europas, auch nicht als es Jörg Haider in seiner Kampagne gegen den EU-Beitritt Österreichs aufzuwärmen versuchte.

Erst nach dem Tode de Gaulles waren die Fortschritte möglich, die zur heutigen Gestalt Europas führten. 1967 erfolgte die Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG) durch die Zusammenlegung von EGKS, EWG und Euratom; im Zeitraum von 1972 bis 1986 vollzog sich die Ausweitung der Gemeinschaft von sechs auf zwölf Mitglieder; 1979 kam es zur ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments. 1987 traten die Einheitlichen Europäischen Akte in Kraft, die alle Schranken für Güter, Dienstleistungen, Personen und Kapital aufhoben und bis Ende 1992 den Binnenmarkt schufen. Der Vorsitzende jenes Ausschusses des Europäischen Parlaments, der einen Vertragsentwurf ausarbeitete, war übrigens der schon erwähnte Widerstandskämpfer Altiero Spinelli. Schließlich wurde 1992 der Vertrag von Maastricht unterzeichnet, der mit Wirkung vom 1. Jänner 1993 die Europäische Union (EU) schuf und die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung bis 1999 vorsieht.

Österreich hat sich nach gründlichen Diskussionen im Juni 1994 in einer Volksabstimmung mit Zwei-Drittel-Mehrheit zum Beitritt zur EU entschieden, der gemeinsam mit Schweden und Finnland am 1. Jänner 1995 vollzogen wurde. Damit hat sich unser Land in die Gemeinschaft der demokratischen Staaten Europas eingebettet und in einen Prozeß integriert, der die im europäischen Widerstand verfochtene Idee der europäischen Einigung verwirklichen wird.

In historischer Sicht und in der Entwicklungsperspektive kann sich die EU nicht als bloßes Wirtschaftsgebilde, nicht als Europa der Wirtschaft, der Konzerne und der Lobbys verstehen, auch nicht als Festung Europa, die den östlichen Teil des Kontinents links liegen läßt und sich nach allen Seiten abschließt. Das zukünftige Europa muß sich erweitern, die politische Integration vorantreiben, die durch die Schwäche des Europäischen Parlaments gegebenen Demokratiedefizite ausgleichen und die sozialen Komponenten verstärken; es muß für die Welt Vorbild in bezug auf Demokratie, Menschenrechte, friedliche Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe sein. Das ist die Vision eines Europa, die im europäischen Widerstand entwickelt wurde, die dem bisherigen Integrationsprozeß wesentliche Impulse gab und diesen auch in Zukunft attraktiv gestalten wird.

Verwendete Literatur

- Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1, München/New York/London/Paris 1980, S. 117 f.
- Walter Lippens (Hrsg.), 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung. Dokumente 1939–1984. Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments, Bonn 1986.
- Walter Lippens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950, 1. Teil: 1945–1947, Stuttgart 1977.
- Walter Lippens (Hrsg.), Documents on the History of European Integration, 4 Bde., Berlin/New York 1984–1990.
- Walter Lippens (Hrsg.), Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945 (Schriften des Forschungsinstituts der deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik, Bd. 26), München 1968.
- Walter Lippens, European Federation in the Political Thought of Resistance Movements during World War II, in: Central European History, vol. 1, no. 1, März 1968, S. 5–19.
- Ger van Roon (Hrsg.), Europäischer Widerstand im Vergleich, Berlin 1985.

PETER AUTENGRUBER

DER WIDERSTANDSKÄMPFER DDR. KARL RÖSSEL-MAJDAN

Der am 2. Dezember 1916 geborene Karl Wilhelm Viktor Rössel-Majdan wuchs in bürgerlichem Milieu auf. Sein Elternhaus unterschied sich freilich von anderen bürgerlichen Familien dadurch, daß ihm Antisemitismus und Nationalsozialismus fremd waren. Sein Vater, Major Prof. Karl Rössel-Majdan, ehemaliger Maria-Theresien-Ritter und "erster Bassist an der Volksoper und an anderen Orten", trat im *Neuen Tagblatt* offen gegen den Nationalsozialismus auf. Sein Sohn beschreibt dies so: "Wo er hinkam, [...] hatte er ein gewisses Ansehen und hat dann nicht zurückgehalten. [...] Es war daher klar, daß die Familie schlecht angeschrieben war. Er war sicher kein Kommunist und auch kein Sozialist, er war aber auch auf der andern Seite genauso frei und offen, und das färbt irgendwie ab, auch auf uns Jugendliche hat das abgefärbt. Man soll sich jedenfalls immer nur aus Überzeugung betätigen und nicht aus Vorteilsgründen irgendwo unterschlüpfen wollen. Das haben wir verachtet." Rössel-Majdans Vater machte im Saarland erste negative Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus (er hatte in Saarbrücken einen Posten als Opernsänger und Spielleiter) – er mußte seinen Posten aufgeben und kehrte nach Wien auf die Musikhochschule zurück.

Erste Erfahrungen mit Antisemitismus und Nationalsozialismus

Während der Abwesenheit des Vaters (die Mutter zog ebenfalls nach Deutschland) wurden die Kinder – Rössel-Majdan hatte noch einen zwei Jahre jüngeren Bruder namens Viktor – nach St. Paul in Kärnten in die Schule geschickt (weil dort ein Verwandter wohnte): "In der Klasse gab es einen einzigen Juden [...], und der wurde fast täglich verprügelt, und zwar sowohl von den Anhängern des Heimatschutzes wie von den künftigen Nazis [...], und nun hab` ich mich jedesmal vor den Juden gestellt." – angesichts des antisemitischen Klimas in der Ersten Republik keine Selbstverständlichkeit.

Ablehnung des herkömmlichen Parteienspektrums

Von politischen Organisationen hielt Rössel-Majdan ebensowenig wie von den politischen Parteien: "Ende der Zwanziger-, Anfang der Dreißigerjahre mußte man sich als Jugendlicher gegen politische Banden wehren; die Kommunisten versuchten, die Sozialisten in ihren radikalen Kurs zu bringen. Bürgerliche malten den roten Teufel an die Plakatwände, wenn von Rot-Front und Schutzbund die Rede war. [...] Und der Drohung des Rassenmordes stand die Drohung des Klassenmordes durch die Weltrevolution gegenüber." Zusammenfassend stellt er den familiären Hintergrund so dar: "Also daher waren wir eher abstinent, nach allen Seiten abstinent,

obwohl wir z. B. das soziale Gedankengut äußerst geschätzt haben. [...] Die ganze Familie war eigentlich immer sehr sozial eingestellt, in der Frage der Religion völlig frei, man könnte sagen, so etwas wie freichristlich, sehr liberal in der Haltung, tolerant anderen gegenüber." Das Verhalten der Kirchenobrigkeit zwischen 1938 und 1945 bewog ihn übrigens, nach 1945 aus der Kirche auszutreten. Die Ablehnung politischer Parteien sollte bei Rössel-Majdan später sowohl in der Widerstandsbewegung eine Rolle spielen, als auch nach 1945 die Ursache für die Aufgabe seines Engagements in der Demokratischen Union sein.

"Anschluß" 1938

Den "Anschluß" 1938 erlebte Rössel-Majdan auch als persönliche Enttäuschung: Sein Onkel, bei dem er während seiner Schulzeit in Kärnten untergebracht war, entpuppte sich als Nationalsozialist. Sein Vater warf den Onkel, der die Familie als illegale Mitglieder einschreiben lassen wollte, kurzerhand hinaus: "Nun war's auch vom ersten Moment an für uns klar, daß keiner von uns drei Männern und zwei Frauen, es war auch die Schwester meiner Mutter noch in der Wohnung, daß wir niemals den Hitlergruß leisten werden und niemals ein Abzeichen tragen werden; das war für uns eigentlich selbstverständlich." Rössel-Majdan zweifelte an seinen Bildungsidealen ("Wer ist dieser Souverän Volk, dem man dienen will und der sich dann so benimmt?"), seine Familie dachte kurzfristig an Flucht, er an Selbstmord, aber: "Ich ließ das dann aus einer inneren Einstellung, daß man das Leben nicht wegschmeißt, wenn eine Gefahr droht, auch wenn's eine Lebensgefahr ist, aber damit war die Entscheidung gefallen, du machst Widerstandsbewegung."

Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Rössel-Majdan, der 1939 zum Doktor der Rechte an der Universität Wien promovieren sollte, suchte unter seinen Mitstudenten Gleichgesinnte, was nach der "Anschluß"-Euphorie schwierig war. Zwar kam es unmittelbar nach dem "Anschluß" zu einer Verhaftungswelle (betroffen vor allem Repräsentanten und Funktionäre des Ständestaates, Sozialdemokraten, Kommunisten, Juden), doch eine erste Ernüchterung und ein Meinungsumschwung waren erst im Herbst feststellbar. Öffentlichkeitswirksam war z. B. die spontane Kundgebung der katholischen Jugend am 7. Oktober 1938 am Stephansplatz. Die Nationalsozialisten versuchten, ersten organisierten Widerstand und oppositionelle Haltungen durch Gesetze zu bekämpfen, darunter speziell die Delikte "Heimtücke" (Äußerungen gegen Staat und Partei bzw. deren Repräsentanten), "Wehrkraftersetzung" (Kritik in Zusammenhang mit dem Krieg), "Abhören ausländischer Sender", "Sabotage" oder "Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen". Rössel-Majdan war u. a. mit Walter Hecht, einem jüdischen Studenten, befreundet, der später nach Großbritannien emigrieren konnte: "Die Widerstandsbewegung begann also erstens in dieser Studentengruppe, [...] eine kleine Gruppe, wo ich versucht habe, sofort Decknamen einzuführen, [...] damit

keiner gefährdet ist bei dieser Radikalität der Nazi [...] Handschlag muß genügen." Über ungarische Bekannte und eine Verbindung zum dortigen Kynologenverband gelang es Rössel-Majdan, mit synthetischer Tinte geschriebene Karten und Briefe an österreichische Emigranten in London zu senden: "Die Geheimpost von dort, chemisch hier sichtbar gemacht, hat mir leider 1946 ein britischer Besatzungsoffizier, dem ich sie zeigte, nicht mehr zurückgegeben. Sie war ein starker Beweis für Österreichs Widerstand der ersten Stunde." Im Zuge der Sudetenkrise wurde Rössel-Majdan als Offiziersanwärter im Rang eines Unteroffiziers zur schweren Artillerie eingezogen. Dort lernte er den früheren Sozialdemokraten Johann Schwendenwein kennen, "der gleich ihm der Batterie 5 des Artillerieregimentes 109 zugeteilt war. Die beiden schlossen enge Kameradschaft, die auch nach ihrer Abrüstung am 25. Oktober 1938 fortbestehen blieb und ihrer gleichen oppositionellen politischen Gesinnung entsprang." (Gestapo-Akt). Schwendenwein, der aus den Terner Stahlwerken kam – er war dort freigewerkschaftlich tätig gewesen –, agitierte offen unter den Soldaten, unter denen sich zahlreiche Sozialisten befanden. Im Falle eines aufflammenden tschechischen Widerstandes wollte man die Geschütze umdrehen, um die Front aufzureißen ("Es war gut vorbereitet"): "Als am nächsten Tag die Tschechoslowakei kapituliert hat, war's natürlich äußerst gefährlich, und wir haben beschlossen, uns in Wien zu treffen und eine gemeinsame Sache zu machen, er als Sozialist, ich als Parteiloser mit meinen Studenten."

Die Widerstandsgruppe um Dr. Jakob Kastelic und die Rolle Rössel-Majdans
Schwendenwein brachte beim ersten Treffen im Oktober 1938 im Café Wunderer in Wien-Hietzing den Rechtsanwaltsanwärter Dr. Jakob Kastelic, der aus dem christlichsozialen Lager kam, mit. Kastelic, ein Freund von Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg und früher Gegner des Nationalsozialismus, hatte die Ostmärkischen Sturmcharen mitbegründet. Die Treffen wurden wöchentlich wiederholt, und man brachte seinen Unmut über den Nationalsozialismus zum Ausdruck. Rössel-Majdan stellte die Verbindung zum Monarchisten Oskar Bourcard ("ein gehässiger Gegner der nationalsozialistischen Bewegung" – Gestapo-Akt) her, dieser wiederum brachte Ernst Haller mit. Kastelic konnte über Oberstleutnant a. D. Dr. Hans Blumenthal eine Verbindung zu ehemaligen Heimwehrkreisen sowie nach Oberösterreich zum Zisterzienserstift Wilhering und der zentralen Figur des dortigen Widerstandes, Pater Dr. Gebhard Rath, aufnehmen. Zur Gruppe stießen u. a. noch der aus "rassischen" Gründen von der Ravag entlassene Heinrich Hock, den Kastelic von seiner Tätigkeit bei den Ostmärkischen Sturmcharen kannte, und der Schriftsteller Günther Loch. Im Juni 1939 beschloß man, die Widerstandsgruppe konkret zu gründen, und gab ihr den Namen Großösterreichische Freiheitsbewegung. Die Zusammensetzung der Gruppe war weltanschaulich heterogen, "in ihrem Hauptbestand doch christlichsozial und vielleicht sogar vorwiegend monarchistisch". Dieser Einschätzung widerspricht freilich Rössel-Majdan, dem die Gruppe gerade wegen sei-

ner eigenen Vielseitigkeit und Überparteilichkeit gefiel: "Die Großösterreichische Freiheitsbewegung hatte sich keinesfalls auf katholisch oder konservativ festgelegt, und ich jedenfalls kann unter beides nicht subsumiert werden. Vor allem passen die von uns gemeinsam erarbeiteten und vertretenen Ideen für eine Erneuerung keinesfalls unter diese Begriffe. Auch Kastelic, der prononcierte Katholik, ging dabei mit." Zum Leidwesen von Rössel-Majdan wird man "einmal von Linken als Bourgeois und ein andermal wieder von Rechten als Linker bezeichnet und eingestuft [...] und wenn man nirgends beheimatet ist in diesen alten politischen Kategorien, dann hat man von allen Seiten nur die Nachteile." Für Rössel-Majdan war daher das Abgleiten der Widerstandsbewegung in parteipolitisches Fahrwasser auch der Grund, warum er sich bald nach 1945 aus dieser zurückzog. Mit Ausnahme der Kommunisten, mit denen nur ein lockerer Kontakt gehalten werden sollte, wollte man Verbindung zu allen politischen Lagern suchen. Schwendenwein brachte Sozialisten mit, Kastelic Christlichsoziale und ehemalige Mitarbeiter der Sturmcharen, Bourcard und Hock waren für den legitimistischen Anhang zuständig. Schwendenwein gelang es, mit Arbeiterführern im niederösterreichischen Industrieort Ternitz, Straßenbahnangestellten aus Wien und ehemaligen Führern des Republikanischen Schutzbundes Kontakte herzustellen. Besonders interessiert war man an der – nicht in der Hitlerjugend organisierten – "staatsfeindlich" eingestellten österreichischen Jugend. Für diese war Rössel-Majdan zuständig. In Wohnungen und Büroräumen verschiedener Mitglieder hielt man Sitzungen ab. Unvorsichtigerweise gab man Mitgliedskarten aus, wogegen Rössel-Majdan vergeblich auftrat: "Ich bin radikal dagegen aufgetreten und hab' gesagt, das ist nur eine Gefährdung, das hat gar keinen Sinn, wo man sich nicht verlassen kann auf den Handschlag in der Widerstandsbewegung, da ist ohnehin alles vergeblich." Ansonsten war der Mitwisserkreis sehr klein gehalten: "Deckname, man trifft sich, jeder kennt immer nur zwei, das war also das Prinzip. So haben wir langsam und zäh aufgebaut." Der Deckname von Rössel-Majdan war übrigens Georg Michael. Die Großösterreichische Freiheitsbewegung suchte Verbindung zu den Alliierten und zu Otto von Habsburg. Kastelic gelang eine Fühlungnahme mit dem ehemaligen Wiener Bürgermeister Karl Seitz und dem ehemaligen sozialdemokratischen Nationalratsabgeordneten Adalbert Sever. Mit der Österreichischen Freiheitsbewegung (Gruppe Dr. Karl Lederer), in die sich schon früh der Burgschauspieler und Verräter Otto Hartmann eingeschlichen hatte, und der Gruppe des Augustiner Chorherrn Karl Roman Scholz (Deutsche Freiheitsbewegung, später Österreichische Freiheitsbewegung) gab es immer engere Kontakte. Auf Vorschlag von Rössel-Majdan wollte man ein Freikorps aufstellen. In diesem sollten junge Leute zusammengefaßt werden, die im Falle eines Zusammenbruchs von Hitlerdeutschland die Macht an sich reißen sollten. Kastelic und Rössel-Majdan arbeiteten an einem Mitteleuropakonzept und an einer Verfassung: "Unsere Gedanken gingen schon ganz in die Richtung der Sozial- und Wirtschaftspartnerschaft nach dem Kriege. Wir studierten [...] das Scheitern ähnlicher Gedanken, die der Endersverfas-

sung zugrunde gelegen waren." Die Großösterreichische Freiheitsbewegung verstand Rössel-Majdan als alternative reformatorische Kraft, die nach dem Krieg die Parteien ersetzen sollte. Diese Einstellung sollte während seines Engagements in der Demokratischen Union 1945 noch eine wichtige Rolle spielen. Kastelic trat immer mehr für eine aktive Arbeit der Mitglieder ein.

Sichtbarer Widerstand – Beschädigung einer Gedenktafel

In der Nacht vom 26. auf den 27. Juli 1939 beschädigte Rössel-Majdan die Gedenktafel für die Julikämpfer in der 1938 von Siebensterngasse auf Straße der Julikämpfer (von dort nahm der 1934 gescheiterte NS-Putsch seinen Ausgang) benannten Verkehrsfläche im 7. Bezirk. Rössel-Majdan war zu diesem Zeitpunkt bei seinen Eltern in der Viktorgasse im 4. Bezirk gemeldet, wohnte aber in einer Studentenbude in der Siebensterngasse bei einer Frau Lanzer. Aus diesem Grunde rechnete er sich gute Chancen aus, bei einer allfälligen Fahndung nicht erwischt zu werden, weil er dort nicht gemeldet war. Die Enthüllung der Gedenktafel hatte er mit großem Mißfallen beobachtet und beschlossen, etwas zu tun: "Es war mir geradezu ein Auftrag: da, wo ich wohne, passiert so etwas; irgendein Meisterstück in der Widerstandsbewegung muß jeder leisten! Zwar war gegenüber die Wachstube, und es ging ja auch ein Posten dort auf und ab, aber es war klar für mich, das muß weg, das Denkmal." Die Tafel war aus Sandstein, daher war es günstig, Tusche zur Beschädigung der Tafel zu verwenden. Mit einem Fahrrad fuhr er langsam an der Tafel vorbei: "Es gelang mir dann also, dort einen Moment zu stoppen und dieses Fläschchen über die Tafelschrift drüberzuspritzen. Die Tafel war total schwarz bekleckert, und das hat sich hineingesaugt. Ich bin sofort mit dem Fahrrad durch die nächste Seitengasse abgehauen [...]. Wie ich sicher war [...] bin ich vom Umweg Favoriten nach Haus gekommen." Vom Anschlag hatte seine Mutter gewußt, sonst niemand (es war kein Helfer dabei, wie da und dort fälschlich behauptet wird). Am nächsten Tag war er stolz, daß die Beschädigung der Tafel bei den Nationalsozialisten, die auf einen kommunistischen Anschlag getippt hatten, großes Aufsehen erregt hat. Mit Hilfe eines befreundeten Chemikers, bei dem er sich Königswasser beschaffen wollte, plante er einen zweiten Anschlag, ließ es aber aufgrund der extremen Gefährlichkeit dann bleiben. Außerdem ging das Gerücht um, daß im Falle eines weiteren Sabotageaktes Polizisten der anliegenden Wachstube entsprechend bestraft würden – einige Familienväter kannte Rössel-Majdan. Erst im Zuge seiner Verhaftung kam man Rössel-Majdan auf die Spur.

Militärdienst – Verhaftung des Bruders

1939 wurde Rössel-Majdan zum Militär eingezogen und mußte in Wels Dienst machen. Bei dieser Gelegenheit sah er zum letzten Mal seinen Bruder Viktor, der ebenfalls eingezogen war. Dieser wurde in Linz angezeigt, weil er sich negativ über den Kriegsverlauf geäußert hatte – er hatte den Polenfeldzug mitgemacht, aber

trotzdem gemeint, daß Hitler den Krieg verlieren werde. Eine Stenotypistin zeigte ihn an, er wurde vor Gericht gestellt und kam ins KZ Emsfelde. Am 6. Februar 1944 starb er im Strafgefangenenlager III Brual-Rhede, einem Straflager der Reichsjustizverwaltung im Emsland. Dazu Karl Rössel-Majdan: "Dort ist er elend umgebracht worden. Er mußte in der Torfstecherei arbeiten, bis an die Hüften oft im Wasser stehend, ist geprügelt worden [...]" Ein weiteres Zeichen des Widerstands setzte Rössel-Majdan bei einer Weihnachtsfeier in Wels. Er verweigerte Hakenkreuz und Hitlergruß und wurde daher Anfang 1940 an die Westfront strafversetzt. Dort setzte er neuerlich einen Akt des Widerstands. Rössel-Majdan hatte zwei Geschütze zu betreuen. Heimlich verstellte er die Daten an den Geschützen, "so daß sie in eine sumpfige Wiese geschossen haben und dort immer plupp, also ergebnislos, explodiert sind. Das war am Tag des Angriffs, am nächsten Tag noch kam ein preußischer Offizier, brüllend: 'Welches Schwein da oben schießt immer daneben?' Aber es hieß schon aufsitzen und wieder weiter, und dadurch konnten die der Sache nicht weiter nachgehen." Im Frühjahr 1940 wurde Rössel-Majdan verletzt nach Österreich transportiert. Er lag in einem Lazarett in Vöcklabruck; nachts zählte er die Züge der vorbeiführenden Bahnlinie. An der Anzahl der Waggons und an der Art des Ratterns vermutete er den Transport schwerer Geschütze für den Balkanaufmarsch. Er schrieb einen Brief an Bekannte, schlief aber ein, ehe er ihn noch adressierte: "Der Gefreite, der die Post einholte, hat den Brief mitgenommen, bei der Post haben die gesehen: keine Adresse darauf, haben aufgemacht, haben hineingeschaut und haben sofort Anzeige bei der Polizei gemacht." Rössel-Majdan wurde beobachtet, aber vorerst gab es keine Konsequenzen. Er wurde nach Wien überstellt, um dort operiert zu werden. Es gelang ihm, sich nachts aus dem Lazarett zu schleichen und sich mit der Widerstandsbewegung zu treffen. Dort wurde zwischenzeitlich die Zusammenlegung der Gruppen Scholz/ Kastelic/ Lederer diskutiert und Otto Hartmann, der im Juni 1940 Anzeige bei der Gestapo erstattet hatte, gegen Straffreiheit als Agent provocateur und Informant von der Gestapo eingesetzt. Die ersten Verhaftungen erfolgten noch im Juni, am 22. Juli 1940 schlug die Gestapo konzertiert zu: "Es gelang, den Führungsapparat und auch die im Aufbau begriffenen Gliederungen dieser Widerstandsbewegung zu zerschlagen und in ihrer weiteren Entwicklung lahmzulegen. Insgesamt wurden 121 Beteiligte, die sich vornehmlich aus ehemaligen Systemkreisen rekrutierten, festgenommen." (Gestapo-Akt).

Verhaftung und Verhöre

Unteroffizier Rössel-Majdan wurde erst am 22. Oktober 1940 im Lazarett verhaftet und ins Hotel Metropol am Morzinplatz, damaliger Sitz der Gestapo-Leitstelle Wien, eingeliefert. Bei den Verhören kam Rössel-Majdan eine alte Gewohnheit zugeute, die er so schildert: "Ich hab' einen Notizkalender bei mir geführt, einen winzigen kleinen Notizkalender, hab' aber dort immer die positiv scheinenden Sachen einge-

tragen bzw. was negativ war im gegenteiligen Sinn eingetragen. Ablehnung eines Zusammenschlusses stand da, Ablehnung von Waffen, Ablehnung von Mitgliedskarten usw., das sei also das Resultat dieser Sitzung gewesen. Das hat später manchen den Kopf gerettet, die unvorsichtig waren." Bei den Verhören dachte er daran, daß sein Leben bereits verwirkt wäre, d. h. er gab alles zu, was man ihm vorhielt. Dadurch wurde Rössel-Majdan unglaublich: "Na ja, da kommt einiges zusammen in 17 Tagen Verhör. Die Verhöre wurden immer ruhiger, man hat gesehen, der Kommissar hat Zweifel, wann soll denn das gewesen sein usw., nicht?" Rössel-Majdan wurde jedenfalls "neben seiner maßgeblichen Tätigkeit als Mitbegründer der Großösterreichischen Freiheitsbewegung" auch die "Täterschaft an der Besudelung der Gedenktafel der Julikämpfer" (Gestapo-Akt) vorgehalten. Am 11. November 1940 wurde er vom Gefängnis Metropol in das Kriegsgericht eingeliefert. Anschließend kam er an das Landesgericht und nach München-Stadelheim. Vom 10. Mai 1941 bis 21. Mai 1943 war er wieder im Landesgericht Wien 1, zwischenzeitlich aber auch im Landesgericht Linz. Von dort schrieb er eine Karte an seine Eltern, die erhalten blieb (27. Dezember 1942).

Prozeß und Urteil – Kunde von der Ermordung des Bruders

Die Prozesse wurden erst 1944 von Berliner Volksgerichtshöfen in Wien durchgeführt, daher wurden auch die Urteile in Wien vollstreckt. Günther Loch wurde am 21. Juni 1944 hingerichtet, Kastelic am 2. August 1944; Hock war bereits am 5. März 1943 in einem Gefängnis in Köln gestorben. Schwendenwein, Bourcard und Rath wurden zu je 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Rössel-Majdans Verhandlung war am 29. Juni 1944. Es kam zu einem letzten Besuch der Eltern, die ihn vom Tod seines Bruders informierten. Alle waren vom Todesurteil überzeugt: "Na, das war nicht einfach für mich, das wühlt alles auf, man überlegt, ob man wo die Heizung herausreißen kann und sich damit wehren kann. Man wird wie ein wildes Tier, das also in der Verzweiflung alles mögliche tun will." In der Verhandlung spielte nach Rössel-Majdan wieder das Notizbuch, in dem immer das Gegenteil von dem stand, was passiert war, eine wesentliche Rolle. Er las daraus vor, und da keiner der Richter offensichtlich der Stenographie mächtig war, konnte er den Vortrag entsprechend gestalten. Auch seine ruhige Haltung während der Verhandlung führt Rössel-Majdan im nachhinein als Grund seiner Rettung an. Er wurde wegen Hochverrats zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Das erwartete Todesurteil traf nicht ein.

Straflager Lobau – Die Flucht

Rössel-Majdan wurde ins Lager Lobau versetzt. Vom Juni 1944 bis April 1945 war dies ein Lager für ungarische Juden, die in der dortigen Mineralölfabrik eingesetzt wurden. Auch französische und belgische Kriegsgefangene waren inhaftiert. Rössel-Majdan kamen seine Sprach- und Ortskenntnisse (er kannte die Lobau von der

Studentenzeit her recht gut) nunmehr zugute, zumal er sehr bald an Flucht dachte. Die Amerikaner bombardierten bereits die Gegend, Bomben zerstörten immer wieder die Stacheldrähte rund um das Lager. Einige Franzosen waren unter einem Paul Govert organisiert und hatten einen Geheimsender vergraben, wodurch sie über den Kriegsverlauf genau Bescheid wußten. Eines Tages bekam Rössel-Majdan von einem Aufseher, der kein Nazi war, eine Warnung, daß er verlegt werde (ein Zahnarzttermin diente daraufhin als Vorwand zum Verlassen des Lagers). Den Namen des Aufsehers hat er vergessen, was ihm noch heute leid tut, weil er ihm nie seinen Dank dafür aussprechen konnte. Rössel-Majdan informierte Paul Govert, der für ihn innerhalb des Lagers Lebensmittel versteckte. Für den Zahnarzttermin hatte Rössel-Majdan Gummistiefel erhalten. Ansonsten trug man nur Bretter an den Füßen, mit denen man naturgemäß schwer flüchten konnte. Rössel-Majdan hatte also nur eine Nacht für die Flucht Zeit, aber die Ortsverhältnisse im Lager waren schon lange ausgekundschaftet. Nachts in seinem Bett legte er zum Kopfteil eine große Rübe. Am ersten Posten vor dem Zimmer – er ging ständig auf und ab – gelang es ihm, ohne Probleme vorbeizuschleichen. Der heikelste Teil der Flucht war der Posten vor der Baracke im Freien, und es freute ihn riesig, daß dieser ein Nazi war, denn bei der Flucht eines Gefangenen wurde auch der Posten entsprechend bestraft. Der Weg durch das Lager und das Auffinden der versteckten Lebensmittel war kein Problem, allerdings nahm er den Weg zur Donau. Aufgrund starker Beleuchtung mußte er seinen ursprünglichen Plan, die Donau zu durchschwimmen (die Flucht fand im März 1945 statt!), fallenlassen und den Weg quer zurück zur anderen Seite des Lagers wählen. Über den Flugplatz Aspern konnte er sich zu Fuß bis zur bewachten Reichsbrücke durchschlagen. Dort kam ihm zugute, daß die Posten verbotenerweise rauchten und sich, damit es nicht so auffällt, Richtung Donau drehten. So konnte er sich hinter ihnen ungesehen vorbeischieben. Als er über die Reichsbrücke war, versteckte er sich in einer Telefonzelle. Von dort aus informierte er in kodierter Form seine Eltern über die Flucht und daß er nicht nach Hause, sondern zu der ihnen bekannten sozialdemokratischen Familie Setschek in der Koppstraße im 16. Bezirk sich durchschlage. Dies gelang ihm auch, und er war tagelang zwischen Matratzen in der Wohnung versteckt. Setschek war Metallarbeiter, der für den Soldan-Kindergarten in der Siebensterngasse, wo Rössel-Majdan seine Studentenbude gehabt hatte, gearbeitet hatte – von daher rührte die Bekanntschaft. Kurz vor Kriegsende flüchtete er aus der Wohnung und gelangte mit der russischen Besatzung, was ihm infolge der Sprachkenntnisse leicht fiel, zu seinen Eltern in den vierten Bezirk.

Kriegsende und Engagement in der Demokratischen Union

Nach dem Krieg betätigte sich Rössel-Majdan 1945 in der Demokratischen Union (DU). Diese hielt am 15. November 1945 eine erste Veranstaltung im Musikvereinsaal ab, um sich als Gruppe öffentlichkeitswirksam vor den Nationalratswahlen am

25. November bemerkbar zu machen. Die DU rekrutierte sich in der Gründungsphase aus ehemaligen Widerstandskämpfern, die in der ÖVP zu kurz gekommen bzw. schon verdrängt worden waren, und aus sonstigen Unzufriedenen. Rössel-Majdan, von den Amerikanern salopp als "a comparatively unknown political philosopher" beschrieben, verband eigene Vorstellungen mit der Gründung der DU, konnte sich jedoch nicht durchsetzen und verließ Ende 1945 die Gruppe. Im nachhinein bezeichnet er sich "in gewisser Weise sogar als treibende Kraft dieser Gründung". Bereits in der Widerstandsbewegung wollte er aus den traditionellen politischen Geleisen ausbrechen, die DU hätte die Fortsetzung dieses Weges sein sollen. 1990 zog Rössel-Majdan den Vergleich zwischen der DU 1945 und den neu entstandenen Parteien im ehemaligen "Ostblock" so: "Das Dilemma war nur ein ähnliches wie jetzt bei jenen Initiatoren, die auch die eigentliche Widerstandsbewegung im Osten gegen das herrschende diktatorische System waren, eine Erneuerung wollten, und zwar nicht in dem parteipolitischen Sinn, wie sie ausdrücklich sagten, aber dann von den alten politischen Kräften überrollt wurden. [...] Das Dilemma, das damals wie heute auftaucht, ist lediglich, wie ändert man etwas in der jetzigen Form der Parteiendemokratie, ohne selbst als Partei für den Nationalrat zu kandidieren." Die Gründung der DU erfolgte daher als Verein: "Das war bewußt, wenngleich es einige Diskussionen gab, ob man einen Verein als Partei anmelden soll oder auch der Form nach bei dem Gedanken bleiben soll, daß diese Form der Gründung von Staaten im Staate, die ihre Macht ausweiten wollen und dann selbst zum Staat werden, nicht nachgeahmt werden soll." Die DU wurde am 5. Dezember 1945 als Verein angemeldet, Rössel-Majdan fungierte bis Jahresende als stellvertretender Obmann. Die spätere DU (1949 stieß der Nationalökonom und Rektor der Grazer Universität Dr. Josef Dobretsberger als neuer Obmann zur DU, brachte neue Leute mit und plazierte die Partei als linksbürgerliche Bewegung im Parteienspektrum) sieht Rössel-Majdan als "eine Verfälschung des ursprünglichen Gedankens". Die Veranstaltung im Musikvereinsaal sieht er als schwachen Versuch eines Teils der ehemaligen Widerstandsbewegung, doch noch zu einer politisch-gesellschaftlichen Kraft zu kommen, die etwas reformieren könne. Die Veranstaltung habe "ein bisserl Unruhe erweckt bei den Etablierten". Das erste DU-Programm 1945 enthielt die Forderung nach Entpolitisierung von Kultur und Wissenschaft im Rahmen eines Konzeptes zur Befreiung des Geisteslebens. Ergänzend macht Rössel-Majdan darauf aufmerksam, daß bereits in der Widerstandsbewegung über die Demokratiereform diskutiert wurde: "Wir waren der Meinung, daß sich die Widerstandsbewegung orientieren müsse an gewissen demokratischen und gesellschaftlichen Ideen, denn sie kann nicht befreien und dann nicht wissen, was passieren soll." Rössel-Majdan brachte auch die Idee eines Wirtschaftsrates in das Programm der DU ein. Dieser sollte aus Sozialpartnerschaft (Vertretung Dienstgeber – Dienstnehmer) und Wirtschaftspartnerschaft (Gespräch Produzent – Konsument) bestehen und zusätzlich durch eine Kulturpartnerschaft ergänzt werden. Diese sozialpartnerschaftlichen Ideen konnte

Rössel-Majdan 1945 nicht durchsetzen, vertrat sie aber weiter, vor allem später in seiner Gewerkschaftsfunktion – diesbezüglich bezeichnend etwa der Titel des 1978 erschienenen Buches *Kultur als dritte Kraft*.

Beruflicher Werdegang – Enttäuschung über Nachkriegsösterreich

Am 1. Jänner 1946 trat Rössel-Majdan als wissenschaftlicher Referent in den Österreichischen Rundfunk ein; dem ORF sollte er bis 30. Oktober 1978 erhalten bleiben. Per 1. Dezember 1947 wurde er mit der Leitung des Personalreferates betraut. Er versuchte, Personalpolitik ohne Parteipolitik zu machen und warf einen ehemaligen Nationalsozialisten hinaus (sein Vorgänger hatte sich das wegen der sowjetischen Besatzungsmacht, bei der sich der Ex-Nazi rückversichert hatte, nicht getraut). Neben seinem Engagement im Rundfunk arbeitete er an seiner zweiten Dissertation, die er 1948 abschloß. Die Dissertation beschäftigte sich mit der Sozialpolitik und Sozialphilosophie des Schweizer Kulturhistorikers Jakob Burckhardt; 1949 entstand daraus das Buch *Verlogene Demokratie. Zeitgemäße Betrachtungen auf Grund der Staats- und Gesellschaftsauffassung Jakob Burckhardts*. 1951 wurde er mit der Leitung des "Head of Association Research on Radio, University of Vienna" betraut. 1952 schloß er seine dritte Dissertation "Das internationale Rundfunkrecht mit einem Abriß der Rundfunksoziologie" ab. Hiefür wurde er 1953 mit einem USA-Aufenthalt, der für ihn prägend war, belohnt. Über den Rundfunk publizierte er auch später noch. Bis 30. November 1969 war er schließlich Leiter der Hauptabteilung Auslandsdienst der Kurzwelle. Aus der Widerstandsbewegung zog er sich zurück, nicht ohne Gram. Einerseits, weil sie in parteipolitisches Fahrwasser geraten war, andererseits fühlte er sich als Widerstandskämpfer mißbraucht, wie er Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky einmal deutlich schrieb: "Mit Berufung auf die wenigen [Widerstandskämpfer] hat Österreich seinen Anspruch auf Freiheit und neutralen Status untermauern können. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Wir dürsteten nicht nach Rache, und wir haben nicht nach der Macht gegriffen. [...] Ich selbst trat keiner der neuen Parteien bei, das einsetzende Buhlen um die Stimmen der ehemaligen Nationalsozialisten und die Aufteilung von Kultur, Staat und Wirtschaft nach dem Proporz in der ersten Koalitionsregierung und die Bindung an eine Parteidisziplin waren enttäuschend und gingen mir gegen das Gewissen."

ORF-Prozeß, Gewerkschaftsfunktionär, Waldorfschule

1969 wurde Rössel-Majdan von seinem Posten im ORF versetzt und schlechter eingestuft. Er prozessierte und berief gegen ein Urteil des Arbeitsgerichtes vom 24. April 1970 und bekam letztlich vom Landesgericht für Zivilrechtssachen am 16. Juli 1970 recht. Der ORF mußte sein Gehalt weiterzahlen, verzichtete jedoch auf seine Dienste. Ende 1970 trat Rössel-Majdan als Quereinsteiger in eine hohe Gewerkschaftsfunktion ein: Er wurde Vorsitzender der Gewerkschaft Kunst-Medien-Freie

Berufe. Diese Funktion übte er bis 1986 aus. 1985 geriet er als Vorsitzender in die Schlagzeilen, als er – nach dem Konflikt um das geplante Donaukraftwerk Hainburg – maßgeblich an der Entfernung des bekannten Publizisten DDr. Günther Nenning aus dem Österreichischen Gewerkschaftsbund beteiligt war. Parallel zu seinem Engagement im ÖGB baute Rössel-Majdan das Kuratorium für künstlerische und heilende Pädagogik auf (Comenius Institut – eine Behindertenorganisation –, Waldorf-kindergarten Helene Soldan, Friedrich Eymann Waldorfschule); aufgrund der etwas schiefen Optik gab es in dieser Hinsicht des öfteren Aufregung. Der Gewerkschaftsbewegung blieb Rössel-Majdan bis heute treu. An seinem 80. Geburtstag am 2. Dezember 1996 wurde er ob seiner 50jährigen Mitgliedschaft geehrt. Abschließend sei auf den Umstand verwiesen, daß Rössel-Majdan Rachegefühle fremd waren: "So schmerzlich der Schrei nach Gerechtigkeit in tiefster Not auch war. Mein eigener Bruder, mit 24 Jahren im KZ ermordet, hatte als letzten Wunsch: 'Keine Rache!' Welch humane Größe junger Menschen! Und mit welcher Charakterstärke ist ein Jakob Kastelic zum Schafott gegangen! Sie wurden fast alle ausgerottet, die Freiheitskämpfer der ersten Stunde."

Verwendete Literatur

Peter Autengruber, Die Demokratische Union und Univ.-Prof. Dr. Josef Dobretsberger, phil. Diss., Wien 1993 (dort auf Seite 687 f. auch eine Auflistung der Schriften von Karl Rössel-Majdan); ders., Kleinparteien in Österreich 1945 bis 1966, Innsbruck-Wien 1997; ders., Kleinparteien in Österreich 1945 bis 1966 (unter besonderer Berücksichtigung der Ergokratischen Partei Österreichs und der Demokratischen Partei Österreichs), Dipl.-Arbeit, Wien 1985; Gespräche des Verfassers mit DDDr. Karl Rössel-Majdan am 30. 9. 1988 und 17. 11. 1997; Briefe von DDDr. Karl Rössel-Majdan an den Verfasser vom 16. 5. 1990 und 29. 6. 1990; Video-Biographie über DDDr. Karl Rössel-Majdan (drei Videos), Video Sattler, Wien 1997; DÖW 3043 a-c, 5731, 5732 a, 1863, R 378; Archiv der Stiftung Bruno Kreisky (Karton 1318 – Konflikt Bacher/Rössel-Majdan und ORF Kurzwelle); Auskunft ORF 21. 5. 1997; Brief von Rössel-Majdan an Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky vom 13. 2. 1988 und Antwort Vranitzkys vom 1. März 1988; Erzählte Geschichte. Berichte von Männern und Frauen in Widerstand und Verfolgung, Band 2: Katholiken, Konservative, Legitimisten, Hrsg. DÖW, Wien 1992; Sondernummer *Der Freiheitskämpfer* 1988, S. 15 f.; Edda Pfeiffer, Beiträge zur Geschichte der österreichischen Widerstandsbewegung des konservativen Lagers 1938 bis 1940. Die Gruppen Karl Roman Scholz, Dr. Karl Lederer und Dr. Jakob Kastelic, phil. Diss., Wien 1963; *Kurier* 24. 11. 1985, S. 9; *Profil* 18. 11. 1985, S. 18 ff.; Erika Weinzierl, Prüfstand. Österreichs Katholiken und der Nationalsozialismus, Mödling 1988, S. 186 ff.

FRITZ KELLER

ALFRED KLAHR IM KZ AUSCHWITZ Interview mit Emmy Rosdolsky¹

Alfred Klahr (1904–1943) war in den Jahren vor dem KPÖ-Verbot 1933 (stv. Chef-)Redakteur der *Roten Fahne* und Vertreter des KJV-Österreich in Moskau. Nach einer Verhaftung 1934 emigrierte er nach Prag und arbeitete auch dort an der Herausgabe des kommunistischen Zentralorgans mit. Aus erneuter Haft entlassen, übersiedelte er nach Moskau und wurde Lektor und Leiter der österreichischen Abteilung der sogenannten Lenin-Schule. Im März und April 1937 veröffentlichte Klahr in der theoretischen Zeitschrift der KPÖ *Weg und Ziel* unter dem Pseudonym "Rudolf" Artikel, in denen er die These aufstellte, daß die Österreicher keine Deutschen, sondern eine eigenständige Nation seien. 1938 übersiedelte er von Moskau wieder nach Prag und – nach dem Münchener Abkommen – weiter nach Belgien, wo er die österreichische Emigrantengruppe leitete. Auf der Flucht vor den vorrückenden Hitlertruppen wurde er von der Vichy-Regierung in Saint Cyprien interniert, flüchtete aus dem Lager, arbeitete zunächst in der Résistance, dann kurzfristig in der Schweiz. Die Züricher Kantonspolizei hielt ihn bei einer Razzia fest und übergab ihn wiederum den Vichy-Behörden, die ihn ins Lager Le Vernet sperrten. Von dort wurde er im August 1942 nach Auschwitz abtransportiert.²

Der in Lemberg (damals Österreich-Ungarn) geborene Roman Rosdolsky (1898–1967) gründete mit Freunden während des Ersten Weltkrieges die Untergrundorganisation "Internationale Revolutionäre Sozialdemokratische Jugend", aus deren Reihen sich nach der russischen Revolution die Führer der Kommunistischen Partei der Westukraine rekrutierten; diese wurde später zu einer Sektion der Kommunistischen Partei Polens.

Rosdolsky studierte in Prag und später in Wien, wo er als wissenschaftlicher Korrespondent Quellenforschung für das von Rjasanoff geleitete Moskauer Marx-Engels-Institut betrieb. Im Jahr 1934 aus Wien ausgewiesen, kehrte er in seine Heimatstadt Lemberg (nun Polen) zurück. Aufgrund seiner historischen Studien –

¹ Das am 3. Februar 1992 aufgenommene Interview wurde vor der Veröffentlichung von Emmy Rosdolsky durchgesehen und überarbeitet.

² Biographische Literatur: Friedl Fürnberg, Historische Entdeckungen, in: *Weg und Ziel*, Nr. 4/April 1976; Winfried R. Garscha, Haben die Kommunisten die österreichische Nation erfunden?, in: *Weg und Ziel*, Nr. 9/September 1979; Hilde Koplenig, Alfred Klahr (1904–1943), in: *Zeugeschichte*, Heft 4/Jänner 1976; Fritz Keller, Alfred Klahr – Theoretiker der österreichischen Nation, in: *Die Zukunft*, Heft 5/Mai 1996; Hermann Langbein, Die Stärkeren, Wien 1949, S. 97 ff.; "Jetzt haben wir Ihnen, Meisel!" – Kampf, Widerstand und Verfolgung des österreichischen Antifaschisten Josef Meisel (1911–1943), Wien 1985, S. 141 ff.; Hans Schafranek, Die Internationale Lenin-Schule und der "Fall Reisberg" (1937), in: DÖW Jahrbuch 1994 S. 84 ff.

u. a. über "Die ostgalizische Feldgemeinschaft und ihre Auflösung" – wurde er Assistent an der Lemberger Universität. Die Tatsache, daß er nicht in der Sowjetunion lebte, rettete ihn vor dem Schicksal seiner Freunde aus der Westukrainischen Partei, die fast alle unter Stalin liquidiert wurden.

Die stalinistische Entwicklung in der Sowjetunion und der internationalen kommunistischen Bewegung überzeugte ihn von der Richtigkeit der Ideen Trotzki's, denen er bis zu seinem Lebensende verbunden blieb. Die frühen Jahre des Zweiten Weltkrieges verbrachte Rosdolsky in Krakau. Dort wurde er 1942 von der Gestapo verhaftet und in das KZ Auschwitz, dann nach Ravensbrück und Oranienburg deportiert. Nach Kriegsende fand er seine Frau Emmy, die er in Wien kennengelernt hatte, und sein Kind in Oberösterreich wieder, entschloß sich aber auf Anraten von Freunden nach langem Zögern, mit der Familie in die USA auszuwandern.

Aufgrund seiner politischen Vergangenheit war ihm dort während der McCarthy-Ära jede akademische Tätigkeit verwehrt. Er widmete sich daher der theoretischen und historischen Arbeit. Seine bekannteste Abhandlung "Zur Entstehungsgeschichte des Marx'schen 'Kapital'", seither in mehrere europäische Sprachen und ins Japanische übersetzt, gilt als ein Standardwerk der Karl-Marx-Forschung. Rosdolsky sollte die Veröffentlichung seines Hauptwerkes (Europäische Verlagsanstalt 1968) nicht mehr erleben.³

*

Keller: Dein Mann, Roman Rosdolsky, hat Alfred Klahr im Konzentrationslager Auschwitz kennengelernt, unter einem anderen Namen...

Rosdolsky: Unter dem Namen Lokmanis. Klahr war als belgischer Jude in Auschwitz und hat mit meinem Mann in der Tischlerei gearbeitet. Daß er das, obwohl Jude, konnte, war ihm wahrscheinlich nur möglich, weil ihn die illegale kommunistische Lagerleitung geschützt hat. Wie man heute weiß, hat diese Lagerleitung auch die Flucht von Klahr aus dem Lager organisiert, wobei dieser dann umgekommen

³ Weitere Werke: Das jüdische Waisenhaus in Krakau, *Arbeiter-Zeitung* 15. 4. 1948; Der esoterische und der exoterische Marx – Zur kritischen Würdigung der Marx'schen Lohntheorie, *Arbeit und Wirtschaft*, Dezember 1956 und Jänner 1957; Die große Steuer- und Agrarreform Josef II, Warschau 1961; "Friedrich Engels und das Problem der geschichtslosen Völker", *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. IV, Hannover 1964; Studien über revolutionäre Taktik, Berlin 1973 (enthält "Die revolutionäre Situation in Österreich im Jahr 1918 und die Politik der Sozialdemokratie – Der österreichische Januarstreik 1918" und "Opportunistische Politik der II. Internationale – Die Friedenspolitik der Bolschewiki vor der Novemberrevolution 1917"); Die Bauernabgeordneten im konstituierenden Reichstag 1848–1849, Wien 1976; "Subjekt und Objekt in der marxistischen Geschichtsauffassung", *kritik*, Nr. 14/Berlin 1977; "Die Arbeiter und das Vaterland", *die internationale*, Nr. 12/ Frankfurt, Februar 1978; "Zur Analyse der Russischen Revolution", in: Ulf Wolter (Hrsg.), *Sozialismusedebatte*, Berlin 1978; Zur nationalen Frage – Friedrich Engels und das Problem der geschichtslosen Völker, Berlin 1979 (enthält außer dem Nachdruck aus dem *Archiv für Sozialgeschichte* auch die Beiträge "Die Neue Rheinische Zeitung und die Juden", "Stalin und die Verschmelzung der Völker im Sozialismus").

ist. Mein Mann wußte davon nichts und hat bis zu seinem Lebensende versucht, Lokmanis wiederzufinden. Aber weder hat er erfahren, daß dieser Alfred Klahr war, noch auch, daß dieser auf der Flucht ermordet wurde.

Keller: Wie bist Du dann auf die Identität von Lokmanis und Klahr gekommen?

Rosdolsky: Durch Zufall in einem Gespräch mit Pepi Meisel; und erst Jahre nach Romans Tod.

Keller: Hat andererseits Klahr Rosdolsky erkannt?

Rosdolsky: Klahr erinnerte sich offenbar an Rosdolsky, mit dem er in Wien in der Kostufra, der kommunistischen Studentenfraktion, zusammengetroffen sein dürfte. Er gab sich Rosdolsky gegenüber nicht zu erkennen, deklarierte sich aber ihm gegenüber als Genosse, indem er die Internationale piffte, als sie einmal in der Tischlerei allein waren. Sie haben in der Folge viele politische Gespräche geführt. Dabei hat mein Mann, der sich ja seit den frühen dreißiger Jahren zum Trotzismus bekannt hat, trotzistische Positionen vertreten. Wie mein Mann mir erzählt hat, hat Klahr dafür ziemliches Interesse gezeigt, aber argumentiert: 'Weißt Du, ich kann Dir aus rein psychischen Gründen nicht recht geben. Meine Lage hier ist so prekär, mein Lebensmut ist so wichtig, daß ich meinen Glauben an die Richtigkeit der kommunistischen Politik nicht aufgeben kann'. Mein Mann hat das natürlich respektiert, und zwischen den beiden ist eine richtige Freundschaft entstanden.

Keller: Hast Du noch weitere Nachforschungen angestellt, nachdem Du von der Identität Lokmanis-Klahr erfahren hast?

Rosdolsky: Ich hatte dazu keine Möglichkeiten. – Was mich überrascht hat, war, später von Hermann Langbein zu erfahren, daß Klahr-Lokmanis in ständigem Kontakt mit der kommunistischen Lagerleitung war, Langbein als Mitglied dieser Leitung der Name Rosdolsky trotzdem unbekannt geblieben ist. Offenbar hat Klahr-Lokmanis der Lagerleitung nie berichtet, daß mit ihm in der Tischlerei ein Trotzist arbeitet und Propaganda macht. Mit großer Wahrscheinlichkeit hätte man ihm nämlich daraufhin zumindest verboten, diesen Kontakt aufrechtzuerhalten. Aber offensichtlich war für Klahr-Lokmanis dieser Kontakt interessant und wertvoll. Er muß auch gehaut haben, daß ein Bericht an die Lagerleitung für Rosdolsky noch schwerwiegende Folgen haben könnte.

Keller: Das muß er gewußt haben. Denn er hat in Moskau selbst erlebt, welche fürchterlichen Auswirkungen seine Anklage gegen Arnold Reisberg, seinen Vorgänger als Sektorleiter und Lehrer an der Lenin-Schule, hatte, dieser habe mit theoretischen Äußerungen zur nationalen Frage "den Faschisten in die Hände gespielt". Reisberg wurde wegen "partei- und sowjetfeindlichen trotzistischen Anschauungen" von der Lenin-Schule entlassen, aus der KPÖ ausgeschlossen, aus dem Hotel Lux delogiert, vom NKWD verhaftet und verbrachte dann fast zwanzig Jahre in Zwangsarbeitslagern bzw. in der Verbannung.

Ein naheliegendes Thema zwischen Rosdolsky und Klahr wäre die nationale Frage gewesen. Hat Roman Dir da irgend etwas berichtet?

Rosdolsky: Da Lokmanis sich als Belgier ausgegeben hat, glaube ich nicht, daß er mit Roman über die österreichische nationale Frage gesprochen hat. Davon hat Roman mir nichts erzählt. Ich nehme an, daß er mit Klahr eher über die Moskauer Prozesse und die innere Entwicklung der Sowjetunion gesprochen hat.

Keller: Wußte Roman, daß Klahr im KZ noch theoretisch gearbeitet hat?

Rosdolsky: Nein, davon hat er nichts erzählt. Aber ich möchte noch einmal betonen, daß ich – nach allem, was ich heute weiß – das Verhalten Klahrs meinem Mann gegenüber im Konzentrationslager Auschwitz sehr zu schätzen weiß.

HEINZ RIEDEL

RUMÄNISCHE KRIEGSGEFANGENE IN WIEN 1944/45

Der Sommer 1944 war für die Deutsche Wehrmacht zu einem Katastrophensommer geworden. Nach schweren Verlusten an Menschen und Material mußten die eroberten Gebiete vor Moskau, an der Wolga und im Kaukasus aufgegeben werden, der Kampf um Nordafrika war längst schon beendet, und in Frankreich hatte die bereits lang erwartete westalliierte Invasion begonnen. Der Bündnispartner Italien war abhanden gekommen, und auch die Finnen versuchten nach erlittenen Niederlagen einen Separatfrieden zu erlangen.

Rumänien hatte seit dem Sommer 1941 mit bis zu 31 Divisionen an der Seite Deutschlands am Krieg gegen die Sowjetunion teilgenommen. Nach der Katastrophe von Stalingrad, bei der die rumänischen Truppen enorme Verluste erlitten hatten, und dem nicht enden wollenden Rückzug des deutschen Ostheeres erreichte die Rote Armee im März 1944 die Grenzen des Königreiches Rumänien und hatte Teile von Bessarabien und der Bukowina besetzt. In Bukarest suchten verschiedene politische Gruppierungen nach einem Ausweg aus dem verhängnisvollen Bündnispakt mit Deutschland und setzten große Hoffnungen auf den Beistand der Westalliierten. Aber vergeblich, Rumänien, so war es auf einer alliierten Konferenz beschlossen worden, sollte der östlichen Einflußsphäre Europas angehören.

Als am 20. August 1944 der sowjetische Angriff auf die Heeresgruppe Südukraine begann, bestand diese aus zwei deutschen und zwei rumänischen Armeen mit zusammen fast 900.000 Mann, denen die Aufgabe übertragen war, Rumänien und das für die deutsche Kriegsführung lebensnotwendige Ölfördergebiet um Ploesti zu schützen.

Die mit sieben Panzerkorps und rund 90 Schützendivisionen losschlagenden Russen zerstreuten die kampfmüden Rumänen in alle Winde, und bald waren auch einige deutsche Divisionen eingeschlossen. In dieser bedrohlichen Situation teilte der rumänische König Michael I. während einer Rundfunkansprache am 23. August 1944 mit, daß sein Land die Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten angenommen habe, und bereits am darauffolgenden Tag wurde die Regierung Marschall Antonescus durch einen Staatsstreich gestürzt.

Als daraufhin Hitler Bukarest bombardieren ließ, wandte sich die neue Regierung gegen die bisherigen Verbündeten und erklärte Deutschland unverzüglich den Krieg. Die deutschen Truppen konnten sich in Rumänien nicht halten, und knapp vier Wochen nach dem Beginn der sowjetischen Offensive war das Land fast zur Gänze befreit. Die Kampfhandlungen verlagerten sich nach Westen in Richtung Jugoslawien und Ungarn. Obwohl Rumänien nunmehr Verbündeter Rußlands war, hatten die Sowjets zwischen dem 23. August und dem 12. September 1944 mehr als

130.000 rumänische Soldaten gefangengenommen. Einige rumänische Militäreinheiten waren von ihren einstigen deutschen Kampfgefährten entwapnet und anschließend abtransportiert worden. Auf sie wartete ein trauriges Los. Sie galten in deutschen Augen als Verräter an der gemeinsamen Sache und hatten – ähnlich wie die italienischen Militärinternierten (IMI) – keine gute Behandlung zu erwarten. Als Zwangsarbeiter wurden sie in der deutschen Kriegsindustrie eingesetzt und als rechtlose Arbeitssklaven ausgebeutet.

In Ostösterreich, im Wehrkreis XVII, befand sich eine Reihe von Kriegsgefangenenlagern. Dieser Wehrkreis umfaßte Wien, Niederösterreich, dazu Südmähren und Nordburgenland sowie Oberösterreich mit Südböhmen. Der oberste Chef der Lager war zugleich der Kommandeur der Kriegsgefangenen im Wehrkreis XVII. Er hatte seinen Amtssitz in Wien 1., Freyung 6. Zu den vier großen Kriegsgefangenen-Mannschafts-Stammlagern (STALAG): XVII A in Kaisersteinbruch, XVII B in Gneixendorf bei Krems, XVII C in Döllersheim auf dem Truppenübungsplatz und XVII D in Popping bei Eferding kamen weiters ein Kriegsgefangenen-Durchgangslager (DULAG) in Döllersheim sowie ein Kriegsgefangenen-Offizierslager (OFLAG) in Edelbach/Döllersheim. Alle Stammlager hatten eine Anzahl Außendienststellen, denen die Bildung von Arbeitskommandos und auch deren Einsatz oblag. Als Bewacher der Kriegsgefangenen bei den Arbeitskommandos fungierten Angehörige der Landeschützen-Bataillone I./17 in Hainburg, II./17 in Znaim und III./17 in Eisenstadt. Die Bataillone waren jeweils in mehrere Kompanien gegliedert. Ergänzend übten auch Organe der Polizei-Landeschützenkompanie XVII, die im Polizeilager Wien-Kagran untergebracht war, Bewachungsdienste aus.

In den Lagern und Arbeitskommandos genossen die Gefangenen der Westalliierten gewisse Freiheiten und kleine Privilegien im Sinne der Genfer Konvention, hingegen wurden die "Ostgefangenen" häufig als Untermenschen behandelt. So sollen sich im STALAG XVII B Gneixendorf bei Kriegsende bis zu 65.000 Gefangene befunden haben, von denen rund 10.000 im Lager selbst untergebracht waren, während der große Rest der Lagerangehörigen in Arbeitskommandos außerhalb des Kriegsgefangenenlagers lebte und arbeitete. Es waren hauptsächlich Russen, Polen, Belgier, Franzosen und Amerikaner sowie einige Engländer. Daß es auch Rumänen im STALAG XVII B gab, ist durch eine Tagebuchnotiz eines amerikanischen Gefangenen belegt, der am 31. März 1945 beobachtete, wie ein rumänischer Gefangener, der sich auffällig in der Nähe des Lagerzaunes aufhielt, von einem deutschen Wachposten ohne Warnung erschossen wurde. Wie viele rumänische Gefangene in Gneixendorf untergebracht waren, ist nicht überliefert. Ihre Anzahl dürfte jedoch eher gering gewesen sein.

Auch ins KZ Mauthausen wurden Rumänen eingeliefert. Es sollen etwa 200 gewesen sein, die überwiegend im April 1945 gemeinsam mit einer großen Zahl Ungarn dorthin kamen. Zuvor hatten sie am nutzlosen Bau des Ostwalles mitarbeiten müssen.

Es gab aber auch rumänische Kriegsfreiwillige, die im Februar 1945 mit vier Transporten zu je 300 Personen nach Wien kamen. Die Männer wurden bis zu ihrer Übernahme durch die Waffen-SS in städtischen Lagern untergebracht, dort gepflegt und nach Fliegerangriffen zu Aufräumarbeiten eingesetzt. Über ihr weiteres Schicksal ist nichts bekannt. Am 10. April 1945 wurde im Stammersdorfer Zentralfriedhof, Gruppe IV - Reihe 7 - Grab 17, noch vor dem Russeneinmarsch in Floridsdorf, der rumänische Soldat Michael Radler beerdigt. Über die Umstände seines Todes gibt es keine Nachricht, möglicherweise war er einer der im Februar 1945 nach Wien gekommenen Kriegsfreiwilligen.

In deutlich geringerer Anzahl waren in Wien auch rumänische Staatsangehörige als Hilfskräfte der Rüstungsindustrie beschäftigt. Im weitläufigen Betriebsgelände des Stahlbauunternehmens Wagner-Biró AG in Stadlau, Genochplatz 1, waren hauptsächlich kriegsgefangene Soldaten der Roten Armee unter unvorstellbar schlechten Arbeitsbedingungen eingesetzt. Nach dem vernichtenden US-Luftangriff am 15. Jänner 1945 konnten 49 sowjetische Gefangene nur mehr tot vom Einsatzort ihres Arbeitskommandos A 121 GW in der Stadlauer Straße 62 geborgen werden. Weitere Russen starben beim Luftangriff am 12. März an der gleichen Adresse.

In den ersten Wochen des Jahres 1945 waren dort auch rumänische Arbeiter im Einsatz. Zwei Rumänen, Vladimir Zvenihorodski, ein 50jähriger Bauer aus Cioras im Kreis Hotin, und Alexander Makave, 47 Jahre alt und von Beruf Hilfsarbeiter, die bei Wagner-Biró beschäftigt waren, starben am 5. Februar 1945 in ihrer jenseits des Stadlauer Verschiebehahnhofes gelegenen Unterkunft, dem Lager Nr. 2003 für ausländische Zivilarbeiter, in Wien 21., Industriestraße. Bei letzterem vermerkte der Revierarzt der Wagner-Biró AG, Prof. Dr. Fritz Reuter, auf dem ärztlichen Behandlungsschein als Todesursache "Erschöpfung". Die beiden Rumänen wurden, ebenso wie die verstorbenen Russen, im Asperner Friedhof in gemeinsamen Grabstellen in der Gruppe A - Reihe 3 bestattet.

Im Oktober 1944 wurden einige Kontingente rumänischer Kriegsgefangener, zusammen an die 600 Mann, nach Wien überstellt, wo sie im Arbeitskommando A 2060 GW (Gewerbe) zusammengefaßt und in städtischen Schulen untergebracht waren. Bewacht und beaufsichtigt wurden die Rumänen von Angehörigen eigens dazu abgestellter Landeschützen-Kompanien, die meist aus mindertauglichen oder älteren Soldaten bestanden. Das erste Quartier für die Kriegsgefangenen befand sich in den Klassenzimmern einer Schule in Wien 10., Randhartingergasse 17. Das Gebäude war Teil eines 1908 für vier Volks- und Bürgerschulen errichteten Schulblocks in der Thavonatgasse 20 (Kempelengasse), Quellenstraße 31 und Randhartingergasse 17. Herangezogen wurden sie hauptsächlich zu Bergungsarbeiten und Schutträumaktionen nach Luftangriffen auf Wien. Für diese schwere Arbeit erhielten sie weder die nötige Kleidung noch die erforderliche Nahrung. Bereits am 4. Oktober 1944 ereignete sich der erste Todesfall eines rumänischen Staatsbürgers: Es war ein junger Soldat, der mit dem Lazarett-Zug Nr. 681 am Wiener Aspengbahnhof an-

gekommen war und während seiner Einlieferung in das Reserve-Lazarett 1c, 14., Linzer Straße 166, an den Folgen einer Schußverletzung in die linke Schulter starb. Er wurde am 11. Oktober 1944 in der Gruppe 88 des Wiener Zentralfriedhofes bestattet. Dort wurden Kriegsgefangene, ausgenommen Russen, aber auch Angehörige amerikanischer Flugzeugbesatzungen in Schachtgräbern beerdigt.

Weitere Todesfälle kriegsgefangener Rumänen folgten am 6. Oktober, am 8. und 16. November 1944; der genaue Sterbeort ist von diesen nicht überliefert. Sie wurden in der Gruppe 97 des Wiener Zentralfriedhofes bestattet. In den dortigen "Kriegsgräbern 1939–1945", damals als "Heldengräber" bezeichnet, fanden in Lazaretten verstorbene deutsche Soldaten und ihre ausländischen Verbündeten ihre letzte Ruhe. Ob diese Rumänen noch als Verbündete galten oder ob sie irrtümlich in der Gruppe 97 bestattet wurden, ist nicht mehr zu eruieren.

Später, ab Mitte Februar 1945, wurde eine Anzahl verstorbener Rumänen auch in Schachtgräbern der Gruppe 40 des Wiener Zentralfriedhofes bestattet. Das war jenes Gräberfeld, in dem auch Leichenteile aus Pathologien, Frühgeburten, Verstorbene, für die kein Begräbnis bestellt wurde, Euthanasieopfer aus Gugging und von Steinhof, Exekutierte aus dem Landesgericht und vom Schießplatz Kagran sowie sehr viele nicht identifizierte Bomben- und sonstige Kriegsoffer bestattet wurden. Als der Krieg vorbei war und die Abrechnung mit den Schuldigen begann, nahm die Gruppe 40 zu den Opfern auch die Täter auf. Einer der prominentesten Kriegsverbrecher, der nach seiner Hinrichtung in einem Schacht der Gruppe 40 zu liegen kam, war jener berüchtigte SA-Standartenführer Leo Pilz, der das grausame Massaker im Hof der Strafanstalt Stein mitzuverantworten hatte.

Am 22. Dezember 1944 begann in der Schule Randhartingergasse eine Serie von Sterbefällen. Als Todesursache wurde meist Kachexie (Kräfteverfall) angegeben. So starben am 20. Jänner 1945 zwei Rumänen in Polizeigewahrsam der Kriminalpolizeistelle Wien 9., Rossauer Lände 9, und bei der Sicherheitspolizei im Gestapo-Hauptquartier Wien 1., Morzinplatz 4, an "Herzschwäche" beziehungsweise "Herzlähmung". Wahrscheinlich wurde von den genannten Dienststellen schon früher eine Anzahl Rumänen in das Arbeitererziehungslager Oberlanzendorf überstellt, da besonders im November und Dezember 1944 mehrere Verstorbene aus diesem Arbeitererziehungslager, die typisch rumänische Namen trugen, im Himberger Friedhof bestattet wurden.

Es muß Anfang Februar 1945 gewesen sein, als nahe des Vogelweidplatzes in der Städtischen Schule Wien 16., Schinnaglgasse 3, eine Dependence des Arbeitskommandos A 2060 GW eröffnet wurde. Anscheinend war der Bedarf an Schutträumern in Ottakring groß geworden. Bereits am 13. und 21. Februar 1945 starb je ein Kriegsgefangener in der Schinnaglgasse, und ein weiterer Insasse des Lagers erlag am 18. Februar 1945 im Reservelazarett IIg, Wien 12., Rosasgasse 1-3, einer Herzschwäche nach Erschöpfungszustand. Über die Auflösung des Lagers Schinnaglgasse Ende Februar/Anfang März gibt es keine Informationen.

Im Laufe des Monats Februar verwandelte sich das ehemalige Schulhaus Randhartingergasse 17 in einen Ort des Todes: Sterbefälle waren an der Tagesordnung, am 22. Februar 1945 erlagen gleich drei Kriegsgefangene Hunger, Kälte und Krankheit. Gegen Monatsende brach infolge mangelnder Hygiene im Lager Randhartingergasse die bakterielle Ruhr aus. Am 26. und 28. Februar forderte die gefürchtete Infektionskrankheit drei Opfer. Der Kommandeur der Kriegsgefangenen im Wehrkreis XVII beschloß daher, die verseuchte Unterkunft in der Randhartingergasse 17 aufzugeben und das Arbeitskommando A 2060 GW in die freigemachten Räumlichkeiten der Städtischen Schule in Wien 16., Lorenz-Mandl-Gasse 56, zu verlegen.

Ein Teil der Gefangenen war bereits in die neue Unterkunft in der Lorenz-Mandl-Gasse überstellt worden, als Wien am 12. März 1945 von einem alliierten Luftangriff erschreckenden Ausmaßes getroffen wurde. Etwa 750 viermotorige Langstreckenbomber der 15. US-Luftflotte warfen 1.667 Tonnen Sprengbomben ab. Der Schwerpunkt der Zerstörungen lag in Floridsdorf und der Inneren Stadt, aber auch Mariahilf, Hernals, Währing und die Brigittenau hatten furchtbare Schäden zu verzeichnen. Die Anzahl der Toten, die diesem Angriff zum Opfer fielen, konnte nie vollständig eruiert werden; nach offiziellen standesamtlichen Eintragungen sollen dabei 925 Menschen den Tod gefunden haben.

Der bereits durch frühere Luftangriffe arg zerstörte 10. Bezirk, Favoriten, wurde diesmal nur am Rande gestreift. Ein über dem Arsenalgelände abgeworfener Bombenteppich traf den Gleisbereich der Ostbahn, die Kabelfabrik Felten & Guillaume und, wie es in der späteren Schadensmeldung des Befehlshabers der Ordnungspolizei hieß, wurde auch "ein Kriegsgefangenenlager total zerstört", nämlich jenes in der Randhartingergasse 17. Vier Kriegsgefangene waren nach dem Bombeneinschlag sofort tot, und ein weiterer verschütteter Rumäne starb am darauffolgenden Tag im Reservelazarett IIg, Wien 12., Rosasgasse 1-3. Der letzte Todesfall im einstigen Lager Randhartingergasse ereignete sich am 14. März 1945: Ein Angehöriger des Aufräumkommandos war an Entkräftung gestorben.

Am 10. März 1945 war eine Gruppe Gefangener des Arbeitskommandos A 2060 GW auf dem Schwarzenbergplatz mit Aufräumarbeiten beschäftigt. Die meisten Gebäude rund um den historischen Platz, besonders das Palais Schwarzenberg und das Haus der NSDAP-Kreisleitung Belvedere (Schwarzenbergplatz 5), hatten im Zuge eines Luftangriffes vom 21. Februar 1945 schwere Bauschäden erlitten. Bei der überaus anstrengenden Arbeit brach einer der Rumänen infolge seines schlechten Allgemeinzustandes zusammen, wurde noch lebend in das Reservelazarett VIIb, Wien 16., Montleartstraße 37, überstellt, in dem er nach der Einlieferung an "Entkräftung" gestorben ist.

Seit Ende Februar 1945 waren die rumänischen Kriegsgefangenen in der neuen Unterkunft, der Schule Lorenz-Mandl-Gasse 56, untergebracht, ihre Lebensumstände änderten sich aber in keiner Weise. Es gab weder ausreichendes Essen noch geeignete Bekleidung als Schutz vor der Winterkälte, auch die Behandlung war äußerst

streng. Das blieb auch unter dem neuen Kommandanten des Lagers, Franz Feucht, so. Feucht, ein mehrfach verwundeter Frontsoldat, der Erfahrung im Bewachen von Gefangenen hatte, war Obertruppführer einer Landeschützenkompanie im Unteroffiziersrang. Schon einmal, im Dezember 1943, hatte Feucht schwere Schuld auf sich geladen, als er einen geflohenen und wiederergriffenen französischen Kriegsgefangenen während des Transportes erschoss. Feucht waren einige ältere, nicht mehr fronttaugliche Soldaten als Bewachungskräfte der fünf Hundertschaften Rumänen unterstellt.

Am 9. März 1945 starb der erste Rumäne in der Lorenz-Mandl-Gasse an Entkräftung, und fortan gab es fast täglich Todesfälle. Am 19. März starben drei Gefangene. Zwei fanden den Tod in ihrer Ottakringer Unterkunft, und der dritte Gefangene starb mit Verdacht auf Fleckfieber im Reservelazarett Ilg, Wien 12., Rosasgasse 1-3. Nach weiteren Todesfällen am 28. und 31. März starb am 2. April 1945 der vorerst letzte rumänische Gefangene in der Schule Lorenz-Mandl-Gasse 56.

Als sich Anfang April 1945 die Kampffront der Stadt Wien näherte, erhielt Kommandoführer Feucht den Befehl, sich mit den Gefangenen im Fußmarsch nach Braunau am Inn zu begeben. Auf seine Anforderung nach mehr Bewachungspersonal bekam er mehrere Soldaten zugeteilt, so daß seine Truppe beim Abmarsch aus zehn Mann bestand. Zusätzlich wurde die Wachmannschaft ab dem Abmarschtag durch etwa 20 Volkssturmmänner unter der Führung eines Oberleutnants verstärkt. Ein schriftlicher Befehl, den angeblich der SS-General Sepp Dietrich unterzeichnet hatte, besagte, daß alle Kriegsgefangenen bis zum 6. April 1945, 17 Uhr, den Stadtbereich zu verlassen hätten und eventuell zurückbleibende Marschunfähige zu erschießen seien, um Plünderungen zu verhindern. Da die Männer der Bewachungsmannschaft sich weigerten, Marschunfähige zu erschießen, und zugleich erklärten, sie würden sich als Soldaten und Weltkriegsteilnehmer für ein solches Verbrechen nicht hergeben, wurden vom Kommandoführer SS-Männer angefordert. Am Spätnachmittag des 6. April 1945 ließ Kommandoführer Feucht die Kriegsgefangenen und die Bewachungsmannschaft vor der Lorenz-Mandl-Schule zum Zählappell und Abmarsch antreten. Anschließend setzte sich die Marschkolonne in Richtung Thaliastraße in Bewegung. Zu diesem Zeitpunkt wurden in einem als Krankenrevier verwendeten Klassenzimmer der Lorenz-Mandl-Schule 13 kranke und marschunfähige rumänische Kriegsgefangene in ihren Betten von den angeforderten SS-Männern erschossen.

Eine anschauliche Schilderung der entsetzlichen Geschehnisse bietet der Bericht einer Zeitzeugin, die nicht namentlich genannt werden will. "In der Lorenz-Mandl-Gasse im XVI. Bezirk befand sich eine Schule, die zur Einquartierung von serbischen Kriegsgefangenen verwendet wurde. Diese Kriegsgefangenen wurden nach Bombenangriffen zu Aufräumarbeiten herangezogen. Männer mit Panzerfäusten bildeten ihre Bewachung. Damals funktionierte keine Müllabfuhr mehr; in den Straßen waren große Schutt- und Misthaufen. Selbst wenn einer der schlecht er-

nährten Kriegsgefangenen eine Erdäpfelschale aus dem Abfallhaufen holen wollte, wurde er von der Bewachung daran gehindert. Nicht anders verhielt es sich mit Brotstücken, die von mitleidigen Menschen oft auf die Fensterbretter gelegt wurden. Die Kriegsgefangenen waren nur in Fetzen gekleidet; kaum einer hatte Schuhe, der Rest lief in Tüchern, die um die Füße geschlungen waren.

Kurz bevor die Russen kamen, hat man die Kriegsgefangenen abtransportiert; und zwar jene, die noch selbständig gehen konnten. Die anderen, die schon zu ermattet waren, hat man in der Schule untergebracht. [...] Das Schulhaus war ganz voll mit halbverwesten Leichen, Blutlachen standen auf dem Boden, an der Wand klebten Innereien. Das waren die Überreste der Kriegsgefangenen. Kurz nach dem Umbruch wurden Nationalsozialisten zum Abtransport der Leichen verwendet. Sie steckten die Körper der Toten in Säcke, schleiften sie die Treppe hinab und transportierten sie ab.

Das Holz der Pritschen stand der Bevölkerung zum Heizen zur Verfügung. Manche brachten es über sich und holten sich von dort Holz. Ich war dazu nicht robust genug."

Der einzige Irrtum in dem erschütternden Augenzeugenbericht betrifft die Aussage, daß serbische Kriegsgefangene in der Schule Lorenz-Mandl-Gasse untergebracht waren. Da aber auch die Wohlmeinenden unter der Bevölkerung keine Möglichkeit hatten, mit den Gefangenen zu sprechen, ist dieses Mißverständnis erklärlich.

Wie die Zeitzeugin schreibt, wurden die ermordeten Rumänen nach dem Ende der Kampfhandlungen in Wien von arbeitspflichtigen ehemaligen Nationalsozialisten in Papier verpackt und anschließend mit Handwägen auf den Ottakringer Friedhof gebracht. Dort war in der Gruppe 35 ein Massengrab ausgehoben, in dem überwiegend verstorbene Patienten des Wilhelminenspitals beerdigt wurden. Nach einem weiteren Zeitzeugenbericht waren es die Ärzte und Schwestern des nahen Spitals, die Totengräberarbeiten um Gotteslohn verrichteten. Dieses gemeinsame Grab nahm auch die sterblichen Überreste der 13 getöteten rumänischen Kriegsgefangenen aus der Lorenz-Mandl-Gasse 56 auf. Zuletzt waren es insgesamt 276 Verstorbene, die in dem Massengrab ihre letzte Ruhe fanden.*

* Die Annahme, daß die Beerdigung der 13 getöteten rumänischen Kriegsgefangenen im gemeinsamen Grab der Gruppe 35 des Ottakringer Friedhofs stattgefunden hat, basiert auf dem Wissen des Verfassers über die Verhältnisse im Wiener Bestattungswesen während des Zweiten Weltkrieges und in der Nachkriegszeit.

Von der besagten Grabstelle im Ottakringer Friedhof ist, im Gegensatz zu vergleichbaren Grabstellen in anderen Wiener Friedhöfen, kein Verzeichnis der Bestatteten vorhanden; es erscheint fraglich, ob eine solche Liste überhaupt jemals existiert hat. Theoretisch hätten die 13 Toten aus der Lorenz-Mandl-Schule zum Sammelplatz der Verstorbenen des 16. und 17. Wiener Gemeindebezirks überführt werden und von dort mit einem Sammeltransport, der ab 28. April 1945 jeden Mittwoch und Samstag mit je vier Lastwagen der Roten Armee zum Baumgartner Friedhof und ab 14. Mai 1945 zum Ottakringer Friedhof fuhr, überstellt werden können. In der Praxis ist es jedoch undenkbar, daß der Leiter der Sammelstelle im Wilhelminenspital 13 unversargte Tote, die bereits in Verwesung übergingen, zum Weitertransport übernommen hätte. Auch hat sich im

Von den 500 bis 600 Rumänen, die am 6. April Wien zu Fuß verlassen hatten, gelangten am 5. Mai 1945, also noch vor der deutschen Kapitulation, 300 bis 400 Mann nach Braunau. Die fehlenden Gefangenen waren während des Marsches im Schutze der Dunkelheit entwichen, einige waren unterwegs an Entkräftung gestorben, und andere waren auf Befehl von Kommandoführer Feucht wegen Marschunfähigkeit, Lebensmitteldiebstahls oder Fluchtversuchs erschossen worden.

Bereits in der ersten Nacht des Marsches waren etwa 100 Kriegsgefangene geflohen, etliche Männer der Bewachungsmannschaft waren desertiert. Nach einigen Nchtigungen in Stockerau wollten 100 Gefangene den Marsch wegen Fußleiden und Erschöpfung nicht mehr fortsetzen. Kommandoführer Feucht gab den mitmarschierenden SS-Männern den Auftrag, die Rumänen in eine Sandgrube zu führen und sie dort zu erschießen. Nachdem zehn Kriegsgefangene erschossen worden waren, erklärten sich die restlichen 90 Männer bereit weiterzugehen. Ein Kriegsgefangener, der in Stockerau geflüchtet und wieder aufgegriffen worden war, wurde ebenfalls im Auftrag von Feucht exekutiert. Später, beim Marsch durch das Waldviertel, wurde ein junger Rumäne, der Käse aus dem Verpflegungskarren entwendet hatte, erschossen. Während des weiteren Weges kam es immer wieder zu Greueln an Gehunfähigen. Nach der Donauüberquerung bei Linz wurden noch bei Eferding Kriegsgefangene getötet.

Lange nach Kriegsende, am 6. Februar 1958, fand in Memmingen ein gerichtliches Verfahren gegen Franz Feucht statt, der auf dem Marsch von Wien nach Braunau 54 Erschießungen angeordnet hatte. Für den Tod der 13 Kriegsgefangenen in der Lorenz-Mandl-Schule wurde er nicht belangt, da seine direkte Beteiligung daran nicht erwiesen war. Feucht gestand, in seinem Auftrag seien 25 Rumänen während des Marsches erschossen worden. Nach Aussagen von unbelasteten ehemaligen Bewachungssoldaten sollen es jedoch 80 bis 87 Erschossene gewesen sein. Franz Feucht wurde wegen der Erschießung von 36 wehrlosen Gefangenen – in 18 Fällen konnte seine Beteiligung nicht nachgewiesen werden – zu neun Jahren Kerker verurteilt.

Von den Grabstätten der rumänischen Kriegsgefangenen ist heute in Wien keine Spur mehr zu finden. Nichts, weder Grabmal noch Gedenktafel künden an der Stätte ihres Sterbens vom Schicksal dieser Unglücklichen, die, verschleppt aus ihrer Heimat, in einem fremden, feindlich gewordenen Land an Krankheit, Kälte und Unterernährung sowie durch verbrecherische Gewaltherrschaft eines elenden Todes gestorben sind.

Baumgartner Friedhof, dessen Gräberbücher auch nach Kriegsende mit Genauigkeit geführt wurden, kein Hinweis auf die 13 Kriegsoffer ergeben. Ebenso wenig ist ein Hinweis auf eine Notbeerdigung in einer Ottakringer Grünfläche gefunden worden.

Zuletzt bestand noch die Möglichkeit, daß diese 13 Verstorbenen im Wiener Zentralfriedhof bestattet worden wären. Aber nachdem im Juni 1945 alle Reihen- und Schachtgräber im Ottakringer Friedhof erschöpft waren, wurden ab 13. Juni die Toten von der Sammelstelle Wilhelminenspital zum Wiener Zentralfriedhof überführt. Ebenso wenig findet sich eine Spur dieser Rumänen in den in Frage kommenden Gruppenbüchern des Wiener Zentralfriedhofs, insbesondere im Buch der Schachtgruppe 40.

In Wien gestorbene rumänische Kriegsgefangene. (Verstorbene Zivilarbeiter und Hilfwillige sowie Kriegsfreiwillige sind in der Aufstellung nicht enthalten.)

4. Oktober 1944

Csorba Nyegetar

geb. 1923/Wien-Aspangbahnhof Lazarettzug Nr. 681/gest. Reservelazarett Ic, Wien 14., Linzer Straße 166/"Schußverletzung"/beerdigt am 11. 10. 1944, Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 88 - Reihe 5 - Grab 24/I. Lage

6. Oktober 1944

Stefurjak Nikolaus

geb. 30. 11. 1916/Sterbeort und Todesursache unbekannt/beerdigt am 13. 10. 1944, Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 97 - Reihe 17 - Grab 47

8. November 1944

Tanase Georg

Offz./geb. 15. 3. 1915/Sterbeort und Todesursache unbekannt/beerdigt am 17. 11. 1944, Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 97 - Reihe 19 - Grab 168

18. November 1944

Cracium Joan

geb. unbekannt/Sterbeort und Todesursache unbekannt/beerdigt am 28. 11. 1944, Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 97 - Reihe 18 - Grab 54

22. Dezember 1944

Rauc Konstantin

Korporal/geb. 23. 10. 1923/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Krankheit"/beerdigt am 29. 12. 1944, Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 88 - Reihe 21 - Grab 22/I. Lage

23. Dezember 1944

Costea Marin

geb. 1923/Sterbeort und Todesursache unbekannt/beerdigt am 9. 1. 1945, Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 97 - Reihe 18 - Grab 71

7. Jänner 1945

Coman Dimitri

geb. 14. 3. 1923/gest. Reservelazarett IIg, Wien 12., Rosagasse 1-3/"Unfalltod"/beerdigt am 10. 1. 1945, Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 97 - Reihe 18 - Grab 74

16. Jänner 1945

Perju Vasile

Schütze/geb. 24. 12. 1916/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Krankheit"/beerdigt am 26. 1. 1945, Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 88 - Reihe 21 - Grab 29/II. Lage

20. Jänner 1945

Tumitru Gheorghe

geb. unbekannt/gest. Sicherheitspolizei Wien, Wien 1., Morzinplatz 4/"Herzschwäche"/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

20. Jänner 1945

Morel Edmund

geb. 14. 8. 1923/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Bronchopneumonie"/beerdigt am 10. 2. 1945, Wiener Zentralfriedhof/Grabadresse unbekannt

20. Jänner 1945

Gfarff Dimitru

geb. unbekannt/gest. Kriminalpolizei-Leitstelle Wien 9., Rossauer Lände 9/"Herzlähmung"/beerdigt am 27. 1. 1945, Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 88 - Reihe 21 - Grab 29/II. Lage

21. Jänner 1945

Baltatu Joan

geb. 25. 10. 1923/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Pneumonie"/beerdigt am 10. 2. 1945, Wiener Zentralfriedhof/Grabadresse unbekannt

25. Jänner 1945

Nicoesu (Negoescu) Constantin

geb. 5. 8. 1916/Arbeitskommando "A.Hv 110 - Wien XI. "/Sterbeort und Todesursache unbekannt/beerdigt am 2.2.1945, Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 97 - Reihe 18 - Grab 82

25. Jänner 1945

Philip Alexander

geb. unbekannt/gest. Reservelazarett VIIc, Wien 13., Auhofstraße 189/"Paralyse"/beerdigt am 2. 2. 1945, Wiener Zentralfriedhof/Grabadresse unbekannt

27. Jänner 1945

Berbec Flores

geb. unbekannt/Sterbeort und Todesursache unbekannt/beerdigt am 6. 2. 1945, Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 97 - Reihe 19 - Grab 51

30. Jänner 1945

Costes Marin

geb. 10. 5. 1924/Sterbeort und Todesursache unbekannt/beerdigt am 6. 2. 1945, Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 97 - Reihe 19 - Grab 50

4. Februar 1945

Sucin Salomon

geb. 20. 10. 1913/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Kachexie" (Kräfteverfall)/beerdigt am 13. 2. 1945, Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 97 - Reihe 19 - Grab 60

5. Februar 1945

Cosu Dumitru

geb. unbekannt/Wien 10., Randhartingergasse 17/"TBC"/beerdigt am 13. 2. 1945, Wiener Zentralfriedhof

13. Februar 1945

Voicila George

geb. unbekannt/Wien 16., Schinnaglgasse 3/"nicht feststellbar"/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

15. Februar 1945

Strajeci Axente

geb. 6. 5. 1922/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Kachexie"/beerdigt am 7. 3. 1945, Wiener Zentralfriedhof/ Grabadresse unbekannt

18. Februar 1945

Conea Tudor

geb. 5. 8. 1915/Wien 16., Schinnaglgasse 3/Arbeitskommando "K 16 - Wien II. "/gest. Reservelazarett IIG, Wien 12., Rosasgasse 1 - 3/"Herzschwäche, Erschöpfungsstatus"/beerdigt am 6. 3. 1945, Wiener Zentralfriedhof/ Grabadresse unbekannt

18. Februar 1945

Vadwa Filipp

geb. 6. 6. 1913/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Kachexie"/vorgesehenes Begräbnis am 7. 3. 1945, wurde erst nach dem Russeneinmarsch durchgeführt/beerdigt am 19. 4. 1945, Wiener Zentralfriedhof/Grabadresse unbekannt

19. Februar 1945

Alaru Nikolae

geb. 25. 4. 1907/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Kachexie"/vorgesehenes Begräbnis am 7. 3. 1945, wurde erst nach dem Russeneinmarsch durchgeführt/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

19. Februar 1945

Giurgiu Petre

geb. 15. 4. 1917/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Kachexie"/vorgesehenes Begräbnis am 7. 3. 1945, wurde erst nach dem Russeneinmarsch durchgeführt/Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 40 - Reihe 18 - Grab 240/Beerdigungsdatum unbekannt

21. Februar 1945

Crumata Vasidov

geb. unbekannt/Wien 16., Schinnaglgasse 3/Todesursache unbekannt/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

21. Februar 1945

Sorici Ion

geb. 23. 8. 1923/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Kachexie"/vorgesehenes Begräbnis am 7. 3. 1945, wurde erst nach dem Russeneinmarsch durchgeführt/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

22. Februar 1945

Dragan Joan

geb. 15. 6. 1922/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Kachexie"/beerdigt am 19. 4. 1945, Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 40 - Reihe 18 - Grab 240

22. Februar 1945

Balegi Constantin

geb. 15. 12. 1902/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Kachexie"/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

22. Februar 1945

Balase Mihai

geb. 9. 6. 1922/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Kachexie"/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

24. Februar 1945

Trandafir Theodor (Feodor)

geb. 1. 9. 1907/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Kachexie"/ vorgesehenes Begräbnis am 7. 3. 1945, wurde erst nach dem Russeneinmarsch durchgeführt/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

24. Februar 1945

Vlaicu Petre

geb. 17. 7. 1915/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Kachexie"/vorgesehenes Begräbnis am 7. 3. 1945, wurde erst nach dem Russeneinmarsch durchgeführt/beerdigt am 20. 4. 1945, Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 40 - Reihe 18 - Grab 251

26. Februar 1945

Arabacu Christian

geb. unbekannt/Wien 10., Randhartingergasse 17/gest. Reservelazarett VIIIId, Wien 17., Röttergasse 2-4 /"Ruhr"/ beerdigt am 11. 3. 1945, Wiener Zentralfriedhof/Grabadresse unbekannt

26. Februar 1945

Balasoiu Constantin

geb. 15. 3. 1913/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Kachexie"/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

28. Februar 1945

Sovar Georg

geb. unbekannt/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Ruhr"/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

28. Februar 1945

Delka Josef

geb. 1924/Wien 10., Randhartingergasse 17/gest. Reservelazarett VIIIId, Wien 17., Röttergasse 2-4/"Ruhr - chronischer Darmkatarrh"/beerdigt am 23. 3. 1945, Wiener Zentralfriedhof/ Grabadresse unbekannt

6. März 1945

Caldararu Joan

geb. unbekannt/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Kachexie"/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

9. März 1945

Dowbantu Constantin

geb. unbekannt/Wien 16., Lorenz-Mandl-Gasse 56/"Entkräftung"/Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 88 - Reihe 10 - Grab 11/I. Lage/Beerdigungsdatum unbekannt

10. März 1945

Mosu Konstantin

geb. unbekannt/"bei der Arbeit am Schwarzenbergplatz..."/gest. Reservelazarett VIIb, Wien 16., Montleartstraße 37/"Entkräftung"/Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 88 - Reihe 10 - Grab 11/III. Lage/ Beerdigungsdatum unbekannt

12. März 1945

Magureanu Florea

geb. unbekannt/Wien 16., Lorenz-Mandl-Gasse 56/"Entkräftung"/Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 88 - Reihe 10 - Grab 11/II. Lage

12. März 1945

Crangasu Nae

geb. 10. 4. 1923/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Bombenangriff"/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

12. März 1945

Michau Ivan

geb. 10. 2. 1902/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Bombenangriff"/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

12. März 1945

Gruia Ivan

geb. 6. 1. 1922/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Bombenangriff"/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

12. März 1945

Prodan Stefan

geb. 17. 4. 1918/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Bombenangriff"/beerdigt am 17. 4. 1945, Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 40 - Reihe 17 - Grab 228

13. März 1945

Dumitriu Petre

geb. 1910/Wien 10., Randhartingergasse 17/gest. Reservelazarett IIg, Wien 12., Rosasgasse 1 -3/"Verschüttung"/beerdigt am 27. 3. 1945, Wiener Zentralfriedhof/ Grabadresse unbekannt

14. März 1945

Serban Mariu

geb. 8. 11. 1915/Wien 10., Randhartingergasse 17/"Entkräftung"/beerdigt am 3. 4. 1945, Wiener Zentralfriedhof/Grabadresse unbekannt

14. März 1945

Beleanu Ilie

geb. 16. 6. 1922/Wien 16., Lorenz-Mandl-Gasse 56/gest. Reservelazarett IIg, Wien 12., Rosasgasse 1 - 3/"Ruhr - Herzschwäche"/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

15. März 1945

Lilie Stefan

geb. unbekannt/Wien 16., Lorenz-Mandl-Gasse 56/"Entkräftung"/Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 88 - Reihe 10 - Grab 9/III. Lage

15. März 1945

N. N. Kriegsgefangener

Sterbeort und Todesursache unbekannt (vermutlich Bombenopfer)/beerdigt am 23. 3. 1945, Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 88 - Reihe 10 - Grab 9/II. Lage

17. März 1945

Radu Nikolaj

geb. 9. 9. 1913/Wien 16., Lorenz-Mandl-Gasse 56/gest. Reservelazarett IIg, Wien 12., Rosasgasse 1 - 3/"Herzschwäche"/beerdigt am 27. 3. 1945, Wiener Zentralfriedhof/Grabadresse unbekannt

19. März 1945

Dostantu Konstantin

geb. unbekannt/Wien 16., Lorenz-Mandl-Gasse 56/gest. Reservelazarett IIg, Wien 12., Rosasgasse 1 - 3/"Verdacht auf Fleckfieber"/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

19. März 1945

Mariu Andrea

geb. unbekannt/Wien 16., Lorenz-Mandl-Gasse 56/"Entkräftung"/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

19. März 1945

Mikula Petre

geb. unbekannt/Wien 16., Lorenz-Mandl-Gasse 56/"Entkräftung"/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

19. März 1945

Andrei Marin

geb. unbekannt/Wien 16., Lorenz-Mandl-Gasse 56/"Entkräftung"/Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 88 - Reihe 10 - Grab 10/II. Lage/ Beerdigungsdatum unbekannt

20. März 1945

Argurgaia Martin

geb. unbekannt/Wien 16., Lorenz-Mandl-Gasse 56/"Entkräftung"/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

25. März 1945

Glod Konstantin

geb. unbekannt/ Wien 16., Lorenz-Mandl-Gasse 56/ gest. Reservelazarett IIg, Wien 12., Rosasgasse 1 - 3 /"Entkräftung"/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

28. März 1945

Mirea Gheorghe

geb. unbekannt/Wien 16., Lorenz-Mandl-Gasse 56/"Entkräftung"/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

31. März 1945

Illic Lion

geb. unbekannt/Wien 16., Lorenz-Mandl-Gasse 56/"Entkräftung"/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

2. April 1945

Bocan Konstantin

geb. unbekannt/Wien 16., Lorenz-Mandl-Gasse 56/"Entkräftung"/Wiener Zentralfriedhof/Beerdigungsdatum und Grabadresse unbekannt

6. April 1945

13 nicht identifizierte Kriegsgefangene

Wien 16., Lorenz-Mandl-Gasse 56/"erschossen"/Friedhof Ottakring/Gruppe 35 im gemeinsamen Grab (276 Tote)/Beerdigungsdatum unbekannt

Verwendete Literatur

Raymond Cartier, Der zweite Weltkrieg, Bd. 2, München-Zürich 1977.

"Die Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien vom 1. April 1940 bis 31. März 1945", Verwaltungsbericht, Magistrat der Stadt Wien, 1945.

DÖW (Hrsg.), Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934–1945. Eine Dokumentation, Bd. 2, Wien 1987.

Eintragungsbuch der Abteilung G 25 – Friedhöfe "Kriegsgefangene", Wien 1944–1945.

Peter Gosztony, Endkampf an der Donau 1944/45, Wien-München 1969.

Manfred Kehrig, "...entschlossen, den zweiten Großeinsatz unseres Volkes zu vollziehen..." – das Kriegsjahr 1944, aus: "Walküre und Totenwald". Katalog zur Sonderausstellung des Heeresgeschichtlichen Museums, Wien 1994.

Hans Marsalek, Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen, 3. erw. Aufl., Wien-Linz 1995.

Originalkartei der Abteilung G 25 – Friedhöfe "Rumänische Kriegsgefangene" mit ergänzenden Listen ab 1. Oktober 1944.

Fritz M. Rebhann, Finale in Wien – Eine Gaustadt im Aschenregen, Wien-München 1969.

Werner Schubert, Favoriten – Von der Siedlung zur Großstadt, Wien 1980.

Fritz H. Sturzeis, Die Kriegsgefangenenlager und Arbeitskommandos in der Ostmark 1938–1945, Publikation der Arbeitsgemeinschaft Militaria Austriaca Philatelia, Wien 1996.

"Wien 1945", Erlebnisbericht von Margarete Figlmüller, Wien o. D., Wiener Stadt- und Landesarchiv.

Für die Durchsicht bzw. Korrektur des Artikels spricht der Verfasser Herrn Obersenatsrat Dkfm. Franz Knispel seinen herzlichsten Dank aus.

OTTO SEIFERT

BÜCHERVERWERTUNGSSTELLE WIEN I, DOROTHEERGASSE 12

Im Sommer 1938, wenige Wochen nach dem "Anschluß" Österreichs an Deutschland, richteten das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP) und sein Reichspropagandaamt Wien, abgestimmt mit der Gestapo und dem Sicherheitsdienst (SD), eine Bücherverwertungsstelle in Wien, Dorotheergasse 12, ein.¹ Mit dieser für ein knappes Jahr in den Räumen der ehemaligen Loge *Humanitas* geschaffenen Stelle beeinflussten die nationalsozialistischen Machthaber einschneidend das geistige Klima Österreichs, raubten oder vernichteten bedeutende Werke der Literatur und künstlerische Druckerzeugnisse. Gleichzeitig zerstörten sie wesentliche Teile des Buchhandels, des Verlagswesens und der Bibliotheken. Die in diesem Bereich tätigen Menschen, die Schriftsteller eingeschlossen, wurden in das Abseits gedrängt, vertrieben oder – so die Sprache der Faschisten – "ausgemerzt".

In Deutschland hatten sich die Nationalsozialisten noch anfangs genötigt gesehen, verdeckt und mit einem sich etappenweise steigernden Terror vorzugehen. Das RMVP und dessen Reichskulturkammer wuchsen bis 1935/36 zu führenden Instrumenten der geistigen Manipulation, Überwachung und Verfolgung heran. In der gleichen Zeit begann sich, bei allen Reibereien, eine perfekte Zusammenarbeit zwischen dem Kulturapparat, der Gestapo und dem SD herauszubilden. Zudem schuf Reichsminister Goebbels 1935 das "Sonderreferat Reichskulturwalter Hinkel zur Überwachung der geistig und kulturell tätigen Juden im deutschen Reichsgebiet", das Goebbels 1937 in eine selbständige Abteilung (IIa) ausbauen ließ.² Mit dem

¹ Bücherverwertungsstelle (Reichspropagandaamt Wien), 1938/1939, Bericht "Zur Abordnung".

Das Gebäude liegt in einer traditionsreichen Gasse in der Wiener Innenstadt. Über viele Jahre war es das Logenhaus der Wiener Freimaurer. Gegenüber der Dorotheergasse 12 befindet sich heute das Jüdische Museum der Stadt Wien (Dorotheergasse 11). Über die wenigen Monate der Zeit von der Errichtung der NS-Diktatur in Österreich bis zum Einzug der Bücherverwertungsstelle in die Dorotheergasse 12 liegen aufschlußreiche Informationen vom Wiener Stadt- und Landesarchiv, Schreiben von Ferdinand Opll vom 4. 7. 1997 und von Felix Czeike, Historisches Lexikon der Stadt Wien, 2. Bd., S. 84, 146, 392 ff., vor. Czeike schreibt (S. 392): "Am 12. 3. 1938 wurde das Wiener Logenhaus I, Dorotheergasse 12 (in dem schon Ignatz v. Born gewohnt hatte) gestürmt und zahlreiche Brüder festgenommen. Der damalige Großmeister Dr. Richard Schlesinger starb in Gestapo-Haft. Erwähnenswert ist, daß der Oberösterreicher Adolf Eichmann in Berlin als Freimaurerspezialist galt, bevor er sich auf die 'Endlösung' der Judenfrage konzentrierte." Die verwendeten Unterlagen liegen im Stadtarchiv, Sächsischen Staatsarchiv sowie im Hausarchiv der Deutschen Bücherei, alle Leipzig.

² Pieter Barbian, Literaturpolitik im "Dritten Reich", Frankfurt/Main 1993, S. 390 f. Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel (im folgenden: Börsenblatt), Leipzig, Nr. 82, 7. 4. 1938, S. 291. Hans Hinkel, Teilnehmer des Hitlerputsches 1923, NSDAP seit 1923, SS seit 1931, Aufstieg im Kulturapparat, Antisemit, "Sonderbeauftragter" und später Leiter der Abt. IIa für Judenfragen, arbeitete eng mit Heydrich und dem SD zusammen, stieg bis zum SS-Gruppenführer auf, lebte bis 1960 als "Minderbelasteter" in Westdeutschland.

"Sonderreferat Rkw Hinkel" bauten die NS-Kulturexperten und deren Helfer eine Art Amt Eichmann für die Überwachung, Verfolgung und die Endlösung auf.

Im Zusammenhang mit der Eingliederung Österreichs beauftragte Goebbels den Leiter der Schrifttumsabteilung des RMVP Karl Heinz Hederich (Teilnehmer am Hitlerputsch 1923, Mitglied der NSDAP seit 1930) sowie dessen Stellvertreter Johannes Schlecht (Mitglied der NSDAP seit 1927) die Strukturen des Herrschaftssystems im Bereich der Literatur und die damit verbundene Grundorientierung in Österreich umzusetzen. Dr. Lothar Kühne und H. Huber aus der gleichen Abteilung sowie der Referent für Auslandsfragen des RMVP leisteten vor Ort die Arbeit. Karl Heinz Hederich setzte von Berlin aus Max Stebich als kommissarischen Leiter der Geschäftsstelle der Reichsschrifttumskammer in Österreich ein. Als "Beauftragter des Reichsführer SS für Schrifttum" kontrollierte Wilhelm Altenloh die kulturelle Unterwerfung Österreichs.³ Gestapo und SD befahlen ebenfalls zahlreichen Spezialisten nach Österreich zu marschieren, unter ihnen befand sich Adolf Eichmann. Der Leiter des Deutschen Buchhandels und Vorsteher des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler entsandte am 15. März 1938 seinen Stellvertreter, Verlagsbuchhändler Martin Wülfing (seit 1926 NSDAP-Mitglied), den Geschäftsführer des Börsenvereins Dr. A. Heß und R. Böhmeler "zwecks Klärung der durch die Ereignisse bedingten Lage" in das eingegliederte Land.⁴

Für die NS-Kulturpolitik fanden sich in Österreich aber auch willige Helfer. Der Verein der österreichischen Buch-, Kunst- und Musikalienhändler war als "Auslandsverein" Mitglied des Börsenvereins und verfügte über einen Sitz in dem vom RMVP gebildeten Großen Rat des Börsenvereins.⁵ Das Telegramm des "deutschen Buchhandels der Ostmark", unterzeichnet von Frick, Dr. Morawa, Peters und Weitling, an den Leiter des Deutschen Buchhandels im März 1938 bekundete eine "niemals unterbrochene engste Verbundenheit" mit dem Reich.⁶ Der kommissarische Leiter des deutschen Buchhandels in Österreich, Karl Berger, Wien, versicherte auf der ersten Großdeutschen Kantateversammlung der Buchhändler in Leipzig am 14. Mai 1938 den Willen "zu einer starken Kampf- und Arbeitsgemeinschaft für die Ideen des Führers und die hohen kulturellen Aufgaben, die der deutsche Buchhandel besonders bei uns in der Ostmark noch zu erfüllen hat".⁷ Auch die schnelle Besetzung der Posten in der Landesleitung Österreich der Reichsschrifttumskammer in Wien und in den gebildeten Gauen des Landes läßt, bei allen Differenzen mit Berlin, auf Hilfwillige schließen.⁸

³ Bücherverwertungsstelle Wien (Reichspropagandaamt Wien), Bericht an Abt. VIII (Schrifttum) des RMVP vom 13. 12. 1938.

⁴ Börsenblatt, Nr. 62, 15. 3. 1938, S. 213.

⁵ Börsenblatt, Nr. 288, 11. 12. 1934, S. 1077.

⁶ Börsenblatt, Nr. 61, 15. 3. 1938, S. 213.

⁷ Börsenblatt, Nr. 117, 21. 5. 1938, S. 415.

⁸ Börsenblatt, Nr. 14, 17. 1. 1939, S. 45.

Mit der gegründeten Bücherverwertungsstelle sollte die politische Führung gestrafft, das Tempo der Literaturvernichtung erhöht, die Verwertung von beschlagnahmten Büchern verbessert und die spontanen, privaten Aktionen beim Bücherraub eingegrenzt werden. Um diese Aufgaben schnell zu lösen, delegierten der Börsenverein der Deutschen Buchhändler und die Deutsche Bucherei einen Bibliothekar nach Wien, den der Referent der Abt. VIII des RMVP, Dr. Lothar Kühne, in die Taktik der Nazis einwies. Zudem mußte dieser ergebene Mitarbeiter alle Aktivitäten der Stelle mit der Gestapo und dem SD abstimmen. Der Beauftragte der Gestapo in Wien, Dr. Alfons Blaschko, zeichnete sich durch besondere Härte bei der Vernichtung von Literatur sowie bei der Verfolgung von Personen aus.⁹

Der Experte aus Leipzig begann im September 1938 mit "Hilfskräften" die bis zu dieser Zeit getrennt beschlagnahmten und gelagerten "Bestände im Gebäude der Gestapo, beim SD und in der Grünangergasse" zu sichten. In der Grünangergasse 4 (Wien I) hatten die Reichsschrifttumskammer Österreich und die Leitung der Österreichischen Buch-, Kunst- und Musikalienhändler ihren Sitz. Die Zahl der bis dahin geraubten und bereits makulierten Schriften ist nicht zu ermitteln. Die Bücherverwertungsstelle "sicherte" die Bücher in den Lagern und "räumte" vom 1. bis 20. September 1938 "10 Buchhandlungen, Lagerräume und Privatwohnungen im Einvernehmen mit der Gestapo" aus.¹⁰ Sie trug in diesen Tagen "annähernd 90 000 Bände (ohne Zeitschriften und Musikalien), davon 17 000 Bände verlagsneu" zusammen und schätzte in diesem "Ersten Bericht": "Nach vorläufiger Schätzung über 200 Buchhandlungen und Bestandslager zu räumen [...] Rund 2 000 000 Bde. zu erwarten."¹¹ Der gleiche Bericht informierte über die von der Verwertungsstelle besonders für Österreich "eingeführten großen Ordnungsgruppen":

"I. Unerwünschtes Schrifttum

1. Sozialistische und kommunistische Schriften
2. Österreichisches Systemschrifttum
3. Sonstige anti-nationalsozialistische Schriften
4. Jüdisches Schrifttum in deutscher Sprache
5. Jüdisches Schrifttum in hebräischer Sprache
6. Sonstiges unerwünschtes Schrifttum, insbesondere von jüdischen Verfassern
7. Sittlich nicht einwandfreies Schrifttum

II. Allgemeines verwertbares Schrifttum (geordnet nach Gruppen der Nationalbiographie)."

Das "unerwünschte Schrifttum" hatten alle "arischen" Buchhandlungen, Verlage, Buchereien und Leihbuchereien entsprechend einer Festlegung der Reichsschrift-

⁹ Bücherverwertungsstelle Wien (Reichspropagandaamt Wien), Schreiben an Dr. Alfons Blaschko, Geh. Staatspolizeiamt, Wien I, Morzinplatz, 16. 6. 1939.

¹⁰ Bücherverwertungsstelle (Reichspropagandaamt Wien), 1938/1939, "Erster Bericht".

¹¹ Ebenda.

tumskammer Österreich bis zum 10. Dezember 1938 abzuliefern.¹² Dabei war ersichtlich, daß die Ordnungsgruppen speziell für Österreich die im "Altreich" geltenden Schwarzen Listen wesentlich erweiterten. Das "allgemein verwertbare Schrifttum" stammte meist aus Buchhandlungen, Verlagen, Lagern und Privatwohnungen, die die Nazis aus politisch-ideologischen Gründen geschlossen und ausgeräumt hatten. Jüdische Unternehmen plünderten die Nationalsozialisten und ihre Helfer grundsätzlich. Die Ordnungsgruppen spielten bei Juden nur bei der Verwertung der Schriften eine Rolle.

Beim Vorgehen gegen Juden waren die NS-Dienststellen in Österreich den Terroraktionen im "Altreich" einen Schritt voraus. Noch im Juli 1937 hatte der Leiter des "Sonderreferats Rkw. Hinkel, Btr.: Überwachung der geistig und kulturell tätigen Juden im deutschen Reichsgebiet" eine "Regelung der Frage der jüdischen Buchverkäufer und Buchverleger im Reichsgebiet" erlassen. Er ordnete an, daß jüdische Buchverkäufer und Buchverleger aus der Reichsschrifttumskammer auszuschließen sind, kein deutsches Schrifttum beziehen oder vertreiben, nur noch jüdische Literatur herstellen und nur unter "jüdischem Abnehmerkreis" vertreiben dürfen. Jede verlegte Schrift mußte eine Genehmigung besitzen. Ihr Vertrieb an jüdische Personen sollte sogar in Listen erfaßt werden.¹³ Die unter dem Druck der NS-Politik verbliebenen und gettoisierten jüdischen Unternehmen gab der Reichskulturwaller in einer an die Regelung angefügten Liste deutschen Unternehmen und der Verwaltung in Staat und Wirtschaft bekannt.¹⁴ Noch im Oktober 1938 informierte die Reichsschrifttumskammer in einer vertraulichen Mitteilung über die noch zugelassenen Verlage (außer Österreich).¹⁵ Nur wenige Wochen später wandelte sich dieser Kurs durch den zentralgesteuerten Terror am 11. November 1938 gegen Juden und mit der Anordnung vom 3. Dezember 1938 zur Liquidierung jüdischer Betriebe und des Eigentums von Juden.

Bereits im März 1938 verkündete dann das Börsenblatt der Deutschen Buchhändler zynisch: "[...] die Juden sind aus dem deutschen Kulturleben und damit auch aus dem Buchhandel verschwunden. [...] Aber selbstverständlich dürfen wir auch mit diesem Ergebnis nicht zufrieden sein. Denn große Teile des aus Deutschland emigrierten geistigen Judentums hatten sich nach Österreich zurückgezogen. [...] Doch auch damit ist es anders geworden. [...] Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches, und auch dieses neue Land des Deutschen Reiches wird in den Segen der Judengesetzgebung kommen. Auch Österreich wird nun von der jüdischen Vorherrschaft befreit werden."¹⁶

¹² Siehe Anm. 3.

¹³ Vertrauliche Mitteilungen der Fachschaft Handel, der Gruppe Buchhandel in der Reichsschrifttumskammer, Fachgruppe Sortiment, Leipzig, Nr. 5, 10. 7. 1937.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Vertrauliche Mitteilungen der Fachschaft Verlag, Hrsg.: Reichsschrifttumskammer, Leipzig, 13. 10. 1938, Beilage.

¹⁶ Börsenblatt, Nr. 76, 31. 12. 1938, S. 262 f.

In den ersten Monaten der Eingliederung war es zu einigen unterschiedlichen Auffassungen zwischen Reichsleitung und Personen in der Landesleitung Österreich über das Tempo der "Entjudung" und den Umfang der Arisierung gekommen. Dazu gab der Leiter des Deutschen Buchhandels W. Baur im Mai 1938 von den in Leipzig versammelten Buchhändlern eine Grundsatzklärung ab: "Wir sind in der Kammer davon ausgegangen, daß es bis auf wenige Ausnahmen notwendig war, die jüdischen Betriebe zu beseitigen und nicht unter arischem Besitz fortführen zu lassen. [...] So sind im Laufe des letzten Jahres in Österreich rund hundertfünfzig jüdische Verlage und Buchhandlungen ausgemerzt und gleichzeitig ist damit den vorhandenen deutschen Betrieben eine raschere Möglichkeit zur Gesundung gegeben worden."¹⁷ Damit offenbarte dieser Leiter wirtschaftliche Aspekte des Antisemitismus.

Im angeschlossenen Österreich hatten aber die zwischen dem SD und dem RMVP in Berlin abgestimmten Aktionen alle taktischen unterschiedlichen Überlegungen in wenigen Monaten überholt.¹⁸ So meldete die Verwertungsstelle schon vor dem 11. November 1938: "Am 1. Oktober 200 nichtarische Buchhandlungen und Verlage von der Gestapo gesperrt."¹⁹ In ihrem "Vierten Bericht" vom 22. November 1938 hieß es: "Unter verschärfter Lage 50 weitere jüdische Buchhandlungen gesperrt." Nach dem 21. Dezember 1938 standen nur noch 15 jüdische Buchhandlungen zur "Räumung" auf dem Plan der Verwerter in der Dorotheergasse.²⁰

Ende 1938 waren die Juden aus dem Buchhandel und Verlagswesen Österreichs ausgeschaltet. Die Vernichtung und Sichtung der Beute zog sich jedoch bis weit in das Jahr 1939 hinein. So verlangte SS-Hauptsturmführer Adolf Eichmann in einem Schreiben vom 7. März 1939 an den SD-Führer des SS-Oberabschnitts Donau, Wien, die sofortige Räumung der "umfangreichen Judenbibliothek in Wien", um die Räume für seine Interessen nutzen zu können.²¹

Die insgesamt in allen Buchhandlungen, Verlagen und Leihbüchereien beschlagnahmten Schriften könnte die von der Verwertungsstelle geschätzte Zahl von 2 000 000 weit überschritten haben. Obwohl andere Lager zum Teil noch belegt waren, beschlagnahmte Bücher täglich "makuliert" wurden, gab die Dorotheergasse ihren Bestand am 24. Oktober 1938 mit 200 000 und am 22. November 1938 mit "rd. 300 000 Bänden" an.²² Da die Räume für die zu lagernden Bücher nicht ausreichten, erhielt die Verwertungsstelle in der Neuen Burg zusätzliche Stellflächen. Im Bericht an die Abt. VIII des RMVP ist dazu vermerkt: "Die umfangreichen Ablieferungen der Großbuchbindereien Strobel (etwa 200 verschiedene Werke zu je 30

¹⁷ Börsenblatt, Nr. 106, 9. 5. 1939, S. 382.

¹⁸ Volker Dahm, Das jüdische Buch im Dritten Reich, Bd. 1, Frankfurt/Main 1979, S. 76 f., 89, 163-167.

¹⁹ Siehe Anm. 10.

²⁰ Bücherverwertungsstelle (Reichspropagandaamt Wien), "Vierter Bericht" und "Fünfter Bericht".

²¹ Eichmann, Henker, Handlanger, Hintermänner. Eine Dokumentation, Hrsg. Ausschuß für die deutsche Einheit, Berlin 1961, S. 17.

²² Bücherverwertungsstelle (Reichspropagandaamt Wien), "Dritter Bericht" und "Vierter Bericht".

Ex., rund 6 000 Bde.) und Rollinger (etwa 30 verschiedene Werke zu je 30 Ex., 900 Bde.) sowie des Zsolnay Verlages (etwa 80 verschiedene Werke zu je 30 Ex., rund 2 400 Bde.) und der Zentral-Gesellschaft mit rund 2 400 Bänden sind sofort dorthin antransportiert worden und konnten dadurch übersichtlich gelagert werden. Ebenso ist ein erheblicher Teil der bisher in der Dorotheergasse lagernden Werke und vor allem die größeren Bestände der verwertbaren Veröffentlichungen hinübertransportiert worden, so daß hier wieder Raum gewonnen ist, ebenso durch weitere Makulierung.²³ Aus dieser Information geht hervor, daß zur Büchervernichtung sich in einem größeren Umfang als bisher eine gut organisierte Verwertung gesellte. Sie nahm in der Kulturpolitik der Nationalsozialisten und ihrer Helfer in Österreich einen wichtigen Stellenwert ein. Der Terror gegen das humanistische Buch als Kulturträger sollte nun auch gewinnbringend sein.

Schon im September 1938 vermerkte die Bücherverwertungsstelle in Wien, daß sich unter den beschlagnahmten Beständen "nur etwa 25 % unerwünschte" Bücher befänden.²⁴ Bei einigen späteren Aktionen lag ihr Anteil sogar noch unter diesen Angaben. Es kam zu einem Entschluß, die gesamten "verwertbaren Schriften" auszusondern und für den Verkauf vorzubereiten. Im Dezember 1938 erhielt das RMVP folgende Mitteilung: "Der Sicherheitsdienst, die Nationalbibliothek und die Universitätsbibliothek werden wie vorgesehen noch in dieser Woche ihre Auswahl aus den allgemein verwertbaren Beständen treffen, so daß deren Verkauf dann nichts mehr im Wege ist."²⁵ Damit zogen die Nazis aus dem Kulturterror noch einen großen finanziellen Gewinn.

Zum Verkauf der geraubten verwertbaren Schriften gesellte sich eine andere Art der Bereicherung. Die Dienststellen der Gestapo und des SD bedienten sich meist sofort aus dem beschlagnahmten Besitz. Dienststellen und große Bibliotheken des "Altreiches" bedachten die NS-Experten in Wien via Preußische Staatsbibliothek in Berlin über einen Verteilerschlüssel. Dem RMVP und dem SD waren aber diese Vorgänge nicht übersichtlich genug. Sie legten deshalb Mitte November 1938 in einer neuen Richtlinie fest, daß "von den Beständen" lediglich 20 bis 30 Exemplare abgezweigt und nur noch an "große Bibliotheken und Parteistellen" verteilt werden sollten. Zudem erhielt das "Reichsinstitut zur Erforschung der Judenfrage" das gesamte hebräische Schrifttum. Teile der russischen Literatur gingen an die Nationalbibliothek in Wien.²⁶

Die Verwertungsstelle belieferte die Deutsche Bücherei in Leipzig sehr großzügig. In den Berichten vermerkte der Vertreter der Deutschen Bücherei in Wien: "Über 200 Schriften für die DB [...] unter den Sortimentsbeständen zahlreiche Schriften außerhalb des Buchhandels, Privatdrucke aus der Bibliothek Dr. Bermann-

²³ Siehe Anm. 3.

²⁴ Siehe Anm. 10.

²⁵ Siehe Anm. 3.

²⁶ Siehe Anm. 10.

Fischer, Prachtwerke des alten Österreich [...] Erhebliche Anzahl von Schriften im Selbstverlag, Privat- und Widmungsdrucken, bibliophilen Ausgaben zurückgelegt."²⁷ Der Versand erfolgte in mehreren Kisten. Wenn beachtet wird, daß zu den Unternehmen auch private Sammlungen sowie Privatwohnungen geräumt wurden und dabei die künstlerischen Druckerzeugnisse mit im Mittelpunkt standen, so kann in diesem Zusammenhang von einem organisierten Kunstraub in Österreich gesprochen werden.

Die radikale Terrorwelle gegen das Buch und ihre Träger klang im Sommer 1939 aus. Zu dieser Zeit löste sich auch die Bücherverwertungsstelle auf. Der den Nazis nicht genehme Teil des Buchhandels, der Verlage, der Buchereien und viele der dazugehörenden Menschen waren eliminiert. Aber das war noch nicht das Ende. Während einige Unternehmen ihre Gewinne steigerten, wurde für die Masse durch die Übernahme der totalitären Gesetzgebung und der entsprechenden Verordnungen (Anordnung über die Beschränkung der Einrichtung von Unternehmen, Zwangsmitgliedschaft in der Reichsschrifttumskammer mit Ariernachweis, Erfassung der Schriftsteller u. a.) der wirtschaftliche Spielraum schrittweise enger und das geistige Leben auf die nationalsozialistischen Ideen eingegrenzt.²⁸ Das humanistische Buch und seine freie künstlerische Gestaltung hatten im öffentlichen Leben keinen Raum mehr. Es lebte wenige Monate nach der Angliederung Österreichs an das nationalsozialistische Reich nur noch in der Verborgenheit.

²⁷ Bücherverwertungsstelle (Reichspropagandaamt Wien), "Erster Bericht" und "Dritter Bericht".

²⁸ Börsenblatt, Nr. 262, 10. 11. 1938, S. 873; Nr. 271, 22. 11. 1938, S. 905; Nr. 99, 29. 4. 1939, S. 341.

PETER SCHWARZ

TULLN IST JUDENREIN! DIE GESCHICHTE DER TULLNER JUDEN UND IHR SCHICKSAL 1938–1945

Vortrag anlässlich der Buchpräsentation im Minoritenkloster Tulln, 25. November 1997*

Ich bitte Sie, es nicht als Koketterie oder Anbiederung aufzufassen, wenn ich meiner Rede ein kurzes Proömium persönlicher Natur voranstelle. Ich möchte der Stadtgemeinde Tulln, in Sonderheit dem Herrn Bürgermeister, dafür danken, daß die heutige Buchpräsentation in dieser Form und in diesem Rahmen stattfinden kann. Das ist bei einem solch brisanten Thema a priori keine Selbstverständlichkeit, wie die Reaktionen anderer österreichischer Klein- und Mittelstädte in der Vergangenheit mehrfach gezeigt haben.

Warum ein Buch, das sich mit dem Schicksal einer zahlenmäßig relativ kleinen jüdischen Gemeinde in der NS-Zeit beschäftigt? Als man Adolf Eichmann, den vormaligen Leiter des Judenreferats im RSHA und Organisator der "Endlösung", nach seiner Verhaftung mit dem millionenfachen Massenmord an den Juden konfrontierte, traf er im Verhör die Feststellung, daß der Mord an 100 Juden wohl als Verbrechen empfunden werde, den Mord an sechs Millionen hingegen könne man bloß als abstrakten Vorgang begreifen, als statistische Zahl qualifizieren.

Ich glaube, daß es mir am meisten darum gegangen ist, jüdische Einzelschicksale zu rekonstruieren, um aufzuzeigen, welches Unrecht konkret dem einzelnen angetan wurde. Bei den Tullner Juden handelte es sich nicht um eine anonyme Masse. Oder wie es Simon Wiesenthal ausgedrückt hat: "Die Opfer waren nicht namenlos, waren keine Nummern einer Statistik, es waren Menschen wie du und ich, Nachbarn, Schul- oder Berufskollegen."

Ein anderer Schwerpunkt meiner Forschungen war die Fragestellung, wie die NS-Judenverfolgung auf dem Land, in einer Kreisstadt mit agrarisch-kleinbürgerlichen Strukturen, ablief, wie es möglich war, die jüdische Gemeinde Tullns innerhalb weniger Monate auszulöschen. Es muß festgestellt werden, daß der Antisemitismus keineswegs mit der Machtübernahme der Nazis seinen Anfang nahm, sondern daß die Keime des nationalsozialistischen Rassenantisemitismus auf einen bereits aufbereiteten und fruchtbaren Boden fielen.

Der Boden war über Jahrhunderte vom christlichen Antijudaismus genährt worden. Besonders im Mittelalter fußte der Antisemitismus in dominierendem Ausmaß auf religiösen Wurzeln. Der wechselnde Einfluß der Kirche und die Politik der Landesfürsten bestimmten im Prinzip die Lebensbedingungen der Juden. In der

* Peter Schwarz, *Tulln ist judenrein! Die Geschichte der Tullner Juden und ihr Schicksal 1938–1945: Verfolgung – Vertreibung – Vernichtung*, Löcker-Verlag, Wien 1997, 376 S.

christlichen Staatenwelt lebten diese ständig im dialektischen Spannungsfeld von Schutz und Privilegierung einerseits und Diskriminierung, Verfolgung und Vertreibung andererseits. Der christliche Antijudaismus bezog zum Judentum eine ebenso ambivalente Position. Zum einen galten die Juden wegen ihrer Absonderungstendenzen, die in der Tradierung ihrer eigenen Sitten und Gebräuche zum Ausdruck kamen, und ihres Festhaltens am Alten Testament als versteinerte Kulturzeugen für die Messianität Jesu. In der Welt des Mittelalters überwogen allerdings die antijüdischen Stereotype. Die Juden waren in den Augen der Christen mit dem Odium des Gottesmordes behaftet. Demnach wurden sie immer auch als Werkzeuge des Teufels oder im Bunde mit dem "Antichristen" angesehen, da sie eben nicht an die Göttlichkeit Jesu Christi zu glauben bereit waren. Der religiöse Fanatismus gipfelte in so phantastischen wie pathologischen Beschuldigungen der Juden als Ritualmörder oder Hostienschänder, um die sich eine regelrechte Legendentradition bildete. In der Atmosphäre dieses christlichen Antijudaismus wurden die Juden in die Rolle der gesellschaftlichen Sündenböcke gedrängt, die nun für das Auftreten politischer, wirtschaftlicher oder epidemischer Katastrophen verantwortlich gemacht werden konnten. Die vom christlichen Antijudaismus aufbereiteten Motive dienten oft dazu, die Entladung der aus gänzlich anderen Gründen aufgestauten Pogromstimmung der Bevölkerung in die Stoßrichtung der jüdischen Minorität zu lenken bzw. zu kanalisieren. Wenn zum religiösen Antagonismus politische oder wirtschaftliche Interessen hinzukamen, verschärfte sich die Lage der Juden jedesmal lebensbedrohlich.

Die Judengemeinde Tullns bekam in ihrer 700jährigen Geschichte mehrmals die Auswirkungen des christlichen Judenhasses zu spüren. Zweimal war Tulln vorübergehend "judenrein" geworden: So 1338, als eine behauptete Hostienschändung in Pulkau eine erste Welle der Judenverfolgung auslöste, die rasch auf das gesamte Wald- und Weinviertel übergriff. Die Intervention Herzog Albrechts II. zugunsten der Tullner Juden kam zu spät. Ein zweitesmal fielen die Tullner Juden der großen Judenverfolgung von 1420 zum Opfer, die im übrigen alle Juden des Herzogtums Österreich betraf. Auch diese Judenverfolgung wurde mit einer Hostienschändung, die sich einige Jahre zuvor in Enns zugetragen haben soll, in Zusammenhang gebracht. Das durch die Vertreibung der Juden aus Tulln menschenleer gewordene Judenviertel, die "Judenschule", schenkte Herzog Albrecht V. 1422 dem Kloster St. Dorothea und dem Schottenstift zu Wien.

Noch keine Woche alt sind die Worte des Wiener Erzbischofs Christoph Schönborn, mit der er die Rolle des kirchlichen Antisemitismus selbstkritisch beleuchtet: "Erst heute wird sich die Christenheit ihrer Mitschuld an den Judenverfolgungen immer deutlicher bewußt und erkennt ihr Versagen", so der Erzbischof. Der katholische Antisemitismus Österreichs um die Jahrhundertwende erhielt seine politische Wirkungsmächtigkeit innerhalb der Christlichsozialen Partei, die ihn mit ökonomischen Motiven verband, eine Tatsache, die auch für die katholisch geprägte Kleinstadt Tulln von Bedeutung war.

Politisch instrumentalisierten Antisemitismus gab es in Österreich im 19. Jahrhundert auch in der Ausprägung des Rassenantisemitismus, und zwar bei den völkisch-alldeutschen Parteigruppierungen. Zu jenen zählte auch der "Alldeutsche Verein für die Ostmark" des Tullners Dr. Josef Ursin. Josef Ursin entstammte einer Tullner Familie, die auf eine deutschnationale Tradition zurückblicken konnte. Ursin war Mitglied der deutschnationalen Partei und enger Freund und Weggefährte von Georg Ritter von Schönerer. Gemeinsam mit dem Deutschnationalen Heinrich Niklas gründete er in Tulln den Deutschen Turnverein, der als Sammelbewegung für örtliche Rassenantisemiten und später für illegale Nationalsozialisten diente. Bei den Neuwahlen von 1919 schaffte Dr. Ursin den Einzug ins österreichische Parlament. Das Resümee seiner dortigen politischen Tätigkeit läßt sich in einem Artikel der nationalsozialistischen Lokalzeitung *Donauwacht* aus dem Jahre 1942 nachlesen: "In seiner Tätigkeit im österreichischen Nationalrat war Dr. Ursin, der kompromißlose Antisemit seit seiner Geburt, immer bestrebt, gegen den Einfluß des Judentums, gegen die Zersetzung des deutschen Volkes durch die Juden auf das energischste Stellung zu nehmen." Besonderes Objekt seiner heftigen antijüdischen Hetze waren die ostjüdischen Kriegsflüchtlinge, gegen die er im Parlament ein scharfes Vorgehen verlangte.

Als der niederösterreichische Landeshauptmann Albert Sever im September 1919 einen Ausweisungserlaß für Ostjuden bekanntgab, der sich aber als undurchführbar erwies, forderte Ursin als Redner bei einer vom "Deutschen Volksrat für Niederösterreich" organisierten antisemitischen Großkundgebung auf dem Wiener Rathausplatz die anwesenden Teilnehmer sogar zum Pogrom gegen die Juden auf. Nach seinem Tod 1932 setzte einer seiner Söhne sein rassenpolitisches Werk fort. Nach der NS-Machtergreifung gelang diesem eine parteipolitische Karriere als Gauhauptstellenleiter im Rassenpolitischen Amt der Gauleitung Niederdonau. In dieser Funktion hielt er in Tulln immer wieder Vorträge zu den Themen Rassenhygiene und -antisemitismus.

Die Nationalsozialisten mußten bei der Durchführung ihrer Judenpolitik nicht erst bei der Stunde Null beginnen, sondern konnten an vorhandene Tendenzen und Strömungen anknüpfen.

Bereits in den Tagen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung verbreitete sich unter der jüdischen Bevölkerung Tullns lähmende Angst. In jenen Tagen standen sich die Bilder der offen auf der Straße jubelnden und "Sieg Heil" gröhrenden Menschenmassen und der zuhause gebliebenen, um ihre Existenz bangenden und doch noch auf die weitere Unabhängigkeit Österreichs hoffenden Tullner Juden in scharfem Kontrast gegenüber. Die nationalsozialistische Bedrohung wurde vor allem so lange geringgeschätzt, weil die Nationalsozialisten infolge der politischen Strukturen in Tulln als kalkulierbare Größe galten. Im Gegensatz zu Krems etwa gab es in Tulln kein etabliertes Bürgertum bzw. Beamtentum, das aufgrund seiner deutschnationalen Gesinnung für die neue Ideologie besonders anfällig gewesen wäre. Im

konservativ-katholischen Kleinbürgerstädtchen Tulln wurde der Nationalsozialismus schon vor 1938 als ein Familienphänomen angesehen. Der große Irrtum bestand darin, daß kaum jemand diesen Familien die Fähigkeit zur Machtübernahme zutraute. Den jüdischen Familien waren diese Nazi-Familien bekannt und umgekehrt. Man mied einander. Andererseits standen die Tullner Juden – lange vor 1938 – mit vielen nichtjüdischen Familien in ausgezeichneten Beziehungen.

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich die jüdische Gemeinde in Tulln infolge der politischen Emanzipation zu einer beachtlichen Größe entwickelt. Die sich in Tulln ansiedelnden jüdischen Migranten kamen aus weiten Teilen der Monarchie, vor allem aus dem Wiener Raum, aus Böhmen, Mähren und Galizien. 1910 erreichte die hiesige Gemeinde mit 118 Mitgliedern einen Höchststand – bei 4.309 Einwohnern Tullns. Aufgrund des Israelitengesetzes von 1890 wurde die jüdische Gemeinde Tulln in die Israelitische Kultusgemeinde Tulln inkorporiert, der auch die Gerichtsbezirke Klosterneuburg, Atzenbrugg und Kirchberg am Wagram angehörten. Der Sitz der IKG Tulln ging allerdings an die Stadt Klosterneuburg. Zur Infrastruktur der Tullner Gemeinde zählten ein Bethaus in der Albrechtsgasse, ein eigener Friedhof in der Paracelsusgasse und ein Minjanverein, der die Organisierung des religiösen Lebens wahrnahm. Der Prozeß der Assimilierung verlief in Tulln nahezu problemlos, in der nichtjüdischen Bevölkerung sollten die Juden bald nicht nur Duldung, sondern breite Akzeptanz erfahren. Sie waren überrepräsentativ in freien oder akademischen Berufen, in Handel und Gewerbe vertreten. Anfang der dreißiger Jahre war die demographische Entwicklung der lokalen jüdischen Bevölkerung stark rückläufig. Die Ursachen dafür sind einerseits in der negativen Geburtenbilanz und andererseits in der Abwanderung nach Wien infolge der Wirtschaftskrise zu suchen. Bei der letzten Volkszählung vor der NS-Machtergreifung lebten in Tulln noch 72 Juden, die Nationalsozialisten registrierten im März 1938 jedoch 92. Die höhere Zahl war kein Ergebnis erneuter Zuwanderung, sondern Folge einer neuen Definition des Juden nach rassistischen Gesichtspunkten, die auch Tullner Bürger umfaßte, die der jüdischen Religion gar nicht angehörten.

Gleich in den ersten Tagen des "Anschlusses" wurden einige Juden von NS-Funktionären und SA-Männern aus ihren Wohnungen geholt, darunter die alte Frau Diamant, um mit bloßen Händen oder Zahnbürsten Straßen, Gehsteige oder Wände von den Wahlparolen Schuschniggs und den Kruckenkreuzen der Vaterländischen Front zu säubern, die im Zuge der Vorbereitung für die von Bundeskanzler Schuschnigg überstürzt angekündigte Volksbefragung angebracht worden waren. Solche "Reibpartien" gab es in Tulln sowohl bei der Tabora-Villa als auch beim Bahnhof. Noch am 12. März 1938 fanden in manchen jüdischen Wohnungen und Häusern Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen statt, wie man die Raubzüge von SA, SS und Parteigenossen zu umschreiben pflegte. Berufsverbote, schrittweise Einschränkungen der Gewerbeberechtigungen entzogen allmählich der jüdischen Bevölkerung Tullns die materielle Basis. Bereits im September 1938 erließ der

Ortsgruppenleiter Leopold Knollmayer als provisorischer Gemeindeverwalter ein Judenausgehverbot, das "Juden und Jüdinnen nur in der Zeit von 8 bis 10 Uhr vormittags den Aufenthalt auf öffentlichen Straßen, Plätzen, Gassen und Anlagen gestattete". Im Übertretungsfall wurde die Verhaftung in Aussicht gestellt. Über sog. "Wohnungsanforderungen" zwang die Stadtgemeinde Tulln jüdische Hausbesitzer, arischen Familien Wohnräume zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig empfahl man diesen Hausbesitzern die Übersiedlung nach Wien. Die Tatsache, daß sich mehrere Juden bereits zu diesem Zeitpunkt im KZ befanden, wurde von der Lokalpresse süffisant verbreitet. Das diente der Einschüchterung.

Am meisten litten die jüdischen Familien allerdings darunter, daß sich viele ihrer früheren nichtjüdischen Freunde und Bekannten quasi über Nacht von ihnen abgewandt hatten. Die große Mehrzahl von ihnen war binnen kurzem gänzlich isoliert, was viele auch dazu bewogen haben mag, ihre Stadt vorzeitig zu verlassen und ins nahe Wien zu übersiedeln. Die gleichgeschaltete Lokalpresse bildete ein Forum für eine bis dahin nie dagewesene antisemitische Hetzpropaganda, die die Juden als gefährliche Kriminelle, Volksschädlinge und potentielle Rassenschänder hinstellte. Der Zweck dieser übersteigerten Propaganda lag insbesondere darin, mögliche Solidarisierung bzw. aufkeimendes Mitleid seitens der nichtjüdischen Bevölkerung mit den gequälten jüdischen Opfern von allem Anfang an zu unterbinden.

Die Stimme des Gewissens ließ sich jedoch nicht in allen Fällen ausschalten. Trotz aller Gefahren brachten einzelne Tullner den Mut auf, ausgegrenzten und in äußerster Bedrängnis geratenen Juden zu helfen. Das beweist auch ein Artikel in der Lokalzeitung *Donauwacht* aus dem Jahr 1940, in dem die Frau des Baumeisters Neumayr, der Fleischhauer Siller und der Kaufmann Trebsche angeprangert wurden, weil sie einer Jüdin Lebensmittel ohne Bezugsscheine ausgefolgt hatten. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch die Familie Skorepa aus Langenlebar, die den Kredit, den sie sich privat beim jüdischen Produktenhändler Oskar Brunner vor 1938 aufgenommen hatte, an jenen zurückzahlte, um ihm und seiner Frau die Auswanderung in die Tschechoslowakei finanziell zu ermöglichen. Alle anderen Schuldner hatten übrigens ihre Außenstände mit dem 12. März 1938 als getilgt betrachtet.

Der nationalsozialistische Terror fand in Tulln in der "Reichskristallnacht" seinen Höhepunkt. Gerade die in diesem Zusammenhang stehenden Ereignisse führen ganz eindeutig vor Augen, daß Ausschreitungen und gezielte antijüdische Aktionen gar nicht erst von oben dezidiert verordnet werden mußten, sondern zum Großteil hausgemacht waren. Die lokalen Scharfmacher handelten in Übereifer und Eigenregie. Schon bei der Umsetzung der antijüdischen Gesetzes- und Verordnungswalze, der die Tullner Juden seit dem "Anschluß" ausgeliefert waren, spielten die lokalpolitischen Verantwortlichen kaum die Rolle der bloß nüchternen Exekutoren, die durch strenge Korrektheit vielleicht ein Körnchen Distanz zu ihrer Tätigkeit hätten erkennen lassen. Zwischen den Zeilen so mancher Gemeindeerlässe und -anordnungen lassen

sich heute hämische Schadenfreude und zynische Ranküne der Betreiber bzw. Verfasser herauslesen. Kreisleiter Hugo Hübl, Ortsgruppenleiter und Vizebürgermeister Leopold Knollmayer, der erste Stadtrat Emmerich Wagerer, SA- und SS-Funktionäre fühlten sich geradezu berufen als lokale NS-Judenpolitiker. Lokalpolitiker, die bei der Implementation der NS-Judenpolitik etwa mäßigend aufgetreten wären, sind weder im vorhandenen Aktenmaterial noch in Zeitzeugenberichten auszumachen. In der "Reichskristallnacht" waren wiederum dieselben Täter am Werk: Am 10. November 1938 zog die Tullner SS, mit schweren Schlegeln bewaffnet, auf den jüdischen Friedhof und zerschlug die Grabsteine. Der Dachstuhl der Leichenhalle wurde abgetragen, die im Gebäude aufbewahrte Totenbahre am nächsten Tag auf dem Hauptplatz zerbrochen vorgefunden. 11 Juden aus Tulln und der näheren Umgebung wurden an diesem Tag in Schutzhaft genommen, im Gemeindegewahrsam untergebracht und für Holzarbeiten in der Gemeinde herangezogen – darunter auch Albert und sein Sohn Alfred Kreisler. Man hatte mit Bedacht gehandelt. Während die beiden Männer inhaftiert waren, konnte man daran gehen, die geplante Ausraubung des Geschäftes und der Wohnung der Familie Kreisler in die Tat umzusetzen, denn von den beiden alten Frauen, die sich in der Wohnung befanden, war kein Widerstand zu erwarten. An dem als Sonderaktion der Kreisleitung deklarierten Raubzug maßgeblich beteiligt waren u. a. der schon zitierte Ortsgruppenleiter sowie der als kommissarischer Verwalter fungierende erste Beigeordnete der Stadtverwaltung Emmerich Wagerer. SA- und SS-Männer standen zur Seite. Von der Familie Kreisler überlebte keiner das Kriegsende 1945, die geschilderte Aktion konnte deshalb vor Gericht nie restlos aufgeklärt werden.

Für die Darstellung des Kapitels Arisierung in Tulln konnten weder Zeitzeugen herangezogen werden, noch ist die Quellenlage befriedigend. Die Bestände der Vermögensverkehrsstelle für das Land Niederösterreich unterliegen der Archivsperre und sind deshalb nicht frei zugänglich. Die Rückstellungsbestände des Landesgerichts für Zivilrechtssachen wiederum sind bis zum Jahre 1955 ausnahmslos skartiert. Von dieser Ausgangslage her konnte für die Aufarbeitung der Arisierungsfälle hauptsächlich nur Material aus den lokalen Archiven, dem Stadtarchiv, dem Archiv der Bezirkshauptmannschaft und der Urkundensammlung des Bezirksgerichts, die sich als wahre Schatzkammer erwies, herangezogen werden. In Tulln wechselten im Zuge der Arisierung allein an die 25 Liegenschaften ihren Besitzer, in knapp der Hälfte aller Fälle fand nach 1945 ein Rückstellungsverfahren statt, das noch lange keine Garantie dafür war, daß der ehemalige jüdische Besitzer sein Eigentum auch zurückbekam. Dieser war einerseits in die Rolle des Klägers gedrängt, andererseits ruhte auch die volle Beweislast auf seinen Schultern; selten konnten alle erforderlichen Dokumente seitens des jüdischen Klägers beigebracht werden, denn daß diese auf dem Weg in die Emigration verlorengegangen waren (sie hätten gar nicht ins Ausland mitgenommen werden dürfen), war nichts Außergewöhnliches. Die Enteignung der Badehütten, die Wiener Juden im Tullner Strandbad besaßen, und die

Rolle, die dabei die NS-Gemeindeverwaltung spielte, läßt sich allerdings dank der im Stadtarchiv erhalten gebliebenen Akten lückenlos rekonstruieren.

Wie ein Transparent am Tullner Bahnhof verkündete, war Tulln Ende 1940 längst "judenrein". Der Großteil der jüdischen Einwohner war bis 1940 emigriert oder hatte dies zumindest versucht. Diejenigen, die nicht ausreisen konnten oder vorerst nicht wollten, waren nach Wien umgesiedelt worden. In Tulln zurückbleiben durften nur drei Jüdinnen, die in einer sogenannten privilegierten Mischehe lebten, d. h. mit einem "Arier" verheiratet waren: Elfriede Elisabeth Demartini, Elsa Weisel und die völlig erblindete Josefine Jindrak. Ihre relativen Überlebenschancen verdankten sie ausschließlich der Tapferkeit und dem Mut ihrer Ehemänner, die sich jedem äußeren Druck widersetzen und sich hartnäckig weigerten, sich scheiden zu lassen.

Von den 1938 in Tulln lebenden Juden hatten bis 1941 47 das Reichsgebiet auf legale oder illegale Weise verlassen, 35 war es gelungen, sich dauerhaft vor dem nationalsozialistischen Zugriff in Sicherheit zu bringen. 36 Tullner Juden wurden jedoch in einem nationalsozialistischen Vernichtungslager ermordet. Das Ehepaar Goldreich hatte in seiner Wiener Wohnung aus Verzweiflung den Gashahn aufgedreht. Der Rest war entweder eines natürlichen Todes gestorben oder hatte das Glück gehabt, das Konzentrationslager zu überleben.

Gezählte sieben Juden waren nach 1945 aus der Emigration – aus eigenem Antrieb, meist weil sie das Heimweh nicht mehr ertrugen – nach Tulln zurückgekommen. Sie erhielten kaum eine Entschädigung für erlittenes Unrecht, Rückstellung von rechtmäßigem Eigentum wurde von weiten Kreisen der Bevölkerung mit Wiedergutmachung verwechselt. Längerfristig betrachtet, spielte Entnazifizierung – mit Ausnahme einiger weniger Einzelfälle – nur als publizistisches Standardvokabular bei den unter dem Schirm der sowjetischen Besatzungsmacht agitierenden Kommunisten eine Rolle. Weiterhin latenter Antisemitismus trug dazu bei, daß sich die jüdischen Remigranten aus der Gesellschaft ausgestoßen fühlten. Aus der Perspektive des Außenseiters, der im besten Fall Duldung zu erwarten hat, geriet jegliche Integrationsabsicht zur Illusion. Darüber hinaus fehlte es sowohl bei den Politikern als auch bei der Bevölkerung oft genug an der nötigen Sensibilität gegenüber den schrecklichen Erfahrungen der jüdischen Opfer; der Blick auf das eigene Leid verstellte die Sicht auf die ärmsten Opfer des NS-Regimes. In der Phase des Wiederaufbaus galt es als notwendig, geradlinig in die Zukunft zu blicken. Mit dem Schutt wurden auch die jüdischen Opfer aus dem Bewußtsein geräumt: Es ging um eine Trümmerentsorgung, nicht um eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Die Rede war von einem Neuanfang, der, was den Umgang mit den Opfern betrifft, keiner war: In dem Ausmaß, mit dem altes Unrecht unter den Teppich gekehrt wurde, bereitete man neuem den Weg. Am Ende war das Resultat eine Kultur des Verdrängens, Verschweigens und Vergessens, die über weite Teile bis heute andauert.

Ich kehre zurück zu Erzbischof Schönborn. In einem Beitrag im *Jüdischen Echo* wirft er die Frage auf: Wie kann nach all dem, was passiert ist, das Heilende gefördert werden? Und er gibt zur Antwort: durch weitere Erinnerung. Genau das ist auch das Hauptanliegen meines Buches.

ANTON PELINKA

JÜDISCHE IDENTITÄT IN ÖSTERREICH

Wir haben nun gesehen, daß entgegen einer weitverbreiteten Annahme nicht der Charakter des Juden den Antisemitismus macht, sondern daß im Gegenteil der Antisemitismus den Juden schafft. (Sartre, 184)

Als der Antisemitismus aus seiner religiösen in seine rassistische Phase trat, sollte "den Juden" eine eindeutige Identität verpaßt werden. Das "jüdische Blut", also die Herkunft aus dem Judentum, wurde zum Makel, der kein "opting out", keine individuelle Identitätsbestimmung zulassen sollte. Das Judentum wurde zur "Rasse" erklärt, aus der es kein Entrinnen geben konnte. Der Holocaust war so vorprogrammiert.

Der Hintergrund dieser Wendung des Antisemitismus, der so alt ist wie das Christentum, zu seiner rassistischen Variation waren die Zurückweisung und das Versagen des Liberalismus. Dieser provozierte gerade in Deutschland und in Österreich eine romantische Reaktion, die – in Verbindung mit dem spezifisch österreichischen Konflikt der Nationalitäten – zunehmend Juden als "Rasse" wahrnehmen wollte. (Pulzer, 121-184)

Der großen Vereinfachung von seiten des Antisemitismus stand eine viel komplexere Wirklichkeit entgegen. Die jüdische Existenz war – gerade in Österreich – in ihrer sozialen Realität viel komplexer, als dies von den Antisemiten zugestanden wurde. Die "Assimilierten" hatten mit den "Ostjuden" wenig gemeinsam, die Orthodoxen kaum etwas mit den Nicht-Religiösen, und die sozialistischen Intellektuellen sahen in den "Kapitalisten" ihre Gegner. (Wistrich, 3-202)

Daß sie alle Juden waren, wurde nur in der Sicht des Antisemitismus zum gemeinsamen Band. Die Antisemiten schufen erst "den Juden" in einer säkularisierten, vom religiösen Bekenntnis und der religiösen Tradition losgelösten Variation. Dieser Zusammenhang zwischen Säkularisierung, Emanzipation und einer neu begründeten Form der alten Judenfeindschaft veranlaßte ja auch Hannah Arendt, zwischen der vorsäkularen Form des Judenhasses und dem pseudo-biologisch begründeten Antisemitismus einen qualitativen Unterschied zu sehen. (Arendt, 37-66)

Die jüdische Vielfalt war freilich immer schon der Beweis, daß der Antisemitismus nichts als eine Verweigerung der Realität war. Juden lebten in Österreich vor 1938 als Deutschnationale oder als Kommunisten, als Zionisten oder als Bundisten, als Feministinnen oder als Hakoah-Stars. Nur die Antisemiten wollten in dieser Buntheit immer nur eine einzige Identität sehen – eben die jüdische. In diesem Sinn schufen die Antisemiten sich nicht nur ein Feindbild, sie kreierten damit eine spezifisch jüdische Identität.

Jüdische Identität als Antwort auf den Antisemitismus

Jüdische Identität im christlich geprägten und deshalb antisemitischen Europa war immer ein besonders komplexer Mix von Identitäten. Weil die europäischen Nationalismen – die einen mehr, die anderen weniger – dazu neigten, Juden als "fremd" einzustufen, entwickelte sich als Antwort auf den Antisemitismus eine besondere jüdische Sensibilität für gesellschaftliche Vielfalt.

Doch der Antisemitismus sorgte dafür, daß quer zu politischen, nationalen, kulturellen und sozialen Identitätsmerkmalen, die die einzelnen Segmente des Judentums voneinander trennten, das Gemeinsame des Jüdischen immer bewußt blieb. Der Antisemitismus moderner Prägung erzwang eine jüdische Identität, die über eine bloß religiös definierte hinausging. Er war dafür verantwortlich, daß in Österreich vor 1938 der Schneidergeselle und der Textilindustrielle, die Hausfrau und die Operndiva, der Journalist und der Gewerkschaftsfunktionär eines gemeinsam hatten: eine jüdische Identität.

Arthur Schnitzler, Prototyp des assimilierten Intellektuellen, gibt in seinem Roman *Der Weg ins Freie* dieser aufgezwungenen, aber eben doch auch akzeptierten Identität literarischen Ausdruck. Er läßt seine Protagonistin, die sozialistische Intellektuelle Therese, diese aufgedrängte Identität so ausdrücken: "[...] mir sind jüdische Bankiers geradeso zuwider wie katholische Pfaffen. Aber wenn sich jemand über mich erhaben fühlte, weil er einer anderen Konfession oder Rasse angehört als ich, und gar im Bewußtsein seiner Übermacht mich diese Erhabenheit fühlen ließe, ich würde so einen Menschen...also ich weiß nicht, was ich ihm täte." (Schnitzler, 189)

Der Zionismus, nicht zufällig im Österreich des Arthur Schnitzler entwickelt, gab dieser aufgezwungenen und gleichzeitig akzeptierten Identität Ausdruck. Das von Theodor Herzl formulierte Angebot einer nationalen jüdischen Identität, Ergebnis des konkret erfahrenen Antisemitismus, war eine von mehreren im Antisemitismus angelegten Möglichkeiten jüdischer Identitätsstiftung. Daß diese Möglichkeit von Anfang an in heftiger Konkurrenz zu anderen Identitätsangeboten vor allem sozialistischer Provenienz stand, unterstreicht nur die Vielfalt jüdischer Existenz in Europa und speziell in Österreich vor dem Holocaust. (Wistrich, 421-496)

Theodor Herzls Antipode war Otto Weininger. Während Herzl die antisemitische Herausforderung annahm und einem jüdischen Nationalstolz das Wort redete, akzeptierte Weininger nicht nur die "rassische" Besonderheit des Judentums, sondern auch seine Minderwertigkeit. (Wistrich, 515-535) Weiningers tragisches Ende war die logische Konsequenz dieser Akzeptanz – und eine Vorwegnahme des Holocaust.

Der Antisemitismus vor dem Holocaust erzwang und sicherte den Fortbestand einer verbindlichen jüdischen Identität über die religiöse Dimension hinaus. Der Holocaust selbst gab dieser Identität dann eine entscheidende, alles bisher Bekannte übersteigende, neue Qualität. Den Überlebenden war ihr Judentum eingebrannt – über Zeiten und Generationen hinweg.

Jüdische Identität nach dem Holocaust

Die Jüdinnen und Juden, die in Österreich 1945 und in den Jahren danach lebten, waren mit einer zusätzlichen Komplexität belastet. Sie lebten in einem Land neben vielen, die Juden denunziert, Juden beraubt und Juden ermordet hatten; und die sich nun alle hinter die Fassade der offiziellen Gründungsphilosophie der Zweiten Republik geflüchtet hatten, Österreich sei von der Okkupation durch Hitler-Deutschland befreit worden. Die Juden in Österreich, die den Holocaust überlebt hatten, waren mit einem gesellschaftlichen Umfeld konfrontiert, das sich jeder Erinnerung an eine österreichische Verantwortung am Holocaust besonders aggressiv entziehen wollte. (Embacher, 44-58)

Daß der Antisemitismus den Holocaust überdauert hatte, konnte nur Illusionisten überraschen. Die Existenz eines jüdischen Feindbildes, auch nach dem Holocaust, drückte das Bedürfnis der christlich geprägten Gesellschaft Österreichs aus, ein solches Feindbild zu haben. Daran konnten weder Auschwitz noch das "Verschwinden" der meisten Juden aus Österreich etwas ändern. (Pauley, 301-317)

In dieser Phase wurde jüdische Identität auch in den jüdischen Medien reflektiert. Die *Illustrierte Neue Welt* drückte von ihrer Neugründung an die Komplexität jüdischer Identität in Österreich aus. Diese hatte zunächst wenig mit Österreich zu tun. Für die meisten Jüdinnen und Juden war Österreich eine Zwischenstufe, eine Station auf dem Weg nach Israel oder nach Amerika. (Albrich) Eine spezifische österreichische Identität, die mit der jüdischen in ein komplexes Spannungsverhältnis hätte treten können, konnte sich da – noch – nicht entwickeln. (Bunzl, 120-124)

Erst im Laufe der Stabilisierung der Zweiten Republik, als eine – kleine – jüdische Gemeinde sich etabliert und so bewußt gemacht hatte, daß es auch nach dem Holocaust und trotz der Gründung des Staates Israel in Österreich Menschen mit jüdischer Identität geben würde, führte dies zu einer verstärkten Sensibilität für österreichische Themen, für österreichische Probleme. Es entstand eine "doppelte Loyalität": Neben der jüdischen, mehr oder weniger deutlich auch auf den Staat Israel bezogenen Identität entwickelten Juden in Österreich auch eine österreichische Identität. Ausdruck dieser "doppelten Identität" ist, daß seit 1948 im Wiener Stadttempel gebetet wird: "Segne die Republik Österreich, segne den Staat Israel, gib Friede für Israel und der ganzen Menschheit." (Embacher, 87)

Doch nie gab es "die" jüdische Identität, und es gab auch nie "die" jüdische Meinung. Zu vielfältig waren auch in der kleinen jüdischen Gemeinde Österreichs die Auffassungen und Interessen – gerade auch die Auffassungen und Interessen politischer Natur. Am besten kann dies wohl in der Person des prominentesten aller Österreicher nach 1945 verdeutlicht werden, dessen jüdische Identität fremddefiniert war: Bruno Kreisky wurde als Jude wahrgenommen, unabhängig davon, daß er diese Bestimmung offenkundig nicht wirklich als Selbstbestimmung empfinden konnte. Seine Auseinandersetzung mit Simon Wiesenthal, der – anders als Kreisky – seine jüdische Identität als selbstdefiniert verstand, symbolisiert in hohem Maße

die Eckpfeiler jüdischer Identität in Österreich nach 1945.

Im Konflikt zwischen Kreisky, dem Sohn jüdisch-assimilierter Großbürger, der seit seiner Jugend sich primär politisch als Sozialist verstand, und dem "Ostjuden" Wiesenthal kommt die explosive Spannung zwischen unterschiedlich wahrgenommenen jüdischen Identitäten im Österreich der Zeit nach dem Holocaust zum Ausdruck. (Secher, 178-193)

Kreisky sah in Wiesenthal offenkundig den zionistischen Vorwurf, er – Kreisky – würde sich einer jüdischen Identität entziehen; und Kreisky empfand dies als eine Anmaßung, die er in die Tradition rassistischer Blut-und-Boden-Mythen stellte. Ohne einen Beleg dafür zu zitieren, interpretierte Kreisky Wiesenthals Kritik als eine innerjüdische Auseinandersetzung: "Wiesenthal hat es in seiner Intransigenz für ein Verbrechen am Judentum gehalten, daß ein Mann jüdischer Herkunft Regierungschef in diesem seiner Meinung nach antisemitischen, neonazistischen Österreich ist." (Kreisky, 233 f.)

Wiesenthal wiederum sah sich – ohne diese Rolle aus eigenem Antrieb so angestrebt zu haben – als schlechtes Gewissen des Kanzlers, das dieser umso mehr ablehnen mußte, als Wiesenthals Mahnungen das große, weit über die Tagespolitik hinausgehende Arrangement zwischen dem jüdischen Emigranten Kreisky und dem ehemaligen SS-Offizier Friedrich Peter erheblich störten. Der Konflikt zwischen Kreisky und Wiesenthal war jedenfalls der Konflikt zwischen zwei einander fast entgegengesetzten Varianten jüdischer Identität. Wiesenthal registrierte mit Bitterkeit, daß er in diesem Konflikt auch innerhalb der jüdischen Gemeinde isoliert war: "Nicht einmal zehn Juden sind zu einer Versammlung erschienen, die mein Freund Paul Grosz [...] einberufen hatte, um zu beraten, wie man dem diffamierten Wiesenthal beistehen könnte." (Sporrer/Steiner, 213)

Wiesenthal stand und steht für eine jüdische Identität in Österreich, die vor allem von der Erinnerung an den Holocaust bestimmt wird. Kreisky stand und steht für eine jüdische Identität, die sich eigentlich – trotz Holocaust – in eine allgemein österreichische aufzulösen beginnt.

Daß beide Entwicklungsmöglichkeiten legitim sind, steht wohl – vor dem Hintergrund der universalen Menschenrechte – außer Zweifel. Gerade die Erfahrungen mit dem eliminatorischen Antisemitismus zeigen, daß die Beseitigung des Rechtes eines Menschen, sich selbst zu definieren, der erste Schritt in Richtung Auschwitz ist. Daß der Konflikt zwischen den beiden Interpretationsmustern jüdischer Identität an die Substanz der jüdischen Gemeinde in Österreich rührte, war offenkundig – wie auch, mehr als zehn Jahre später, die "Affäre Waldheim".

Jüdische Identität außerhalb Israels

Jüdische Identität in Österreich ist – seit 1948 – auch vor dem Hintergrund der Existenz des Staates Israel zu sehen. Die Erfüllung des zionistischen Traumes bringt alle Menschen mit jüdischer Identität außerhalb Israels in ein Dilemma. Denn der

Anspruch Israels, der Staat der Juden zu sein, zwingt Juden in aller Welt, ihre Loyalität gegenüber diesem Staat konkret zu definieren. Allein der Umstand, daß Angehörige der jüdischen Gemeinde in Österreich ihre Lebensgrundlage eben nicht im Judenstaat sehen, führt zu einer noch komplexeren Form jüdischer Identität.

Daß ein Mitglied der jüdischen Gemeinde in Österreich politische Loyalität gegenüber Österreich und gegenüber Israel zugleich empfinden kann, steht wohl außer Zweifel. Nur ein naives, eindimensionales Bild nationaler Identität kann aus einer solchen Komplexität, die natürlich oft genug nicht frei von konkreten Spannungen ist, einen Widerspruch konstruieren. Die Möglichkeit, auch verschiedene nationale Identitäten miteinander zu verknüpfen, haben nicht nur Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft; sie gilt ja auch grundsätzlich für alle Katholikinnen und Katholiken, die – zumindest idealtypisch – eine besondere Loyalität gegenüber dem Heiligen Stuhl, also gegenüber dem Vatikanstaat, empfinden, ohne daß deshalb ihre Loyalität gegenüber Österreich, Brasilien, Portugal oder den USA in Frage gestellt werden müßte.

Eine Zeitung wie die *Illustrierte Neue Welt*, die sich als ein Medium der Kommunikation zwischen Juden versteht, aber auch zwischen Juden und Nicht-Juden, reflektiert den Wandel in der jüdischen Identität. Daß unmittelbar nach dem Holocaust eine allgemeine Erwartung dominierte, eine jüdische Existenz könnte nur eine Zwischenstufe auf dem Weg nach Israel sein, mußte bald der Einsicht Platz machen, daß es – trotz Holocaust und trotz der Gründung Israels – eine jüdische Gemeinde von Dauer in Österreich geben werde. Doch die Einstellung zum Staat Israel mußte je nach individueller Einstellung schwanken. Zwar kann von einer grundsätzlichen Loyalität der österreichischen Juden gegenüber Israel ausgegangen werden; aber die trotzdem mögliche Distanz gegenüber konkreten Aspekten Israels variiert natürlich je nach politischer Position und wohl auch nach anderen Faktoren.

Die doppelte Loyalität österreichischer Juden bedeutet doppelten Rechtfertigungszwang. Wenn österreichische Juden Kritik an der Politik des Staates Israel üben, so müssen sie damit rechnen, daß ihre spezifisch jüdische Identität in Frage gestellt wird. (Embacher, 233) Wenn sie hingegen konkret die Politik der Republik Österreich kritisieren, so wird ihre österreichische Identität angezweifelt. Simon Wiesenthal ist dafür das prominenteste Beispiel: Am SPÖ-Parteitag 1970 hatte Leopold Gratz die "private Femeorganisation des Herrn Ing. Wiesenthal" den "demokratisch legitimierte[n] Organen der Republik Österreich" gegenübergestellt. (Sporrer/Steiner, 205)

Die jüdische Gemeinde kam dabei immer wieder unter einen besonderen und zusätzlichen Rechtfertigungsdruck. Die Affäre Waldheim brachte es mit sich, daß den Juden in Österreich der Eindruck vermittelt wurde, eine jüdische Existenz im Lande Kurt Waldheims sei eigentlich unvorstellbar. Der österreichische Antisemitismus war nur die eine Stoßrichtung, die österreichischen Juden ihre österreichische Identität streitig machte. Komplexer, weil relativ neu, war eine jüdische Erwartungs-

haltung, die nicht verstehen wollte, daß Juden überhaupt aus freien Stücken in Österreich leben wollten. (Embacher, 158-262; Beckermann, 87-106)

Jüdische Identität in vertikaler und horizontaler Komplexität

Die jüdische Gemeinde in Österreich verkörpert eine Form von nationaler und religiöser Identität, die für Österreich sehr wichtig ist. Daß Menschen in Österreich leben, die auch nach dem Holocaust und trotz der Existenz des Staates Israel ihre jüdische Identität mit einer österreichischen zu verbinden suchen, hilft die Komplexität österreichischer Identität besser zu verstehen. Daß Menschen bewußte Juden und bewußte Österreicher sein können, widerspricht den fundamentalistischen Tendenzen, die sowohl im nationalen als auch im religiösen Bereich zu beobachten sind.

Die komplexe Identität österreichischer Juden (oder jüdischer Österreicher) unterstreicht nur, daß die Phantasien der Fundamentalisten jedweder Prägung der Wirklichkeit widersprechen. Kein Mensch ist eben nur Österreicher oder Polin oder Arbeiter oder Lehrerin. Alle, die davon ausgehen, daß eine einzige Identität – etwa die nationaler oder die religiöser Art – die allein bestimmende ist, stehen im Widerspruch zu einer viel komplizierteren Wirklichkeit. Juden in Österreich helfen so mit, den Gegenbeweis gegen die schrecklichen Vereinfacher zu liefern.

Gerade die österreichische Identität braucht diese Erfahrung. Denn die auf die Zweite Republik bezogene Österreich-Identität ist ja nicht eine traditionell nationalstaatliche, sondern eine, die im Widerspruch zu einer traditionell nationalstaatlichen entstanden ist – im Widerspruch zum österreichischen Deutschnationalismus. (Pelinka, 127-132; Haller, 209-325) Die vereinfachenden Formeln dieses Nationalismus haben ihre eliminatorische Wirkung gezeigt. Der Widerspruch zu diesen Formeln sollte – so zumindest die Grundphilosophie der Zweiten Republik – die besondere Qualität des neuen, 1945 entstandenen Österreich bilden.

Diese Grundphilosophie wurde und wird in der Praxis oft genug verletzt. Kurt Waldheims bewußt gewähltes Wort von der "Pflichterfüllung" war eine solche Verletzung, wie dies auch die Auftritte von Politikern verschiedener Parteien auf dem Ulrichsberg in Kärnten sind. Wenn dort und anderswo die Erfahrungen einer Generation beschworen werden, so werden die Opfer der Gewaltherrschaft, die sich auf die Wehrmacht stützte, von vornherein aus dieser Gemeinschaft ausgeschlossen.

Österreichische Juden (oder jüdische Österreicher) sind für diese Vereinfachungen ein ständiges Ärgernis, weil ein ständiger Gegenbeweis. Wie sollte ein Politiker, der seine Worte zugunsten der "Kriegsgeneration" so setzt, daß sich jüdische Österreicher von vornherein ausgeschlossen fühlen müssen, mit der Existenz jüdischer Mitbürger umgehen? Das Beschwören der "Kriegsgeneration", ihrer "Anständigkeit" und "Ehre" ist nichts als die Fortschreibung des Denkens der Nürnberger Rassengesetze und steht in unversöhnlichem Widerspruch zu den Grundsätzen, die die Zweite Republik offiziell vertritt.

Diese Funktion österreichischer Juden, durch ihre bloße Existenz in einer komplexen Mehrfachidentität die großen Vereinfacher zu entlarven, kommt allen Österreicherinnen und Österreichern zugute. Denn die Entlarvung zeigt den mehrfachen Widerspruch der großen nationalen Vereinfacher auf: den Widerspruch zu den Menschenrechten ebenso wie den zu der Gründungsphilosophie der Zweiten Republik.

Diese Funktion ruft einen aggressiven Antisemitismus an die Oberfläche, der sich 1945 zunächst verschämt in den politischen und gesellschaftlichen Untergrund zurückgezogen hatte. Gerade dann, wenn österreichische Juden als solche und mit Betonung ihrer jüdischen Identität politisch aktiv werden, provozieren sie einen Antisemitismus, der freilich auch ohne ihr politisches Auftreten existent ist. Sowohl Wiesenthals Konflikt mit Kreisky als auch die "Waldheim-Affäre" folgten diesem Grundmuster: Wenn Jüdinnen und Juden, ihre jüdische Identität betonend, sich profiliert am politischen Diskurs beteiligen, dann werden sie für antisemitische Reaktionen verantwortlich gemacht. (Mitten, 198-260)

Daß Juden die Verantwortung am Antisemitismus zugeschrieben wird, ist ein wichtiger Aspekt der komplexen jüdischen Identität in Österreich nach 1945. Daß Juden im Sinne eines antisemitischen Diskurses als "Entlastungsjuden" instrumentalisiert werden, ist ein zweiter, ebenso wichtiger Aspekt. 1975 wurden Kreiskys Angriffe auf Wiesenthal zur Rechtfertigung antisemitischer Muster herangezogen; 1986 wurden Kreisky und Wiesenthal gemeinsam benützt.

"Juden und Antisemitismus können also – je nach Kontext und parteipolitischem Interesse – funktionalisiert werden. In Abwandlung von Luegers Ausspruch: Wer ein Entlastungsjud ist, bestimme ich." (Wodak, 322)

Diese vertikale Komplexität jüdischer und österreichischer Identität wird durch eine horizontale Komplexität ergänzt. Als Juden haben österreichische Juden eine Identität als Sozialisten oder Revisionisten, als religiöse oder nichtreligiöse Zionisten, als Sympathisanten des Likud-Blocks oder der Arbeiter-Partei. Die jüdische Gemeinde in Österreich muß diese Komplexität integrieren. Und eine Zeitung wie die *Illustrierte Neue Welt* muß alle diese wesentlichen Facetten jüdischer Identität berücksichtigen.

Das zu spiegeln ist die Funktion einer solchen Zeitschrift. Sie ist kein Kampf- oder Parteiblatt, sie ist Tribüne für alle Positionen, die sich im Rahmen der vertikal und horizontal komplexen jüdischen Identität artikulieren.

Diese Komplexität ist ein Stück österreichischer Identität – auch und gerade als Antithese zu den fundamentalistischen Vereinfachungen verschiedenster Art: des traditionellen (österreichischen) Deutschnationalismus; der vulgären Variante des österreichischen Patriotismus; des religiösen Fundamentalismus jedweder Observanz.

Gesellschaft und Politik Österreichs müssen den verschiedensten Formen jüdischer Identität Platz bieten – gerade wegen der Komplexität dieser Identität. Gesellschaft und Politik der Zweiten Republik sind entscheidend von der Erfahrung mit

dem Nationalsozialismus geprägt. Und ein Teil dieser Erfahrung ist, daß Identität offen und wandelbar zu begreifen ist; und nicht mit der Starrheit streng ein- und ausschließender Wir-Ideologien. Eben deshalb ist eine jüdische Identität in Österreich eine unter vielen real existierenden Möglichkeiten gesellschaftlicher Existenz.

Verwendete Literatur

- Thomas Albrich, Exodus durch Österreich. Die jüdischen Flüchtlinge 1945–1948. Innsbruck 1987.
- Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 4. Aufl., München 1995.
- Ruth Beckermann, Unzugehörig. Österreicher und Juden nach 1945, Wien 1989.
- Helga Embacher, Neubeginn ohne Illusionen. Juden in Österreich nach 1945, Wien 1995.
- Max Haller, Identität und Nationalstolz der Österreicher. Gesellschaftliche Ursachen und Funktionen. Herausbildung und Transformation seit 1945. Internationaler Vergleich, Wien 1996.
- Bruno Kreisky, Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil, Wien 1996.
- Richard Mitten, The Waldheim Phenomenon in Austria, Boulder 1992.
- Bruce Pauley, From Prejudice to Persecution. A History of Austrian Anti-Semitism, Chapel Hill 1992.
- Anton Pelinka, Zur österreichischen Identität. Zwischen deutscher Vereinigung und Mitteleuropa, Wien 1990.
- Peter Pulzer, The Rise of Political Anti-Semitism in Germany and Austria, rev. ed., London 1988.
- Jean-Paul Sartre, Betrachtungen zur Judenfrage, in: Drei Essays, Berlin 1960.
- Arthur Schnitzler, Der Weg ins Freie. Das erzählerische Werk, Bd. 4, Frankfurt 1978.
- Pierre Secher, Bruno Kreisky. Chancellor of Austria. A Political Biography, Pittsburgh 1993.
- Maria Sporrer/Herbert Steiner (Hrsg.), Simon Wiesenthal. Ein unbequemer Zeitgenosse, Wien 1992.
- Robert S. Wistrich, The Jews of Vienna in the Age of Franz Joseph, Oxford 1989.
- Ruth Wodak et al., "Wir sind alle unschuldige Täter." Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus, Frankfurt 1990.

PETER GOLLER

*EIN STARKES STÜCK. VERSUCHTE HABILITATION EINES KOMMUNISTISCHEN JUDEN...*¹

Universitäten im Lichte politischer und rechtlicher Willkür am Beispiel des Habilitationsverfahrens von Karl Horowitz (1892–1958) an der Wiener Universität 1923–1925.²

Die Hohen Schulen zähl(ten) in ihren herrschenden Gruppierungen zur Avantgarde jener gesellschaftlichen Kräfte, die die partielle Demokratisierung und liberale Modernisierung der Gesellschaft infolge der Novemberrevolution 1918 rückgängig machen wollten. Rund fünf Jahre nach der weitgehend gescheiterten Novemberrevolution konnten die reaktionär-antimodernistischen Kräfte wieder zur Gegenoffensive an den Universitäten Österreichs und Deutschlands übergehen. In Deutschland, wo an der Jahrhundertwende ein sozialdemokratischer Privatdozent wie Leo Arons sondergesetlich verfolgt worden war,³ markierte die publizistisch aufgeheizte Affäre um den Antimilitaristen und Justizkritiker Emil Julius Gumbel, einen Privatdozenten für volkswirtschaftliche Statistik an der Universität Heidelberg, das Ende einer liberalen Teilöffnung.⁴

Fast unberührt vom partiellen gesellschaftlichen Wandel des Jahres 1918, dafür aber umso offener, als es bald wieder galt, die demokratischen und sozialen Errungenschaften jenes Jahres zu revidieren, erwiesen sich die Hochschulen als geeignete Bastionen für die vom rechten Flügel des Bürgertums forcierte heraufdämmernde faschistische Lösung und Stillegung des Klassenkampfes. Geradezu analytisch und materialistisch hört es sich an, wenn im Jahre 1945/46 – natürlich in apologetischer Absicht – der Innsbrucker Geschichtsordinarius und "Anschlußrektor" Harold

¹ Nach einer Schlagzeile der *Deutschösterreichischen Tageszeitung* vom 6. Dezember 1923.

² Es finden sich abwechselnd die Schreibweisen: "Horovitz" und "Horowitz". Den meisten Quellen zufolge ist Horowitz am 20. Juli 1892 geboren. Der "Poggendorf" gibt unter Hinweis auf eigene Mitteilungen von Horowitz das Geburtsjahr 1893 an. – Vgl. zu Horowitz' Biographie Vivian A. Johnson: Karl Lark-Horowitz. Pioneer in Solid State Physics, (=Men of Physics. Pergamon Press), Oxford 1969, S. 5: "The family name was changed in 1926 from Horovitz to Lark-Horowitz. In doing this, Karl Lark Horowitz linked his wife's name [...]. Karl Lark-Horowitz died, of a heart attack, on April 14, 1958, while at work in his office in the Physics Building of Purdue University."

³ Vgl. dazu Fritz Ringer, Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890–1933, Stuttgart 1983, S. 132: Dem Berliner Physikdozenten Leo Arons, der Mitglied der SPD war, wurde 1898 die Lehrbefugnis im Wege reaktiverer ministerieller Disziplinargewalt entzogen ("Lex Arons").

⁴ Vgl. dazu Christian Jansen, Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914–1935. (=Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 99), Göttingen 1992, S. 189–192: "Daß ein Mann, der Mitglied der USPD gewesen war, an der Betriebsrätterschule des ADGB gelehrt und sich 1919 mit zahlreichen politischen Publikationen als Antimilitarist und Justizkritiker einen Namen gemacht hatte, sich überhaupt habilitieren konnte, spricht für die ungewöhnliche Liberalität der Heidelberger Universität Anfang der zwanziger Jahre [...]."

Steinacker (1875–1965) der "Entnazifizierungskommission" erklärt, warum er sich gleichsam wider Willen der von ihm im Grunde als plebejisch verachteten Nazi-Bewegung angeschlossen hat, und wenn Steinacker die faschistische Lösung in die Kontinuität der bürgerlichen Ideologie stellt sowie die antisozialistische Stoßrichtung als Verdienst des deutschen Faschismus hervorhebt: "Im Reich wie bei uns wuchs die Lähmung des politischen Willens [nach 1918] und die wirtschaftliche Not, der kulturelle und sittliche Verfall in erschreckendem Ausmaß. Der Kommunismus gewann an Boden und sein Sieg schien sicher. Es lag das Experiment nahe, mit ganz anderen, undemokratischen Mitteln die Rettung zu versuchen. Und zweifellos hatte das autoritäre System überall zunächst die Erfolge für sich. [...] Gegen die Massenbewegung des Bolschewismus konnte nur eine proletarische Gegenbewegung helfen."⁵

Wie Steinacker nützte auch Martin Heidegger das antikommunistische Argument nicht nur aus persönlich defensiven Gründen. Heidegger gab gegenüber den Freiburger Universitätsbehörden vor, den Faschismus unterstützt zu haben, um das Vordringen des Kommunismus zu verhindern. An einen empörten Herbert Marcuse schrieb er 1947: "Zu 1933: ich erwartete vom Nationalsozialismus eine geistige Erneuerung des ganzen Lebens, eine Aussöhnung sozialer Gegensätze und eine Rettung des abendländischen Geistes vor den Gefahren des Kommunismus. Diese Gedanken wurden ausgesprochen in meiner Rektoratsrede [...]" Die Selbstkritik Heideggers ging implizit – und darin liegt ihre Aktualität in einer geschichtsrevisionistischen Gegenwart – dahin, daß die faschistische Politik angesichts des faktischen Ergebnisses einer mitten in Deutschland stehenden Roten Armee versagt habe.⁶

Mitte der zwanziger Jahre waren die Hochschulen in ihrem Vorgehen gegen jüdische, liberale und sozialistische Dozenten formalrechtlich noch weitgehend gebunden, nichtsdestotrotz erzielte man wichtige politische Teilerfolge. Michael Kater hat in einem Buch über *Studentenschaft und Rechtsradikalismus* (1975) den Antiintellektualismus als antidemokratische Trägerideologie im Zeitalter der Chamberlains und der Rosenbergs diagnostiziert: "Bezeichnenderweise suchten sich die antiintellek-

⁵ Universitätsarchiv Innsbruck, Reihe "Entnazifizierung".

⁶ Zit. nach Hugo Ott, Martin Heidegger. Unterwegs zu seiner Biographie, Frankfurt 1988, S. 136. – Ernst Nolte (Martin Heidegger. Politik und Geschichte in Leben und Denken, Berlin 1992) hat mit Recht ohne moralische Drapierungen Heideggers Verdienste für das bürgerliche Denken herausgearbeitet. Nach 1945 entdeckte Heidegger im "Brief über den Humanismus" den "metaphysischen Vorsprung des Bolschewismus" und den Umstand, daß der marxistische Ansatz aller übrigen historischen Betrachtungsweise überlegen sei. Georg Lukacs hat aus umgekehrter Perspektive in der "Zerstörung der Vernunft" die Verdienste Heideggers um die Ideologie der bürgerlichen Klassengesellschaft diagnostiziert, indem dieser die "wirkliche Geschichte zur 'uneigentlichen' degradiert" habe. Dagegen wenig nützlich die moralisierend-hilflose Position eines Karl Jaspers oder eines Herbert Marcuse. Rührend naiv und den Blick auf die realen gesellschaftlichen Konflikte verstellend, notiert Jaspers in seiner "Philosophischen Autobiographie" (München 1977, S. 102): "Ratlos war ich. Nichts hatte Heidegger mir berichtet von seinen nationalsozialistischen Neigungen vor 1933."

tuellen, das 'System' von Weimar verwerfenden Studenten nach 1925 gerade solche Hochschullehrer als Zielscheiben ihres Gewaltprotestes aus, die nicht nur [bis auf einen] jüdisch, sondern auch für eine betont rationale Geisteshaltung bekannt waren, in welcher sie mutig für das demokratische Experiment eintraten. Es waren: Günther Dehn, Emil Julius Gumbel, Hans Nawiasky, Ernst Cohn und Theodor Lessing."⁷ Im Windschatten überuniversitär koordinierter Hetzkampagnen gegen republikanisch-demokratisch gesinnte Dozenten wie Gumbel und Lessing betrieb die politische Rechte ihr "roll back".

An einer Randuniversität wie Innsbruck wurden liberale, rationale und demokratische Ansätze bereits unmittelbar nach 1918 diskriminiert. Diese Ansätze waren in der Tiroler Provinz unter dem Druck der deutschnationalen Radikalisierung des Bürgertums, gipfend in bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen um eine italienische Rechtsfakultät 1904, trotz aller Kämpfe um die "Freiheit der Wissenschaft" (Wahrmund Affäre, 1908) längst verschüttet. Die Abtrennung Südtirols und die katastrophalen Folgen des imperialistischen Weltkriegs ließen keinen Platz für eine merkbare bürgerlich-fortschrittliche Intelligenz an der Universität.

Der Herausgeber des *Brenner*, Ludwig Ficker, ein Freund Ludwig Wittgensteins und Georg Trakls, schrieb etwa am 17. Februar 1920 aus Innsbruck an Karl Kraus im Zusammenhang mit einer verweigerten Trauerfeier für den verstorbenen Innsbrucker Straf- und Völkerrechtler der Jahre 1885 bis 1889 Heinrich Lammasch, den Pazifisten und letzten Ministerpräsidenten der k. k. Monarchie: "Für den geistigen Tiefstand der Professorenschaft ist es bezeichnend, daß sie die angeregte Gedächtnisfeier für Lammasch, der früher hier Univ. Professor war, entgegen aller Tradition abgelehnt hat. Weiß Gott, diese akademischen Lehrer sind doch von allen die geistig verlorenste Schicht." In den Akten der Leopold-Franzens-Universität findet sich gegen die Abhaltung einer akademischen Trauerfeier für Lammasch die Begründung: "Betreffs seiner tritt noch hinzu, daß, so unbestritten seine wissenschaftliche Bedeutung, so umstritten sein politisches Wirken ist."⁸

Der Antisemitismus drückt die im Faschismus endende Grundtendenz des Universitätsmilieus während der Ersten Republik gebündelt aus: Im Februar 1920 löste eine Vorlesung von Karl Kraus in den Innsbrucker Stadtsälen massive Störversuche und Proteste aus. Ein Ausschuß der Innsbrucker Studentenschaft, dem "deutsch-frei-

⁷ Michael H. Kater, Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918–1933, Hamburg 1975, S. 157–162. – Zu gleicher Zeit verzichtete der Chemienobelpreisträger Richard Willstätter 1924 aus Protest gegen den an Deutschlands Universitäten explosiv anschwellenden Antisemitismus auf seinen Lehrstuhl an der Universität München (Vgl. I. Strube, Richard Willstätter (1872–1942) zu seinem 100. Geburtstag, in: NTM-Schriftenreihe 10 (1973), S. 87–101).

⁸ Ludwig von Ficker, Briefwechsel 1914–1925, Innsbruck 1988, S. 235. – Ausschußbericht in der Frage der Veranstaltung einer internen Trauerfeier der Universität für verstorbene ehemalige Kollegen vom 10. März 1920, Universitätsarchiv Innsbruck, Akten des Rektorats Nr. 331 aus 1919/20. – Vgl. Gerhard Oberkofler/Eduard Rabofsky, Heinrich Lammasch (1853–1920). Notizen zur akademischen Laufbahn des großen österreichischen Völker- und Strafrechtsgelehrten, Innsbruck 1993.

heitliche" und "katholisch-deutsche" Studenten angehörten, protestierte in einer Eingabe an den akademischen Senat gegen den "Juden Karl Kraus" und gegen das Verhalten des Philosophieprofessors Alfred Kastil. Der akademische Senat solidarisierte sich geschäftsordnungsgemäß mit diesen Protesten gegen Kastil.⁹

Begleitet von antisemitischem "Numerus-Clausus"-Gegröle deutschnationaler Studenten konnte sich der Zahnheilkundler Wilhelm Bauer, der allerdings seine Verdienste um die "völkische Sache" unter Protest der Israelitischen Kultusgemeinde betonte, im Wintersemester 1924/25 habilitieren. Am 29. Jänner 1925 legten Vertreter der Burschenschaften "Brixia", "Germania", "Pappenheimer" und der "Suevia" dem Senat eine Resolution mit der Ankündigung vor, nichts unversucht zu lassen, "um unsere Universität vor einem jüdischen Lehrer zu bewahren".¹⁰

Auch an der Universität Graz wurde die Diskussion über die "Judenfrage", über den "Abbau der Ostjuden" etc. vor dem Hintergrund massiver gesellschaftlicher Verteilungskämpfe radikalisiert. Der steirische Landesrabbiner David Herzog (1869–1946), Dozent für semitische Philologie an der Universität Graz, wurde im Juni 1923 von Nazi-Studenten öffentlich belästigt, der Senat verwies den Studenten ihr Auftreten u.a. mit der Begründung, daß dadurch "nur die Studentenschaft in ihrem Abwehrkampf gegen die Übergriffe des Judentums" geschwächt würde.

1938 entlassen und ausgeplündert in die Emigration nach England vertrieben, schrieb der monarchistisch gesinnte Herzog: "Die Hauptpfote des Antisemitismus waren die beiden Hochschulen [in Graz], die Universität und die technische Hochschule. Die Verhältnisse – namentlich an der letzteren – spotteten jeder Beschreibung. Wenn ein jüdischer Hörer seine großen Zeichenblätter, ähnlich wie das alle anderen Hörer taten, im Zeichensaal ließ, weil ja das Nachhausetragen so umständlich gewesen ist, konnte er sicher sein, daß sie am nächsten Tag beschädigt oder beschmutzt waren. Das Studium an diesen Hochschulen war wahrlich für den jüdischen Studenten eine harte Prüfung und ein dornenvoller Weg. Ich sagte einmal, wenn man uns Juden, allerdings fälschlicherweise, vorwirft, wir hätten den Dornenweg von Jesus am Gewissen, so war dieser noch überschattet von dem Wege, den die armen jüdischen Studenten auf dem Kalvarienberge zur Erlangung ihrer Hochschulstudien durchzugehen hatten."¹¹

⁹ Vgl. dazu Gerhard Oberkofler, Der "Fall Kastil". Akademischer Antisemitismus und die Innsbrucker Kraus-Vorlesungen, in: *Kraus-Hefte 21* (1982), S. 2-6.

¹⁰ Universitätsarchiv Innsbruck, Akten der Medizinischen Fakultät/Habilitationsakt "Wilhelm Bauer". – Zur antisemitischen Tradition an der Universität Innsbruck vgl. Gerhard Oberkofler/Peter Goller, *Geschichte der Universität Innsbruck 1669–1945*, (=Rechts- und Sozialwissenschaftliche Reihe 14), Frankfurt 1996, S. 183-191, 300-305.

¹¹ David Herzog, *Erinnerungen eines Rabbiners 1932–1940*, Hrsg. Walter Höflechner, (=Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz 32), Graz 1995, S. 5. Zur Lage der jüdischen und sozialistischen Akademiker an der Universität Graz vgl. Walter Höflechner, *Die Baumeister des künftigen Glücks. Fragment einer Geschichte des Hochschulwesens in Österreich vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis in das Jahr 1938*, Graz 1988, S. 316-334.

Im Gefolge der bürgerlich-kapitalistischen Sanierungspolitik, die Österreich in den "Genfer Protokollen" (1922) auferlegt worden war, und die u. a. zu einem massiven Beamtenabbau führte, bündelten sich Mitte der zwanziger Jahre an den Wiener Hochschulen die Probleme für jene Gruppierung, die von ihren Gegenspielern mit den Attributen "liberalistisch", "jüdisch" und "sozialistisch/kommunistisch" abqualifiziert wurde.¹² Selbst in Habilitationsverfahren, in denen explizit keine politischen Vorbehalte formuliert wurden bzw. in denen die antisemitischen und antisozialistischen studentischen Schlägertrupps erst gar nicht in Aktion treten mußten, spielten antisozialistische Ressentiments eine entscheidende Rolle.¹³

Zeitlich parallel zum Habilitationsverfahren Karl Horovitz scheiterte mit Rückzug vom 3. November 1924 auch der Philosoph Edgar Zilsel mit seinem Dozenturgesuch, politische Gründe wurden im Unterschied zum Horovitz-Verfahren nicht benannt. Das Habilitationsverfahren Zilsel erinnert aber in den administrativen Abwicklungsdetails an jenen Fall.

Unabhängig von Fragen politischer Wertung stand der Sozialdemokrat Zilsel mit seinem wissenschaftlichen Ansatz außerhalb des konventionellen universitären Fächerkanons. Diesbezügliche Bedenken konnten auch von einer philosophischen Kapazität wie Ernst Cassirer nicht zerstreut werden. Zilsel war wie der Chemiker Fritz Feigl, der die massiven politischen Widerstände gegen seine Habilitation mit Glück überwinden konnte, in der Volksbildung, und zwar im "rot" verschrieenen Volkshaus Ottakring tätig. Nach 1934 wurde Zilsel von den Austrofaschisten disziplinar gemäßregelt.

Das traditionell-geisteswissenschaftliche Milieu mußte sich allein durch Zilsels rationalistischen Ansatz provoziert fühlen, in dem er den irrational-intellektuellen Jargon der heraufdämmernden Konservativen Revolution mit seinen *Beiträgen zur Geniereligion* geradezu im Mark traf. Für die universitäre "Mandarintradition", die in der Hauptsache mit der intellektuellen Sublimierung der diversen Mythen des 20. Jahrhunderts beschäftigt war, waren Zilsels Thesen eine Provokation. Zilsels 1918 erstveröffentlichtes Buch *Die Geniereligion* liest sich wie eine prophetische und heute mehr denn je aktuelle Warnung vor akademischem Irrationalismus in postmodernem Gewande.

¹² Vgl. dazu Helge Zoitl, 'Student kommt von studieren!' Zur Geschichte der sozialdemokratischen Studentenbewegung in Wien, (=Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung 62), Wien-Zürich 1992, S. 323, über den "Transport" der antisemitischen Numerus-Clausus-Forderungen, der in verschiedenen osteuropäischen Ländern zu Beginn der zwanziger Jahre rechtlich fixiert wurde und zu einem Ausweichen der jüdischen Intelligenz in den Westen geführt hat. Vgl. dazu auch Roman Sandgruber, *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Wien 1995, S. 361 ff.

¹³ Vgl. dazu Friedrich Stadler, *Aspekte des gesellschaftlichen Hintergrundes und Standorts des Wiener Kreises am Beispiel der Universität Wien*, in: Wittgenstein. Der Wiener Kreis und der kritische Rationalismus. Akten des Dritten Internationalen Wittgenstein-Symposiums, Hrsg. Hal Bergel/Adolf Hübner/Eckehart Köhler, Wien 1979, S. 41-59.

Zisel – Zeitzuge gegen billige Verklärungen eines angeblich rationalen Milieus "Wien um 1900" in unseren Tagen – erkannte in den Denkern der Konservativen Revolution die Vorboten des in die Arme des Faschismus flüchtenden Bürgertums. Zisels historisch-analytischer, ideologiekritischer und rational-empirischer Ansatz war objektiv ein Schlag in das Gesicht jener akademischen Gruppierungen, deren Geschäft von studentischen Schlägertrupps – wenn auch von ihren Gönnern mit Mißtrauen und elitärer Distanz beobachtet – besorgt wurde: "Edgar Zisels *Geniereligion* ist eines der wenigen Werke, die – noch während des 1. Weltkrieges geschrieben – Analyse und Kritik des 'Zeitgeistes' leisteten und daher wichtige Beiträge zur Überwindung der alten und zum Aufbau einer neuen Gesellschaft waren."¹⁴

Zisels Kampf gegen die "Geniemetaphysik", gegen "das Umherfucheln mit Wertmaßstäben" mußte von der erdrückenden Mehrheit jenes philosophischen Professorenkollegiums, das seiner Habilitation hätte zustimmen müssen, auch als Kritik ad personam empfunden worden sein, wenn er die im Wien des Jahres 1923/24 an Macht und Herrschaft zunehmende Universitätsideologie ins Visier nimmt: "Man könnte überhaupt über die ein wenig verstiegenen Ideen der Geniebegeisterung viel leichter hinweggehen, wenn die Metaphysik der schöpferischen Persönlichkeit und die Tiefendogmatik nicht stets hervorgeholt würden, wo es sich ausschließlich um Fragen der sozialen Ordnung, um Krieg und Frieden, um Nahrung, Bekleidung, Behausung unserer Mitmenschen handelt. Eine Verquickung von metaphysischen Werten mit höchst realen Tatsachen muß aber immer zu einer bedenkliehen Gesinnung und weiters zu Folgen führen, die für die Gemeinschaft im allerhöchsten Grade gefährlich sind." Auf eine "feierliche Hungermetaphysik" könne man verzichten, die "Chamberlains der Zukunft" sollten aber wenigstens so ehrlich sein, "Heerführer" statt "Goethe und Kant" anzuhimmeln. Zisel sprach vom "Halbgelehrtentum H. St. Chamberlains". Mag die akademische Zunft auch selbst mit den Chamberlains, den Klages und Spenglers, die der Universität überlegene, effiziente Sinnstiftungsangebote lieferten, ihre liebe Not gehabt haben, mußte sie sich doch in einer solchen Kritik inkludiert gesehen haben. Zisel ahnte die offene Radikalisierung der sich noch "rein wissenschaftlich" gebärdenden Universitätsgelehrten im Sinne von "Blut und Boden", wenn er seine Chamberlain-Kritik bereits 1918 – noch hatten sozialistische Gesellschaftsentwürfe einige machtpolitische Trümpfe in der Hand – meinte: "Jede Minderung, die das Ansehen Chamberlains erfährt, bedeutet an sich einen Gewinn, denn gerade der genannte Autor bewegt sich stets auf jenen Grenzgebieten, auf denen Unwissenheit und tiefe Vorurteile mit Glück und Blut der Nebenmenschen bezahlt werden. Trotzdem dürfen wir nicht übersehen, daß es sich hier nicht um Chamberlain handelt."¹⁵

¹⁴ Johann Dvorak, Zu Leben und Werk Edgar Zisels und zur Soziologie des Geniekults, in: Edgar Zisel, *Die Geniereligion*. Ein kritischer Versuch über das moderne Persönlichkeitsideal, mit einer historischen Begründung, Wien 1990, S. 7-40, hier: S. 39.

¹⁵ Edgar Zisel, *Die Geniereligion* (siehe Anm. 14), S. 185, 191, 219, 230, 233.

Zisel wußte, daß ein "Schwärmer" wie Chamberlain "bei den Gebildeten beträchtliches Ansehen" genoß, und er mußte dies vor dem Hintergrund eines militant-verschärften politischen Klimas an der Universität umso bedrohlicher empfinden. In einem Umfeld, in dem sich die Prager Rektorsaffäre um den Historiker Samuel Steinherz zur staatspolitischen Affäre auswuchs, in einem Umfeld, in dem das Professorenkollegium der Wiener Technischen Hochschule am 21. Februar 1923 den antisemitischen Numerus-Clausus zum Beschluß erhob, in einem Umfeld, in dem Mitte November 1923 bewaffnete Studenten die Anatomievorlesung Julius Tandlers mit den Worten "Juden hinaus!" stürmten, den Nationalökonom Carl Grünberg terrorisierten und seinen Abgang nach Frankfurt beschleunigten,¹⁶ jüdische und sozialistische Studenten überfielen und sich die akademischen Behörden im Grunde nur gegen die Form des Protestes stellten, in einem Umfeld, in dem unter dem Schlagwort, die "fortschreitende Levantisierung" hintanhalten zu müssen, ein deutschvölkisches Studentenrecht gefordert wurde, konnte Zisels wissenschaftliche Position a priori nicht als habilitationswürdig gelten.¹⁷

Kumulierte personalpolitische Diskriminierung jüdischer und sozialistischer Gelehrter – so u. a. in den Fällen des Chemikers Fritz Feigl, des Albanologen und Sprachwissenschaftlers Maximilian Lambertz, des austromarxistischen Philosophen Max Adler, Carl Grünbergs u. a. m. – war vor dem Hintergrund des bürgerlichen Dauerterrors an den Universitäten kein gelegentlicher singulärer Betriebsunfall.¹⁸

¹⁶ Vgl. zu Grünbergs Weggang Rolf Wiggershaus, *Die Frankfurter Schule*. Geschichte. Theoretische Entwicklung. Politische Bedeutung, München-Wien 1986, S. 33-49.

¹⁷ Vgl. Zoidl, 'Student kommt von studieren!', S. 329, 369-376. Für die sozialistischen Hochschulprofessoren protestierten Hahn, Hartmann und Lehmann gegen die völkischen Krawalle (auch Abel und Oberhammer waren gegen diese). Zu weiteren antisemitischen/antisozialistischen Protestwellen, unter deren Eindruck Habilitationsverfahren wie jene von Horovitz und Zisel zum Erliegen kamen, vgl. Brigitte Lichtenberger-Fenz, "... Deutscher Abstammung und Muttersprache." Österreichische Hochschulpolitik in der Ersten Republik, Wien 1990, S. 49-59.

¹⁸ Vgl. Gerhard Oberkofler/Peter Goller, Fritz Feigl (1891-1971). Notizen und Dokumente zu einer wissenschaftlichen Biographie, Hrsg. Zentralbibliothek für Physik in Wien, Wien 1994. Vgl. ferner Michael Siegert, Warum Max Adler nicht Ordinarius wurde, in: *Neues Forum* 215 (Nov./Dez. 1971), S. 30 f. – Über Lambertz, der 1934 als Sozialdemokrat aus dem Schuldienst entlassen, nach dem "Anschluß" rassistisch diskriminiert wurde und nach 1946 als Ordinarius der vergleichenden Sprachwissenschaft in Leipzig wirkte, vgl. *Neue Deutsche Biographie* 13 (1982), S. 439 f. (Artikel Gerhard Grimm). Im Fakultätsbericht hieß es: Lambertz "hat am 10. Nov. 1923 ein Gesuch eingereicht um Erlangung der *Venia legendi* für vergleichende Sprachwissenschaft der indogermanischen Sprachen. In der Sitzung vom 21. März 1924 wurde über die persönliche Eignung des Habilitationswerbers beraten. Es wurden keine Einwände erhoben und die Zuführung des Gesuches zur weiteren Beratung gemäß Geschäftsordnung in geheimer Abstimmung beschlossen. Es sei ausdrücklich erklärt, daß weder in dieser Sitzung noch in der folgenden, die sich mit der wissenschaftlichen Eignung des Bewerbers befaßte, erwähnt wurde, daß Dr. Lambertz von der sozialdemokratischen Partei in den Gemeinderat von Mauer entsendet worden ist. Ich glaube mit gutem Gewissen behaupten zu können, daß diese Tatsache der Fakultät, vielleicht mit Ausnahme ihrer sozialdemokratischen Mitglieder, völlig unbekannt gewesen ist. In der Sitzung vom 17. Mai l. J., in welcher nach § 8 der Hab. Norm über die wissenschaftlichen Arbeiten und im

Die Vorgangsweise der akademischen Machthaber mutierte zu typischem Verhalten, das im Sommer 1924 von den sozialdemokratischen Abgeordneten Karl Seitz, Robert Danneberg und Matthias Eldersch in einer Interpellation als Ausdruck "engerzige[n] Geist[es]", der "sich an den österreichischen Hochschulen ungehemmt gegen Sozialdemokraten auslebt", qualifiziert wurde: "In den Köpfen einer Reihe von Hochschullehrern scheint die Vorstellung zu spuken, daß die Verleihung eines Lehramtes an den wissenschaftlichen Forschungsstätten ihrem Wesen nach eine Privatangelegenheit engster Zirkel zu sein habe, die sich ihre Angelegenheiten nach Gutdünken in vertraulichem Kreise ausmachen dürfen. Zu der Auffassung, die in einem Rechtsstaat allein zulässig und möglich ist, daß das Habilitationsverfahren nichts anderes ist als eine Form des Verwaltungsverfahrens, das mit allen Rechtsgarantien ausgestattet ist, daß das Habilitationsurteil ein jurisdiktioneller Akt ist, kurz, daß in der Handhabung der Habilitationsvorschriften Rechtlichkeit und Gesetzlichkeit bestätigt werden muß, nicht aber Parteilichkeit und Willkür, zu dieser Auffassung scheinen sich die Professorenkollegien unserer Hochschulen noch immer nicht bequemen zu können."

Das Habilitationsgesuch des Physikers Karl Horovitz stand genau in dem Moment zur entscheidenden Abstimmung an, als an der Universität Wien die "Herbstkrawalle" des Jahres 1923 ihren Höhepunkt erreichten und der militante Teil der deutschnationalen Studentenschaft vom Professorenkollegium als Dank für die Einstellung der Ausschreitungen ein stilles, administrativ-akademisches Vorgehen gegen jüdische und sozialistische Hochschullehrer forderte. In der gegen Horovitz gerichteten Pressekampagne wurde vorgebracht, daß die akademischen Behörden gegen den "Radau"-Antisemitismus auftreten und unter Hinweis auf formalrechtliche Grenzen auf ein evolutionäres Vorgehen in der "Judenfrage" drängen, in Wirklichkeit aber Juden habilitieren würden. Am Vorabend der Abstimmung über das Gesuch von Horovitz im Philosophischen Professorenkollegium veröffentlichte die alldeutsche *Deutschösterreichische Abend-Zeitung* am 6. Dezember 1923 einen antisemitischen Hetzartikel: "Seitens akademischer Behörden wird gelegentlich gegen antisemitische Kundgebungen in der Studentenschaft eingewendet, man solle keinen Lärm schlagen, sondern im stillen arbeiten. Dieser Grundsatz hat gewiß viel für

besonderen über die Habilitationsschrift beraten wurde, sind starke Bedenken dagegen geäußert worden, daß in den Schriften Dr. Lambertz' die Bedingungen für die Zulassung zur Habilitation erfüllt seien. Es ist als sicher anzunehmen, daß diese Auffassung für die Abstimmung entscheidend gewesen ist." – Auch der nach 1945 als Ideologe der (amerikanischen) Rechten bekannt gewordene Wiener Dozent Eric Voegelin notiert in seinen Erinnerungen in den siebziger Jahren: "1918 und in der Zeit danach wurden jedoch keine weiteren Juden zu Ordinarien ernannt; die jüngeren jüdischen Wissenschaftler hatten somit keinerlei Chance, jemals über den akademischen Grad des Privatdozenten hinauszukommen. Diese Blockade war teilweise der Grund dafür, daß so ausgezeichnete Wissenschaftler wie Felix Kaufmann und Alfred Schütz regelmäßig ihren Finanzgeschäften nachgingen. Schütz war, wie bereits erwähnt, Bankier, Felix Kaufmann Direktor einer englisch-persischen Ölgesellschaft." (Eric Voegelin, *Autobiographische Reflexionen*, Hrsg. Peter J. Opitz, München 1994, S. 24).

sich, jedoch unter der Voraussetzung, daß die zuständigen Stellen auch wirklich im stillen arbeiten. Leider aber mußte schon bisher festgestellt werden, daß es in dieser Hinsicht oftmals gefehlt hat, und heute sind wir in der Lage, einen neuerlichen Fall eines solchen 'Arbeitens im stillen' mitzuteilen. Bei der Wiener philosophischen Fakultät ist gegenwärtig das Gesuch des Assistenten am Ersten physikalischen Institute, Dr. Karl Horovitz, eines kommunistischen Juden, um Habilitation als Privatdozent für Physik anhängig, und die Kommission sprach sich für seine Zulassung zum Kolloquium und Probevortrag aus. Die Entscheidung liegt nunmehr beim Professorenkollegium, dessen starke arische Mehrheit es noch in der Hand hat, den Kommissionsantrag abzulehnen. Dieser Fall zeigt aber auch, daß es gar nicht notwendig ist, erst nach einer Abänderung der Staatsgrundgesetze zu rufen, denn in diesen steht nirgends, daß ein Jude von arischen Professoren habilitiert, zum Professor vorgeschlagen oder zum akademischen Amtswalter gewählt werden muß."

Horovitz' Gegendarstellung diente der *Deutschösterreichischen Tageszeitung* am 11. Dezember 1923 nur als Anlaß zu weiterer Denunziation: "Es ist unwahr, daß ich Kommunist bin; wahr ist vielmehr, daß ich Sozialdemokrat bin und der sozialistischen Vereinigung geistiger Arbeiter¹⁹ seit ihrer Gründung angehöre. Unwahr ist ferner, daß ich Jude bin; wahr ist vielmehr, daß ich jüdischer Abstammung bin, jedoch keiner Religionsgemeinschaft angehöre." Das Blatt konterte: "Na also! Kein Kommunist, sondern nur waschechter Sozialdemokrat. Aber auch kein Jude? Der Herr Assistent und Doktor wird doch nicht im Ernste behaupten wollen, daß er aufgehört hat, Jude zu sein, weil er, obwohl als Jude geboren, konfessionslos geworden ist."

Das aus den Naturwissenschaftlern Ernst Lecher, Gustav Jäger, Rudolf Wegscheider, Felix Ehrenhaft, Hans Thirring, Stephan Meyer und Adolf Franke sowie dem an der "gesamtdeutschen" Geschichtsbetrachtung werkenden Heinrich Ritter von Srbik bestehende Habilitationskollegium hatte am 24. November 1923 einstimmig die Zulassung von Horovitz zu den weiteren Stadien der Habilitation beantragt. (Vgl. Dokument 1) Eine Protokollnotiz vom 24. November 1923 wies aber auf die anlaufende Kampagne gegen Horovitz hin: "Srbik. Anfrage. Ob Kommunist. Thirring. Steht [für] ihn ein. Meyer. Schwager eines Kommunisten. Verhält sich aber absolut ablehnend."²⁰

In den Folgetagen wurde die Abstimmung im Fakultätsplenum – nach dem einstimmig positiven Kommissionsvotum eigentlich nur mehr eine Formsache – im denunziatorischen Wege, d. h. im Wege der zitierten Pressekampagne, manipuliert:

¹⁹ Über die "Sozialistische Vereinigung geistiger Arbeiter" vgl. Zoitl, 'Student kommt von studieren!', S. 187 f.: Als deren Ziele galten die Erfassung aller Arbeitslosen in geistigen Berufen, die Regelung der Arbeitslosenunterstützung für geistige Arbeiter etc.

²⁰ Zu Srbiks Rolle im Faschismus vgl. Gerhard Oberkofler, Politische Stellungnahmen der Akademie der Wissenschaften in Wien in den Jahren der NS-Herrschaft, in: *Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewußtsein*, Hrsg. Helmut Konrad/Wolfgang Neugebauer, München-Zürich 1983, S. 115-126.

"In einer der Berichterstattung angeschlossenen Debatte erklärte ein Mitglied des Kollegiums, daß es seine Zustimmung zu dem Antrage nicht geben könne, da ihm von Gewährsmännern berichtet worden sei, daß Dr. Horowitz seiner Gesinnung nach Kommunist sei. Dieser Angabe wurde von anderen Mitgliedern des Kollegiums widersprochen. In der nach § 8 der Geschäftsordnung vorgenommenen geheimen Abstimmung wurde der Antrag der Kommission mit 34 Stimmen nein und 6 Enthaltungen gegen 20 Stimmen ja abgelehnt."²¹

In einer Protestresolution wandten sich die sozialdemokratischen und liberalen Professoren Ludo Moritz Hartmann (Mediävist, Verfasser des Appells), Karl Bühler (Psychologie), Hans Hahn (Mathematik), Emil Reisch (Klass. Archäologie), Ernst Lecher (Physik), Alfred F. Pribram (Geschichte), Heinrich Gomperz (Philosophie), Moritz Schlick (Philosophie), Wilhelm Kubitschek (Röm. Altertumskunde u. Epigraphik), aber auch der deutschnationalen Gruppierung nahestehende, wie Friedrich Johann Becke (Mineralogie) oder Eduard Brücke (Geographie) gegen das Majoritätsverhalten im Plenum: "Da die Kommission durch einstimmigen Beschluß der Fachmänner die Habilitation des Dr. Horowitz empfohlen hat, die Fakultät aber zugebenermaßen nur aus dem Grunde, weil Dr. H. nach einem unbeglaubigten Gerüchte Kommunist sei, den Beschluß mit überwiegender Majorität abgelehnt hat, hat diese Majorität ihre Pflicht, nur nach objektiven Gesichtspunkten ihres Amtes zu walten, verletzt und das Ansehen der Fakultät durch ihr Verhalten geschädigt." Dem Protest schlossen sich der Physikalische Chemiker Rudolf Wegscheider und der Physiker Felix Ehrenhaft an.

Da der Antrag der Habilitationskommission gemäß Geschäftsordnung in geheimer Abstimmung abgelehnt worden war, vertrat das Philosophische Dekanat die Auffassung, daß eine Begründung für die Ablehnung der Habilitation nicht mehr erforderlich, vielmehr eine solche sogar geschäftsordnungs- und rechtswidrig wäre.

Horowitz erklärte Ende Dezember 1923 gegenüber dem Dekan der Philosophenfakultät, daß die begründungslose Abweisung des Habilitationsgesuchs auf Verweigerung der Rechtsmittel hinauslaufe, zumindest sei deren gezielter Einsatz unmöglich, da je nach Begründung der Ablehnung der Rekurs an den Akademischen Senat bzw. an das Bundesministerium zu erfolgen habe. Horowitz warf dem Professorenkollegium der Philosophischen Fakultät habilitationsnormwidriges Verhalten vor.²² Er begründete seine Vorstellung mit dem Argument, aus schlüssigen Handlungen im Fakultätsplenum gehe hervor, daß die Ablehnung aus amtlich irrelevanten Aversionen resultiere: "Außerdem teilte mir Herr Hofrat Lecher auf mein Befragen mit, daß überhaupt nur über meine persönliche Eignung zum Hochschullehramt debattiert

²¹ Dargestellt nach dem Habilitationsakt Horowitz, Universitätsarchiv Wien, Akten der Philosophischen Fakultät Sammelzahl 1158 ex 1922/23.

²² Die Habilitationsnorm war am 2. September 1920, StGBI. 415, als Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Inneres und Unterricht, betreffend die Zulassung und die Lehrtätigkeit der Privatdozenten an den Hochschulen, kundgemacht worden.

wurde, nachdem von einem Fakultätsmitglied der Vorwurf gegen mich erhoben wurde, daß ich Kommunist sei." Die Ablehnung aus rassistischen und politischen Gründen sei willkürlich und stelle eine Verletzung des verfassungsmäßig gewährleisteten Rechts der Gleichheit dar. Deshalb erhob Horowitz im Wege seines Verteidigers Max Adler unter einem Beschwerde beim Verwaltungs- und beim Verfassungsgerichtshof.²³ (Vgl. Dokument 2)

Eine Kommission der Philosophischen Fakultät zur Besprechung der Frage "Beratung der Rechtslage im Falle der Bewerbung Dr. K. Horowitz um die Venia legendi" deckte unter der Federführung des Botanikers Richard Wettstein und des Paläontologen Othenio Abel das Vorgehen der Fakultät. Protest kam nur von Hans Hahn und Rudolf Wegscheider: "Es ist kein Versuch gemacht worden der [Habilitation]-Norm nachzukommen. Es wurde vom Kollegen Uebersb[er]ger behauptet, daß H. Kommunist sei, es ist möglich, daß eine gewisse Anzahl von Kollegen sich durch diese Äußerung in ihrem Votum bestimmen lassen." Hahn nannte dies einen "Nullitätsgrund". Wegscheider meinte: "Eine Ablehnung ohne Begründung ist keine, so gut wie kein Beschluß." Allenfalls gestand die maßgebliche Fakultätsgruppierung gewisse Widersprüche zwischen der Habilitationsnorm und fakultätsinternem "Gewohnheitsrecht" zu: "Die Vorstellung des Dr. Horowitz wird mit folgendem Bemerkten an den akademischen Senat weitergegeben: Die Fakultät gibt zu, daß der Vorgang bei Behandlung des Habilitationsgesuches Horowitz in formaler Hinsicht nicht ganz den Bestimmungen der Habilitationsnorm entsprach, da die Fakultät sich bei dieser Behandlung an die bisherigen Gebräuche hielt."

Daß die Habilitationsnorm in Verbindung mit der fakultären Geschäftsordnung willkürlich-gesetzlosem Vorgehen Tür und Tor öffne, gab Dekan Franz E. Suess auch in einem Bericht an das Ministerium am 11. Februar 1924 indirekt zu, indem er die "Unhandlichkeit der Norm" beklagte: "Da kein Antrag auf Ablehnung aus persönlichen Gründen nach § 6 vorlag und außerdem die Ablehnung durch geheime Abstimmung gemäß § 8 der Geschäftsordnung stattgefunden hatte, war der Dekan nicht in der Lage, den Grund der Ablehnung festzustellen und bekanntzugeben. [...] Der Dekan wird überhaupt nur dann in der Lage sein, irgendwelche Gründe einer Ablehnung mitzuteilen, wenn solche in einem Ablehnungsantrage der Kommission ausdrücklich formuliert waren."

Der Akademische Senat fügte Ende Februar 1924 verschärfend hinzu, daß "eine Mitteilung von Gründen eines Beschlusses (auf Ablehnung eines Habilitationsgesuches) dann nicht möglich ist, auch gesetzwidrig wäre, wenn wie im vorliegenden

²³ Alfred Pfabigan, Max Adler. Eine politische Biographie, Frankfurt/New York 1982, S. 44: "1902 bestand Adler die Anwaltsprüfung und ließ sich in Florisdorf – heute ein Außenbezirk von Wien – in Kanzleigemeinschaft mit einem gewissen Dr. Weiß als 'Hof- und Gerichtsadvokat' nieder. Der Charakterisierung Bruno Freis zufolge betrieb Adler eine 'Arme-Leute-Advokatur', deren Klienten 'verhärmte Mieter, Handwerker im Arbeitskittel, Frauen im Kopftuch' waren. Die Kanzlei verstand sich als Privatkanzlei, die Vermittlung der Klienten erfolgte auch durch eine heute nicht mehr eruierbare Parteiinstitution, doch hat sie nie größere Agenden für die Partei geführt."

Falle die Abstimmung gemäß § 19, Abs. 2 der Geschäftsordnung des philosophischen Professorenkollegiums eine geheime ist."

Wiederum protestierten Hans Hahn und Ludo Moritz Hartmann vergeblich gegen die rechtsstaatlich skandalösen Zustände. Sie bezeichneten am 13. März 1924 die Position des Senats unumwunden als "gesetzwidrig". Hartmann – nur in der Anschlußfrage mit der herrschenden Fakultätsfraktion konform – wurde nach 1918 selbst systematisch von der "Deutschen Studentenschaft" mit Boykottmaßnahmen belegt, so daß sich maximal ein halbes Dutzend Hörer in seiner Vorlesung fand.²⁴ Die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof wurde am 6. März 1924 gemäß Art. 129 Bundes-Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920 "ohne weiteres Verfahren zurückgewiesen, weil die Angelegenheit im administrativen Wege nicht ausgetragen erscheint." Anstelle dessen kassierte aber das Unterrichtsministerium als sachlich zuständige Oberbehörde am 20. März 1924 den Wiener Fakultätsbeschluß, da die Ablehnung willkürlich in Gestalt einer Mitteilung, der es an den elementarsten Elementen eines Bescheides – Spruch, Begründung und Rechtsmittelbelehrung – fehlte, ergangen war. Aus der formlosen Ablehnung des Habilitationsgesuchs gegenüber Horovitz gehe nicht hervor, "ob der Fall § 6 (persönliche Eignung) oder § 8 (wissenschaftliche Befähigung) gegeben sei, auch sei es verabsäumt worden, dem Bewerber eine Rechtsmittelbelehrung" zukommen zu lassen.

Die Fakultät setzte in der Folge einen Habilitationsausschuß ein, der am 15. Mai 1924 neuerlich mit zwei Gegenstimmen die Annahme des Habilitationsgesuches Horovitz empfahl. Vor allem Lecher "hält H. für persönlich geeignet. In den Jahren immer nur gute Eigenschaften wahrgenommen. Empfiehlt die Genehmigung aufs wärmste. Alle, die ihn kennen, günstige Meinung." Hans Hahn und Hans Thirring, aber auch Horovitz' institutsinterner Gegenspieler Ehrenhaft setzten sich für die Habilitation ein.

Der im engeren Ausschuß von Othenio Abel massiv angedeutete Widerstand von seiten der deutschnationalen Fraktion erwies sich als maßgeblich. Abel formulierte laut Protokollnotiz in der Ausschußsitzung: "Rekurrierte nicht nur beim akad. Senat, Minist., Verfassungsger[ichts]hof u. Verwaltungsger[ichts]hof, d. i. eine Kampfstellung gegen die Fakultät. Nicht kolleg. Verhalten zu erwarten. Wird in dieser Hinsicht einen Antrag v[or] d[ie] Fakultät bringen."

Othenio Abel brachte seine Bedenken mit dem Chemiker Adolf Franke schriftlich formuliert vor das Professorenkollegium: "Sind die Unterzeichneten der Ansicht, daß infolge dieser ungewöhnlich scharfen Kampfstellung von seiten des Herrn Dr. Horowitz gegen die philosophische Fakultät kaum erwartet werden kann, daß das für ein gedeihliches Zusammenarbeiten unerläßliche kollegiale Empfinden und ein kollegialer Verkehr mit Herrn Dr. Horowitz möglich ist und stellen daher den Antrag: Das Habilitationsgesuch des Herrn Dr. Horowitz ist aus den angeführten per-

²⁴ Vgl. Herbert Dachs, Österreichische Geschichtswissenschaft und Anschluß 1918–1930, Wien-Salzburg 1974, S. 181.

sönlichen Gründen abzulehnen." Dementsprechend fand sich im Professorenkollegium am 17. Mai 1924 "eine ganz bedeutende Mehrheit gegen die persönliche Eignung des Bewerbers".

Das Vorgehen im autonomen akademischen Geschäftswesen hatte sich als rechtsstaatlich bedenklich erwiesen. Nicht dies galt allerdings den maßgeblichen akademischen Funktionären als bedenklich. Vielmehr wurde im Gegenzug das Ergreifen von Rechtsmitteln als Verletzung der akademischen Sitten qualifiziert.

Horovitz' Gegenvorstellung vom 2. Juni 1924 beabsichtigte das Argument der "scharfen Kampfstellung" gegen die Fakultät zu entkräften: "So mußte ich vorsichtsweise zur Wahrung meiner verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte, innerhalb der nicht erstreckbaren Frist von 30 Tagen die Klage beim Verfassungsgerichtshof einbringen und wegen mangelhaften Verfahrens innerhalb der nicht erstreckbaren Frist von 60 Tagen beim Verwaltungsgerichtshof Beschwerde führen. Zum Beweise dieser Umstände berufe ich mich auf den Inhalt meiner beim Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof überreichten Eingaben, in denen ich ausdrücklich hervorgehoben habe, daß ich diese Eingaben vorsichtsweise einbringen muß, um bei der unklaren Rechtslage nicht etwa eine laufende Frist zu versäumen. Daß diese Klage innerhalb der Frist von 30 Tagen eingebracht werden mußte und kein Instanzenzug abgewartet werden konnte, geht auch daraus klar hervor, daß der Referent des Verfassungsgerichtshofes, Herr Senatspräsident Dr. Ettenreich, wie mir mein Anwalt, Prof. Dr. Max Adler, in einer Unterredung am 9. II. d. J. mitteilte, sogar der Meinung war, die Klage hätte noch früher, nämlich 30 Tage vom Sitzungstage an gerechnet, eingebracht werden sollen."

Institutsinterne Querelen zwischen Horovitz und Ehrenhaft verschlechterten die Lage zusätzlich. Horovitz stand unter dem disziplinarrechtlich anhängigen Verdacht, Kollegen gegenüber geäußert zu haben, Ehrenhaft habe die Agitation der "Arier" im *Deutsch Österreichischen Tagblatt* inszeniert. Der Habilitationsrekurs wurde bis zur Klärung der disziplinarrechtlichen Vorfragen ausgesetzt, die Hoffnung auf einen positiven Abschluß des Habilitationsverfahrens für Horovitz auf unabsehbare Zeit vertagt. Der unter dem Vorsitz des Rechtshistorikers Ernst Schwind tagende Disziplinarsenat sprach den von Hans Kelsen²⁵ verteidigten Horovitz im Februar

²⁵ Hans Kelsen protestierte 1928 gegen den an der Universität Wien allseits virulenten Antisemitismus. Der Rechtshistoriker Ernst Schwind hatte sich den Umstand, daß an der Wiener Rechtsfakultät "die systematisch-philosophisch Interessierten (d. h. der Reinen Rechtslehre Anhängenden) zahlreicher sind als die historisch orientierten Geister", mit der spezifischen "Zusammensetzung der Lehrenden und Lernenden" erklärt: "Wer den genius loci kennt, weiß, daß die 'Zusammensetzung', die S(chwind) ohne nähere Aufklärung in die Diskussion zu ziehen für nötig befindet, mit irgendeiner wissenschaftlichen Richtung in der Lehrerschaft oder gar in der Hörschaft nicht das geringste zu tun hat. [...] Ein solches 'Argument' hat wissenschaftlich keinen Anspruch, beachtet zu werden. Schämt es sich doch seiner selbst, da es sein wahres Gesicht so ängstlich verhüllt." (Hans Kelsen, Rechtsgeschichte gegen Rechtsphilosophie? Eine Erwiderung, Wien 1928, S. 31)

1925 frei: "Der Assistent am I. Physikalischen Institute Dr. Karl Horowitz wird von der Disziplinaranklage, er habe dem Assistenten Dr. Gustav Klein gegenüber den Prof. Dr. Felix Ehrenhaft der Hintertreibung seiner – des Horowitz – Habilitation bezichtigt, freigesprochen."²⁶

Am 28. März 1925 teilte das Rektorat dem Dekanat der Philosophischen Fakultät mit, das Professorenkollegium möge sich wiederum – zum dritten Male – mit der Habilitationsangelegenheit Horowitz in der Sache befassen, "da der Sachverhalt im Hinblick auf die Ergebnisse des Disziplinarverfahrens verändert erscheine. Die Anzeige hinsichtlich des Vorwurfes, daß Dr. Horowitz gegen die Abweisung seiner Habilitation mutwillig Rechtsmittel ergriffen habe, wurde [...] zurückgelegt."²⁷ Am 3. Juni 1925 trat unter dem Vorsitz des Dekans, des deutschnationalen Osteuropa-Historikers Hans Uebersberger, eines Horowitz-Gegners mit pointiert antisozialistischer Einstellung,²⁸ eine Kommission bestehend aus den Professoren Ehrenhaft, Exner, Hahn, Jäger, Meyer, Späth, Thirring, Wegscheider zusammen: "Sie beschloß (mit 7 ja bei 1 Stimmenthaltung) neuerlich zu beantragen, daß Dr. Horowitz, da nach ihrer Überzeugung die persönliche Eignung nach § 6 der Habilitationsordnung vorhanden ist, zu den weiteren Schritten des Habilitationsverfahrens zuzulassen sei." Horowitz hielt sich zu diesem Zeitpunkt bereits in Kanada auf, weshalb eine Vertagung des Verfahrens bis zur Rückkehr in Diskussion stand.

Unkontrollierte Zonen von Willkür im akademisch-autonomen Bereich hatten es ermöglicht, daß das verfassungsrechtlich verankerte Legalitätsprinzip auf Universi-

²⁶ Universitätsarchiv Wien, Akten des Rektorats Nr. 898 aus 1923/24 (Disziplinarakt Horowitz): Vor allem Fritz Feigl setzte sich mit seiner Aussage vor dem Disziplinarsenat für Horowitz ein. Horowitz schilderte die Vorgänge vom Dezember 1923 am 29. November 1924: "Donnerstag den 6. Dez. erschien der fragl. Artikel in der d. oe. Abendzeitung. Ich wußte von ihm nichts. Freitag den 7. Dez. abends fand die Sitzung des Professoren Kollegiums statt, in welcher ich abgelehnt wurde; um 1/2 10 abends telephonierte mir Hofrat Lecher und teilte uns mit, daß dieser Artikel in der d.oe. Abendzeitung erschienen sei. Ich ging damals sofort mit meiner Frau in zwei große Hietzinger Café Häuser, um den Artikel zu lesen, fand ihn aber nicht. Samstag den 8. Dez. (Feiertag) hatte ich vormittags zunächst eine Unterredung mit Prof. Thirring, dann mit Prof. Ehrenhaft [...]. Dann ging ich in die Professorenmesse, [...]. Ich befand mich in Gesellschaft der Herren W. Schiller, Dr. Feigl, Dr. Strebing (Technik) u. Dr. Smekal, mit denen ich auch wieder wegging. Ich kam auf die Idee, in dem Kiosk der Ostmark [...] die d. oe. Abendzeitung v. 6. Dez. zu suchen, ich fand sie auch dort, kaufte ein Exemplar, und wir lasen auf der Gasse den Artikel. Ich stellte Vermutungen an, wer wohl den Artikel in die Zeitung gebracht habe, ich hatte durchaus keinen Verdacht gegen Prof. Ehrenhaft und habe auch keinen geäußert. Montag den 10. Dez. war vormittags im I. Physik. Institut bei Hofrat Lecher eine Unterredung der Professoren Lecher, Ehrenhaft, Haschek (als Vertreter von Jäger), wahrscheinlich auch Meyer, Hahn und Hartmann, die mich rufen ließen und mir mitteilten, daß sie für mich Schritte unternehmen wollten; über die Form des Schrittes hatte Prof. Ehrenhaft eine andere Meinung als die Mehrzahl der Herren. Er war gegen scharfe Proteste und wollte den Weg der Unterhandlung und Aufklärung wählen, sagte mir aber ebenfalls seine Unterstützung zu."

²⁷ Rektor an Phil. Dekan am 28. 3. 1925, Universitätsarchiv Wien, Rektorat Nr. 581 ad 1923/24.

²⁸ Vgl. zu Uebersberger Dachs, Österreichische Geschichtswissenschaft und Anschluß 1918–1930, S. 141–155.

tätsboden durch Verfahrensverzögerungen, durch das Ausspielen akademischer Macht und durch diverse auf "Gewohnheit" beruhende Tricks zur Farce degradiert wurde. Die juristische Debatte war auf das Problem von Widersprüchen zwischen Habilitationsnorm und geheimer Majoritätsabstimmung nach fakultärer Geschäftsordnung hinausgelaufen. Im Banne historisch verbrämter Autonomieideologien und auf altehrwürdigen korporativen Unabhängigkeitsrechten pochend, glaubte die Universität – unbeeindruckt von der parallelen Diskussion über die Kodifikation und rechtsstaatliche Ausgestaltung des allgemeinen Verwaltungsverfahrens – gerade im Zusammenhang mit der Rekrutierung ihres Lehrkörpers ein freies Gestaltungs- und Ermessensrecht zu haben und nicht an die schnöde formale Gesetzmäßigkeit der Habilitationsnorm gebunden zu sein.²⁹ Und dies, obwohl der Verwaltungsgerichtshof erst im Frühjahr 1924 aus Anlaß einer Beschwerde des Habilitationswerbers Karl Adler³⁰ entschieden hatte, daß die Universität in Habilitationsfällen auch im auto-

²⁹ Vgl. dazu Robert Walter/Heinz Mayer, Grundriß des österreichischen Verwaltungsverfahrensrechts, 6. Aufl., Wien 1995, Rz 27: "Die Verwaltungsverfahrensgesetze wurden vom NR am 21. Juli 1925 beschlossen und im BGBl verlaubar (BGBl 1925/273–276); sie traten am 1. Jänner 1926 in Kraft. Mit der Erlassung einheitlicher Verwaltungsverfahrensgesetze war ein wesentlicher Schritt zur Verwaltungsreform vollzogen und dem Legalitätsprinzip (Art 18 Abs 1 B-VG) auf dem Gebiet des Verwaltungsverfahrens Rechnung getragen." – Der ehemalige Justizminister und Innsbrucker Verfassungsrechtler Hans R. Klecatsky beklagt als Rechtswissenschaftler und Rechtspolitiker seit Jahren – vermehrt seit dem österreichischen EU-Beitritt – die Folgen der generellen, schleichenden Aushöhlung des Legalitätsprinzips.

³⁰ Über Karl Adler (1865–1924), 1893 an der Universität Wien habilitiert, von 1898 bis zum Jahr der Auflösung der Universität Professor des Handels- und Wechselrechts in Czernowitz, siehe Juristische Blätter 53 (1924, Nr. 5/6) und Österreichisches Staatsarchiv Wien, Justiz, Akten des Österreichischen Verwaltungsgerichtshofes A 23/1924. Die Beschwerdeschrift Adlers langte erst zwei Tage nach seinem Tod am 22. Jänner 1924 ein, die Prozeßlegitimation ging an seine Tochter über. Adler hatte im Zusammenhang mit der Reform des österreichischen Zivilrechts und den ABGB-Teilnovellen scharfe Kritik an seinem Konkurrenten Josef Schey geübt. Eine torpedierte Berufung an die Universität fachte die akademischen Leidenschaften offensichtlich weiter an: "Seit Mitte des vorigen Jahrhunderts wuchs die auf Vereinheitlichung des Rechtszustandes zwischen Österreich und Deutschland gerichtete Bewegung immer mehr und mehr. Mit dem Ausbruch des Krieges wurde diese Bewegung besonders intensiv und ging namentlich mit großer Energie über das Gebiet der handelsrechtlichen Ordnungen hinaus, sich insbesondere dem allgemeinen Zivilrecht zuwendend. Ich gehörte seit jeher zu den überzeugtesten Vertretern dieser Bewegung, in der ich die allgemeinen Kulturinteressen mit den nationalen deutschen Interessen in wunderbarer Harmonie vereinigt fand. Als von Unger angeregt, eine Reformtätigkeit auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts im österreichischen Parlamente und der Kleinsche Entwurf samt Motiven veröffentlicht wurde, trat ich dieser beabsichtigten Reform mit Nachdruck entgegen. [...] Als dann aber die Regierung in den Jahren 1915 und 1916 die drei Novellen zum ABGB durch Verordnung zu Gesetzen machte und Herrenhausmotive gewissermaßen als eigene Begründung veröffentlichte, da war ich über dieses Attentat gegen unser bürgerliches Recht bestürzt und erbittert, und ich war es nicht allein. [...] Kurz, meine Heftigkeit in der Kritik der Novellen und des veröffentlichten Herrenhausberichtes war für jeden Kenner so sehr in der Sachlage, in den Zeitverhältnissen und in meinen persönlichen Verhältnissen begründet, daß nur Voreingenommenheit mit mir über den Grad der Heftigkeit rechten kann."

men Bereich an das förmliche Verwaltungsverfahren, an die Gesetzmäßigkeit gebunden sei. Sozialdemokratische Abgeordnete stützten im Sommer 1924 ihren Protest gegen die Diskriminierung sozialistischer Hochschullehrer auf das Adler-Erkenntnis: "Dieses Vorgehen des Professorenkollegiums steht in krassem Widerspruch zu der in einem ähnlichen Falle erfolgten Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes A 23/24/3, daß die Verweigerung des Gehörs eine Mangelhaftigkeit des Verfahrens und damit die Nichtigkeit der getroffenen Entscheidung begründe."

Die Philosophische Fakultät Wien sah den Sachverhalt in einer darauf bezugnehmenden Ministerialreplik spiegelverkehrt, ihr Verhalten sei von der Kritik des Gerichtshofes nicht tangiert: "Die Unterstellung, daß das Vorgehen des Professorenkollegiums [sich] in Gegensatz gestellt habe zu der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes A 23/24/3 ist völlig ungerechtfertigt, da diese Entscheidung erst am 14. Mai d. J. gefällt und erst vor wenigen Tagen der juristischen Fakultät zugestellt worden ist."

Die zwischen der Habilitations-Norm und der [mit d. Ministerialerlaß v. März 1908 Z. 4851 genehmigten] Geschäftsordnung der Fakultät bestehenden Widersprüche sind auch durch die erwähnte Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes nicht gelöst. Es sei hier auf die Eingabe der philos. Fakultät v. 18. März d. J. D. Z. 491 an das Ministerium verwiesen, in der eine Interpretation der §§ 6 und 7 der Habilitationsnorm beantragt worden ist, die eine mit der Geschäftsordnung übereinstimmende Handhabung der Habilitationsnorm ermöglichen soll. Es liegen ferner Gutachten von Rechtslehrern vor, welche die Notwendigkeit dartun, die unklaren Bestimmungen der Hab. Norm mit dem Charakter des Habilitations-Vorganges als Ermessungsverfahren in Einklang zu bringen. Auch die zitierte Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes [!] besagt: "Die Feststellung der Würdigkeit eines Habilitationswerbers eröffnet zweifellos dem Ermessen der Universitätsbehörde einen gewissen Spielraum."

Der Verwaltungsgerichtshof hatte die Praxis der universitären Organe – in diesem Falle des rechts- und staatswissenschaftlichen Professorenkollegiums Wien – in Wirklichkeit scharf kritisiert: "In der Sache hat der Verwaltungsgerichtshof die Berechtigung des Beschwerdepunktes anerkannt, daß das Professorenkollegium ohne vorherige Gewährung des Parteiengehörs ausgesprochen hat, es falle dem Beschwerdeführer die Verletzung guter akademischer Sitte, begangen durch leidenschaftliche Angriffe auf ein Mitglied dieser Fakultät, zur Last, und es sei aus diesem Grunde die von ihm angestrebte Habilitationserneuerung unzulässig." Zweifellos sei bei der "Feststellung der Würdigkeit eines Habilitationswerbers dem Ermessen der Universitätsbehörde ein gewisser Spielraum" eröffnet. Dieses Ermessen sei aber in "ordnungsmäßiger Weise" auszuüben. Das Habilitationsurteil sei ein jurisdiktioneller Akt, das Habilitationsverfahren nichts anderes "als eine Form des Verwaltungsverfahrens, als ein mit allen Garantien des Prozesses ausgestattetes Verfahren". Die Autonomie der Universität sei nicht, "wie dies etwa von der ständischen Epoche

gelten könnte, Gegenstand des subjektiven Rechtes der Universität als Korporation". Fast ironisch wird im Erkenntnis ausgesprochen, daß die von der Universität geforderten "guten Sitten" nicht "den wirklichen Verhältnissen" entsprechen würden.³¹

*

Das Verfahren Horovitz fand kein positives Ende. Er scheint in keinem Dozentenverzeichnis der Universität Wien auf. An der Wiener Universität sah Horovitz ganz offensichtlich keine wissenschaftliche Perspektive.

Mit Personalstand der Universität Wien vom 1. November 1925 war Horovitz beurlaubter Assistent des I. Physikalischen Instituts, als solcher schien er auch noch im Folgejahr auf.³² Als Fellow der Rockefeller-Stiftung kam Horovitz 1925 nach Toronto, wo er seine Wiener Studien – "namely the investigation of crystal forms of certain materials by X-rays" – fortführte. Horovitz folgte Einladungen an die Universität Chicago, an das Medizinische Forschungslaboratorium der Rockefeller-Stiftung in New York, wo er mit Karl Landsteiner kooperierte,³³ und an die Stanford-Universität, ehe er 1929 eine feste Stellung an der Purdue-Universität in Lafayette, Indiana, annahm. Dankbar erkannte diese Universität nach Horovitz' Tod 1958 an, daß sie ihm den Anschluß an die moderne Physik, d. h. an die Lehre von Relativitäts- und Quantentheorie und den Aufbau einer adäquaten physikalischen Forschung – insbesondere den Aufbau der sog. "Purdue groupe for Solid State Physics, for Germanium Development" verdankte.

Aus einem Forschungsaufenthalt war Jahre vor der offenen Machtergreifung des Faschismus dauernde Emigration geworden. Es sei schwer vorstellbar, in welche "intellectual desert" der Wiener Horovitz bei seinem Amtsantritt an der Purdue Universität 1929 gekommen sei, hieß es aus Anlaß der offiziellen Trauerfeier 1958. Leicht vorstellbar ist es allerdings, daß Horovitz, wie viele andere Emigranten, etwa Fritz Feigl, in der "Neuen Welt" die Wurzeln des "Roten Wien" und jedweder proletarischen Gegenkultur verlor. Sogar für den rechtsstehenden Wiener Politik-Philosophen Eric Voegelin tat sich allein während eines bloß zweijährigen US-Aufenthalts in den zwanziger Jahren ein Bruch zur europäischen bürgerlichen Ideologie und Denktradition auf: "Das Besondere war die Tatsache, in eine Welt hineingeworfen zu sein, in der die großen neokantianischen Debatten, die für mich vom intellektuell-geistigen Standpunkt aus die zentralen Ereignisse darstellten, bedeutungslos waren."

³¹ Zit. nach Sammlung der Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes 48 (1924). Administrativer Teil, Hrsg. Max Schuster, Wien 1925, S. 194-197.

³² Vgl. Übersicht der Akademischen Behörden, Professoren, Privatdozenten, Lehrer, Beamten usw. an der Universität Wien für das Studienjahr 1925/26, S. 76.

³³ Vgl. The Rockefeller Foundation. Directory of Fellowship Awards. For the Years 1917- 1950, New York 1950, S. 122, 252 [Verzeichnis der österreichischen Rockefeller-Stipendiaten]. Horovitz war einer der ersten österreichischen Rockefeller-Stipendiaten. In den zwanziger Jahren war unter den Auspizien der "Anschlußideologie" die deutsche Wissenschaftshilfe (Deutsche Notgemeinschaft, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft) dominant gewesen.

[...] Kurz, hier (in den USA) fand ich eine Welt vor, in der die andere Welt, in der ich aufgewachsen war, in intellektueller, moralischer und geistiger Hinsicht unbedeutend war.³⁴ Es war ein Verdienst des (Prä-)Faschismus für die effiziente bürgerlich-kapitalistische Restauration nach 1945, die Arbeiterbewegung samt ihrer Intelligenz physisch liquidiert bzw. politisch demoralisiert und individuell isoliert zu haben. Die Zerschlagung der sozialistischen Intellektuellenmilieus – perfektioniert vom Austrofaschismus und vom deutschen Faschismus – sollte sich für die intellektuelle Lage in Österreich über 1945 hinaus als folgenschwer erweisen.

Der "Fall Horovitz" ist nur sekundär wegen der erlittenen akademischen Schmach interessant. Die politische Dimension der Affäre liegt darin, daß es der Bourgeoisie als Beherrscherin des kulturellen Reproduktionsapparates (Medien, Universitäten etc.) leicht gelang, einen Großteil der kritischen Intelligenz, die meist ohnedies bürgerlicher Herkunft war, an die "kapitalistischen Fleischtöpfe" zu locken.³⁵ Beschleunigt wurde dieser Prozeß durch den Verlust der sozialdemokratischen Positionen im Staatsapparat 1920, die Flaute der revolutionären Konjunktur, objektiv sichtbar an den Ergebnissen der kapitalistischen Sanierungspolitik.

1894 hatte es bereits skeptisch über die Intellektuellen in der sozialistischen Arbeiterbewegung geheißen – und das ist wohl gegenwartsbezogen aktuell: "Und die Geschwindigkeit, womit sich die enttäuschten Weltenstürmer auf die kapitalistischen Fleischtöpfe rückwärts zu konzentrieren verstanden, hat auch noch allemal bewiesen, daß ihnen von den vorsichtigen Arbeitern kein Unrecht zugefügt worden war."

Unter dem starken Druck des Ausschlusses vom bürgerlichen Staatsapparat, insbesondere von den Universitäten, zerfielen Organisationen wie die "Sozialistische Vereinigung geistiger Arbeiter" (SOVEGA), die auch innerhalb der Arbeiterbewegung als Randgruppe – Robert Danneberg erhob 1913 einen "Intellektuellenanteil" von 0,6 Prozent unter den Wiener Parteimitgliedern – isoliert war. Selbst im "Roten Wien" konnte die Sozialdemokratie nur bescheidene Ausweichmöglichkeiten, wie die 1925 gegründete Arbeiterhochschule als Wirkungsstätte ohne Aussicht auf akademische Karriere anbieten: "So finden wir bereits 1922 eine Diskussion in der 'Bildungsarbeit' über die Notwendigkeit einer Arbeiterhochschule. Richard Wagner begründet dies vor allem mit dem Argument, daß in Wien eine Reihe sozialistischer Intellektueller ansässig sei, denen es an Möglichkeiten fehle, ihre Kenntnisse in die

³⁴ Eric Voegelin: Autobiographische Reflexionen (siehe Anm. 18), S. 50 f.

³⁵ Oft handelte es sich um das jüdische Bürgertum, das im Rahmen der zunehmend deutschnationalen Formierung der Bourgeoisie vom subjektiven Klassenbildungsprozeß ausgeschlossen wurde. Vgl. dazu Helmut Konrad, Die Sozialdemokratie und die "geistigen Arbeiter". Von den Anfängen bis nach dem Ersten Weltkrieg, in: Gerhard Botz/Hans Hautmann u. a. (Hrsg.), Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte, Wien-München-Zürich 1978, S. 545-559, hier S. 550: "Als erste und wohl auch als bedeutendste dieser Gruppen sind zweifellos die jüdischen Intellektuellen zu nennen, die meist aus dem Großbürgertum stammten und nach der zunehmenden Wandlung der bürgerlich-nationalen politischen Gruppen in deutschnationale Parteien mit ausgeprägt antisemitischen Zügen zu diesen Kreisen jeden Zugang verloren."

Praxis umzusetzen. Häufig seien diese Kreise gezwungen, in bürgerlichen Bildungsinstituten zu unterrichten; deshalb müsse der geistige Arbeitsboden einer Arbeiterhochschule geschaffen werden."³⁶

DOKUMENT 1

1923 November. Wien. Habilitationsgutachten über die physikalischen Arbeiten von Karl Horovitz – *Habilitationsakt Horovitz, Universitätsarchiv Wien, Akten der Philosophischen Fakultät Sammelzahl 1158 aus 1922/23*

An das ehrenwerte philosophische Professorenkollegium der Wiener Universität.

In einer Kommissionssitzung vom 24. November 1923 wurde Endesgefertigter Professor E. Lecher zum Referenten bezüglich des Habilitationsgesuches Dr. Karl Horovitz gewählt. Karl Horovitz geboren 1892 in Wien, studierte in den Jahren 1911–1914 an der Wiener Universität Physik, Mathematik und Chemie, bei den Professoren Escherich, Franz Exner, Goldschmiedt, Hasenöhr, Lecher, Stefan Meyer, Wegscheider und Wirtinger. Zu Kriegsbeginn dem Telegrafenteil zugeteilt, kam er 1915 ins Feld, wo er in verschiedenen Stellungen als selbständiger Kommandant (zuletzt als Oberleutnant) verwendet wurde. 1918 wurde er wegen eines im Felde zugezogenen Leidens superarbitriert, und bald darauf (promoviert 11. IV. 1919) am 19. April 1919 ist Dr. Horovitz Assistent am I. Physikalischen Institut der Universität, seit 1. Jänner 1923 ebendasselbst I. Assistent. Während seiner Studienzeit verfaßte er, angeregt durch philosophisch-erkenntnistheoretische Studien, eine historische Betrachtung über Geschichte und Entwicklung des relativistischen Gedankens in der Physik. Im Frühjahr 1914 unternahm Dr. Horovitz gemeinsam mit Dr. F. Paneth, damals Assistent im Radiuminstitut, eine Untersuchung über die Adsorption der radioaktiven Elemente, die im Hinblick auf das chemische Verhalten der Radioelemente (die Isotope der Elemente war damals erst vor kurzem entdeckt worden) eine große Rolle spielte. Diese Untersuchung, deren experimentellen Teil Dr. Horovitz selbständig durchführte, ergab einen gesetzmäßigen Zusammenhang zwischen Adsorption und Löslichkeit; diese seither sogenannte Adsorptionsregel ist auch in viele Lehrbücher übergegangen. Während der Kriegszeit entstand auch eine Arbeit über die Zahl und Häufigkeit der atmosphärischen Störungen beim radiotelegrafischen Empfang und ihrem Zusammenhang mit den meteorologischen Elementen. Die verwendete Methode einer Charakterisierung der Erscheinung durch Zählung der pro Minute auftretenden Störungen ist unabhängig 1921 von der Reichstelegrafenanstalt in Berlin mit gutem Erfolg verwendet worden. Im Frühjahr 1921 begann Horovitz die Untersuchung der Kristallstruktur mit Hilfe

³⁶ Zu den prekären Randbedingungen für das Wirken einer Linksintelligenzia in Wien, zugleich aber auch zum Potential, das für ein solches Wirken vorhanden war und nach Emigration und Zerschlagung durch den Faschismus verloren ging, vgl. Josef Weidenholzer, Auf dem Weg zum 'Neuen Menschen'. Bildungs- und Kulturarbeit der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik, Wien 1981, S. 147, zur sozialen Rekrutierung S. 27 f. Vgl. dazu auch Ludo Moritz Hartmann, Volkshochschulen und Volksp Professuren (Arbeiter-Zeitung, 30. Dezember 1921), jetzt in: Wilhelm Filla u. a. (Hrsg.), Aufklärer und Organisator. Der Wissenschaftler, Volksbildner und Politiker Ludo Moritz Hartmann, Wien 1992, S. 179-181.

radioaktiver Methoden, die infolge der Schwierigkeit der Materialbeschaffung nur langsam vorwärts schritt. Doch ließen bereits die ersten Versuche die in der Arbeit ausgesprochene Beziehung zwischen Schwerflüchtigkeit und Bindung erkennen.

Es zeigte sich die Möglichkeit, auf diesem durchaus neuen Wege über Kristallstruktur und Kristallwachstum Untersuchungen an orientierten Schnittflächen zu machen, in Übereinstimmung und als Ergänzung zur Ätzmethode. Diese Arbeit wird fortgesetzt.

Diese Beschäftigung mit den Problemen der Kristallstruktur führte Horovitz zu Gedanken über heteropolare Gitter und zur Vorstellung über den Aufbau von Dielektriken und dann weiter zu Adsorptionsversuchen an Glas, Guttapercha und Paraffin (ausgeführt teils im Radiuminstitut, teils im I. Physikalischen Institut).

Durch diese Adsorptionsversuche war Horovitz zur Überzeugung gelangt, daß eine Untersuchung der Eigenschaften eines Dielektrikums, mit Hilfe der elektrischen Phasengrenzkräfte, möglich sein müsse. Das war von allen bisherigen Arbeiten auf diesem Gebiete in Abrede gestellt worden. Eine diesbezügliche Untersuchung mußte vor allem feststellen, daß verschiedene Gläser verschiedenes Verhalten zeigen und daß nicht allein die H-Ionen maßgebend sind. Tatsächlich konnte durch vielfache Versuche, die Dr. Horovitz mit einer Reihe von Schülern durchführte, gezeigt werden, daß die Gläser auch bei niedriger Temperatur als feste Elektrolyte anzusprechen seien. Aus dem geht zum erstenmal klar hervor, daß auch bei gewöhnlicher Temperatur die Ionen des Dielektrikums selbst potentialbestimmend sind, was für die Erscheinungen der Reibungs- und Berührungselektrizität von Wichtigkeit ist. Die Weiterverwendung der hier gefundenen Ergebnisse ist derzeit noch im Gange. Eine Folgerung über die Existenz von Mischelektroden, entstanden durch Adsorption, führt zu einer Untersuchung der H-Elektrodenfunktion des Pt; sonach ist blankes Pt ohne weitere Vorbehandlung als Indikatorelektrode auf H-Ionen zu verwenden.

Teilweise berichtet Horovitz hierüber in seinem Vortrage in der chemisch-physikalischen Gesellschaft (27. Nov. 1923).

Eine Methode zur direkten Bestätigung der Theorie der Mischelektroden auf Gläsern sowie ihre Anwendung auf andere Dielektrika steht derzeit in Behandlung. Diese Arbeiten über elektrische Folgen bei Berührung von Glas und Wasser bilden derzeit das Hauptproblem im wissenschaftlichen Streben des Dr. Horovitz.

Die entsprechenden Untersuchungen und Überlegungen sind nicht nur von Horovitz selbst mit größter Umsicht und Vorsicht durchgeführt, er wußte auch eine Reihe von Dissertanten für dies sein Streben zu gewinnen. Dabei soll auch ausgesprochen werden, daß alle seine Assistentenkollegen des Institutes und die Studenten von Dr. Horovitz auf das günstigste beeinflußt werden.

Für die wissenschaftliche Vielseitigkeit von Dr. Horovitz sei noch folgendes Beispiel angeführt. Noch wurde ein Gebiet nicht erwähnt, auf dem Horovitz eine Reihe von Untersuchungen durchführte, die durch eine Notiz von Professor Stefan Meyer in der physikalischen Zeitschrift angeregt wurden. Dabei ging Horovitz von der Überlegung aus, daß auch im Auge wie in optischen Instrumenten die Abbildungen durch Zerstreuungskreise bewirkt werden, daß also eine Änderung der Größe wie auch die Änderung der Lichtverteilung in den Zerstreuungskreisen eine Änderung der Einstellung zur Folge haben müssen.

Durch diese Auffassung ergab sich eine zwanglose Erklärung der von Professor Meyer beschriebenen Erscheinung; sie führte aber auch zur Entdeckung eines neuartigen physiologisch-optischen Effektes: der Abhängigkeit der Größenordnung von der Sehschärfe. Eine genaue Untersuchung bestätigte diesen Zusammenhang an den verschie-

densten Fällen und an verschiedenem Material und führte so zu einer neuen Methode, Unterschiede der Sehschärfe aufzufinden, die bisher nicht konstatiert werden konnten. Auch eine mathematische Theorie des Sehraumreliefs, die eine einheitliche Darstellung der sogenannten Sehraumanomalien (Mikroskopie und Makroskopie) erlaubte und zur Aufstellung des Prinzips der maximalen Akkommodation führte, ist gegeben worden. Eine andere Anwendung der Theorie ist in einer Untersuchung im Am. opt. Journ. behandelt, wo die Vergrößerung der optischen Instrumente für subjektiven Gebrauch behandelt wurde und Horovitz zeigen konnte, daß auch hier eine Änderung der Abbildung die scheinbare Größe verändern kann.

Referent fühlt, daß selbst aus diesen kurzen Darstellungen der Verdienste Horovitz' hervorgehen muß, daß die wissenschaftliche Vielseitigkeit dieses Dozentenwerbers nichts zu wünschen überläßt, und bittet darum das hochverehrte Kollegium, das einstimmige Votum der Fachkommission mit möglichst gleicher Einstimmigkeit zu dem Ihrigen zu machen.

Lecher als Referent - St. Meyer - Ehrenhaft - Jäger - Wegscheider - Thirring

DOKUMENT 2

1924. 01. 16 (Postaufgabestempel). Wien. Beschwerde des Karl Horovitz an den Verfassungsgerichtshof wegen seines an der Wiener Universität abgelehnten Habilitationsgesuches

Österreichisches Staatsarchiv. Allgemeines Verwaltungsarchiv. Unterricht ad Nr. 2858 u. 5913 aus 1924

Beschwerdeführer:
Dr. Karl Horowitz
Assistent am I. Physikalischen
Institut in Wien XIII.
Aufhofstraße 52

durch:
Rechtsanwälte
Dr. Max Adler u. Dr. Rudolf Weiss
Verteidiger in Strafsachen
Wien XXI/1
Michael Dietmannngasse Nr. 2

Gegnerin des Beschwerdeführers:
Das Professorenkollegium der
philosophischen Fakultät
in Wien vertreten durch den
Herrn Dekan Dr. Suess

2 fach

Beschwerde wegen Verletzung eines verfassungsmäßig gewährleisteten Rechtes

Gemäß Art. 144 der Bundesverfassung und § 71 des Bundes Ges. vom 13. Juli 1921 B.G.Bl. 364 erhebe ich innerhalb der offenen Frist die nachfolgende
Beschwerde

gegen den Beschluß des Professorenkollegiums der philosophischen Fakultät der Universität Wien vom 7. Dezember 1923, mir zugestellt mit Zuschrift des Dekanates dieser Fakultät vom 18. Dezember 1923, angeschlossen sub A.

Die Beschwerde stützt sich auf nachstehenden Sachverhalt:

Am 23. Juni 1923 habe ich bei dem Professorenkollegium der philosophischen Fakultät

der Wiener Universität gemäß § 31 der Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Inneres und Unterricht vom 2. September 1920 St.G.Bl. Nr. 415 (Habilitationsnorm) um meine Habilitation als Privatdozent, d. h. um die Erteilung der Lehrbefugnis für das Fach der Physik angesucht. Meinem Ansuchen waren gemäß § 5 der Habil. Norm mein Curriculum vitae und die entsprechenden Belege angeschlossen. Dieses mein Habilitationsgesuch wurde einem mehrgliedrigen Ausschuß zur Prüfung zugewiesen, und habe ich nachträglich erfahren, daß sich die Kommission *einstimmig* für meine Eignung zur Habilitierung ausgesprochen hat. Dies ergibt sich auch aus der oben angeführten Zuschrift des Dekanates sub A. Denn es wird in ihr ausdrücklich hervorgehoben, daß die Kommission den Antrag auf meine Zulassung zum Habilitationskolloquium gestellt habe.

Da meine Habilitation jedoch abgewiesen wurde, wie aus der Beilage A. hervorgeht, gibt es hiefür im Sinne der Habil. Norm nur zwei Möglichkeiten. Das Professorenkollegium der philosophischen Fakultät der Universität Wien, dem der Antrag der Kommission auf meine Zulassung zum akademischen Lehramte vorlag, und zwar in der Sitzung vom 7. December 1923, konnte entweder der Meinung sein, daß für die Ablehnung meines Habilitationsansuchens die Gründe des § 6 der Habil. Norm vorliegen oder daß die Umstände des § 8 der Habil. Norm die Zurückweisung meines Ansuchens begründen. Der cit. § 6 kennt eine Zurückweisung aus zwei Gründen:

a) Wenn das Fach, für welches eine Zurückweisung angesucht wird, nicht zur Hochschule gehört. Dies ist bei dem hier vorliegenden Fach, Physik, selbstverständlich nicht der Fall, so daß dieser Grund nicht in Betracht kommt.

b) Wenn ein in der Person des Bewerbers gelegener Grund seine Eignung zum Hochschullehrer-Amte in Frage stellt.

In diesem Falle aber verfügt der cit. § 6 ausdrücklich, daß eine Zurückweisung aus diesem letzteren Grunde die schriftliche Bekanntgabe der Gründe dieser Ablehnung erfordert, wenn der Abgelehnte diese Bekanntgabe verlangt.

Uebrigens im Falle der Ablehnung nach § 8 der Habil. Norm, die nur möglich ist, wenn die Habilitationsschrift nicht für geeignet befunden wird, ist eine schriftliche Begründung dem Abgelehnten, auch ohne daß er es verlangt, bekanntzugeben.

Da der letztere Fall in der vorliegenden Angelegenheit mir gegenüber nicht geltend gemacht wurde, habe ich mich an das Professorenkollegium mit dem Schreiben sub B. in Abschrift um Bekanntgabe der Gründe gewendet, worauf ich den angefochtenen Bescheid sub A. erhielt, in welchem keinerlei Gründe der Ablehnung meines Ansuchens angeführt sind. Im Gegenteil, in dieser Zuschrift wird ausdrücklich bemerkt, daß ein Antrag auf Abweisung meines Ansuchens nach § 6 gar nicht vorlag, daher mir auch nicht im Sinne dieses Paragraphen die Gründe der Abweisung bekanntzugeben seien. Da ich andererseits auch keine Begründung der Abweisung im Sinne des § 8 der Habil. Norm erhielt, so stehe ich einer völlig willkürlichen und ungesetzlichen Abweisung gegenüber, die außerdem, wie jetzt sofort dargelegt werden soll, auch verfassungswidrig ist.

Es hat sich nämlich bei der Sitzung des Professorenkollegiums am 7. December 1923 bei der Beratung und Beschlußfassung über mein Ansuchen ein Vorgang abgespielt, der nicht nur im Interesse der Würde der Wissenschaft und ihrer höchsten Institute auf das tiefste zu beklagen, sondern auch vom Standpunkte der Wahrung der Bundesverfassung auf das schärfste zu bekämpfen ist.

Ich bin Wiener, in Wien geboren und nach Wien zuständig. Mein Vater war ein Arzt, der durch Jahrzehnte seine Praxis in Wien ausübte und sowohl durch seine Berufstätigkeit wie

durch seine wissenschaftlichen Leistungen sich großen Ansehens in den geistigen Kreisen Österreichs und darüber hinaus erfreut hat. Ich bin also durchaus kein Fremdling oder sonst durch mein Herkommen Verdächtiger. Gleichwohl fand es ein Anonymus gut, in einem Artikel in der D.Oe.Tageszeitung, der bezeichnenderweise einen Tag vor der entscheidenden Sitzung des Professorenkollegiums, nämlich am 6. December 1923, erschienen ist, Stimmung gegen mich zu machen, indem er mich als Juden und als Kommunisten bezeichnete. Beide Tatsachen sind bei der Frage, ob jemand eine öffentliche Funktion, wozu auch die Abhaltung von Lehrvorlesungen an der Wiener Universität gehört, vollständig unerheblich. Denn nach Art. 149 der Bundesverfassung sind ausdrücklich die Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger vom 21. December 1867, R.G.Bl. 142, aufrecht erhalten worden.

Der Art. 2 dieses Gesetzes bestimmt, daß vor dem Gesetze alle Staatsbürger gleich sind, und der Art. 3, daß die öffentlichen Ämter allen Staatsbürgern gleich zugänglich sind. Außerdem verbürgt der Art. 14 die Glaubens- und Gewissensfreiheit, und der Art. 17 verfügt, daß jedem Staatsbürger das Recht zusteht, an Unterrichtsanstalten Unterricht zu erteilen, wenn er seine Befähigung hiezu in gesetzlicher Weise erfüllt hat, und die vom Professorenkollegium eingesetzte Fachkommission hat, wie erwähnt, einstimmig meine Befähigung anerkannt. Es wäre daher ganz nebensächlich, ob ich Jude oder Kommunist bin, und bemerke ich nur der Vollständigkeit halber, daß beides bei mir nicht zutrifft.

Das Professorenkollegium führte aber dessen ungeachtet bei seiner Sitzung am 7. December 1923 anlässlich der Beschlußfassung über mein Ansuchen eine Debatte darüber ab, ob ich Kommunist bin. Schon die Tatsache dieser Debatte stellt eine Verletzung des erwähnten Staatsgrundgesetzes dar, da gewiß von jeder öffentlichen Behörde verlangt werden muß, daß sie sich zum Hüter und Wahrer der Gesetze mache und daher in vorliegendem Falle verpflichtet gewesen wäre, Erörterungen, die nicht nur nicht sachliche und ungesetzliche, sondern sogar verfassungswidrige, an Instinkte und Massenvorurteile appellierende Einwendungen vorbrachten, zurückzuweisen und nicht zuzulassen. Ganz im Gegenteil wurde aber diese Debatte, die bloß feindliche persönliche Stimmung gegen mich zu erregen geeignet war, nicht bloß durchgeführt, sondern auch die Ablehnung meines Ansuchens erfolgte aus verfassungswidrigem Grunde, daß ich Jude und Kommunist sei. Diese Tatsache stelle ich unter Beweis.

Beweis

Ich beweise die vorangeführten Umstände durch die Vorlage der Beilagen A. und B. sowie durch die gemäß § 19 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof vom Referenten als Zeugen einzuvernehmenden Mitglieder des Professorenkollegiums, die an der Debatte und Beschlußfassung am 7. December 1923 beteiligt waren, wobei darüber, wer diese waren, das Protokoll der Sitzung vom 7. December 1923 Aufschluß gibt, dessen Requisition gem. § 19 des cit. Gesetzes ich beantrage.

Der ganze geschilderte Vorgang erscheint umso krasser, als in der angefochtenen Zuschrift sub A. seltsamer Weise in Abrede gestellt wurde, daß für die Ablehnung meines Ansuchens persönliche Gründe vorliegen, wodurch mir die Möglichkeit der Vorstellung an den akademischen Senat im Sinne des § 6 Abs. 2 der Habil. Norm abgeschnitten wurde. Da auch eine Ablehnung meines Ansuchens im Sinne des § 8 der Habil. Norm nicht erfolgte, so wäre ich eigentlich um jedes Mittel gebracht, gegen diesen unerhörten Vorgang Abhilfe zu suchen. Ich habe trotzdem vorsichtsweise sowohl die Vorstellung an

den akademischen Senat als auch eine Beschwerde an das Unterrichtsministerium eingebracht, da ich ja absolut in Unkenntnis darüber bin, ob meine Ablehnung im Sinne des § 6 oder des § 8 der Habil. Norm erfolgte. Ich bin mir aber bewußt, daß für diese beiden von mir eingebrachten Rechtsmittel jede gesetzliche Unterlage fehlt, da die sub A. angeschlossene Zuschrift des Dekanates eben keine Gründe für die Ablehnung meines Ansehens enthält. Es stellt sich demnach vielmehr die Zuschrift sub A. als eine Verfügung dar, gegen die ein Instanzenzug nicht mehr möglich ist, und bleibt mir daher nur die Anfechtung dieser Entscheidung und des ihr zu Grunde liegenden Verfahrens als verfassungswidrig mit dieser hier vorliegenden Beschwerde übrig. Denn es ist offenbar, daß durch dieses von mir unter Beweis gestellte Verfahren, welches die Ablehnung meines Antrages als Resultat einer Debatte zeitigte, ob ich Jude oder Kommunist sei, die Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger in den von mir vorhin dargelegten Punkten verletzt worden sind.

Ich stelle daher durch meinen in C. ermächtigten Anwalt den Antrag:

Der hohe Verfassungsgerichtshof wolle durch Erkenntnis aussprechen, daß durch das Abführen der Debatte bei der Sitzung des Professorenkollegiums der philosophischen Fakultät an der Wiener Universität am 7. December 1923 über den Umstand, ob ein von der hiezu eingesetzten Kommission zur Habilitierung vorgeschlagener Habilitationswerber ein Jude oder Kommunist sei, und durch die nach Abhaltung dieser Debatte laut Zuschrift des Dekanates der philosophischen Fakultät vom 18. December 1923 bei dieser Sitzung ohne Anführung von Gründen erfolgte Ablehnung meiner Zulassung zur Habilitation respektive zum weiteren Habilitationsverfahren die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetze, der allgemeinen Zugänglichkeit der öffentlichen Ämter, der Glaubens- und Gewissensfreiheit und der Unterrichtsfreiheit verletzt worden sind. Demgemäß wolle der Verfassungsgerichtshof die angefochtene Verfügung und Entscheidung als verfassungswidrig aufheben und den Bundesschatz zur Tragung der Kosten verurteilen.

Dr. Karl Horowitz

Am 17. März 1924 teilte der Verfassungsgerichtshof dem Unterrichtsministerium mit: "In Ergänzung der Note vom 6. März 1924 B 1/24/3 wird mitgeteilt, daß Dr. Karl Horowitz inzwischen die hier eingebrachte Beschwerde wegen Nichtzulassung seiner Habilitation als Privatdozent zurückgezogen hat." (Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv. Unterricht Nr. 6676 aus 1924)

DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES

TÄTIGKEITSBERICHT 1997

Die traditionelle Jahresversammlung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) wurde am 11. März 1997 im Gemeinderatssitzungssaal des Alten Rathauses, Wien 1., Wipplinger Straße 8, abgehalten – Anlaß für den Schriftsteller Gerhard Roth, Überlegungen zum Umgang mit der jüngsten Vergangenheit anzustellen. Festredner Univ.-Prof. Dr. Helmut Konrad, Rektor der Karl-Franzens-Universität Graz, würdigte in seinem Vortrag die Verdienste des DÖW um die Entwicklung der zeitgeschichtlichen Forschung in Österreich.

Auf Beschluß des Vorstands wurden Karl Pfeifer, Dr. Helmut Wohnout und GR Ernst Woller neu in das **Kuratorium** aufgenommen.

Im Berichtsjahr betrauerte das DÖW das Ableben des Kuratoriumsmitglieds Prof. Karl Peter Gerbel; aus dem Kreis unserer langjährigen ehrenamtlichen Mitarbeiter verstarb Josef Kick.

TÄTIGKEIT 1997

Wie in den letzten Jahren erfolgte die Tätigkeit des Vereins Dokumentationsarchiv in engster Zusammenarbeit und in bestem Einvernehmen mit der Stiftung Dokumentationsarchiv. Deren Leitungsgremium, dem Stiftungsrat, gehören Vertreter der drei Stifter – Republik Österreich, Stadt Wien und Verein Dokumentationsarchiv – an.

Wissenschaftliche Vorhaben und Publikationen

Die großen wissenschaftlichen Projekte des DÖW gingen auch 1997 planmäßig voran. Im Rahmen der **Namentlichen Erfassung der österreichischen Holocaustopfer** verfügt das DÖW mittlerweile über 23 Datenbanken mit mehr als 160.000 Datensätzen, die Hinweise auf das Schicksal von nahezu 60.000 Personen geben. Nachdem die Durchsicht des Bestandes der Opferfürsorge Wien nun beendet ist (Umfang: 120.000 Akten), werden in einem nächsten Schritt die Hilfsfonds-Akten im österreichischen Staatsarchiv und die Akten der Israelitischen Kultusgemeinde, die in Jerusalem aufbewahrt werden, durchgearbeitet. Das Projekt wurde seitens des Wissenschaftsministeriums verlängert und läuft bis Ende 1999. Die anlässlich dieses Projekts zu Beginn erstellte Broschüre "**Vertreibung und Ermordung**", in der auch eine genaue Beschreibung des Projekts nachzulesen ist, wurde ins Englische übersetzt und in der Folge im US-Holocaust Memorial Museum von den DÖW-Mitarbeitern und Autoren Florian Freund und Hans Safrian präsentiert ("**Expulsion and Extermination. The Fate of the Austrian Jews 1938–1945**"). Dr. Freund befand sich zu diesem Zeitpunkt anlässlich einer Einladung des USHMM als Research Fellow vor Ort.

1997 wurden die Arbeiten an der Publikation über **Österreicher im Exil. Sowjetunion**, die auch die österreichischen Stalinopfer behandelt, inhaltlich abgeschlossen; sie soll im Herbst 1998 erscheinen. An der Dokumentation über Mexiko wird gearbeitet. Mit Prof. Dr. Stefan Karner, dem Leiter des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung in Graz, wurde eine Zusammenarbeit bei der Problematik Rehabilitierung österreichischer Stalinopfer vereinbart.

Das **Jahrbuch 1997** mit den inhaltlichen Schwerpunkten *Militärischer Widerstand*, *Zweiter Weltkrieg* und *Kriegsgefangenschaft* ist DÖW-Vizepräsident Botschafter i. R. Dr. Ludwig Steiner zum 75. Geburtstag gewidmet. Aus diesem Anlaß fand im April auch eine gemeinsame Veranstaltung mit der Politischen Akademie der ÖVP statt. Insgesamt läßt sich feststellen, daß die seit 1986 vorliegenden Jahrbücher, die aktuelle Artikel, Tagungsberichte und Referate hauptsächlich zu den Themen Widerstand, Verfolgung, KZ-Geschichte, Vertreibung und Rechtsextremismus enthalten, weiter zunehmende Anerkennung finden. Die Präsentation der neuesten Forschungsergebnisse und unbekannter Dokumente durch anerkannte HistorikerInnen machen diese Jahrbücher zu einem wertvollen Beitrag zur modernen Geschichtsforschung.

Im deutschen Verlag Elefanten Press erschien im Spätsommer ein vom Wissenschaftlichen Leiter Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer und Dr. Brigitte Bailer verfaßtes Buch über die FPÖ: **Haider und die "Freiheitlichen" in Österreich**. Die erste Auflage ist bereits verkauft, die Publikation liegt nunmehr in der zweiten Auflage vor.

Gemeinsam mit dem Vogelsang-Institut soll eine Arbeit über **NS-Opfer vor 1938** durchgeführt werden.

Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs sind auch an dem Senatsprojekt der Universität Wien **"Untersuchungen zur Rolle der anatomischen Wissenschaft an der Universität Wien 1938–1945"** beteiligt, in dem u. a. der Entstehungszusammenhang des sogenannten Pernkopf-Atlas geklärt werden soll. Es handelt sich dabei um ein Anatomie-Lehrbuch, für dessen Zeichnungen als Vorlage auch die Körper hingerichteter Widerstandskämpfer verwendet wurden. Die eingerichtete Kommission soll die Verwendung von Leichen von NS-Opfern in der Anatomie für den Pernkopf-Atlas sowie die Frage untersuchen, inwieweit sich solche Präparate eventuell noch heute in universitären Sammlungen befinden. Ein eindrucksvoller holländischer Fernsehfilm griff dieses Problem anhand des Schicksals von Dr. Jakob Kastelic auf. Am 30. Jänner 1998 führte das Psychiatrische Krankenhaus der Stadt Wien ein Internationales Symposium zur Geschichte der "Euthanasie" in Wien durch. Die bereits vorbereitete Bestattung der im Krankenhaus Am Steinhof aufbewahrten Gehirnpräparate von "Euthanasie"-Opfern in einem Ehrengrab auf dem Wiener Zentralfriedhof wurde aufgeschoben, da diese Präparate noch für Untersuchungen von der Staatsanwaltschaft Wien benötigt werden.

Im Fall des ehemaligen "Euthanasie"-Arztes Dr. Heinrich Gross haben neue Verdachtsmomente (Dokumente, Zeugenaussagen und wissenschaftliche Darstellun-

gen) das DÖW zu einer neuerlichen Anzeige an die Staatsanwaltschaft Wien veranlaßt, die zur Einleitung gerichtlicher Vorerhebungen geführt hat. Insgesamt hat der Fall Gross großes mediales Interesse auch auf internationaler Ebene ausgelöst (amerikanische, britische und niederländische Medien berichteten darüber). Kopien der Videos sind im DÖW vorhanden.

Für das Jahr 1998 plant das für die Gedenkstätte Mauthausen zuständige Bundesministerium für Inneres eine Reihe von Gedenkaktivitäten. Eine **Ausstellung zum Jahr 1938**, die vom DÖW vorbereitet wird, soll zuerst in Wien und dann in Mauthausen gezeigt werden.

Eines der aufwendigsten Projekte im Rahmen des DÖW-Forschungsschwerpunkts "Umgang mit der NS-Vergangenheit" ist die Verfilmung und Auswertung von Nachkriegsgerichtsakten. Nach Abschluß des Projekts "Die Verfahren vor dem Volksgericht Wien (1945–1955) als Geschichtsquelle" genehmigte der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung 1996 Fördermittel für ein weiteres DÖW-Forschungsvorhaben, das die österreichische Nachkriegsjustiz im gesamteuropäischen Kontext untersucht: **"Die Nachkriegsgerichtsbarkeit als nicht-bürokratische Form der Entnazifizierung: Österreichische Justizakten im europäischen Vergleich (Strafprozessualer Entstehungszusammenhang und Verwertungsmöglichkeiten für die historische Forschung)"**. Für dieses Projekt wurden bisher Archivrecherchen in Wien, Graz, Linz, Innsbruck, Ludwigsburg, Wiesbaden und Washington D.C. durchgeführt. Mit Unterstützung des Österreichischen Kulturinstituts in New York konnte im Herbst 1997 eine Vortragsreise (Washington, Minneapolis, New York) organisiert werden, bei der die bisherigen Forschungsergebnisse vorgestellt wurden. Vertieft wurde die Zusammenarbeit mit dem Wiener *Institut für die Wissenschaften vom Menschen*, das ein ähnlich gelagertes internationales Forschungsprojekt betreut. So wurde auf den 3. Österreichischen Zeitgeschichtetagen (Wien, Mai 1997) ein gemeinsames Panel zum Thema "Der Umgang mit Massenverbrechen im Nachkriegseuropa" gestaltet.

Die Arbeiten am Projekt **"Widerstand und Verfolgung in der Steiermark"**, das in enger Zusammenarbeit mit Historikern und Historikerinnen der Steiermark durchgeführt wird, sind im Gange.

Gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien wurde eine Publikation über Spitzenbeamte der Ersten Republik (**Gertrude Enderle-Burcel/Michaela Follner, "Diener vieler Herren. Biographisches Handbuch der Sektionschefs der Ersten Republik und des Jahres 1945"**) fertiggestellt; unter diesen waren viele Opfer des nationalsozialistischen Regimes.

Ein Buch über rassistische Propaganda im Internet, **"Das Netz des Hasses. Rassistische, rechtsextreme und neonazistische Propaganda im Internet"**, das mit Hilfe einer im Jahr gegen den Rassismus zur Verfügung gestellten EU-Förderung vom DÖW erarbeitet werden konnte, wurde am 28. Oktober sowohl im Rahmen einer gemeinsam mit dem Wiener Stadtschulrat durchgeführten Veranstal-

tung zum einschlägigen Thema als auch bei einer Pressekonferenz im Café Landtmann am 12. November der Öffentlichkeit vorgestellt. Da neonazistische Gruppierungen zunehmend über Internet und Mailboxen kommunizieren und mit ihrer Propaganda gezielt jugendliche PC-Benutzer ansprechen, erhielt diese Publikation schnell die notwendige Aufmerksamkeit.

Der Wien-Band über Gedenkstätten und Gedenktafeln ("**Gedenken und Mahnen in Wien**") konnte abgeschlossen, veröffentlicht und im Februar 1998 präsentiert werden. Das Dokumentationsarchiv hat bereits mehrfach **Straßenbenennungen nach Widerstandskämpfern und Opfern des Nationalsozialismus** gefordert, leider stoßen diese Wünsche oft auf Unverständnis und werden dadurch hinausgezögert. Der Wunsch nach **Benennung von Kasernen nach Widerstandskämpfern**, insbesondere die Benennung nach Oberleutnant Robert Bernardis, wurde vom Verteidigungsminister einer Kommission zugewiesen, die eine Ablehnung empfahl. Die gewünschten Kasernenbenennungen nach Oberleutnant Robert Bernardis und Feldmarschalleutnant Johann Friedländer sind somit ebensowenig erfolgt wie die zugesagte Anbringung einer Gedenktafel für Bernardis in der Unteroffiziersschule Enns. Auch bezüglich des Denkmals Feliferhof bei Graz konnte noch keine Einigung erzielt werden. Das DÖW wird in dieser Causa selbstverständlich weiter aktiv bleiben.

Alle oben angeführten Publikationen sind im DÖW erhältlich.

Archiv, Bibliothek, Sammlungen

Im Zuge der wissenschaftlichen Projekte des DÖW konnten die Sammlungen um wertvolle Materialien erweitert werden.

Die Archivierung und katalogmäßige Erfassung des **Aktenbestandes** mittels EDV wurden weitergeführt. Mit Hilfe des elektronischen Archivierungssystems ARCHIDOC sind zur Zeit rund 30.000 Akten des DÖW nach Personen, Schlagwörtern und geographischen Bezügen abfragbar. Die größten Bestände, die elektronisch zugänglich sind, sind die im DÖW verwahrten Teilkopien von Akten der Opferfürsorge Wien (9.500 Datensätze) sowie die Personalakten 1945–1947 des Wiener KZ-Verbandes (rund 7.000 der insgesamt 16.000 Akten sind bereits EDV-gestützt abfragbar). Für den Großteil des bisher nur über eine Namenskartei erschlossenen Altbestandes des DÖW wurde in den letzten Jahren ein Schlagwortkatalog erstellt, der im Benützerraum öffentlich zugänglich ist. Diese Karteikarten werden laufend in die ARCHIDOC-Datenbank übertragen. Eine weitere öffentlich zugängliche Datenbank im Benützerraum enthält die vom DÖW erstellten Biographien von 400 österreichischen Emigranten.

Die **Bibliothek** wuchs auf über 33.400 Titel an – nicht mitgezählt die Sammlung der FIR über internationalen Widerstand, die in einem gesonderten Katalog erfaßt ist.

Die **Fotosammlung** hält derzeit bei 10.000 Katalognummern mit weit über 40.000 archivierten Bildern. Die katalogmäßige Erfassung der Fotobestände erfolgt mittels EDV.

Zum Projekt "**Erzählte Geschichte**" liegen Interviewprotokolle mit weit über 800 Einzelpersonen (über 2.700 Tonbandkassetten) vor.

Die **Mikrofilmsammlung** wird laufend um Bestände ausländischer Archive erweitert. Die **Dokumentarfilmsammlung** des DÖW wird häufig vom ORF, in letzter Zeit aber auch zunehmend von ausländischen Sendern, benützt. Gleichfalls ständig ausgebaut wird die **Videosammlung**.

Die **Zeitungsausschnittsammlung** wird durch Artikel aus in- und ausländischen Blättern ergänzt. Thematisch werden hauptsächlich Beiträge zu Widerstand, Verfolgung, Exil, Kriegsverbrechen und Rechtsextremismus gesammelt.

Auf großes Interesse seitens der Benutzer stößt nach wie vor die **Sammlung zum Thema Rechtsextremismus**, die neben Zeitungsausschnitten auch einen umfangreichen Bestand rechtsextremer Publizistik umfaßt.

Die Sammlung aller Materialien sowie deren Aufarbeitung und Betreuung zählen zu den wichtigsten, aber auch aufwendigsten Arbeiten für die MitarbeiterInnen des DÖW. Alle Neuzugänge müssen geordnet, archiviert und in Katalogen verzeichnet werden, damit sie für Benutzer zugänglich sind. Zur besseren thematischen Zugänglichkeit der DÖW-Bestände wurde mit einer neuen Reihe von Katalogen begonnen, wovon zwei Bände – "**Kriegsende 1945. NS-Terror, Befreiung und Republikgründung in den Akten des DÖW**" und "**Die Sammlung Bruno Frei im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes**" –, im wesentlichen 1996 fertiggestellt, 1997 präsentiert werden konnten.

Im Berichtszeitraum besuchten das DÖW 997 Benutzer, die pro Person im Schnitt viermal beraten und betreut wurden – dies entspricht einem tatsächlichen Besucherstrom von etwa 4.000 Personen. Zahlreiche SchülerInnen benützen Materialien des DÖW zur Erstellung von Referaten, Fachbereichs- und Projektarbeiten, wozu den Jugendlichen besondere Hilfestellung durch die MitarbeiterInnen des DÖW gewährt wird. Da erfreulicherweise auch StudentInnen in zunehmend stärkerem Ausmaß als bisher die Sammlungen für Seminar- und Diplomarbeiten sowie Dissertationen benützen, mußte die Beratungs- und Betreuungstätigkeit insgesamt intensiviert werden. Zusätzlich wurden zahlreiche schriftliche und telefonische Anfragen aus dem In- und Ausland beantwortet.

Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen

Angeichts rechtsextremer Tendenzen unter Jugendlichen sowie eines europaweiten neuerlichen Anstiegs von Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit kommt der Auseinandersetzung mit dem organisierten Rechtsextremismus und Neozisismus zunehmend Bedeutung zu. Mit Hilfe der **Rechtsextremismus-Sammlung** des DÖW werden Öffentlichkeit und Behörden immer wieder auf Aktivitäten dieser Gruppen aufmerksam gemacht.

Heuer lag das Augenmerk besonders auf dem **Themenschwerpunkt Rechts-extremismus und Neue Medien**. Vor allem der Verbreitung rechtsextremer und neonazistischer Propaganda über das Internet war entgegenzutreten. In diesem Zusammenhang wurde die oben erwähnte Publikation "Das Netz des Hasses: Rassistische, rechtsextreme und neonazistische Propaganda im Internet" veröffentlicht, die sich speziell mit dieser Thematik auseinandersetzt. Des Weiteren wurde das Institut für Gestaltungs- und Wirkungsforschung (Univ.-Prof Dr. Peter Fleissner) an der Technischen Universität Wien bei der Herausgabe des antifaschistischen Computerspiels "**Im Namen des Bruders**" unterstützt. Auch wird versucht, mittels einer eigenen **DÖW-Homepage** (<http://iguwnext.tuwien.ac.at/~doew>) die jeweiligen Daten und Informationen auf dem neuesten Stand zu halten. Dadurch wird eine Form der Gegenöffentlichkeit im Internet geschaffen.

Wie in den vergangenen Jahren sah sich das DÖW mit vermehrten Anschuldigungen der FPÖ konfrontiert. Darüber hinaus erfolgten zahlreiche verbale Attacken gegen das DÖW, vor allem über das Medium Internet sowie über zahlreiche Publikationen (wie z. B. *Aula* und das von einer "freiheitlichen Autorengemeinschaft" herausgegebene "Antifa-Handbuch"). Auch in E-mails wurden das DÖW und seine MitarbeiterInnen wütest beschimpft.

MR Dipl. Ing. Rehak, Beamter im Bundeskanzleramt, hat vor mehreren Monaten in der rechtsextremen *Jungen Freiheit* behauptet, die Briefe der "Bajuwarischen Befreiungsarmee" (BBA) seien im DÖW hergestellt worden und das DÖW sei ident mit der BBA. Der Verein DÖW brachte dazu eine Privatanklage beim LG für Strafsachen ein. Beim Handelsgericht Wien wurde eine Klage auf Unterlassung gegen Rehak eingebracht und eine Einstweilige Verfügung erwirkt, die es Rehak verbietet, diese Vorwürfe zu wiederholen. Wegen Verstoßes gegen diese Einstweilige Verfügung wurde MR Rehak mit einer Geldstrafe belegt. Die Prozesse vor dem Handelsgericht bzw. dem LG Wien werden fortgesetzt.

Das seit 1992 anhängige Verfahren gegen Univ.-Doz. Dr. Friedrich Romig – wegen seines Artikels gegen das DÖW in der rechtsextremen *Aula* – endete mit einem Teilfreispruch und einer Teilverurteilung Dr. Romigs. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Weiters hat das DÖW eine Reihe von Anzeigen wegen NS-Wiederbetätigung bzw. Verhetzung eingebracht. In diesem Zusammenhang wurde der Alt- und Neonazi Herbert Schweiger zu einer teilweise bedingten Strafe verurteilt. Das Verfahren gegen Kurt Peter Weiss und Frank Swoboda wegen rassistischer Propaganda im Internet ist derzeit noch im Laufen. Gegen Weiss wurde neuerlich Anzeige wegen Verbreitung antisemitischer Hetzschriften erstattet.

Als Folge des Medienechos auf rechtsextreme Aktivitäten stieg die Zahl der Referate, die DÖW-MitarbeiterInnen vor Schulklassen, im Bereich der Erwachsenenbildung, bei Podiumsdiskussionen und sonstigen Veranstaltungen in ganz Österreich hielten, gegenüber den vergangenen Jahren weiter an.

Das DÖW unterstützte zahlreiche Initiativen, vor allem von Publizisten und Einzelpersonen, bei Auseinandersetzungen mit rechtsextremen Tendenzen.

Ausstellungen

Viele Gruppen, Schulklassen und Einzelpersonen besuchten 1997 die **ständige Ausstellung des Dokumentationsarchivs "Der österreichische Freiheitskampf"** in der Bürgerstube des Alten Rathauses. LehrerInnen nützen in zunehmendem Maße die kostenlosen Führungen als wertvolle Ergänzung des zeitgeschichtlichen Unterrichtes. Doch auch Gendarmerie- und Polizeischüler, Bundesheerangehörige, Zivildienstler im Grundlehrgang, Jugendgruppen aus dem In- und Ausland, Arbeitslose in der Weiterbildung sowie Botschafter und ausländische Delegationen zählen zu den Besuchern der Ausstellung. Alle diese Gruppen werden von Zeitzeugen oder Historikern betreut. Im Anschluß an die Führungen werden häufig Diskussionen über die Frage rechtsextremer und rassistischer Tendenzen in Österreich gewünscht, wobei zunehmend die Aufarbeitung der Schwerpunkte Rassistische Propaganda im Internet sowie Schlagende Burschenschaften auf besonderes Interesse stößt.

Die **Wanderausstellungen "Der österreichische Freiheitskampf"** und "**Österreicher im Exil**" können kostenlos durch Schulen, Institutionen und Organisationen im DÖW entlehnt werden; nur für den Transport muß der Veranstalter selbst sorgen.

Am Morzinplatz in Wien befand sich 1938–1945 im ehemaligen "Hotel Metropol" das Hauptquartier der Gestapo. In dem an dieser Stelle neu errichteten Haus, benannt nach dem Widerstandskämpfer und späteren Bundeskanzler Ing. Leopold Figl, erinnert eine vom DÖW betreute **Gedenkstätte** an die Opfer des Nationalsozialismus, die 1997 insgesamt 1312 Personen, darunter zahlreiche SchülerInnen und ausländische Gäste, besuchten. Der Gedenkraum ist Montag 14–17 Uhr, Donnerstag und Freitag 9–12 Uhr und 14–17 Uhr sowie anlässlich besonderer Gedenk- und Feiertage geöffnet.

Für zahlreiche Ausstellungen stellte das DÖW Exponate zur Verfügung.

Aktivitäten für die Schuljugend

Wie schon in den vergangenen Jahren arbeitete das Dokumentationsarchiv auch 1997 mit dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst, Abteilung Politische Bildung, zusammen. Einige der älteren ehrenamtlichen MitarbeiterInnen des DÖW waren im Berichtszeitraum als **ZeitzeugInnen in Schulen in ganz Österreich**, wo sie den jungen Menschen über ihre Erlebnisse während der Zeit des Nationalsozialismus berichteten und im Anschluß daran oft lange diskutierten.

Zahlreiche SchülerInnen kamen als BenützerInnen in das DÖW, wo sie von den DÖW-MitarbeiterInnen meist auch im Umgang mit den Bibliothekskatalogen und Archivalien unterwiesen wurden.

MitarbeiterInnen diskutierten mit zahlreichen Schülergruppen über Rechtsextremismus und Neonazismus in Österreich und hielten Vorträge in Schulen sowie bei Jugendgruppen im gesamten Bundesgebiet.

MitarbeiterInnen des DÖW wirkten auch bei Seminaren für Geschichtslehrer und an Lehrerfortbildungsveranstaltungen mit.

Sonstige Aktivitäten

1997 erschienen fünf Folgen der "Mitteilungen", deren Auflage mittlerweile rund 6.000 Stück beträgt. Die Zeitschrift informiert neben interessierten Einzelpersonen auch wissenschaftliche Institute und Organisationen in Europa und Übersee sowie die österreichischen Auslandsvertretungen über die Aktivitäten des Dokumentationsarchivs, zeitgeschichtliche Veranstaltungen und Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. Sie ist weiters ein wichtiges Hilfsmittel für den Verkauf der vom DÖW erarbeiteten Publikationen.

Dem 1994 gegründeten **Verein zur Förderung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes** sind inzwischen mehr als 600 Freunde und Sympathisanten des Archivs beigetreten, die damit das DÖW und seine diversen Projekte verstärkt finanziell unterstützen. Es gibt drei mit dem begünstigten Bezug von DÖW-Publikationen verbundene Kategorien von Mitgliedsbeiträgen, und zwar zu 100,- ÖS, 300,- ÖS und ab 1.000,- ÖS.

Am 26. Februar befaßten sich die Wiener Vorlesungen auf Anregung des DÖW mit dem Thema "Ahndung von NS-Gewaltverbrechen" (Univ.-Prof. Dr. Erika Weinzierl, Dipl. Ing. Dr. Simon Wiesenthal, MR Dr. Manfred Schausberger und Prof. Dr. Peter Steinbach diskutierten und hielten Vorträge). Der Willy und Helga Verkauf-Verlon-Preis 1997 für österreichische antifaschistische Publizistik wurde am 5. März an den Historiker Dr. Robert Streibel verliehen, der sich vor allem um die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der Stadt Krems verdient gemacht hat. Am 12. März wurde Vorstandsmitglied Rudolf Gelbard durch die Aktion gegen Antisemitismus mit der Josef Samuel-Bloch-Medaille geehrt. Die feierliche Überreichung fand im Jüdischen Gemeindezentrum statt. Auf Einladung von US-Botschafterin Swanee Hunt hielt Prof. Dr. Neugebauer am 15. April in der US-Botschaft einen Vortrag über Rechtsextremismus. Vom 26. - 28. Mai fanden die 3. Österreichischen Zeitgeschichtstage unter dem Motto "Zeitgeschichte im Wandel - Österreichische Zeitgeschichte im internationalen Paradigmenwechsel" statt. Mehrere DÖW-Mitarbeiter waren als Diskussionsleiter und Referenten wesentlich mitbeteiligt. Am 18. Juni erhielt das DÖW den vom ÖGB verliehenen Josef Luitpold Stern-Preis 1997 für besondere Verdienste im Bereich der Arbeiter-, Volks- und Erwachsenenbildung. Für das DÖW nahm Landtagspräsident i. R. Hubert Pfoch die Auszeichnung entgegen. Am 4. November wurde im DÖW die Biographie Eduard Rabofskys durch das DÖW-Kuratoriumsmitglied Univ.-Prof. Dr. Gerhard Oberkofler präsentiert. ("Eduard Rabofsky 1911-1994. Jurist der Arbeiterklasse. Eine politische Biographie") Die Publikation "Tulln ist judenrein! Die Geschichte der Tullner Juden und ihr Schicksal von 1938 bis 1945" von DÖW-Mitarbeiter Peter Schwarz wurde am 25. November in Tulln präsentiert.

Abgesehen von den erwähnten Veranstaltungen fand über das Jahr verteilt eine Vielzahl an Vorträgen, Symposien, Ausstellungseröffnungen und Podiumsdiskussionen statt, bei denen DÖW-Mitarbeiter und -Kuratoriumsmitglieder Vorträge hielten und Beiträge lieferten; weiters verfaßten sie zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten für in- und ausländische Publikationen. Lehrveranstaltungen an der Universität Wien hielten im Sommer- und Wintersemester 1997 Prof. Dr. Neugebauer (ein Seminar zum Themenbereich "Der österreichische Widerstand" bzw. eine Vorlesung über den "NS-Terror in Österreich"), DÖW-Mitarbeiterin Dr. Bailer (Proseminare über "Revisionismus" und "Besondere Aspekte des Rechtsextremismus in Österreich") sowie DÖW-Mitarbeiter Dr. Freund (ein Proseminar über "Das KZ Mauthausen").

Die Arbeiten an der Gestaltung einer eigenen DÖW-Homepage wurden bereits im Vorjahr abgeschlossen, seitdem wurde die Homepage weiter verbessert und ausgebaut. Hier sind Informationen über Projekte, Publikationen, Veranstaltungen und sonstige Aktivitäten des DÖW im Internet abfragbar.

Das DÖW arbeitet eng mit der **Jura-Soyfer-Gesellschaft** zusammen. Die einzigartige Sammlung handschriftlicher Manuskripte und Briefe des Dichters im DÖW wurde mit Beständen der Jura-Soyfer-Gesellschaft zu einem Jura-Soyfer-Archiv zusammengefaßt, das teilweise mittels Computer zugänglich ist. DÖW-Mitarbeiter sind in der von DÖW-Kuratoriumsmitglied Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka und DÖW-Vorstandsmitglied Univ.-Prof. Dr. Erika Weinzierl geleiteten **Gesellschaft für politische Aufklärung** vertreten und unterstützen deren Aktivitäten. Ebenso wirkt das DÖW bei der **Internationalen Tagung der Historikerinnen und Historiker der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung (ITH)** mit, die alljährlich eine internationale Konferenz in Linz durchführt. Prof. Dr. Neugebauer fungiert als Vizepräsident der "Aktion gegen den Antisemitismus" und ist im Vorstand des Vereins "Niemals Vergessen", eines anerkannten Trägervereins für den Auslandszivildienst, der sich die Förderung von Holocaust-Gedenkstätten zum Ziel setzt, vertreten.

Zeitungen, Fernsehen und Rundfunk berichteten des öfteren ausführlich über Projekte und Publikationen des DÖW. MitarbeiterInnen wurden mehrfach als Fachleute für Interviews in den Medien herangezogen.

Der Vorstand dankt allen Kuratoriumsmitgliedern, MitarbeiterInnen des DÖW für die geleistete Arbeit und den Freunden und Förderern des DÖW für die finanziellen Spenden und Legate.

DIE AUTOREN

- PETER AUTENGRUBER, Mag. Dr. phil., Verlagsangestellter, Wien
- GERHARD BOTZ, o. Univ.-Prof. Dr., Institut für Zeitgeschichte, Universität Wien, Leiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Historische Sozialwissenschaft, Wien-Salzburg
- DANIELA ELLMAUER, Mag., Mitarbeiterin des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Historische Sozialwissenschaft, Wien-Salzburg
- SIEGWALD GANGLMAIR, Dr. phil., Mitarbeiter des DÖW, Wien
- PETER GOLLER, Dr. phil., wissenschaftlicher Oberkommissär am Universitätsarchiv Innsbruck
- FRITZ KELLER, Lebensmittelpolizist der Gemeinde Wien, Publizist, Mitglied des Zentralvorstandes der GdG, Wien
- HELMUT KONRAD, o. Univ.-Prof. Dr., Institut für Geschichte, Abteilung Zeitgeschichte, Prorektor der Universität Graz
- FELIX KREISSLER, Univ.-Prof. Em., Gründer des Centre d'Etudes et de Recherches Autrichiennes an der Universität Rouen, Paris
- WOLFGANG NEUGEBAUER, Hon. Prof. Dr. phil., Wissenschaftlicher Leiter des DÖW, Wien
- ANTON PELINKA, o. Univ.-Prof. Dr., Institut für Politikwissenschaften, Universität Innsbruck
- ALEXANDER PRENNINGER, Mitarbeiter am Ludwig-Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft, Wien-Salzburg
- HEINZ RIEDEL, Redakteur der Fachzeitschrift *Der österreichische Bestatter*, Museumsreferent des Wiener Bestattungsmuseums
- GERHARD ROTH, Schriftsteller
- PETER SCHWARZ, Mag., Mitarbeiter des DÖW, Wien
- OTTO SEIFERT, Prof. Dr. phil., Historiker, Köhra bei Leipzig

INHALT

- HERBERT STEINER
Döw-Vizepräsident Univ.-Doz. Dr. Herbert Steiner – 75 Jahre 4
- HELMUT KONRAD
Festvortrag anlässlich der Jahresversammlung des DÖW im Alten Rathaus, Wien, 11. März 1997 5
- GERHARD ROTH
Überlegungen zum Umgang mit der jüngsten Vergangenheit – anlässlich der DÖW-Jahresversammlung am 11. März 1997 12
- GERHARD BOTZ / DANIELA ELLMAUER
ALEXANDER PRENNINGER
Mauthausen als "Erinnerungsort": Probleme der "Authentizität" und des österreichischen "kollektiven Gedächtnisses" 15
- FELIX KREISSLER
Österreicher in Buchenwald
Vortrag in Weimar aus Anlaß des Symposiums *60 Jahre Buchenwald*, 3. – 5. Oktober 1997 30
- WOLFGANG NEUGEBAUER
Vom Europäischen Widerstand zur Europäischen Union
Vortrag im Stadtschulrat für Wien, 11. Dezember 1997 46
- PETER AUTENGRUBER
Der Widerstandskämpfer DDDr. Karl Rössel-Majdan 58
- FRITZ KELLER
Alfred Klahr im KZ Auschwitz
Interview mit Emmy Rosdolsky 69
- HEINZ RIEDEL
Rumänische Kriegsgefangene in Wien 1944/45 73
- OTTO SEIFERT
Bücherverwertungsstelle Wien I, Dorotheergasse 12 88

PETER SCHWARZ <i>Tulln ist judenrein!</i> Die Geschichte der Tullner Juden und ihr Schicksal 1938–1945 Vortrag anlässlich der Buchpräsentation im Minoritenkloster Tulln, 25. November 1997	95
ANTON PELINKA Jüdische Identität in Österreich	103
PETER GOLLER <i>Ein starkes Stück. Versuchte Habilitation eines kommunistischen Juden...</i> Universitäten im Lichte politischer und rechtlicher Willkür am Beispiel des Habilitationsverfahrens von Karl Horowitz (1892–1958) an der Wiener Universität 1923–1925	111
DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES Tätigkeitsbericht 1997	135
DIE AUTOREN	144

Seit 11 Jahren skizzieren die Wiener Vorlesungen ein sehr facettenreiches und vielschichtiges Bild der gesellschaftlichen und intellektuellen Situation der Zeit. War die Weltgesellschaft am Ende der 80er Jahre geprägt durch den Ost-West-Konflikt und einen "Systemwettbewerb" zwischen Kommunismus und Kapitalismus, finden wir sie am Ende des 20. Jahrhunderts in einem Prozeß einer durch Internet und E-mail und vor allem durch einen international boomenden "Turbo-Kapitalismus" vorangetriebenen Globalisierung. Die Stationen, Entwicklungen, Ideologien und Interpretationen dieses Prozesses wurden durch die Wiener Vorlesungen mit Vorträgen international renommierter WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen dokumentiert. Eine thematische Hauptschiene lag von Beginn dieses Projektes an in Analysen aus einer historisch-politikwissenschaftlichen Perspektive. Die Vorträge erscheinen in zwei bibliophilen Buchreihen im Picus Verlag und im WUV-Verlag, Auswahl der bisher erschienenen Titel:

<i>Band 1:</i>	Wolfgang Leonhard , Sowjetreformen: Ergebnisse, Probleme, Perspektiven
<i>Band 17:</i>	Harald Leupold-Löwenthal , Wien und die Fremden
<i>Band 18:</i>	Anton Pelinka , Der Westen hat gesiegt – hat der Westen gesiegt?
<i>Band 26:</i>	Hans Mommsen , Widerstand und politische Kultur in Deutschland und Österreich
<i>Band 31:</i>	Helmut Konrad/Anton Pelinka , Die politischen Parteien im neuen Europa
<i>Band 32:</i>	Erika Weinzierl , Der Februar 1934 und die Folgen für Österreich
<i>Band 35:</i>	Horst-Eberhard Richter/Hubert Christian Ehalt , Zur Epidemie der Gewalt
<i>Band 36:</i>	Herwig Wolfram , Grenzen, Räume, Mentalitäten
<i>Band 37:</i>	Hans-Jürgen Puhle , Staaten, Nationen und Regionen in Europa
<i>Band 38:</i>	Wolfgang Benz , Gewalt und Ideologie
<i>Band 45:</i>	Hans Georg Heinrich , Das neue Russland
<i>Band 47:</i>	Walter Grab/Wolfgang Neugebauer , Österreichische Freiheits- und Widerstandskämpfer
<i>Band 51:</i>	Carl E. Schorske , Eine österreichische Identität: Gustav Mahler
<i>Band 52:</i>	Ulrich Beck , Weltrisikogesellschaft, Weltöffentlichkeit und globale Subpolitik
<i>Band 53:</i>	Walter Sorell , Heimat Exil Heimat. Von Ovid bis Sigmund Freud
<i>Band 56:</i>	Harald Leupold-Löwenthal , Ein Wiener zu sein. Geschichte, Geschichten, Analysen
<i>Band 59:</i>	Ernst Bruckmüller , Symbole österreichischer Identität zwischen "Kakanien" und "Europa"
<i>Band 60:</i>	Gerhard Botz/Johanna Heer/Frederic Morton/Gertrude Schneider , Zur Aktualität des Denkers Friedrich Heer
<i>Band 65:</i>	Michael Mitterauer , Millenniumen und andere Jubeljahre – Warum feiern wir Geschichte?

FRANZ BIRK, Meinungsforscher, und sein profil.



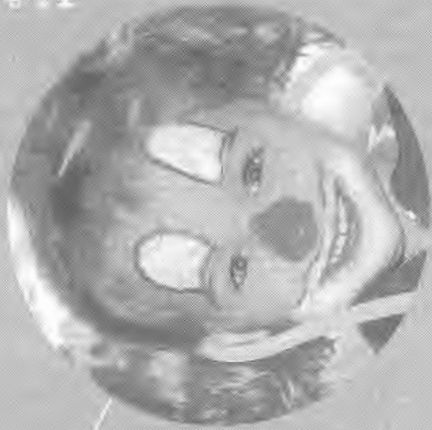
Bischof Keenrath als Paraphil-Playback-Auftritt im ORF.



Progressen. Wer die Welt 1998 beweisen wird.



„Laßt die Kinder regieren!“
Remise! Trauermama im profo



Haberer, Europa aus der Sicht eines Konkurrenten.

NATO-Platz.
Sechs militärische
Versicherungs-
polizei für
Österreich



**Ein interessantes profil.
Jede Woche neu!**

profil
Am Montag kommt's raus.

Aktiv für Sie

Eine starke
Interessenvertretung für
alle Arbeitnehmer

- Die AK schafft Recht.
- Die AK gibt Schutz.
- Die AK bildet.
- Die AK sichert das soziale Netz.
- Die AK verhindert Preistreiberei.
- Die AK schützt die Umwelt.
- Die AK sichert die Sozialpartnerschaft.

Druck um Druck

preiswerte Qualität termingerecht

Bücher, Broschüren, Zeitschriften, Jahresberichte, Kalender, Kunstbände, Kunstkataloge, Heimatbücher, Festschriften, Magazine, Kataloge, Geschäftsberichte, Flugblätter, Kuverts, Fensterkuverts, Visitenkarten, Briefe, Hefte, Notenhäfte, Plakate, Pläne, Poster, Programme, Prospekte, Register, Aufkleber, Beilagen, Berichte, Besuchskarten, Bilddrucke, Blocks, Blätter, Bogen, Eindrücke, Etiketten, Faltschachteln, Folder, Folien, Formulare, Geschäftskarten, Listen, Mailings, Mappen, Meldungen, Musikalien, NCR-Sätze, News, Scheine, Schnelltrennsätze, Schreiben, Tischkalender, Transparentblätter, Trauerbilder, Trauerbriefe, Trauerkarten, Umschläge, Urkunden, Satzarbeiten, Reproarbeiten, Bindearbeiten, Versandarbeiten,

Blätter, Bogen, Eindrücke, Etiketten, Faltschachteln, Folder, Folien, Formulare, Geschäftskarten, Listen, Mailings, Mappen, Meldungen, Musikalien, NCR-Sätze, News, Scheine, Schnelltrennsätze, Schreiben, Tischkalender, Transparentblätter, Trauerbilder, Trauerbriefe, Trauerkarten, Umschläge, Urkunden, Satzarbeiten, Reproarbeiten, Bindearbeiten, Versandarbeiten, Bücher, Broschüren, Zeitschriften, Jahresberichte, Kalender, Kunstbände, Kunstkataloge, Heimatbücher, Festschriften, Magazine, Kataloge, Geschäftsberichte, Flugblätter, Kuverts, Fensterkuverts, Visitenkarten, Briefe, Hefte, Notenhäfte, Plakate, Pläne, Poster, Programme, Prospekte, Register, Aufkleber, Beilagen, Berichte, Besuchskarten, Bilddrucke, Blocks.



PLÖCHL-DRUCK GESELLSCHAFT m.b.H. & Co.KG

SATZ · OFFSETDRUCK · BUCHDRUCK · BUCHBINDEREI · VERLAG

A-4240 FREISTADT · Werndlstraße 2 · Tel. 07942/72227-0 · Fax 72227-20

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.)

GEDENKEN UND MAHNEN IN WIEN 1934-1945

Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung
Eine Dokumentation

Bearbeitung: Herbert Exenberger, Heinz Arnberger
unter Mitarbeit von Claudia Kuretsidis-Haider

Wien 1998

488 S., rund 230 Abb., öS 210,- (Ladenpreis öS 300,-)

Erstmals wird der "Gedächtnisraum Wien" als Ort gesellschaftlicher Erinnerung erschlossen. In der Dokumentation von Gedenkstätten und ihrer Entstehungsgeschichte – den Daten der Errichtung, dem Verweis auf Anlaß, Initiatoren und Stifter, die Gestaltung der Enthüllungsfeier –, in der Wiedergabe der Textierung von Denkmälern, Gedenktafeln und anderen Erinnerungszeichen entsteht ein differenziertes Bild der Gedächtniskultur und ihrer Entwicklungsphasen im Wien der Zweiten Republik.

Heidemarie Uhl, Karl-Franzens-Universität Graz

Die neue Publikation des DÖW erfaßt Erinnerungszeichen vielfältigster Art und dokumentiert sowohl den historischen Kontext als auch Gegenwartsbezüge der Denkmallandschaft Wiens. Die jüngst fertiggestellte Dokumentation ist der erste Band der Reihe "Gedenken und Mahnen in Österreich". Die Arbeiten über die anderen Bundesländer sollen in den nächsten Jahren folgen.

Bestellungen an:

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes,

Wipplinger Str. 8, 1010 Wien

Tel. 534 36/01779, Fax. 53436/9901771, e-Mail: docarch@email.adis.at

Schwerpunkt:

Aspekte von Widerstand, Verfolgung und Gedenken

**Beiträge u. a. von Gerhard Botz, Helmut Konrad,
Felix Kreissler, Wolfgang Neugebauer und Anton Pelinka**

ISBN 3-901142-35-5